



**Der
Rechnungshof**

Bundesrechnungsabschluss für das Jahr 2007

Band 1

Republik Österreich

BUNDESRECHNUNGSABSCHLUSS

FÜR DAS JAHR

2007

Band 1

Bericht zum Bundesrechnungsabschluss

Wien, im September 2008

Der Präsident des Rechnungshofes

Dr. Josef Moser



BAND 1: BERICHT ZUM BUNDESRECHNUNGSABSCHLUSS 2007

	Seite
Kurzfassung	19
Prüfung der Jahresrechnungen und Erstellung des BRA (siehe TZ 1.2).....	20
Gesamtwirtschaft (siehe TZ 2)	21
Volkswirtschaftliche Rahmenbedingungen (siehe TZ 2.1)	22
Der Bundeshaushalt 2007 im Überblick (siehe TZ 2.2.1, 2.5 und 3).....	23
Saldenrechnungen (siehe TZ 2.2.2).....	24
Stand der gesamten Bundesschulden und der Finanzschulden (siehe TZ 7).....	25
Maastricht-Kriterien (siehe TZ 2.3)	26
Österreichischer Stabilitätspakt (TZ 2.4).....	29
Abgabenquote / Fiskalische Gesamtbelastung (siehe TZ 2.6).....	30
Personalausgaben / Sachausgaben (siehe TZ 3.2.4.2 und TZ 3.2.4.3)	32
Abgabenrückstände (siehe TZ 3.8.1).....	34
Belastung künftiger Finanzjahre (siehe TZ 3.9).....	35
Rücklagen (siehe TZ 3.10).....	36
EU-Gebarung (siehe TZ 3.11)	36
Zinsen (siehe TZ 7.4.1)	37
Bundeshaftungen (siehe TZ 8.1).....	37
Einflüsse der Haushaltsrechtsreform auf den Bundesrechnungsabschluss	39
Mittelfristige Planung der Haushaltsführung	39
Zielvorgaben für die Haushaltsführung	39
Mittelfristige Haushaltsziele	40
Anforderungen an eine ergebnis- und wirkungsorientierte Haushaltsführung.....	42
1. Allgemeine Bemerkungen	43
1.1 Rechtliche Grundlagen	43
1.2 Prüfung der Jahresrechnung 2007	43
1.2.1 Systembedingte Mängel	43
1.2.2 Verrechnungsbedingte Mängel.....	45
1.2.3 Stellungnahme des BMF.....	45
1.3 Kontinuität der Rechnungsabschlüsse	46
1.4 Statistische Daten.....	46
1.5 Grundsätze der Bundeshaushaltsverrechnung und Begriffsbestimmungen	46
1.5.1 Verrechnungsverfahren	46
1.5.2 Abschlussrechnungen.....	48
1.6 Bericht des Staatsschuldenausschusses über die öffentlichen Finanzen	49
2. Gesamtwirtschaft und Finanzwirtschaft des Bundes	51
2.1 Volkswirtschaftliche Rahmenbedingungen.....	51

INHALT

	Seite
2.1.1	Verschiedene Wirtschaftsindikatoren..... 51
2.1.2	Nationaleinkommen..... 54
2.1.3	Verwendung des Güter- und Leistungsvolumens..... 55
2.2	Der Bundeshaushalt und verschiedene konjunkturpolitische Saldenrechnungen 57
2.2.1	Der Bundeshaushalt 2007 im Überblick 57
2.2.2	Konjunkturpolitische Saldenrechnungen..... 58
2.3	Der Staatshaushalt im Licht EU-rechtlicher Verpflichtungen („Maastricht-Kriterien“)..... 59
2.4	Der Österreichische Stabilitätspakt..... 66
2.5	Finanzwirtschaftliche Betrachtung des Allgemeinen Haushalts des Bundes..... 66
2.6	Fiskalische Gesamtbelastung 69
3.	Gesamtergebnisse der Haushaltsführung des Bundes 72
3.1	Rechtliche Grundlagen der Gebarung..... 73
3.1.1	Gesetzliche Grundlagen..... 73
3.1.2	Verfügungen des Bundesfinanzgesetzgebers 74
3.1.3	Ermächtigungen des Bundesministers für Finanzen 75
3.2	Gesamtergebnis der Voranschlagsvergleichsrechnung 75
3.2.1	Hauptergebnisse der Gebarung im Vergleich zum Voranschlag 75
3.2.2	Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben nach Kapiteln gegliedert..... 76
3.2.3	Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben nach Aufgabenbereichen gegliedert..... 82
3.2.4	Gliederungen der Einnahmen und Ausgaben nach verschiedenen Gesichtspunkten..... 84
3.2.4.1	Gesamtausgaben..... 84
3.2.4.2	Personalausgaben..... 84
3.2.4.3	Sachausgaben 85
3.2.4.4	Gesamteinnahmen..... 85
3.2.5	Vorjahresvergleich des Gesamthaushalts in finanzwirtschaftlicher Gliederung 86
3.3	Gesamtergebnis der Jahresbestandsrechnung..... 87
3.3.1	Allgemeines zur Darstellung des Vermögens und der Schulden sowie des Kapitalausgleichs..... 87
3.3.2	Gesamtstand des Vermögens 88
3.3.3	Gesamtstand der Schulden..... 88
3.3.4	Betriebsähnliche Einrichtungen..... 89
3.4	Gesamtergebnis der Jahreserfolgsrechnung 89
3.5	Abgang des Allgemeinen Haushalts..... 91
3.6	Ergebnis der geldwirksamen Gebarung 92
3.7	Voranschlagsabweichungen..... 94
3.7.1	Rechtliche Grundlagen der Voranschlagsabweichungen..... 94
3.7.2	Neue Ausgaben und Mehrausgaben (außer- und überplanmäßige Ausgaben) sowie Minderausgaben, Mehr- und Mindereinnahmen des Allgemeinen Haushalts..... 94
3.7.3	Voranschlagsabweichungen des Ausgleichshaushalts 95
3.7.4	Negative Verfügungsreste bei den Ausgaben-Voranschlagsansätzen..... 95
3.7.5	Überwachung von Voranschlagsansatzabweichungen 97
3.7.6	Negative Unterschiedsbeträge gemäß § 17a Abs. 5 BHG (Flexibilisierungsklausel)..... 98

	Seite
3.8	Ausfälle und Rückstände bei Einnahmen..... 99
3.8.1	Rückstände an öffentlichen Abgaben..... 99
3.8.2	Nachweis über die Abschreibungen von Forderungen und Ersatzforderungen sowie von Abgabenschuldigkeiten 100
3.9	Belastung künftiger Finanzjahre 100
3.9.1	Gesamtstand der Verpflichtungen zu Lasten künftiger Finanzjahre..... 100
3.9.2	Gesamtstand der Berechtigungen zugunsten künftiger Finanzjahre 101
3.9.3	Gesamtstand der voranschlagsverbundenen Schulden..... 101
3.9.4	Gesamtstand der voranschlagsverbundenen Forderungen..... 102
3.9.5	Leasing- und Bauträgerverpflichtungen sowie -schulden..... 103
3.10	Haushaltsrücklagen..... 104
3.11	Zahlungsflüsse im Rahmen der Mitgliedschaft zur Europäischen Union..... 105
4.	Erläuterungen der Abweichungen vom Bundesvoranschlag in der Voranschlagsvergleichsrechnung 106
4.1	Erklärung der Darstellung der ansatzweisen Erläuterungen 106
4.2	Ansatzweise Erläuterungen zu den Ausgaben und Einnahmen 109
01	Präsidentschaftskanzlei..... 109
02	Bundesgesetzgebung..... 110
03	Verfassungsgerichtshof..... 111
04	Verwaltungsgerichtshof..... 112
05	Volksanwaltschaft 112
06	Rechnungshof 113
10	Bundeskanzleramt 114
11	Inneres 116
12	Unterricht und Kultur 123
13	Kunst..... 132
14	Wissenschaft und Forschung 134
15	Soziales und Konsumentenschutz 140
16	Sozialversicherung 143
17	Gesundheit 144
19	Familie und Jugend..... 146
20	Äußeres..... 150
30	Justiz..... 152
40	Militärische Angelegenheiten 158
50	Finanzverwaltung..... 162
51	Kassenverwaltung 170
52	Öffentliche Abgaben 178
53	Finanzausgleich..... 185
54	Bundesvermögen 189

INHALT

	Seite
55 Pensionen	195
58 Finanzierungen, Währungstauschverträge	199
60 Land-, Forst- und Wasserwirtschaft	215
61 Umwelt.....	222
63 Wirtschaft und Arbeit	226
65 Verkehr, Innovation und Technologie	233
5. Erläuterungen der Veränderungen des Vermögens und der Schulden in der Jahresbestandsrechnung	241
6. Erläuterungen der Veränderungen der Aufwendungen und Erträge in der Jahreserfolgsrechnung	246
7. Bericht zur Finanzierung des Bundeshaushalts und zum Stand der Bundesschulden	253
7.1 Allgemeines.....	253
7.2 Entwicklung und Stand der gesamten Bundesschulden	253
7.2.1 Zusammensetzung und Struktur der Bundesschulden.....	253
7.2.2 Zusammensetzung und Struktur der Finanzschulden.....	254
7.2.3 Zusammensetzung der Finanzschulden nach Schuldgattungen und Währungen	256
7.2.4 Ausnützung des Ermächtigungsrahmens 2007.....	256
7.2.5 Schuldaufnahmen und Schuldtilgungen	257
7.2.6 Umwandlung von Finanzschulden.....	257
7.2.7 Finanzschulquote	258
7.3 Währungstauschverträge.....	259
7.3.1 Entwicklung und Stand der Währungstauschverträge.....	259
7.3.2 Auswirkung der Währungstauschverträge auf die Struktur der Finanzschuld	260
7.4 Zinsaufwand für die Finanzschuld.....	260
7.4.1 Entwicklung des Zinsaufwandes und des sonstigen Aufwandes.....	260
7.4.2 Verzinsungsstruktur und Restlaufzeit der Finanzschuld	261
7.5 Kreditoperationen zur Kassenstärkung	262
7.6 Rechtsträgerfinanzierung	263
8. Bericht zu den Bundeshaftungen	265
8.1 Entwicklung und Stand der Bundeshaftungen	265
8.2 Schadenszahlungen und Rückersätze aus Haftungs- übernahmen	266
9. Bericht zu den Abschlussrechnungen vom Bund verwalteter Rechtsträger	267
9.1 Allgemeines.....	267
9.2 Ausstehende Abschlussrechnungen	267
9.3 Erstmals veröffentlichte Abschlussrechnungen	268
9.4 Nachträglich veröffentlichte Abschlussrechnungen.....	268
9.5 Reservefonds für Familienbeihilfen.....	268
9.6 Agrarmarkt Austria (AMA)	269
Glossar	270



INHALT

Seite

Gliederung der voranschlagswirksamen Verrechnung	283
Verzeichnis der Abkürzungen	284

ABBILDUNGEN

Seite

Abbildung 1: Ausgewählte Daten zur Wirtschaftsentwicklung 2007	53
Abbildung 2: Entwicklung der Einkommensaggregate.....	54
Abbildung 3: Entwicklung des Nationaleinkommens.....	55
Abbildung 4: Entwicklung von Konsum und Investitionen.....	56
Abbildung 5: Steigerungsraten der Verwendungsaggregate.....	56
Abbildung 6: Öffentliches Defizit.....	61
Abbildung 7: Öffentliche Verschuldung.....	63
Abbildung 8: Defizit des Staates in % des BIP	64
Abbildung 9: Verschuldung des Staates in % des BIP.....	64
Abbildung 10: Bereinigte Ausgaben des Bundes in ökonomischer Gliederung.....	67
Abbildung 11: Steueraufkommen 2007.....	68
Abbildung 12: Bereinigte Einnahmen des Bundes in ökonomischer Gliederung	69
Abbildung 13: Abgabenquote (in % des BIP)	71
Abbildung 14: Abgang des Allgemeinen Haushalts.....	92
Abbildung 15: Ausgaben 2007 – Anteile der Budgetkapitel.....	107
Abbildung 16: Gebarungserfolg Einnahmen 2007.....	108
Abbildung 17: Finanzschuldenquote in % des BIP	258



TABELLEN

Seite

Übersicht 1: Entwicklung der fiskalischen Gesamtbelastung	70
Übersicht 2: Gesamtergebnis der Voranschlagsvergleichsrechnung	76
Übersicht 3: Entwicklung der voranschlagswirksamen Ausgaben im Gesamthaushalt.....	78
Übersicht 4: Entwicklung der voranschlagswirksamen Einnahmen im Gesamthaushalt	80
Übersicht 5: Entwicklung der Ausgaben- und Einnahmenstruktur	82
Übersicht 6: Aktiva des Bundes	88
Übersicht 7: Passiva des Bundes	89
Übersicht 8: Jahreserfolgsrechnung des Bundes Aufwendungen.....	90
Übersicht 9: Jahreserfolgsrechnung des Bundes Erträge.....	91
Übersicht 10: Entwicklung des Abgangs.....	92
Übersicht 11: Ergebnis der geldwirksamen Gebarung 2007	93
Übersicht 12: Entwicklung der Mehr- und Minderausgaben sowie der Mehr- und Mindereinnahmen des Allgemeinen Haushalts	95
Übersicht 13: Negative Verfügungsreste bei Ausgabenansätzen im Gesamthaushalt 2007	97
Übersicht 14: Zusammenstellung der nicht gedeckten Ansatzabweichungen	98
Übersicht 15: Entwicklung der fälligen Abgabenrückstände (Kapitel 52) gemäß BHG	99
Übersicht 16: Entwicklung der Verpflichtungen des Bundes.....	101
Übersicht 17: Stand der Haushaltsrücklagen.....	105
Übersicht 18: Entwicklung der Rücklagen des Bundes.....	105
Übersicht 19: Bundesschulden.....	254
Übersicht 20: Struktur der Finanzschulden	255
Übersicht 21: Finanzschuldenquote.....	258
Übersicht 22: Forderungen und Schulden aus Währungstauschverträgen	259

TABELLEN

	Seite
Übersicht 23: Zinsaufwand.....	261
Übersicht 24: Verzinsungsstruktur und Restlaufzeit.....	262
Übersicht 25: Entwicklung und Stand der Bundeshaftungen.....	265
Übersicht 26: Schadenszahlungen und Rückersätze.....	266

BAND 2: ABSCHLUSSRECHNUNGEN UND ÜBERSICHTEN ZUM BUNDESRECHNUNGSABSCHLUSS 2007

Seite

A	Voranschlagswirksame Verrechnung	
1.	Voranschlagsvergleichsrechnung in der Gliederung des Bundesvoranschlages 2007	
A.1.1	Gesamtergebnis der Voranschlagsvergleichsrechnung	11
A.1.2	Zusammenfassung der Voranschlagsvergleichsrechnung nach Gruppen und Kapiteln	12
A.1.3	Voranschlagsvergleichsrechnung in der Gliederung des Bundesvoranschlages.....	14
	Kapitel	(Ausgaben/Einnahmen)
	01 Präsidentschaftskanzlei	14/ 81
	02 Bundesgesetzgebung	15/ 82
	03 Verfassungsgerichtshof	16/ 83
	04 Verwaltungsgerichtshof	17/ 84
	05 Volksanwaltschaft	18/ 85
	06 Rechnungshof	19/ 86
	10 Bundeskanzleramt	20/ 87
	11 Inneres	23/ 89
	12 Bildung und Kultur.....	27/ 92
	13 Kunst	34/ 96
	14 Wissenschaft	36/ 97
	15 Soziales und Konsumentenschutz	39/ 99
	16 Sozialversicherung	41/100
	17 Gesundheit	42/101
	19 Familie und Jugend	45/102
	20 Äußeres	47/103
	30 Justiz	49/104
	40 Militärische Angelegenheiten	51/105
	50 Finanzverwaltung	53/106
	51 Kassenverwaltung	57/108
	52 Öffentliche Abgaben	58/110
	53 Finanzausgleich	59/112
	54 Bundesvermögen	60/113
	55 Pensionen	62/115
	58 Finanzierungen, Währungstauschverträge	63/116
	60 Land-, Forst- und Wasserwirtschaft	66/119
	61 Umwelt	71/122
	63 Wirtschaft und Arbeit	73/123
	65 Verkehr, Innovation und Technologie	77/126
2.	Gesamtübersichten zur Voranschlagsvergleichsrechnung	
A.2.1.1	Gesamtübersicht über die Ausgaben getrennt nach gesetzlichen Verpflichtungen und Ermessensausgaben	129
A.2.1.2	Gesamtübersicht über die Ausgaben getrennt nach Personal- und Sachausgaben	130

INHALT BAND 2

	Seite
A.2.1.3	Gesamtübersicht über die Sachausgaben getrennt nach erfolgswirksamen Ausgaben und bestandswirksamen Ausgaben 131
A.2.1.4	Gesamtübersicht über die Sachausgaben (Zahlungen) getrennt nach Gebarungsgruppen 132
A.2.2.1	Gesamtübersicht über die Einnahmen getrennt nach erfolgswirksamen Einnahmen und bestandswirksamen Einnahmen 133
A.2.2.2	Gesamtübersicht über die Einnahmen getrennt nach zweckgebundenen Einnahmen und sonstigen Einnahmen 134
A.2.3.1	Gesamtübersicht über die Ausgaben und Einnahmen (Zahlungen) gegliedert nach Aufgabenbereichen 135
A.2.3.2	Gesamtübersicht über die Sachausgaben (Zahlungen) gegliedert nach Gebarungsgruppen und Aufgabenbereichen 136
3.	Übersichten zur Voranschlagsvergleichsrechnung
A.3.1.1	Übersicht über die Verpflichtungen 137
A.3.1.2	Übersicht über die Verpflichtungen zu Lasten künftiger Finanzjahre getrennt nach Finanzjahren 138
A.3.2.1	Übersicht über die Schulden 139
A.3.2.2	Übersicht über die nichtfälligen Schulden getrennt nach Finanzjahren 140
A.3.3.1	Übersicht über die Berechtigungen 141
A.3.3.2	Übersicht über die Berechtigungen zu Gunsten künftiger Finanzjahre getrennt nach Finanzjahren..... 142
A.3.4.1	Übersicht über die Forderungen 143
A.3.4.2	Übersicht über die nichtfälligen Forderungen getrennt nach Finanzjahren 144
4.	Nachweise über die Abschreibungen von Forderungen
A.4.1	Nachweis über die Abschreibungen von Forderungen 145
5.	Nachweise über die Haushaltsrücklagen
A.5.1	Nachweis über die Gebarung aus zweckgebundenen Einnahmen-Rücklagen 146
A.5.2	Nachweis über die allgemeinen Rücklagen 167
A.5.3	Nachweis über die besonderen Rücklagen 173
A.5.4	Nachweis über die besonderen Einnahmen-Rücklagen (EU) 180
A.5.5	Nachweis über die besonderen Aufwendungen-Rücklagen..... 182
A.5.6	Nachweis über die Rücklagen im Rahmen der Flexibilisierungsklausel 189
A.5.7	Nachweis über die Ausgleichsrücklage 191
B	Bestands- und Erfolgsverrechnung
1.	Bestandsverrechnung
B.1	Jahresbestandsrechnung des Bundes 2007 192
2.	Gesamtübersichten zur Jahresbestandsrechnung
B.2.1	Gesamtübersicht über das Vermögen des Bundes nach Vermögensarten 193
B.2.2	Gesamtübersicht über die Schulden des Bundes nach Schuldarten 197

	Seite
3. Übersichten zur Jahresbestandsrechnung	
B.3.1 Übersicht über das unbewegliche (einschließlich in Bau befindliche) Anlagevermögen	199
B.3.2 Übersicht über die Beteiligungen des Bundes	201
B.3.3.1 Übersicht über die Rücklagen aus zweckgebundenen Einnahmen-Rücklagen	204
B.3.3.2 Übersicht über die allgemeinen Rücklagen	206
B.3.3.3 Übersicht über die besonderen Rücklagen	209
B.3.3.4 Übersicht über die besonderen Einnahmen-Rücklagen (EU)	212
B.3.3.5 Übersicht über die besonderen Aufwendungen-Rücklagen.....	213
B.3.3.6 Übersicht über die Rücklagen im Rahmen der Flexibilisierungsklausel	217
B.3.3.7 Übersicht über die Ausgleichsrücklage.....	218
4. Erfolgsverrechnung	
B.4 Jahreserfolgsrechnung des Bundes 2007	219
5. Gesamtübersichten zur Jahreserfolgsrechnung	
B.5.1 Gesamtübersicht über die Aufwendungen des Bundes nach Aufwandsarten	220
B.5.2 Gesamtübersicht über die Erträge des Bundes nach Ertragsarten	222
6. Abschlussrechnung der betriebsähnlichen Einrichtung	
B.6.1 Heeres-Land- und Forstwirtschaftsbetrieb Allentsteig	224
C Finanzierung des Bundeshaushalts; Rechtsträgerfinanzierung; Bundeshaftungen	
1. Finanzierung des Bundeshaushalts	
C.1.1 Kapitel 51 und 58 – Übersicht über den Nettoaufwand (Voranschlagsvergleichsrechnung)	225
C.1.2 Kapitel 51 und 58 – Übersicht über den Nettoaufwand (Zahlungen)	226
C.1.3 Kapitel 51 und 58 – Übersicht über den Nettoaufwand in künftigen Jahren (Schulden und Forderungen, Verpflichtungen und Berechtigungen)	227
C.2.1 Kapitel 54 und 58 – Voranschlagsvergleichsrechnung, Allgemeiner Haushalt.....	228
C.2.2 Kapitel 54 und 58 – Voranschlagsvergleichsrechnung, Ausgleichshaushalt.....	232
C.3.1.1 Übersicht über die Zinsen (Verpflichtung) für nichtfällige Finanzschulden getrennt nach Finanzjahren – Kapitel 58.....	236
C.3.1.2 Übersicht über die nichtfälligen Finanzschulden (Tilgung) getrennt nach Finanzjahren – Kapitel 58	237
C.3.2.1 Übersicht über die Zinsen (Verpflichtung) für nichtfällige Schulden aus Währungstauschverträgen getrennt nach Finanzjahren – Kapitel 58	238
C.3.2.2 Übersicht über die nichtfälligen Schulden (Tilgung) aus Währungstauschverträgen getrennt nach Finanzjahren – Kapitel 58	239
C.3.3.1 Übersicht über die Zinsen (Berechtigung) für nichtfällige Forderungen aus Währungstauschverträgen getrennt nach Finanzjahren – Kapitel 58	240
C.3.3.2 Übersicht über die nichtfälligen Forderungen aus Währungstauschverträgen getrennt nach Finanzjahren – Kapitel 58.....	241

INHALT BAND 2

	Seite	
C.3.4.1	Übersicht über sonstige nichtfällige Verpflichtungen getrennt nach Finanzjahren – Kapitel 58.....	242
C.3.5.1	Übersicht über sonstige nichtfällige Berechtigungen getrennt nach Finanzjahren – Kapitel 58.....	243
C.3.5.2	Übersicht über sonstige nichtfällige Forderungen getrennt nach Finanzjahren – Kapitel 58.....	244
C.4	Nachweis über die Gebarung des Ausgleichshaushalts.....	245
C.5.1	Nachweis über Konversionen von Finanzschulden und Währungstauschverträgen ...	267
C.5.2	Nachweis über Aufnahmen von Finanzschulden und Währungstauschverträgen gemäß § 65b Abs. 3 Z 1 lit. c BHG.....	269
C.6.1	Übersicht über die Finanzschulden – Kapitel 58.....	271
C.6.2	Übersicht über die Schulden aus Währungstauschverträgen – Kapitel 58	281
C.6.3	Übersicht über die Forderungen aus Währungstauschverträgen – Kapitel 58	284
C.7.1.1	Übersicht über die Entwicklung der Finanzschuld im Jahr 2007 – Kapitel 58.....	288
C.7.1.2	Übersicht über die Entwicklung der Finanzschuld in fremder Währung im Jahr 2007 – Kapitel 58	290
C.7.1.3	Übersicht über die Entwicklung der Finanzschuld in der jeweiligen Fremdwährung im Jahr 2007 – Kapitel 58	294
C.7.2.1	Übersicht über die Entwicklung der Schulden aus Währungstauschverträgen im Jahr 2007 – Kapitel 58	298
C.7.2.2	Übersicht über die Entwicklung der Schulden aus Währungstauschverträgen in fremder Währung im Jahr 2007 – Kapitel 58	300
C.7.2.3	Übersicht über die Entwicklung der Schulden aus Währungstauschverträgen in der jeweiligen Fremdwährung im Jahr 2007 – Kapitel 58	302
C.7.3.1	Übersicht über die Entwicklung der Forderungen aus Währungstauschverträgen im Jahr 2007 – Kapitel 58	304
C.7.3.2	Übersicht über die Entwicklung der Forderungen aus Währungstauschverträgen in fremder Währung im Jahr 2007 – Kapitel 58	306
C.7.3.3	Übersicht über die Entwicklung der Forderungen aus Währungstauschverträgen in der jeweiligen Fremdwährung im Jahr 2007 – Kapitel 58	310
2.	Rechtsträgerfinanzierung	
K56.C.1.1	Übersicht über den Nettoaufwand (Voranschlagsvergleichsrechnung).....	314
K56.C.1.2	Übersicht über den Nettoaufwand (Zahlungen)	315
K56.C.1.3	Übersicht über den Nettoaufwand in künftigen Jahren (Schulden und Forderungen, Verpflichtungen und Berechtigungen).....	316
K56.C.2.1	Voranschlagsvergleichsrechnung, Allgemeiner Haushalt.....	317
K56.C.2.2	Voranschlagsvergleichsrechnung, Ausgleichshaushalt	319
K56.C.3.1.1	Übersicht über die Zinsen (Verpflichtung) für nichtfällige Rechtsträgerschulden getrennt nach Finanzjahren	321
K56.C.3.1.2	Übersicht über die nichtfälligen Rechtsträgerschulden (Tilgung) getrennt nach Finanzjahren	322

	Seite
K56.C.3.2.1 Übersicht über die Zinsen (Berechtigung) für nichtfällige Forderungen an Rechtsträger getrennt nach Finanzjahren	323
K56.C.3.2.2 Übersicht über die nichtfälligen Forderungen an Rechtsträger getrennt nach Finanzjahren	324
K56.C.3.3.1 Übersicht über die Zinsen (Verpflichtungen) für nichtfällige Schulden aus Währungstauschverträgen getrennt nach Finanzjahren	325
K56.C.3.3.2 Übersicht über die nichtfälligen Schulden (Tilgung) aus Währungstauschverträgen getrennt nach Finanzjahren	326
K56.C.3.4.1 Übersicht über die Zinsen (Berechtigung) für nichtfällige Forderungen aus Währungstauschverträgen getrennt nach Finanzjahren	327
K56.C.3.4.2 Übersicht über die nichtfälligen Forderungen aus Währungstauschverträgen getrennt nach Finanzjahren	328
K56.C.3.5.1 Übersicht über sonstige nichtfällige Verpflichtungen getrennt nach Finanzjahren	329
K56.C.3.6.1 Übersicht über sonstige nichtfällige Berechtigungen getrennt nach Finanzjahren	330
K56.C.4 Nachweis über die Gebarung des Ausgleichshaushalts.....	331
K56.C.5 Nachweis über Aufnahmen von Rechtsträgerschulden gemäß § 65c Abs. 2 BHG.....	336
K56.C.6.1 Übersicht über die Rechtsträgerschulden	337
K56.C.6.2 Übersicht über die Forderungen an Rechtsträger.....	339
K56.C.6.3 Übersicht über die Schulden aus Währungstauschverträgen	340
K56.C.6.4 Übersicht über die Forderungen aus Währungstauschverträgen	342
K56.C.7.1.1 Übersicht über die Entwicklung der Rechtsträgerschuld im Jahr 2007	344
K56.C.7.1.2 Übersicht über die Entwicklung der Rechtsträgerschuld in fremder Währung im Jahr 2007	346
K56.C.7.1.3 Übersicht über die Entwicklung der Rechtsträgerschuld in der jeweiligen Fremdwährung im Jahr 2007	348
K56.C.7.2.1 Übersicht über die Entwicklung der Forderungen an Rechtsträger im Jahr 2005.....	350
K56.C.7.2.2 Übersicht über die Entwicklung der Forderungen an Rechtsträger in fremder Währung im Jahr 2007.....	352
K56.C.7.2.3 Übersicht über die Entwicklung der Forderungen an Rechtsträger in der jeweiligen Fremdwährung im Jahr 2007	354
K56.C.7.3.1 Übersicht über die Entwicklung der Schulden aus Währungstauschverträgen im Jahr 2007	356
K56.C.7.3.2 Übersicht über die Entwicklung der Schulden aus Währungstauschverträgen in fremder Währung im Jahr 2007	358
K56.C.7.3.3 Übersicht über die Entwicklung der Schulden aus Währungstauschverträgen in der jeweiligen Fremdwährung im Jahr 2007	360
K56.C.7.4.1 Übersicht über die Entwicklung der Forderungen aus Währungstauschverträgen im Jahr 2007	362
K56.C.7.4.2 Übersicht über die Entwicklung der Forderungen aus Währungstauschverträgen in fremder Währung im Jahr 2007	364
K56.C.7.4.3 Übersicht über die Entwicklung der Forderungen aus Währungstauschverträgen in der jeweiligen Fremdwährung im Jahr 2007	366



INHALT BAND 2

	Seite
3. Bundeshaftung	
C.8.1 Übersicht über die Entwicklung der Bundeshaftungen im Jahr 2007.....	368
C.8.2.1 Übersicht über die Entwicklung der Bundeshaftungen in heimischer Währung im Jahr 2007.....	369
C.8.2.2 Übersicht über die Entwicklung der Bundeshaftungen in fremder Währung im Jahr 2007.....	370
C.8.2.3 Übersicht über die Entwicklung der nach Fremdwährungen aufgegliederten Bundeshaftungen im Jahr 2007.....	371
C.8.2.4 Übersicht über die Entwicklung der nach Fremdwährungen zusammengefassten Bundeshaftungen im Jahr 2007.....	372
C.8.3 Nachweis der Bundeshaftungen	373
D Abschlussrechnungen vom Bund verwalteter Rechtsträger (wenn nicht anders vermerkt, für das Jahr 2007)	
1. Parlamentsdirektion	
D.1.1 Nationalfonds der Republik Österreich für Opfer des Nationalsozialismus	382
D.1.2 Allgemeiner Entschädigungsfonds für Opfer des Nationalsozialismus	384
D.1.3 Margaretha-Lupac-Stiftung für Parlamentarismus und Demokratie	386
2. Bundeskanzleramt	
D.2.1 Österreichisches Filminstitut	388
D.2.2 Bundesanstalt Statistik Österreich.....	390
D.2.3 Künstler Sozialversicherungsfonds	392
D.2.4 Zukunftsfonds der Republik Österreich	394
D.2.5 Künstlerhilfe - Fonds (für das Jahr 2006)	396
D.2.6 Künstlerhilfe - Fonds.....	398
3. Bundesministerium für Inneres	
D.3.1 Wiener Stadterweiterungsfonds	400
D.3.2 Gendarmeriejubiläumsfonds 1949	402
D.3.3 Wohlfahrtsfonds der Bundespolizei	404
D.3.4 Österreichischer Integrationsfonds.....	406
D.3.5 Unterstützungsinstitut der Bundespolizei.....	408
D.3.6 Wohlfahrtsfonds für die Exekutive des Bundes	410
4. Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur	
D.4.1 Stiftung Theresianische Akademie	412
D.4.2 Kunsthistorisches Museum mit Museum für Völkerkunde und Österreichischem Theatermuseum Wien.....	414
D.4.3 Österreichische Nationalbibliothek.....	416

	Seite
D.4.4	Naturhistorisches Museum Wien..... 418
D.4.5	ERP-Fonds 420
D.4.6	Albertina 422
D.4.7	MAK – Österreichisches Museum für angewandte Kunst 424
D.4.8	Technisches Museum Wien mit Österreichischer Mediathek 426
D.4.9	Österreichische Galerie Belvedere 428
D.4.10	Museum Moderner Kunst Stiftung Ludwig Wien 430
5.	Bundesministerium für Soziales und Konsumentenschutz
D.5.1	Ausgleichstaxfonds 432
D.5.2	Unterstützungsfonds für Menschen mit Behinderung..... 434
D.5.3	Kriegsopfer- und Behindertenfonds..... 436
D.5.4	Erzbischof Ladislaus von Pyrker- und Erzherzog Albrecht-Gasteiner Badestiftung; Kurhaus Ferdinand Hanusch 438
D.5.5	Fonds zur besonderen Hilfe für Widerstandskämpfer und Opfer der politischen Verfolgung – Hilfsfonds 440
D.5.6	Härteausgleichsfonds 442
6.	Bundesministerium für Gesundheit, Familie und Jugend
D.6.1	In-Vitro-Fertilisationsfonds 444
D.6.2	Bundesgesundheitsagentur (für das Jahr 2006) 446
D.6.3	Privatkrankenanstalten-Finanzierungsfonds (für das Jahr 2006) 448
D.6.4	Reservefonds für Familienbeihilfen 450
D.6.5	Bundesstelle für Sektenfragen 452
7.	Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten
D.7.1	Auslandsösterreicher Fonds 454
D.7.2	Diplomatische Akademie Wien..... 456
8.	Bundesministerium für Landesverteidigung
D.8.1	Vereinigte Altösterreichische Militärstiftungen 458
9.	Bundesministerium für Finanzen
D.9.1	Finanzmarktaufsichtsbehörde 460
D.9.2	Österreichische Bundesfinanzierungsagentur 462
D.9.3	Buchhaltungsagentur des Bundes (für das Jahr 2006) 464
10.	Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft
D.10.1	Agrarmarkt Austria 466
D.10.2	Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds 468



INHALT BAND 2

	Seite
11. Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit	
D.11.1 Arbeitsmarktservice Österreich	470
D.11.2 Insolvenz-Ausfallgeld-Fonds	472
D.11.3 Bundeswohnbaufonds	474
12. Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie	
D.12.1 Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung	476
E Tabellen zur Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung 2007	
1. Wirksame Ausgaben und Einnahmen des Bundes nach Abzug der Gebarung der erwerbswirtschaftlichen Verwaltungszweige	
E.1 Gesamtübersicht über die wirksamen Ausgaben und Einnahmen nach ökonomischen und funktionellen Gesichtspunkten	478
2. Wirksame Ausgaben und Einnahmen des Bundes – Gesamtgebarung nach der Gliederung des Bundesvoranschlages	
E.2.1 Gesamtübersicht der wirksamen Ausgaben und Einnahmen nach ökonomischen Gesichtspunkten	479
E.2.2 Gesamtübersicht der Gesamtausgabengebarung nach ökonomischen Gesichtspunkten	480
E.2.3 Aufgliederung der Instandhaltungsausgaben	481
E.2.4 Aufgliederung der Bruttoinvestitionen	482
E.2.5.1 Aufgliederung der Investitionsförderung (Kapitaltransfers)	483
E.2.5.2 Aufgliederung der Investitionsförderung (Darlehen)	484
E.2.6.1 Aufgliederung der Vermögensgebarung (Ausgaben)	485
E.2.6.2 Aufgliederung der Vermögensgebarung (Einnahmen)	486
E.2.7.1 Aufgliederung der Ausgaben an andere Stellen des öffentlichen Sektors	488
E.2.7.2 Aufgliederung der Einnahmen von anderen Stellen des öffentlichen Sektors	489
Gliederung der voranschlagswirksamen Verrechnung	490
Verzeichnis der Abkürzungen	491

Die österreichische Wirtschaft entwickelte sich im Jahr 2007 wie im Vorjahr zu den Annahmen und auch im internationalen Vergleich sehr gut. Die reale Wachstumsrate lag über drei Prozent, die Arbeitslosigkeit ging zurück. Der Leistungsbilanzsaldo verbesserte sich gegenüber dem Vorjahr, die Inflationsrate stieg auf über zwei Prozent.

Im Finanzjahr 2007 wurden im Allgemeinen Haushalt des Bundesvoranschlages Ausgaben von 69,575 Mrd. EUR und Einnahmen von 65,713 Mrd. EUR und somit ein Abgang von 3,862 Mrd. EUR veranschlagt. Die tatsächlichen Ausgaben lagen um 2,757 Mrd. EUR und die tatsächlichen Einnahmen um 3,750 Mrd. EUR höher, woraus sich ein endgültiger Abgang von 2,870 Mrd. EUR ergab. Er lag somit um 0,992 Mrd. EUR unter dem veranschlagten Betrag. Die Nettofinanzschulden des Bundes stiegen auf 157,301 Mrd. EUR.

Das öffentliche Defizit des Staates laut ESVG 95 sank von 3,858 Mrd. EUR auf 1,459 Mrd. EUR (0,5 % des BIP); die Verschuldung des Staates stieg um 1,872 Mrd. EUR auf 161,328 Mrd. EUR (59,6 % des BIP). Die Einnahmenquote betrug 25,3 % und Ausgabenquote 26,3 %.

Im Hinblick auf die Schere zwischen Einnahmenquote und Ausgabenquote, die Verschuldung des Staates (161,328 Mrd. EUR), die Belastungen zukünftiger Finanzjahre (104,832 Mrd. EUR) sowie den Stand der Haftungen (85,138 Mrd. EUR) hält der RH strukturelle Konsolidierungsmaßnahmen für unbedingt erforderlich, um eine nachhaltige Budgetsänierung zu erreichen.

Kurzfassung

Allgemeine Bemerkungen

In erster Linie dient der Bundesrechnungsabschluss (BRA) als Grundlage zur Ausübung der Kontrollrechte des Nationalrates. Er dokumentiert das Ergebnis der Gebarung des Bundes.

Der BRA stellt die Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage des Bundes und der von ihm verwalteten Rechtsträger dar und gibt insbesondere Auskunft über den Stand der Bundesschulden. Bestandteile des BRA sind die Voranschlagsvergleichsrechnung, die Erfolgsrechnung, die Vermögens- und Schuldenrechnungen sowie die Abschlussrechnungen der vom Bund verwalteten Rechtsträger und Erläuterungen.

Während der erste Band in einem Textteil die Grundlagen und Erläuterungen zum BRA enthält, sind im zweiten Band, dem Zahlenteil, die Abschlussrechnungen und tabellarischen Übersichten dargestellt.

KURZFASSUNG

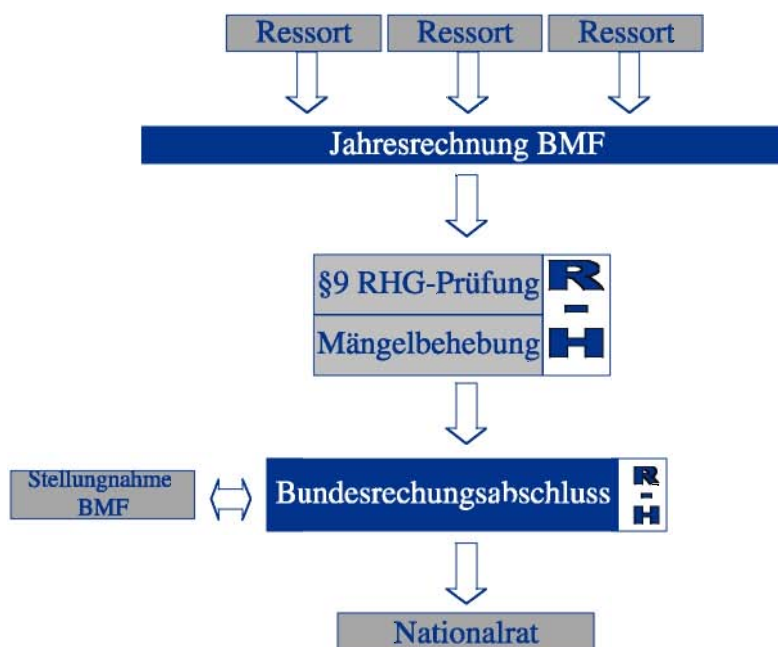


Im BRA 2007 wurde statistisches Datenmaterial mit dem Stand Juli 2008 berücksichtigt. Allenfalls für frühere Jahre vorzunehmende Revisionen und Aktualisierungen von Zahlenwerten wurden dabei berücksichtigt. Dadurch können sich Abweichungen gegenüber den im BRA 2006 enthaltenen Daten ergeben.

Prüfung der Jahresrechnungen und Erstellung des BRA (siehe TZ 1.2)

Die einzelnen Ressorts haben nach Ablauf jedes Finanzjahres entsprechend einem vom Bundesminister für Finanzen festgesetzten Terminplan über ihre gesamte budgetmäßige Einnahmen- und Ausgabebebarung Jahresrechnungen zu erstellen. Die gesammelten Jahresrechnungen übermittelt das Bundesministerium für Finanzen an den Rechnungshof (RH).

Dieser prüft gemäß § 9 Rechnungshofgesetz 1948 die Richtigkeit der Daten für den BRA sowie die Gesetzmäßigkeit des Budgetvollzugs. Gefundene Mängel werden dabei im unmittelbaren Kontakt zwischen RH und rechnungslegender Stelle behoben. Aufgrund dieser korrigierten Daten erstellt der RH den BRA.



Der BRA wird dem Bundesminister für Finanzen zur Stellungnahme (Frist: drei Wochen) übermittelt. Eine allfällige Stellungnahme wird in den BRA eingearbeitet. Gemäß § 9 Absatz 1 Rechnungshofgesetz 1948

ist bis spätestens 30. September des folgenden Finanzjahres der BRA dem Nationalrat zur Behandlung vorzulegen. Im Nationalrat wird der BRA zunächst im Budgetausschuss beraten und sodann im Rahmen eines Bundesgesetzes genehmigt.

Im Gegensatz dazu verfasst der Staatsschuldenausschuss einen jährlichen Bericht, dessen grundsätzliche Zielsetzung sich auf die Einschätzung zur finanzpolitischen Lage einschließlich Analysen über volkswirtschaftlichen Auswirkungen der Finanzoperationen der öffentlichen Haushalte in Österreich sowie hierauf gegründete Empfehlungen des Staatsschuldenausschusses bezieht.

Gesamtwirtschaft (siehe TZ 2)

Die österreichische Wirtschaft entwickelte sich im Jahr 2007 ähnlich gut wie im Vorjahr. Die reale Wachstumsrate lag über drei Prozent, Arbeitslosigkeit und Leistungsbilanzsaldo verbesserten sich gegenüber dem Vorjahr. Die Inflationsrate stieg auf über zwei Prozent.

Die Maastricht-Defizitquote des Staates sank von 1,5 % auf 0,5 %, der Schuldenstand unterschritt die Referenzmarke von 60 % des BIP.

Die Erreichung des Stabilitätsziels eines über den Konjunkturzyklus ausgeglichenen Haushalts wird für den laufenden Zyklus unwahrscheinlich. Der RH empfahl strukturelle Konsolidierungsmaßnahmen, die auch zur Erfüllung der EU-Ratsforderung (Stellungnahme vom 4. März 2008 zum aktualisierten Stabilitätsprogramm 2007 – 2010) nach einer Beschleunigung der Budgetkonsolidierung erforderlich wären. Der Rat führte in seiner Stellungnahme aus: „Die dauerhafte Konsolidierung der öffentlichen Finanzen wird auch von einer Neuordnung der Finanzbeziehungen zwischen den verschiedenen Staatsebenen abhängen, die gegenwärtig zu komplex und undurchsichtig sind.“

Im Hinblick auf die Schere zwischen Einnahmenquote 25,3 % (2006: 25,3 %) und Ausgabenquote 26,3 % (2006: 27,0 %), die Verschuldung des Staates (161,328 Mrd. EUR), die Belastungen zukünftiger Finanzjahre (104,832 Mrd. EUR) sowie den Stand der Haftungen (85,138 Mrd. EUR) hält der RH strukturelle Konsolidierungsmaßnahmen für unbedingt erforderlich – dies umfasst eine strikte Ausgabendisziplin aller Gebietskörperschaften, um eine nachhaltige Budgetsanierung zu erreichen.

Diese strukturellen Konsolidierungsmaßnahmen erfordern auch eine umfassende Verfassungs- und Verwaltungsreform sowie eine Haushaltsreform unter Einbeziehung aller Gebietskörperschaften und eine Zusammenführung von Finanzierungs- und Aufgabenverantwortung im Rah-

KURZFASSUNG



men der Finanzausgleichsverhandlungen, um nachhaltige Maßnahmen zur Senkung der Ausgaben und Einnahmen zu ermöglichen.

Volkswirtschaftliche Rahmenbedingungen (siehe TZ 2.1)

Der Bundesvoranschlag für 2007 wurde auf der Grundlage einer nominalen Wachstumsrate der österreichischen Wirtschaft von 4,4 % erstellt.

Nach den bisherigen Ergebnissen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (Stand: Juli 2008) belief sich das Brutto-Inlandsprodukt 2007 zu laufenden Preisen auf 270,837 Mrd. EUR und erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr (257,294 Mrd. EUR) um nominell 5,3 %. Die Wachstumsrate lag damit um 0,9 % über der bei der Erstellung des Bundesvoranschlags angenommenen Wachstumsrate.

Die im § 2 des Bundeshaushaltsgesetzes (BHG) als Ziele der Haushaltsführung und zugleich als Erfordernisse eines gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichtes angeführten Indikatoren (hoher Beschäftigungsstand, hinreichend stabiler Geldwert, Sicherung des Wachstumspotentials sowie Wahrung des außenwirtschaftlichen Gleichgewichts) zeigen für 2007 gegenüber dem Vorjahr folgende Entwicklungen:

	Gegenüberstellung	
	2006	2007
BIP-Wachstum real („Sicherung des Wachstumspotentials“)	+ 3,4 %	+ 3,1 %
Inflationsrate („hinreichend stabiler Geldwert“)	+ 1,5 %	+ 2,2 %
Arbeitslosenquote	6,8 %	6,2 %
Arbeitslosenquote nach EUROSTAT	4,7 %	4,4 %
Unselbständig Beschäftigte („hoher Beschäftigtenstand“)	+ 1,7 %	+ 2,1 %
Leistungsbilanzsaldo (absolut)	+ 6,29 Mrd.EUR	+ 8,76 Mrd.EUR
Leistungsbilanzsaldo (im Verhältnis zum BIP) („Wahrung des außenwirtschaftlichen Gleichgewichts“)	+ 2,4 %	+ 3,2 %

Quellen: AMS; WIFO; Statistik Austria.

KURZFASSUNG



meinen Haushalts unter Berücksichtigung der Rücklagenzuführungen in Höhe von 1,9 Mrd. EUR um etwa 1,5 Mrd. EUR verringert werden.

Zusammengefasst zeigt der Bundeshaushalt für 2006 und 2007 folgende Ergebnisse:

	BRA	BVA	BRA	Veränderung	Abweichung
	2006	2007	2007	BRA	BVA : BRA
	Mrd. EUR	Mrd. EUR	Mrd. EUR	2006 : 2007	2007
				%	%
Allgemeiner Haushalt:					
Ausgaben	70,561	69,575	72,332	+ 2,5	+ 4,0
Einnahmen	66,145	65,713	69,462	+ 5,0	+ 5,7
Saldo (= Abgang)	- 4,416	- 3,862	- 2,870	- 35,0	- 25,7
Ausgleichshaushalt:					
Ausgaben	39,090	87,530	57,130	+ 46,2	- 34,7
Einnahmen	43,506	91,392	60,000	+ 37,9	- 34,3
Saldo (= Überschuss)	+ 4,416	+ 3,862	+ 2,870	- 35,0	- 25,7

Saldenrechnungen (siehe TZ 2.2.2)

Der Abgang des Allgemeinen Haushalts hat dem Überschuss des Ausgleichshaushalts zu entsprechen, um den Ausgleich im Gesamthaushalt herstellen zu können. Er kann für die ökonomische Beurteilung der Budgetpolitik wegen der Außerachtlassung längerfristig wirksamer Gesichtspunkte als Saldo nicht allein herangezogen werden.

Bereinigt man den Saldo des Allgemeinen Haushalts („administrativen Saldo“) um die vermögenswirksamen Transaktionen, so erhält man den BIP-relevanten Saldo. Dieser Vorgangsweise liegt die Vorstellung zugrunde, dass die vermögenswirksamen Transaktionen, das heißt die Ausgaben für den Vermögenserwerb und die Einnahmen aus Vermögensveräußerungen, zu einer zeitlichen Verschiebung von Ausgaben und Einnahmen führen und folglich saldenneutral wirken.

Der Primärsaldo des Bundes wiederum bringt vom Saldo des Allgemeinen Haushalts die Ausgaben für den Zinsendienst in Abzug und kann als Indikator der Auswirkungen der aktuellen Finanzpolitik auf künftige Haushalte angesehen werden. Er ermöglicht dadurch Rückschlüsse auf die längerfristige Stabilität der Budgetentwicklung.



KURZFASSUNG

	BRA 2006	BRA 2007
	Mrd. EUR	Mrd. EUR
Saldo laufender Transaktionen	+ 2,187	+ 3,862
Investitionen und Kapitaltransfers (netto)	- 6,193	- 5,570
BIP-relevanter Saldo	- 4,006	- 1,708
Saldo vermögenswirksamer Transakt. und Rücklagenzuführg. (netto)	- 0,411	- 1,162
Saldo Allgemeiner Haushalt (= „administrativer Saldo“)	- 4,416	- 2,870
Zinsen (abzüglich Swap-Zins-Einnahmen)	+ 7,952	+ 8,068
Primärsaldo des Bundes	+ 3,536	+ 5,199

Der Primärsaldo des Bundes verbesserte sich im Jahr 2007 um 1,663 Mrd. EUR auf 5,199 Mrd. EUR.

Stand der gesamten Bundesschulden und der Finanzschulden (siehe TZ 7)

Der Stand der Bundesschulden betrug zum Jahresende 2007 insgesamt 184,899 Mrd. EUR (2006: 185,165 Mrd. EUR), davon entfielen auf die Finanzschulden 157,508 Mrd. EUR (2006: 154,593 Mrd. EUR). Unter Berücksichtigung der Verbindlichkeiten und Forderungen aus Währungstauschverträgen erreichten die Nettofinanzschulden ein Ausmaß von 157,301 Mrd. EUR (2006: 155,285 Mrd. EUR) (siehe TZ 7.2).

Außerhalb des Bundeshaushaltes ist auf die Schuldenstände des ÖBB-Konzerns und des ASFINAG-Konzerns hinzuweisen. Die Konzernjahresabschlüsse 2007 mussten erstmals nach den Bestimmungen der International Financial Reporting Standards (IFRS) aufgestellt werden, ebenso wie das Jahr 2006 als Vergleichsjahr.¹ Demnach weist der ÖBB-Konzern zum 31. Dezember 2007 lang- und kurzfristiges Fremdkapital in Summe von 12,509 Mrd. EUR (2006: 10,538 Mrd. EUR) aus, wobei gegenüber 2006 eine Steigerung von 19 % zu verzeichnen ist. In der Konzernbilanz der ASFINAG ergeben lang- und kurzfristige Schulden zusammen 10,651 Mrd. EUR (2006: 10,878 Mrd. EUR), wobei die Differenz gegenüber 2006 einer Verminderung um 2 % entspricht (Quellen: Geschäftsbericht 2007 des ÖBB-Konzerns, Geschäftsbericht des ASFINAG Konzerns 2007) (siehe TZ 7.7).

¹ Aufgrund der Abweichungen der IFRS gegenüber den nationalen Rechnungslegungsvorschriften (Unternehmensgesetzbuch - UGB) ergeben sich Differenzen zu den im BRA 2006 ausgewiesenen Beträgen.

KURZFASSUNG

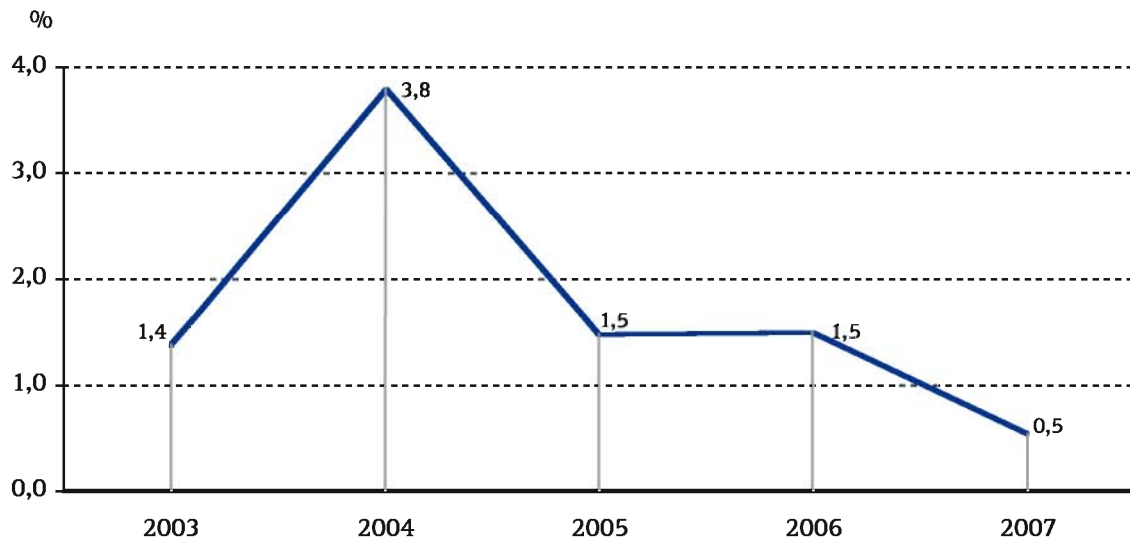
**Maastricht-Kriterien (siehe TZ 2.3)**

Nach Artikel 104 des EG-Vertrages haben die Mitgliedstaaten übermäßige öffentliche Defizite zu vermeiden und Haushaltsdisziplin zu wahren. Referenzwerte dafür sind eine Defizitquote unter drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts und eine Staatsschuldenquote unter 60 Prozent des BIP. Die entsprechenden Berechnungen sind nach dem Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995) durchzuführen, das von der Darstellung nationaler Rechnungsabschlüsse abweicht.

Mit der Maastricht-Notifizierung im Frühjahr 2008 wurde nachträglich der im Jahr 2004 vorgenommene Erlass der ÖBB-Schulden in der Höhe von 6,100 Mrd. EUR von EUROSTAT als defizitwirksam angesehen. Dadurch änderte sich der Wert des Defizits im Jahr 2004.

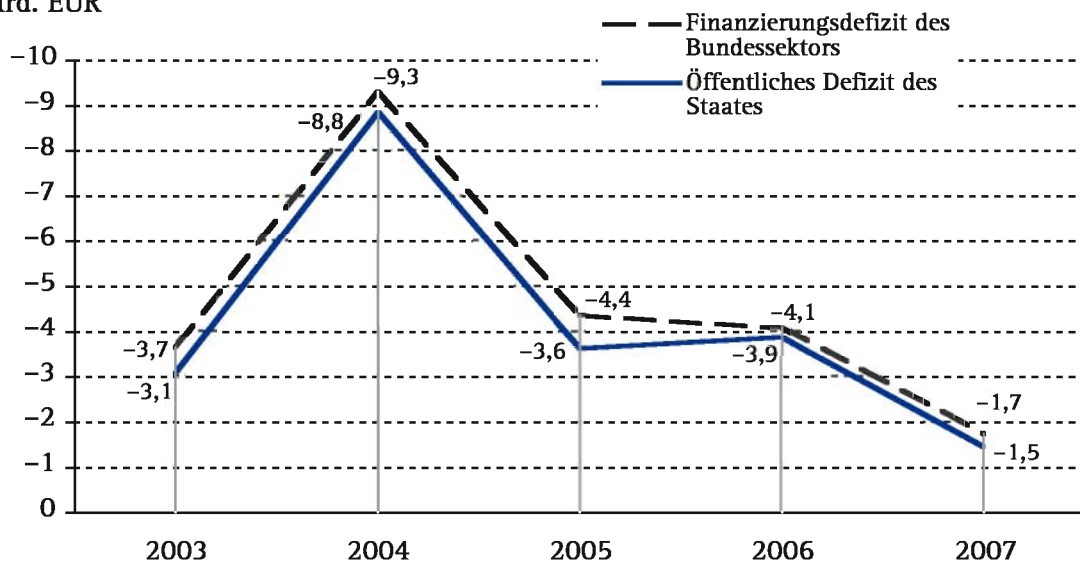
	2003	2004	2005	2006	2007
	Mrd. EUR				
Finanzierungsdefizit des Bundes laut ESVG 95	- 3,425	- 9,343	- 4,222	- 3,995	- 1,685
Finanzierungsdefizit des Bundessektors laut ESVG 95	- 3,651	- 9,316	- 4,356	- 4,084	- 1,747
Finanzierungssaldo der Landesebene laut ESVG 95	+ 0,318	+ 0,327	+ 0,313	- 0,303	- 0,015
Finanzierungssaldo der Gemeindeebene laut ESVG 95	+ 0,390	+ 0,367	+ 0,485	+ 0,532	+ 0,603
Finanzierungssaldo der Sozialversicherung laut ESVG 95	- 0,129	- 0,203	- 0,057	- 0,003	- 0,300
Öffentliches Defizit des Staates laut ESVG 95	- 3,072	- 8,825	- 3,614	- 3,858	- 1,459
Bruttoinlandsprodukt	223,3	232,8	244,5	257,3	270,8
Öffentliches Defizit des Staates in % des BIP	-1,4	-3,8	-1,5	-1,5	-0,5

Defizit des Staates in % des BIP



Öffentliches Defizit

Mrd. EUR



Quelle: Statistik Austria (Stand April 2008, BIP: Juli 2008).

KURZFASSUNG



Verschuldung des Staates

Im Jahr 2007 unterschritt die Maastricht-Schuldenquote die Referenz-Marke von 60 % des BIP. Im Jahr 2006 lag sie mit 62 % des BIP über dem Referenzwert.

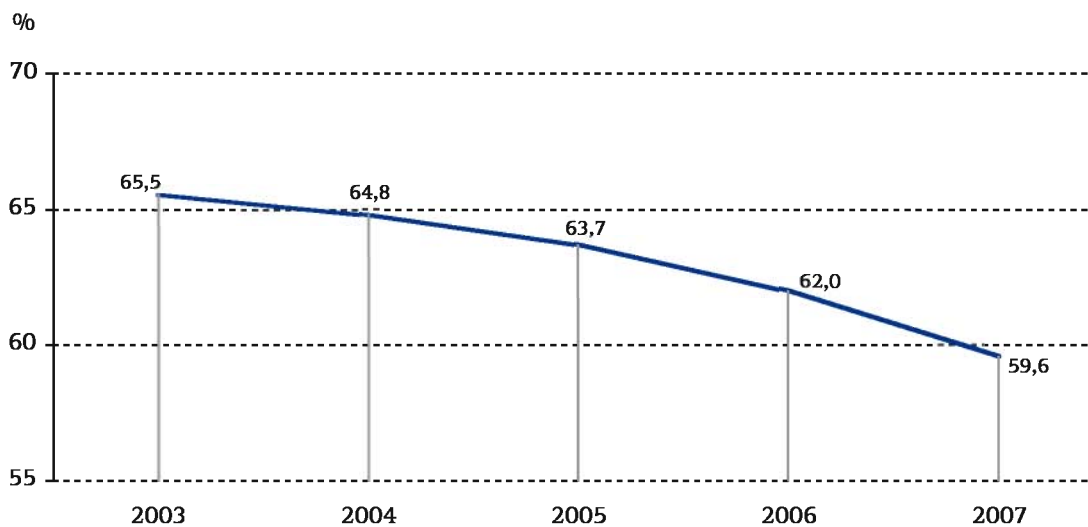
	2003	2004	2005	2006	2007
	Mrd. EUR				
Verschuldung des Bundes*)	136,0	144,9	151,3	155,3	157,3
- Eigene Bundestitel	9,1	9,3	10,0	10,0	9,9
- Bundesanleihen im Besitz von Bundesfonds	2,5	2,4	2,0	2,0	2,0
+ Verschuldg. Bundesfonds**), ausgegl. Bundeseinheiten	0,8	0,6	0,2	0,2	0,2
+ Finanzierungen des Bundes für Dritte	11,9	6,6	6,0	5,5	4,9
+ Kredittranchen Eurofighter***)		0,5	0,6	0,8	0,7
- Intergovernmentale Forderungen des Bundessektors	1,5	1,9	3,8	4,5	4,6
Verschuldung des Bundessektors	135,4	138,9	142,3	145,2	146,6
Verschuldung der Länder ohne Wien	5,0	5,7	6,8	7,6	8,5
Verschuldung der Gemeinden mit Wien	4,6	4,8	4,8	4,7	4,7
Verschuldung der Sozialversicherungsträger	1,2	1,4	1,8	1,9	1,5
Verschuldung des Staates	146,3	150,8	155,7	159,5	161,3
Bruttoinlandsprodukt	223,3	232,8	244,5	257,3	270,8
	in % des BIP				
Verschuldung des Staates	65,5	64,8	63,7	62,0	59,6

*) Finanzschulden des Bundes lt. BRA, zuzügl. Swap-Schulden, abzügl. Swap-Forderungen (= "Nettofinanzschulden").

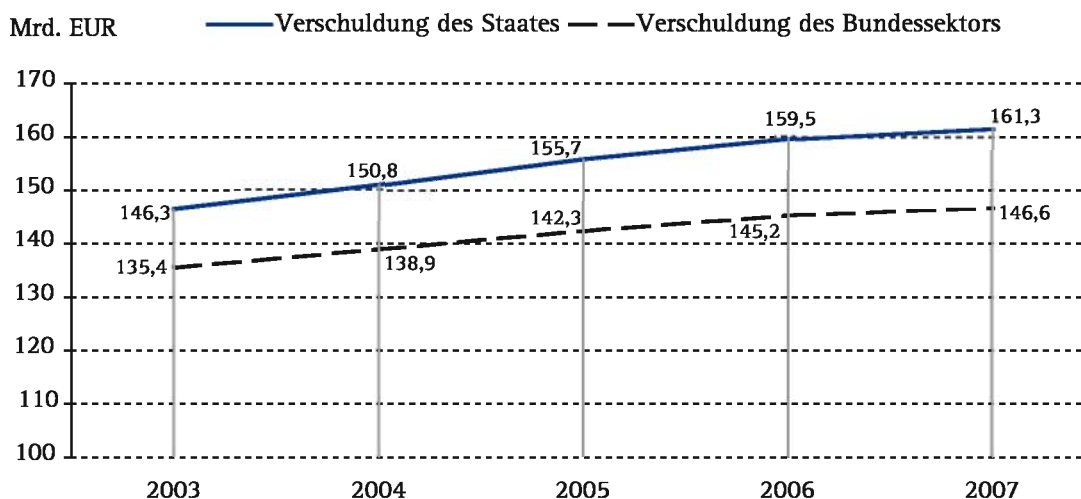
**) Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds, Bundeswohnbaufonds und IESG-Fonds (abzüglich Bundesdarlehen).

***) Diese Position wurde innerstaatlich nicht als Schuld, sondern lediglich als Verpflichtung verrechnet.

Verschuldung des Staates in % des BIP



Öffentliche Verschuldung



Quelle: Statistik Austria. Stand April 2008, BIP: Juli 2008.

Österreichischer Stabilitätspakt (TZ 2.4)

Der Österreichische Stabilitätspakt 2005 regelt die Haushaltsdisziplin der Gebietskörperschaften in den Jahren 2005 bis 2008.

Für das Jahr 2007 lag bei Drucklegung des BRA der Bericht der Statistik Austria über die Haushaltsergebnisse noch nicht vor. Aus den Zahlen der Maastricht-Notifikation Ende März 2008 ergibt sich, dass Bund und Ge-

KURZFASSUNG



meinden ihre vorgesehenen Stabilitätsbeiträge erbracht haben, während die Länder ihr Stabilitätsziel für 2007 verfehlt haben dürften.

Der Österreichische Stabilitätspakt 2005 hätte ursprünglich bis zum Jahresende 2008 laufen sollen. Dabei war für 2008 das gemeinsame Erreichen eines ausgeglichenen Haushalts der Gebietskörperschaften vereinbart. Im Herbst des Jahres 2007 wurde ein neuer Stabilitätspakt zwischen den Gebietskörperschaften geschlossen, der das Ziel des ausgeglichenen Haushalts in das Jahr 2010 hinausschob.

Abgabenquote / Fiskalische Gesamtbelastung (siehe TZ 2.6)

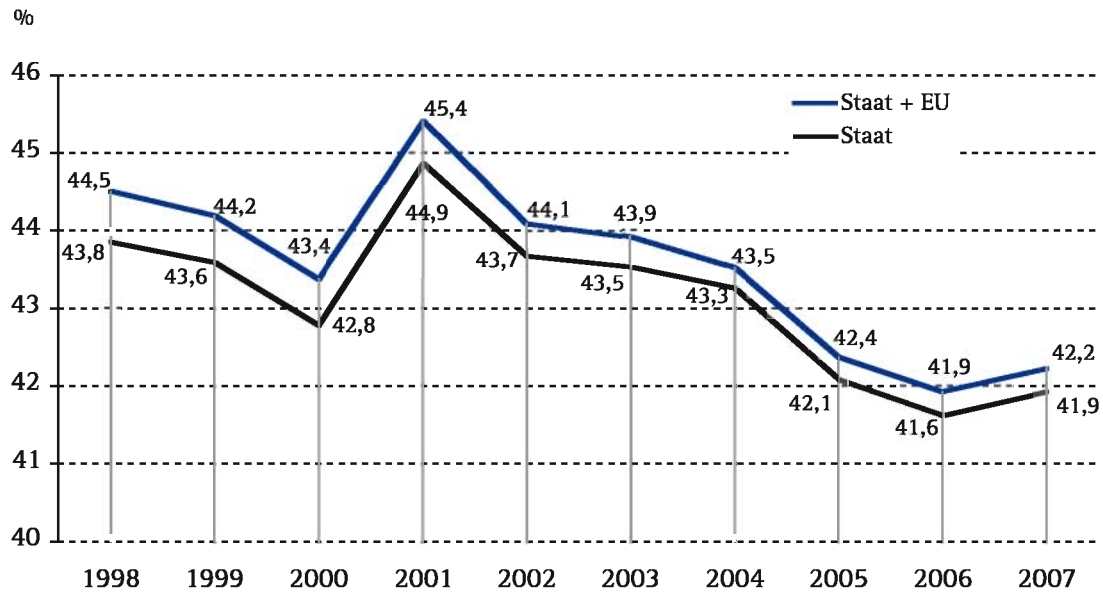
Gemessen am Brutto-Inlandsprodukt belief sich der Anteil der Abgaben aller Gebietskörperschaften und der abgabenähnlichen öffentlichen Einnahmen (wie Kammerumlagen, Beiträge an die Träger der Sozialversicherung und Fonds) 2007 auf 41,9 % (2006: 41,6 %).

Die Darstellung der Quote nach der OECD-Steuerliste, die für zwischenstaatliche Vergleiche besser geeignet ist, zeigt einen Anstieg von 41,8 % (2006) auf 42,1 % (2007).

Wie aus der Tabelle ersichtlich, war im Jahr 2007 ein Anstieg der Abgabenquote festzustellen.

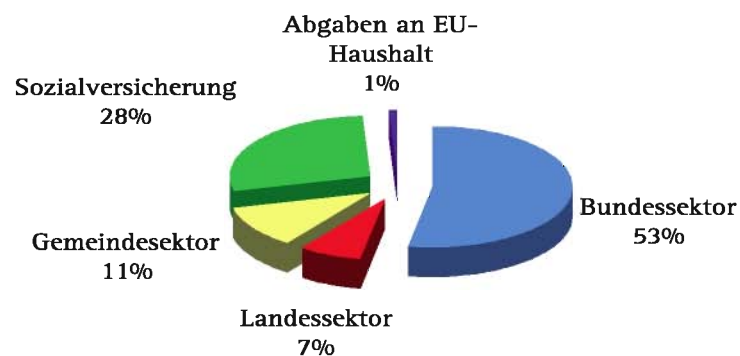
Bezeichnung	Abgaben (Steuern und tatsächliche Sozialbeiträge) ¹⁾									
	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007
	in Millionen EUR									
Bundessektor	43.553	44.968	46.363	51.464	51.648	52.904	54.491	54.988	56.862	60.506
Landessektor	6.622	6.717	6.869	7.161	7.052	6.888	7.183	7.303	7.677	8.240
Gemeindesektor	10.010	10.227	10.497	11.056	10.729	10.558	11.015	11.241	11.837	12.647
Sozialversicherung	23.499	24.387	25.045	25.653	26.148	26.854	28.014	29.340	30.694	32.142
Staat (Summe)	83.685	86.300	88.773	95.333	95.577	97.203	100.702	102.872	107.069	113.535
EU-Institutionen ²⁾	1.246	1.176	1.245	1.139	920	873	602	700	785	815
Staat + EU (Summe)	84.931	87.475	90.019	96.472	96.497	98.077	101.304	103.572	107.854	114.349
Bruttoinlandsprodukt (BIP)	190.851	197.979	207.529	212.499	218.848	223.302	232.782	244.453	257.294	270.837
Abgaben in % des BIP										
Staat (Summe)	43,8'	43,6'	42,8'	44,9'	43,7'	43,5'	43,3'	42,1'	41,6'	41,9'
Staat + EU (Summe)	44,5'	44,2'	43,4'	45,4'	44,1'	43,9'	43,5'	42,4'	41,9'	42,2'
Anmerkungen:										
1) Daten laut Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995), Stand: April 2008, BIP Juli 2008.										
2) Produktions- und Importabgaben an die Institutionen der EU: Mehrwertsteuer, Zölle und Importabgaben (einschließlich an der nicht-österreichischen Außengrenze des EU-Binnenmarktes eingehobene Importabgaben), Zuckerabgabe.										
OECD-Steuerliste										
in Mill. EUR	84.626	87.174	89.722	96.174	96.270	97.833	101.082	103.362	107.635	114.151
in % des BIP	44,3	44,0	43,2	45,3	44,0	43,8	43,4	42,3	41,8	42,1

Abgabenquote (in % des BIP)



Quellen: Statistik Austria (Berechnungsstand April 2008, BIP: Juli 2008). Berechnungsstand der Steuereinnahmen der OECD: Juni 2008.

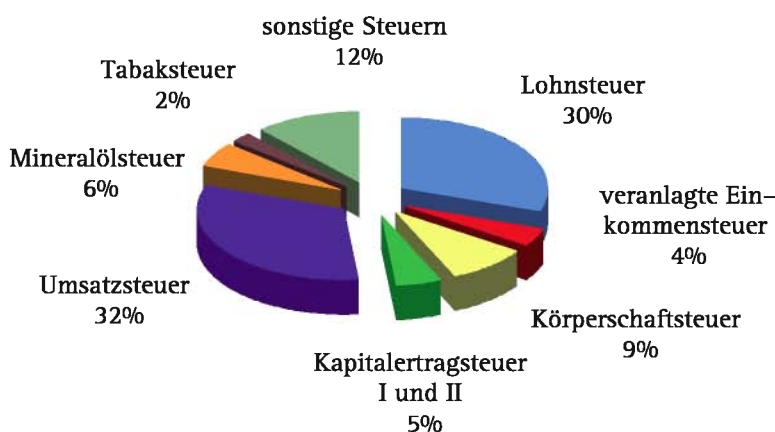
Abgaben (Steuern und tatsächliche Sozialbeiträge) 2007



KURZFASSUNG



Steueraufkommen 2007



Das Steueraufkommen erbrachte 2007 Gesamteinnahmen von brutto 64,695 Mrd. EUR (+ 7,1 % gegenüber 2006). Dabei stammten ca. 90 % der Einnahmen aus lediglich acht der über hundert in Österreich bestehenden Steuerarten.

Personalausgaben / Sachausgaben (siehe TZ 3.2.4.2 und TZ 3.2.4.3)

Die Personalausgaben in der Höhe von 11.066,46 Mill. EUR im Jahr 2007 erhöhten sich gegenüber 2006 (10.845,16 Mill. EUR) um 221,30 Mill. EUR.

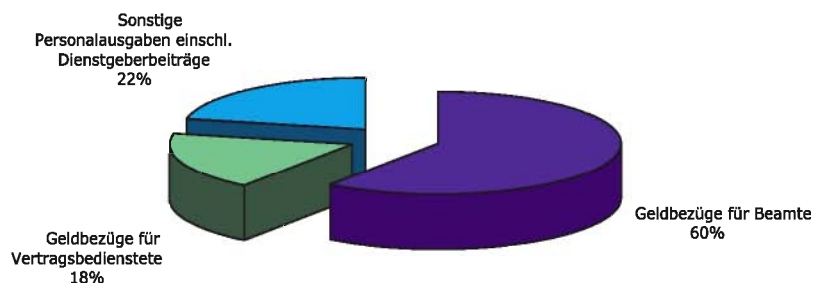
Die Personalausgaben verteilen sich auf Aktiv- und Pensionsbezüge 2006 und 2007 annähernd gleich.

	2007 Mill. EUR	2007 %	2006 %
Davon entfielen auf:			
Aktivbezüge	8.004,51	72,3	72,3
Pensionen	3.061,95	27,7	27,7

Die Aktivbezüge setzen sich wie folgt zusammen:

Geldbezüge für Beamte	4.804,46	60,0	60,1
Geldbezüge für Vertragsbedienstete	1.472,35	18,4	17,8
Sonstige Personalausgaben einschl. Dienstgeberbeiträge	1.727,70	21,6	22,1

Aktivbezüge 2007



Die Sachausgaben umfassten im Gesamthaushalt (= Allgemeiner Haushalt und Ausgleichshaushalt) 118.395,88 Mill. EUR. Im Vergleich zum Jahr 2006 (98.805,87 Mill. EUR) stiegen sie um 9.510,01 Mill. EUR.

Gliederung

	2007 Mill. EUR	2007 %	2006 %
- nach der Auswirkung auf das Bundesvermögen:			
Erfolgswirksame Ausgaben	58.488,94	49,4	58,0
Bestandswirksame Ausgaben	59.906,94	50,6	42,0

KURZFASSUNG



- nach dem Grad der Bindung an gesetzliche Grundlagen:			
Ausgaben aufgrund gesetzlicher Verpflichtungen	33.610,23	28,4	35,5
Ermessensausgaben	84.785,65	71,6	64,5
- nach Gebarungsgruppen:			
Anlagen	387,66	0,3	0,4
Förderungen	4.221,75	3,6	4,5
Übrige Sachausgaben (Aufwendungen) des Allgemeinen Haushalts	56.656,04	47,9	55,5
Sachausgaben (Aufwendungen) des Ausgleichshaushalts	57.130,43	48,2	39,6

(Einzelheiten zu den Sachausgaben sind in Band 2, Tabellen A.2.1.3 und A.2.1.4 dargestellt.)

Abgabenrückstände (siehe TZ 3.8.1)

Von den 2007 auf Abgabekonten ausgewiesenen Rückständen (7.203,33 Mill. EUR) entfallen 6.773,33 Mill. EUR auf fällige Forderungen und 430,01 Mill. EUR auf nichtfällige Forderungen.

Von den bei den Finanzämtern und Zollämtern zum 31. Dezember 2007 bestehenden fälligen Abgabenrückständen waren zu diesem Stichtag 2.755,11 Mill. EUR in Vollstreckung. Bei Abgabenrückständen in Höhe von 3.294,33 Mill. EUR war die Einhebung bzw. Einbringung gemäß den §§ 212a und 231 Bundesabgabenordnung ausgesetzt. Für 283,70 Mill. EUR waren zu diesem Stichtag Ansuchen um Zahlungserleichterungen angemerkelt bzw. bewilligt. Vom Gesamtrückstand entfielen 890,88 Mill. EUR auf Insolvenzverfahren.

Entwicklung der fälligen Abgabenrückstände (Kapitel 52) gemäß BHG

Bezeichnung	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007
	in Millionen EUR									
Einkommen- und Vermögensteuern	2.009,40	2.166,30	2.285,20	2.275,31	2.457,06	2.497,65	2.545,49	2.528,66	2.700,29	2.664,95
Umsatzsteuern	2.588,75	2.726,25	2.923,06	2.785,91	3.060,56	2.948,82	2.833,60	2.769,27	2.895,60	2.948,30
Einfuhrabgaben	65,84	73,54	89,40	97,25	92,63	113,40	115,40	118,10	124,05	122,77
Verbrauchssteuern	111,00	128,34	139,15	161,99	167,60	209,01	236,21	217,53	229,93	376,10
Stempel- und Rechtsgebühren	124,71	126,81	117,80	117,60	114,17	112,23	114,94	113,49	111,50	59,11
Verkehrssteuern	78,34	72,96	82,10	84,34	100,66	100,14	89,51	92,29	93,97	104,22
Nebenanprüche und Resteingänge weggefallener Abgaben	485,02	517,58	539,94	535,02	561,66	620,99	428,74	426,98	466,22	497,89
Gesamtsumme Kapitel 52	5.463,10	5.811,70	6.176,71	6.057,51	6.554,33	6.602,24	6.363,88	6.266,40	6.621,61	6.773,33

Entwicklung der Guthaben von Abgabepflichtigen										
Bezeichnung	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007
Guthaben	988,93	1.101,65	1.264,22	1.368,20	1.563,10	1.264,54	1.185,12	1.058,49	1.331,79	1.292,74

Belastung künftiger Finanzjahre (siehe TZ 3.9)

Die Verpflichtungen zu Lasten künftiger Finanzjahre stiegen 2007 auf 104.629,77 Mill. EUR (2006: 89.880,02 Mill. EUR). Der größte Teilbetrag von 87.149,94 Mill. EUR entfiel auf die Verzinsung der Finanzschuld, von Währungstauschverträgen und auf sonstige Aufwendungen des Budgetkapitels 58 in künftigen Jahren. Der Gesamtstand an Verpflichtungen zum Jahresende 2007 – unter Einschluss der aus dem Finanzjahr 2007 offen gebliebenen Verpflichtungen in der Höhe von 202,37 Mill. EUR – betrug 104.832,15 Mill. EUR (2006: 90.034,79 Mill. EUR), wobei die Verpflichtungen in den Bereichen Finanzschuld und Finanzierungsinstrumente am stärksten gestiegen waren. Weiters kamen 2007 Finanzierungsverpflichtungen gegenüber den Universitäten von rund vier Mrd. EUR hinzu.

Entwicklung der Verpflichtungen des Bundes

Bezeichnung	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007
	in Millionen EUR (Index 1998 = 100)									
Verpflichtungen des Bundes	58.448,29 (100)	64.827,51 (111)	69.923,40 (120)	64.281,39 (110)	64.027,28 (110)	71.519,02 (122)	70.858,74 (121)	82.795,77 (142)	90.034,79 (154)	104.832,15 (179)

KURZFASSUNG



Rücklagen (siehe TZ 3.10)

Gemäß den gesetzlichen Bestimmungen wurden Rücklagen gebildet, deren Bezeichnung und Entwicklung der folgenden Übersicht entnommen werden kann.

Bezeichnung	Stand der Haushaltsrücklagen						Schließlicher Stand 2007
	Anfänglicher Stand 2007	Entnahmen	Auflösungen Verringerung in Millionen EUR		Zuführungen		
Zweckgebundene Einnahmen-Rücklage	611,82	- 70,32	-	3,99	+ 328,05	865,57	
Allgemeine Rücklage	314,18	- 73,46	-	13,62	+ 134,19	361,29	
Besondere Rücklage	2.193,11	- 180,41	-	525,12	+ 679,89	2.167,47	
Besondere Einnahmen-Rücklage (EU)	160,58	- 4,22	-	-	+ 3,49	159,85	
Besondere Aufwendungen-Rücklage	259,83	- 19,98	-	9,24	+ 65,99	296,60	
Rücklagen im Rahmen der Flexibilisierungsklausel	15,42	- 4,62	-	0,12	+ 9,44	20,13	
Ausgleichsrücklage	155,14	-	-	-	+ 678,73	833,86	
Summe	3.710,09	- 353,02	-	552,09	+ 1.899,78	4.704,76	

Bezeichnung	Entwicklung der Rücklagen des Bundes									
	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007
	in Millionen EUR									
Haushaltsrücklagen	2.359,18	2.152,39	2.428,20	3.715,57	4.298,76	3.083,11	3.163,86	3.443,19	3.710,09	4.704,76

EU-Gebarung (siehe TZ 3.11)

Einer projektbezogenen Verrechnung der EU-Mittel, die eine leichtere Nachvollziehbarkeit gewährleisten würde, trägt die derzeitige Verrechnung (z.B. Bruttovorfinanzierung) oft nicht Rechnung. Die Meldungen der einzelnen Ressorts für die Erstellung des BRA, die einerseits Zahlungen zwischen dem Bundeshaushalt und den EU-Haushalten sowie andererseits die im Zusammenhang mit der österreichischen EU-Mitgliedschaft entstandenen Einnahmen und Ausgaben enthalten, werden diesem Ansatz nicht gerecht. Eine derartige ressortweise Darstellung der EU-Mittelflüsse steht so nicht zur Verfügung, wird aber in Zusammenarbeit zwischen dem BMF und dem RH angestrebt.

Eine gesamthafte Darstellung der Zahlungsflüsse im Rahmen der EU-Mitgliedschaft erfolgt überdies im EU-Finanzbericht des RH, zuletzt Bund 2007/7.

Zinsen (siehe TZ 7.4.1)

Im Finanzjahr 2007 waren für die Verzinsung der Finanzschulden 7,942 Mrd. EUR und für Aufgeld und sonstige Aufwendungen für Finanzschulden 0,628 Mrd. EUR (z.B. für Provisionen und Emissionsverluste) an Ausgaben zu leisten. Die Zahlungen (8,570 Mrd. EUR) überschritten den veranschlagten Rahmen von 7,655 Mrd. EUR um 0,915 Mrd. EUR.

Diesen Aufwendungen standen Einnahmen aus Stückzinsen und Zinseinnahmen aus dem im Bundesbesitz befindlichen Anleihen von 0,688 Mrd. EUR sowie Emissionsgewinne und sonstige Einnahmen von insgesamt 0,514 Mrd. EUR gegenüber (zusammen 1,202 Mrd. EUR). Der Saldo der Einnahmen und Ausgaben der Währungstauschverträge ergab einen Überschuss von 0,611 Mrd. EUR. Daraus ergab sich für 2007 ein Nettozinsaufwand von 6,757 Mrd. EUR.

Bundeshaftungen (siehe TZ 8.1)

Haftungen, die vom Bundesminister für Finanzen aufgrund gesetzlicher Ermächtigungen übernommen wurden, gelten als Eventualverbindlichkeiten des Bundes, dem dabei die Rechtsstellung eines Bürgen oder eines Garanten zukommt (siehe Band 2, Tabelle C.8.3). Desgleichen haftet der Bund aufgrund § 1 Abs. 2 und Abs. 4 des Postsparkassengesetzes 1969 i.d.g.F. für die bis 31. Dezember 2000 eingegangenen Verbindlichkeiten der Österreichischen Postsparkasse.

Entwicklung und Stand der Bundeshaftungen

	2003	2004	2005	2006	2007
	in Milliarden EUR				
Anfangsbestand	56,605	57,856	61,849	67,704	73,250
Zugang	12,417	15,823	22,914	26,738	33,906
Abgang	- 10,287	- 11,696	- 17,021	- 20,867	- 21,839
Kurswertänderung	- 0,879	- 0,134	- 0,038	- 0,325	- 0,179
Endbestand	57,856	61,849	67,704	73,250	85,138
davon in heimischer Währung	40,102	43,698	46,327	52,649	66,682
davon in Fremdwährung	17,754	18,151	21,377	20,601	18,456
Haftungen gemäß § 1 Abs 2 und 4 des Postsparkassengesetzes	6,101	5,645	5,315	4,359	3,732

Zum Jahresende 2007 betrug der Stand an vertraglich übernommenen Bundeshaftungen 85,138 Mrd. EUR (2006: 73,250 Mrd. EUR); das ent-

KURZFASSUNG



spricht einem Zugang im Jahresabstand um 16,2 %. Die Veränderung im Gesamtstand der Bundeshaftungen ergab sich aus Zugängen aus Haftungsübernahmen von 33,906 Mrd. EUR und durch Verminderungen von 21,839 Mrd. EUR, die auf die Bezahlung der Haftungsschuld bzw. das vertragsmäßige Erlöschen der Haftung ohne Inanspruchnahme zurückzuführen sind.

EINFLÜSSE DER HAUSHALTSRECHTSREFORM AUF DEN BUNDESRECHNUNGSABSCHLUSS

Mittelfristige Planung der Haushaltsführung

Zur Verankerung der mittelfristigen Planung und Steuerung in der Haushaltsführung sieht die Haushaltsrechtsreform einen verbindlichen Ausgabenrahmen durch das (jährlich zu beschließende) Finanzrahmengesetz jeweils für eine vierjährige Zeitperiode vor. Die zahlreichen Bundesfinanzgesetze haben sich innerhalb dieser Grenzen zu bewegen. Die im Finanzrahmen vorgesehenen Ausgabenobergrenzen werden ab 2009 auf hoch aggregierter Ebene – den Rubriken – wirksam. Insgesamt fünf Rubriken sollen die Bereiche Recht und Sicherheit (Rubrik 1), Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie (Rubrik 2), Bildung, Forschung, Kunst und Kultur (Rubrik 3), Wirtschaft, Infrastruktur und Umwelt (Rubrik 4) sowie Kassa und Zinsen (Rubrik 5) abdecken.

Ab 2013 werden Wirkungen und Leistungen in das Budget integriert. Dadurch soll nachvollziehbar werden, welche Ergebnisse mit den Mitteln des Bundes erzielt werden. Durch die Einführung der Doppik und der Wirkungsorientierung sowie einer Kosten- und Leistungsrechnung soll das Rechnungswesen des Bundes den Entscheidungsträgern in Politik und Verwaltung bessere Informationen liefern.

Die mittelfristige Planung der Haushaltsführung wird in den Bundesrechnungsabschluss aufgenommen werden. Dies ermöglicht, die Umsetzung der zukünftigen Finanz- und Sachziele in einem mehrjährigen zeitlichen Rahmen darzustellen und Änderungen in den Zielsetzungen aufzuzeigen.

Zielvorgaben für die Haushaltsführung

In Art. 13 B-VG² sind die drei maßgeblichen Zielbestimmungen für die Haushaltsführung³ festgelegt, welche Bund, Länder und Gemeinden in koordinierter Weise anzustreben haben. Dabei handelt es sich um

- das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht: Dieses umfasst ein ausgewogenes Wirtschaftswachstum, Preisstabilität, eine wettbewerbsfähige soziale Marktwirtschaft, Vollbeschäftigung und sozialen Fortschritt sowie ein hohes Maß an Umweltschutz und Verbesserung der Umweltqualität.
- nachhaltig geordnete öffentlichen Haushalte: Diese Zielsetzung fokussiert die Ausrichtung der Budgetpolitik auf eine Haushaltsführung, die mittel- bis langfristig ohne erhebliche Gegensteuerungsmaßnahmen aufrechterhalten werden kann. Damit nicht vereinbar wären ei-

² Art. 13 B-VG i.d.F. BGBl. I Nr. 1/2008

³ Die Bezeichnung „Haushaltsführung“ umfasst die Budgetplanung und -erstellung sowie den –vollzug, weiters die Gebarungskontrolle.

HAUSHALTSRECHTSREFORM



ne unangemessen hohe öffentliche Verschuldung sowie erhebliche öffentliche Defizite über einen längeren Zeitraum.

- die tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männer im Rahmen der Haushaltsführung.

Diese Ziele werden in Hinkunft für die Beurteilung der mittelfristigen Planung der Haushaltsführung sowie der jeweiligen Planungsdokumente maßgebend sein.

Mittelfristige Haushaltsziele

(1) Im Gegensatz zu der geltenden Rechtslage, die keinen verbindlichen mittelfristigen Finanzrahmen kennt, werden ab 2009 als Grundlage für die mittelfristigen Haushaltsziele ein gesetzlicher Finanzrahmen und ein Strategiebericht vorliegen.

Derzeit sind die mittelfristigen Haushaltsziele (August 2008) im

- Budgetprogramm vom Juli 2007 für den Zeitraum 2007 bis 2010,
- Stabilitätsprogramm vom November 2007 für den Zeitraum 2007 bis 2010 und
- Österreichischen Stabilitätspakt 2008, gültig bis 2013,

enthalten.

Als mittelfristige Perspektive für die Haushaltsführung enthalten das Budgetprogramm und das Stabilitätsprogramm folgende Zielsetzungen:

- 1) Erreichen eines ausgeglichenen gesamtstaatlichen Haushalts bis 2010;
- 2) Forcieren von Investitionen in den Bereichen Forschung und Entwicklung, Infrastruktur, Bildung, Universitäten und Soziales für mehr Wachstum und Beschäftigung (zukunftsichernde Ausgaben) sowie
- 3) Fortsetzung der Strukturreformen im Bereich der öffentlichen Verwaltung, der Wettbewerbspolitik und des Arbeitsmarktes.

(2) Das derzeit aktuelle Budgetprogramm und das Stabilitätsprogramm weisen unter Berufung auf das Regierungsprogramm bestimmte Sachbereiche als prioritär aus, für die im Zeitraum 2007 bis 2010 zusätzliche Ausgaben⁴ im Vergleich zu 2006 vorgesehen sind.

⁴ Ausgaben mit zusätzlichen budgetären Wirkungen, Offensivprogramm



HAUSHALTSRECHTSREFORM

Dabei handelt es sich um folgende Mehrausgaben:

	2007	2008	2009	2010	Summe
	in Mill. EUR				
Wachstum und Beschäftigung	50	100	250	400	800
Bildung	50	145	180	200	575
Universitäten (Globalbudgets)	172	197	222	n.v.	591
Universitäten (Generaloffensive)					500
Soziale Absicherung	185	260	340	400	1.185
Umwelt- und Energiefonds	50	150	150	150	500
Infrastruktur (Finanzierung durch Bundesbudget)	60	120	120	120	420
Infrastruktur (außerbudgetär)					11.000
davon					
Schiene	1.522	1.615	1.644	1.636	6.417
Straße	1.175	1.199	1.214	1.022	4.610

Die vorgesehenen Mehrausgaben sind nur teilweise mit Zielen bzw. Wirkungen verknüpft. Damit verbundene quantifizierte Zielfestlegungen sowie Indikatoren, an Hand derer die Zielerreichung überprüft bzw. der Wirkungseintritt evaluiert werden könnte, fehlen jedoch. In den Planungsprogrammen werden lediglich Maßnahmen dargestellt, etwa in Bezug auf Bildung, Forschung oder Soziale Absicherung, darunter die Senkung der Klassenschülerhöchstzahl, die bedarfsorientierte Mindestsicherung oder der Mindestlohn von 1.000 EUR.

Die Finanzierung der Mehrausgaben soll überwiegend durch Ausgabeneinsparungen, in geringerem Umfang durch Mehreinnahmen, wie die Erhöhung der Mineralölsteuer, erfolgen. Einsparungen sollen vorwiegend durch die Verringerung von Personal im öffentlichen Dienst und durch Verwaltungsreformmaßnahmen erzielt werden:

- Einsparungen von insgesamt 1.464 Planstellen gegenüber 2006; Lehrer nicht betroffen;
- Überstundenvergütungen, Journaldienstzulagen, Sonn- und Feiertagsvergütungen werden gegenüber dem Erfolg 2006 bis 2008 um 10 % gesenkt;
- im Rahmen der Verwaltungsqualitätsoffensive werden alle Bundesministerien ersucht, konkrete Projektvorschläge auszuarbeiten;
- das 2004 begonnene Projekt "Service im Bund" zur Reorganisation der Supportleistungen im Bund soll abgeschlossen werden;
- im Rahmen der Budgetverhandlungen 2007 und 2008 wurden zwischen dem BMF und den Bundesministerien konkrete Maßnahmen vereinbart, die bilateral oder vom jeweiligen BM intern umgesetzt werden;
- das Ziel, die Verwaltungskosten für Unternehmen aus bundesrechtlichen Informationsverpflichtungen um 25% bis 2010 zu senken, wird auch zu einer Reduktion des Verwaltungsaufwandes beim Bund führen.

HAUSHALTSRECHTSREFORM



- umfassende Verwaltungsreform mit dem Ziel, die Verwaltung zu modernisieren und die öffentlichen Aufgaben zwischen Bund und Ländern effizient neu zu ordnen.

Anforderungen an eine ergebnis- und wirkungsorientierte Haushaltsführung

In den derzeit aktuellen Programmen für die mittelfristige Haushaltsplanung ist nur das Finanzziel – die Erreichung eines ausgeglichenen Bundeshaushalts bis 2010 – klar formuliert. Bei den Sachmaterien, wie etwa der Bildung, werden Mehrausgaben festgelegt, die damit angestrebten Ziele und Wirkungen gehen aus den Planungsprogrammen nicht eindeutig hervor. Zudem fehlen Indikatoren, die zur Messung der Zielerreichung erforderlich sind.

Die zur Finanzierung der Mehrausgaben vorgesehenen jährlichen Einsparungen werden in den Planungsprogrammen nicht ausreichend klar dargestellt.

Für die mittelfristige Planung im Rahmen der Ziele der Haushaltsführung ergibt sich aus der Sicht des RH im Wesentlichen folgender Verbesserungsbedarf:

Quantifizierbarkeit und Messbarkeit der Ziele im Hinblick auf die Zielerreichung;

- Verknüpfung der Ziele mit effektivitätsorientierten Indikatoren;
- Darstellung der Zielhierarchie;
- Festlegung eines Zeithorizonts für die Zielerreichung;
- Verknüpfung von Input (Mittelleinsatz) und Outcome (Ziele und Wirkungen);
- Zuordnung der Verantwortlichkeiten im Hinblick auf die Einhaltung der Zielvorgaben.

Angesichts der Bedeutung der mittelfristigen Planung der Haushaltsführung wird der RH in Zukunft ausgewählte Themen aus der mittelfristigen Planung der Haushaltsführung der Folgejahre überprüfen. Vorgesehene Einsparungsmaßnahmen sollen im Hinblick auf ihre Realisierung evaluiert werden. Ergebnisse daraus werden auch in den Bundesrechnungsabschluss einfließen.

1. ALLGEMEINE BEMERKUNGEN

1.1 Rechtliche Grundlagen

Der RH legt gemäß Art. 121 Abs. 2 des Bundes-Verfassungsgesetzes und gemäß § 9 Abs. 1 des Rechnungshofgesetzes 1948 (RHG) i.d.g.F. den von ihm verfassten BRA für das Jahr 2007 zur verfassungsmäßigen Behandlung vor. Der gemäß § 9 Abs. 2 RHG vorzulegende Nachweis über den Stand der Bundesschulden ist darin enthalten (TZ 7.).

Der BRA enthält gemäß § 98 BHG, BGBl. Nr. 213/1986, i.d.g.F., die Voranschlagsvergleichsrechnung in der Gliederung des Bundesvoranschlags, die Jahresbestandsrechnung und die Jahreserfolgsrechnung des Bundes. Der Textteil des BRA (= Band 1: Bericht zum BRA) wurde vom RH angefertigt. Der Zahlenteil (= Band 2: Abschlussrechnungen und Übersichten) wurde vom Bundesministerium für Finanzen (BMF) im Wege der Bundesrechenzentrum GmbH unter Berücksichtigung der vom RH veranlassten Richtigstellungen erstellt und durch die vom RH geprüften Abschlussrechnungen der vom Bund verwalteten Rechtsträger vervollständigt.

Der vom RH verfasste BRA wurde gemäß § 9 Abs. 1 RHG dem Bundesminister für Finanzen zur Stellungnahme übermittelt. Der Bundesminister für Finanzen hat zu nachstehender TZ 1.2, Prüfung der Jahresrechnung 2007, eine Stellungnahme abgegeben (siehe TZ 1.2.3).

Die Bilanz sowie die Gewinn- und Verlustrechnung der betriebsähnlichen Einrichtung, die Abschlussrechnungen der vom Bund verwalteten Rechtsträger sowie ein Nachweis der Bundeshaftungen sind gesondert dargestellt (siehe Band 2, Tabellen B.6 und C.8 sowie Tabellen des Abschnittes D).

1.2 Prüfung der Jahresrechnung 2007

Der RH hat im Zusammenhang mit der Verfassung des Bundesrechnungsabschlusses gemäß § 9 RHG eine stichprobenweise Überprüfung der Verrechnungsaufschreibungen und Belege durchzuführen.

Dieser Verpflichtung kam der RH im ersten Halbjahr 2008 durch die Prüfung von neun Kapiteln der vorgelegten Jahresrechnungen bei der Buchhaltungsagentur des Bundes (BHAG) sowie den zuständigen haushaltsleitenden Organen nach.

Dabei stellte der RH insbesondere fest:

1.2.1 Systembedingte Mängel

IT-Schnittstellen

Der RH stellte unzulässige Differenzbeträge sowie Überschreitungen der im Bundesfinanzgesetz festgeschriebenen Ansätze ohne gesetzliche Grundlage fest. Gründe dafür lagen in der fehlerhaf-

ALLGEMEINE BEMERKUNGEN

ten Verbuchung von Personalausgaben bzw. in einer mangelhaften Überleitung der Daten der Personalverrechnung (PM-SAP) in die Haushaltsverrechnung (HV-SAP).

Der RH empfahl dem BMF,

- eine Prüfung der Schnittstelle zwischen den betroffenen IT-Applikationen durchzuführen sowie
- ablauforganisatorische und programmtechnische Vorkehrungen zu treffen, sodass in Zukunft keine ungenehmigten Überschreitungen der Ansätze des Bundesfinanzgesetzes erfolgen können.

Informationssysteme

Die in der Bundesverwaltung in Gebrauch stehenden Informationssysteme, die einen Überblick über die Gebarung des Bundes geben, nämlich das Budget-Verrechnung-Informationssystem (BVI) und das Haushaltsinformationssystem des Bundes (HIS), wiesen unterschiedliche Salden hinsichtlich der Höhe der Rücklagen aus. Dies lag offensichtlich daran, dass diese Daten im HIS nicht durchgängig ausgewiesen wurden.

Der RH empfahl dem BMF,

- die Konsistenz und Durchgängigkeit der Daten der beiden Informationssysteme BVI und HIS umgehend herzustellen.

Kreditorenkonten

Zur Verrechnung der Zahlungen wurden in einem Referenzsystem zentral Kreditorenkonten angelegt. Parallel dazu legten die haushaltsleitenden Organe in ihren Bereichen ebenso Kreditorenkonten an. Dies führte zu einer großen Anzahl von doppelten – die gleiche Person bzw. Firma betreffenden – Kreditorenkonten im System.

Der RH empfahl dem BMF,

- eine umgehende Prüfung bzw. Minimierung der angelegten Kreditorenkonten,
- eine klare Regelung, dass nur in Ausnahmefällen neue Kreditorenkonten am Referenzsystem bzw. in einzelnen Bereichen eröffnet werden können, sowie
- eine laufende Wartung und Vereinheitlichung aller Kreditorenkonten vorzunehmen.

Interne Buchungsbelege

Die Belege für erfolgte Zahlungen (Interne Buchungsbelege) von unterschiedlichen Gebarungsfällen enthielten zum Teil identische Verweise, etwa den Belegkopftext, die Aktenzahl und die Datumsangaben, und führten somit zu unrichtigen Informationen über die Zahlung. In Fällen von nicht erfolgter manueller Eingabe des Basisdatums kam es dadurch zur Verkürzung der Zahlungsfrist und folglich zu vorzeitigen Zahlungen. Dies führte auch zur verfrühten Aufnahme von Finanzmitteln zur Tilgung und dadurch zu höherer Zinsbelastung.

Der RH empfahl dem BMF,

- die in HV-SAP mögliche „Erfassung neuer Anordnungen mit Vorlage“ neu zu definieren sowie
- die in den Eingabemasken bestehenden „Kannfelder“, wie Basisdatum oder Aktenzeichen, als „Pflichtfelder“ bzw. „Mussfelder“ zu definieren.

1.2.2 Verrechnungsbedingte Mängel

Neben einer großen Anzahl an Fehlkontierungen stellte der RH fest, dass sehr häufig die korrekte Mittelreservierung für eingegangene Rechtsgeschäfte unterblieb. Weiters stellte der RH fest, dass durch die Vernachlässigung der Zuordnung von Belegarten (z.B. keine Unterscheidung zwischen Anzahlung, Dauerauftrag, Vorauszahlung und Zahlung) die Aussagekraft des vorgelegten Rechenwerks geschmälert wurde. Dadurch wurden einige abrechnungspflichtige Geschäftsfälle erst nach über einem Jahr abgerechnet. Dies führte zu Zinsverlusten des Bundes.

Der RH empfahl den haushaltsleitenden Organen,

- die Sachbearbeiter anzuweisen, in Hinkunft verstärkt auf die Einhaltung der haushaltsrechtlichen Bestimmungen zu achten, so insbesondere auf eine kontengerechte Verrechnung, auf die Verrechnung von Berechtigungen und Verpflichtungen, auf eine dem Sachverhalt (etwa Anzahlung oder Gutschrift) entsprechend korrekte Verrechnung, auf die Leistung von Ausgaben entsprechend ihrer Fälligkeit sowie auf eine umgehende Prüfung und Verrechnung abrechnungspflichtiger Geschäftsfälle, sowie
- auf eine verstärkte Schulung der Sachbearbeiter hinsichtlich der haushaltsrechtlichen Bestimmungen zu achten.

1.2.3 Stellungnahme des BMF

Der Bundesminister für Finanzen nahm zum Ergebnis der Prüfung der Jahresrechnung 2007 wie folgt Stellung:

IT-Schnittstellen

Das BMF teilte mit, dass die aus der Besoldung für die Haushaltsverrechnung von SAP bereitgestellte Funktion „Obligoprozessor“ nicht fehlerfrei gearbeitet habe. Diese Fehlfunktion sei im Jahr 2007 so weit wie möglich organisatorisch korrigiert worden und werde im Jahr 2008 nach (bereits erfolgter) Funktions-Erweiterung und -Korrektur jederzeit vollständige und richtige Werte liefern.

Informationssysteme

Das BMF teilte mit, dass in Zusammenarbeit mit dem Rechnungshof die Mängel einer Klärung zugeführt würden.



ALLGEMEINE BEMERKUNGEN

Kreditorenkonten

Nach Mitteilung des BMF sei in den Haushaltsvorschriften eindeutig geregelt, dass die Freigabe von Personenkonten ausschließlich durch die BHAG erfolgen darf, die technischen Lösungen verhinderten die Freigabe durch andere Berechtigungsgruppen.

Historisch betrachtet müsse laut BMF aber festgestellt werden, dass bei der Einführung von HV-SAP diese Grundsätze nicht eingehalten wurden bzw. nicht eingehalten werden konnten. Das BMF sei in der Vergangenheit mehrmals bemüht gewesen, eine Bereinigung der Altlasten aus der Migrationszeit durchzuführen, was aber trotz angekündigter Versprechungen der Anbieter von Software bis dato nicht gelungen sei.

Interne Buchungsbelege

Das BMF teilte hierzu mit, dass die aufgezeigte Problematik bekannt sei und Lösungsmöglichkeiten noch zu prüfen seien.

1.3 Kontinuität der Rechnungsabschlüsse

Der mit Abschluss des Finanzjahres 2006 ausgewiesene Bestand der flüssigen Mittel, der sich aus den in der Jahresbestandsrechnung des Bundes 2006 (BRA 2006, Band 2, Tabelle B.1) in den Punkten II.4 bis II.9 ausgewiesenen Teilbeständen des Umlaufvermögens zusammensetzt, stimmt mit dem diesbezüglichen anfänglichen Gesamtbestand des Finanzjahres 2007 überein, wie er in Übersicht 11 über das Ergebnis der geldwirksamen Gebarung im vorliegenden BRA ausgewiesen ist.

Rundungen können in allen Tabellenrechnungen Rechendifferenzen ergeben.

1.4 Statistische Daten

Soweit im BRA für das Jahr 2007 Daten der Statistik Austria, des Österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung (WIFO) sowie des Institutes für Höhere Studien (IHS), Wien verwendet werden, entsprechen sie – soweit nicht anders angegeben – dem Stand vom Juli 2008 und haben teilweise noch vorläufigen Charakter. Allenfalls für frühere Jahre vorzunehmende Revisionen und Aktualisierungen von Zahlenwerten wurden dabei berücksichtigt. Dadurch können sich Abweichungen gegenüber den im BRA 2006 enthaltenen – und zum damaligen Zeitpunkt ebenfalls noch vorläufigen – Daten ergeben.

1.5 Grundsätze der Bundeshaushaltsverrechnung und Begriffsbestimmungen

1.5.1 Verrechnungsverfahren

Das in der Verrechnung des Bundes angewandte Verrechnungssystem beruht auf einer Zusammenführung finanzplanerischer und doppischer Elemente. Es ist durch folgende Merkmale gekennzeichnet:

ALLGEMEINE BEMERKUNGEN

- Alle rechtlich und wirtschaftlich bedeutsamen Vorgänge in der Hoheits- und Wirtschaftsverwaltung des Bundes werden nach einheitlichen Grundsätzen dezentral erfasst und an die Buchhaltungsagentur des Bundes und die Bundesrechenzentrum GmbH zur zentralen Verarbeitung weitergeleitet.
- Die Verrechnung der einzelnen Geschäftsfälle erfolgt in einem oder mehreren Verrechnungskreis(en), deren Ergebnisse jeweils zum Ende eines Verrechnungszeitraumes (Monats- und Jahresende) für die Hoheits- und Privatwirtschaftsverwaltung des Bundes unmittelbar zur Verfügung stehen.
- Ein Verrechnungskreis stellt eine selbständige, in sich geschlossene Verrechnungseinheit gleichartiger Konten zwecks zusammenfassender Darstellung von Verrechnungsgrößen dar. Die Verrechnungskreise sind derart miteinander verbunden, dass ein Geschäftsfall durch eine einzige Buchung gleichzeitig in mehreren Verrechnungskreisen erfasst wird und die Salden sofort verändert werden (Simultanbuchführung). Bei den Verrechnungskreisen ist zwischen Haupt- und Nebenverrechnungskreisen zu unterscheiden.
- Hauptverrechnungskreise stellen zwingend vorzusehende Verrechnungskreise dar und umfassen die voranschlagswirksame Verrechnung (VWV) für das laufende Finanzjahr und für die künftigen Finanzjahre (zur Erfassung der Vorberechtigungen und Vorbelastungen) sowie die Bestands- und Erfolgsverrechnung (BEV).
- Nebenverrechnungskreise werden zur gesonderten Erfassung abgrenzbarer Tätigkeiten eines Aufgabenträgers gebildet und sind entweder in die Buchführung integriert (z.B. Kostenstellen-, Kostenträgerrechnung, Projekt- und Vorhabensabrechnung) oder dieser vorgelegt (z.B. Besoldung der Bundesbediensteten, Bundespensionen, Abgabeneinhebung der Finanz- und Zollämter); sie werden einzeln oder zusammengefasst in die Hauptverrechnungskreise übernommen.

Die voranschlagswirksame Verrechnung stellt das „Kernstück“ des Rechnungswesens des Bundes dar und enthält die aufgrund gesetzlicher, vertraglicher oder sonstiger Bestimmungen einzuhebenden Einnahmen und zu leistenden Ausgaben des Bundes, wie sie im Bundesvoranschlag finanzgesetzlich genehmigt wurden. Gemäß § 16 Abs. 1 BHG sind in den Bundesvoranschlag sämtliche im folgenden Finanzjahr zu erwartende Einnahmen und voraussichtlich zu leistende Ausgaben des Bundes voneinander getrennt und in der vollen Höhe (brutto) aufzunehmen.

In der VWV werden die rechtlich und wirtschaftlich bedeutsamen Vorgänge im Gebarungsablauf festgehalten (§ 78 BHG); sie dient vor allem der Überwachung der Jahresvoranschlagsbeträge und der Aufstellung der Voranschlagsvergleichsrechnung. Sie stellt ein wichtiges Steuerungsinstrument für die Budgeterstellung und den Budgetvollzug dar.

Die voranschlagsunwirksame Verrechnung enthält jene Einnahmen und Ausgaben, die nicht endgültig solche des Bundes oder die aufgrund gesetzlicher Anordnung nicht zu veranschlagen sind. Es sind dies nach § 16 Abs. 2 BHG beispielsweise die einbehaltenen Sozialversicherungsbeiträge von Bediensteten des Bundes oder Konversionen und Prolongationen von Finanzschulden und Währungstauschverträgen.

Der im § 75 Abs. 1 BHG enthaltene Grundsatz der Bruttoverrechnung wird in Ausnahmefällen (§§ 16 Abs. 2 ff. sowie 78 Abs. 7 und 8 BHG) durchbrochen. In diesen Fällen können Ausgaben oder Einnahmen auf den Konten der ursprünglichen Zahlungen rückverrechnet werden (absetz-

ALLGEMEINE BEMERKUNGEN

bare Zahlungen). Dies erfolgt beispielsweise bei Rückzahlungen von Einnahmen oder Ausgaben (Stornobuchungen) sowie bei der vermittlungsweisen Leistung von Zahlungen für ein anderes anweisendes Organ. Ab 1. Jänner 1995 sind auch die an die Europäische Union abzuführenden Mittel, die gemäß Art. 269 (= alt 201) des EG-Vertrages zur Finanzierung des Gesamthaushalts dienen, als Verminderungen der Einnahmen an öffentlichen Abgaben zu veranschlagen (§ 16 Abs. 3a BHG i.d.F. BGBl. Nr. 297/1995).

In Zusammenhang mit der Absetzbarkeit von Zahlungen werden Schulden und Forderungen als Ersatzschulden und Ersatzforderungen festgehalten, sofern die Rückzahlung noch nicht durchgeführt wurde.

1.5.2 Abschlussrechnungen

Die Voranschlagsvergleichsrechnung entspricht in ihrer Form der im Bundesvoranschlag festgelegten Gliederung. Sie enthält das Ergebnis aller rechtlich und wirtschaftlich bedeutsamen Vorgänge von der Genehmigung der Voranschlagsansätze bis zur Verwirklichung der Einnahmen und Ausgaben und spiegelt den Budgetvollzug wider.

Die Jahresbestandsrechnung ist grundsätzlich einer Bilanz nachgebildet und gibt Aufschluss über Stand und Struktur des Bundesvermögens am Ende des Verrechnungszeitraumes.

Wenn auch der RH weiterhin bemüht ist, das Vermögen des Bundes möglichst vollständig zu erfassen, ist der Aussagewert der Vermögensrechnung des Bundes allerdings eingeschränkt und mit der Bilanz einer Unternehmung nicht vergleichbar, weil beispielsweise wesentliche Vermögensteile mangels Bewertbarkeit überhaupt nicht erfasst sind (wie etwa historische Bauwerke, Kunstschatze oder der Musealbesitz) und das Verwaltungsvermögen bei den Amtsorganen bereits bei der Anschaffung mit 50 % abgeschrieben wird. Daraus folgt, dass jüngere Vermögenswerte unterbewertet und ältere Vermögenswerte überbewertet werden. Weiters werden – einer internationalen Übung folgend – militärische Anlagen und Ausrüstungsgegenstände nicht in die Bestandsrechnung aufgenommen.

Die sich in der Verwaltung von Straßensondergesellschaften befindlichen Vermögensteile (Autobahnen und Schnellstraßen) werden seit dem Jahre 1984 wertmäßig erfasst und dargestellt. Die wertmäßige Erfassung des übrigen Bundesstraßenvermögens erfolgte erstmals im Jahre 1985.

Bemerkenswert ist weiters, dass der Kapitalausgleich (117.998,6 Mill. EUR) unter den Aktiva ausgewiesen wird. Diese Position ist jedoch nicht als negatives Eigenkapital im betriebswirtschaftlichen Sinn zu verstehen, sondern ergibt sich aus den zuvor erwähnten Eigenheiten bei der Erfassung und Bewertung des Vermögens sowie aus weiteren Besonderheiten des Verrechnungsverfahrens. Der Position des Kapitalausgleichs kommt daher lediglich die Bedeutung einer Rechnungsgröße zu, die den Unterschied zwischen den höheren Passiva und den niedrigeren Aktiva ausgleicht.

Die Jahreserfolgsrechnung ist grundsätzlich einer Gewinn- und Verlustrechnung nachgebildet. Durch die Gegenüberstellung von Aufwendungen und Erträgen entspricht sie einer finanzwirtschaftlichen Saldorechnung. Der mit 1.690,5 Mill. EUR ausgewiesene Vermögenszugang stellt ebenfalls eine rechentechnische Ausgleichsposition dar. Von der voranschlagswirksamen Ver-

rechnung unterscheidet sich die Jahreserfolgsrechnung durch die Periodenabgrenzung der Zahlungsströme, durch die Ausgrenzung der bloß bestandswirksamen Zahlungen und durch bestimmte Bewertungsvorgänge.

Die Jahresbestandsrechnung wird ebenso wie die Jahreserfolgsrechnung nach den Grundsätzen der kaufmännischen Doppik erstellt, weshalb der Kontenplan des Bundes in Anlehnung an den Einheitskontenrahmen der österreichischen Wirtschaft erstellt wurde.

1.6 Bericht des Staatsschuldenausschusses über die öffentlichen Finanzen

Gemäß § 1 Abs. 1 Z. 5 des Bundesgesetzes über die Errichtung des Staatsschuldenausschusses, BGBl. Nr. 742/1996 i.d.F. BGBl. I Nr. 16/2002, hat dieser jährlich einen Bericht zu verfassen, dessen grundsätzliche Zielsetzung sich auf die Einschätzung zur finanzpolitischen Lage einschließlich Analysen über volkswirtschaftliche Auswirkungen der Finanzoperationen der öffentlichen Haushalte in Österreich sowie hierauf gegründete Empfehlungen des Staatsschuldenausschusses bezieht.

Beim Vergleich des Berichts des Staatsschuldenausschusses mit dem BRA ist Folgendes festzustellen:

Der BRA 2007 des RH enthält:

- ein detailliertes Bild der Gesamtwirtschaft und der Finanzwirtschaft des Bundes;
- eine umfangreiche Beschreibung der Gesamtergebnisse der Haushaltsführung des Bundes;
- Erläuterungen der Abweichungen vom Bundesvoranschlag in der Voranschlagsvergleichsrechnung;
- Erläuterungen der Veränderungen des Vermögens und der Schulden in der Jahresbestandsrechnung; der Aufwendungen und Erträge in der Jahreserfolgsrechnung;
- Bericht zur Finanzierung des Bundeshaushalts und zum Stand der Bundesschuld und der Bundeshaftungen;
- Bericht zu den Abschlussrechnungen vom Bund verwalteter Rechtsträger.

Der Bericht des Staatsschuldenausschusses über die öffentlichen Finanzen 2007 umfasst:

- die monetären und realökonomischen Rahmenbedingungen 2007;
- die Fiskalposition gemäß Stabilitäts- und Wachstumspakt in Österreich;
- die Finanzschuldengebarung des Bundes;
- die Staatsverschuldung im internationalen Vergleich;
- eine Vorschau auf das Österreichische Stabilitätsprogramm für die Jahre 2007 bis 2010 sowie die Auflistung der Empfehlungen des Staatsschuldenausschusses an den Bundesminister für Finanzen.

Während der Bericht des Staatsschuldenausschusses



ALLGEMEINE BEMERKUNGEN

- internationale Vergleiche sowie die Miteinbeziehung der Finanzschuldengelage von Bund, Ländern, Gemeinden und Sozialversicherungsträger (öffentliche Verschuldung) und
- die Risikosituation der Finanzschuld sowie einen Ausblick auf die künftige Entwicklung darstellt,

bietet der BRA eine detaillierte Darstellung der Haushaltsführung des Bundes, insbesondere aufgrund des Prüfungsergebnisses über die Jahresrechnungen, die dem RH vom BMF vorzulegen sind. Weiters enthält der BRA 2007 erstmals Feststellungen aus dem Ergebnis der Prüfung der Jahresrechnungen gemäß § 9 RHG (siehe TZ 1.2).



GESAMTWIRTSCHAFT UND FINANZWIRTSCHAFT DES BUNDES

2. GESAMTWIRTSCHAFT UND FINANZWIRTSCHAFT DES BUNDES

Die österreichische Wirtschaft entwickelte sich im Jahr 2007 ähnlich gut wie im Vorjahr. Der Konsum entwickelte sich verhaltener als 2006, die Investitionen stiegen an. Die reale Wachstumsrate lag über drei Prozent, die Arbeitslosigkeit ging weiter zurück. Der Leistungsbilanzsaldo verbesserte sich gegenüber dem Vorjahr, die Inflationsrate stieg auf über zwei Prozent.

Die Maastricht-Defizitquote des Staates sank auf 0,5 Prozent, der Schuldenstand unterschritt die Referenzmarke von 60 Prozent des BIP.

Die Tatsache, dass selbst in den konjunkturell sehr guten Jahren 2006 und 2007 für den Gesamtstaat kein positiver Haushaltssaldo erwirtschaftet wurde, lässt die Erfüllung der budgetären Zielsetzung eines über den Konjunkturzyklus ausgeglichenen Haushalts für den laufenden Konjunkturzyklus unwahrscheinlich erscheinen. Die Zahlen der Jahre 2006 und 2007 deuten darauf hin, dass angesichts der geplanten Zahlen des Österreichischen Stabilitätsprogramms auch bei guter Konjunktur und striktem Budgetvollzug während der Periode 2007 bis 2010 im Schnitt nicht mit einem ausgeglichenen Budgetsaldo zu rechnen ist.

In diesem Zusammenhang ist auch darauf hinzuweisen, dass im Lauf der vergangenen Jahre sowohl in den verschiedenen Österreichischen Stabilitätsprogrammen als auch in den Österreichischen Stabilitätspakten das mittelfristige Ziel der Erreichung eines ausgeglichenen Staatshaushalts immer wieder hinausgeschoben wurde. Im Jahr 2007 ist in diesem Sinne ein neuer Österreichischer Stabilitätspakt geschlossen worden. Demgegenüber forderte der Rat der EU in seiner Stellungnahme vom 4. März 2008 angesichts der guten Konjunktursituation eine Beschleunigung der Budgetkonsolidierung ein.

Im Hinblick auf die Schere zwischen Einnahmenquote 25,3 % (2006: 25,3 %) und Ausgabenquote 26,3 % (2006: 27,0 %), die Verschuldung des Staates (161,328 Mrd. EUR), die Belastungen zukünftiger Finanzjahre (104,832 Mrd. EUR) sowie den Stand der Haftungen (85,138 Mrd. EUR) hält der RH strukturelle Konsolidierungsmaßnahmen für unbedingt erforderlich – dies umfasst eine strikte Ausgabendisziplin aller Gebietskörperschaften, um eine nachhaltige Budgetsanierung zu erreichen.

Diese strukturellen Konsolidierungsmaßnahmen erfordern auch eine umfassende Verfassungs- und Verwaltungsreform sowie eine Haushaltsreform unter Einbeziehung aller Gebietskörperschaften und eine Zusammenführung von Finanzierungs- und Aufgabenverantwortung im Rahmen der Finanzausgleichsverhandlungen, um nachhaltige Maßnahmen zur Senkung der Ausgaben und Einnahmen zu ermöglichen.

2.1 Volkswirtschaftliche Rahmenbedingungen

2.1.1 Verschiedene Wirtschaftsindikatoren

Der Bundesvoranschlag für 2007 wurde gemäß Art. III Abs. 1 BFG 2007 auf der Grundlage einer nominellen Wachstumsrate der österreichischen Wirtschaft von 4,4 % erstellt.

GESAMTWIRTSCHAFT UND FINANZWIRTSCHAFT DES BUNDES



Nach den bisherigen Ergebnissen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (Stand: Juli 2008) belief sich das Brutto-Inlandsprodukt 2007 zu laufenden Preisen auf 270,837 Mrd. EUR und erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr (257,294 Mrd. EUR) um nominell 5,3 %. Die Wachstumsrate lag damit um 0,9 Prozentpunkte über der bei der Erstellung des Bundesvoranschlags angenommenen Wachstumsrate.

Mit einer jahresdurchschnittlichen realen Zunahme des Brutto-Inlandsproduktes von 3,1 % (2006: + 3,4 %) lag Österreich damit über dem Durchschnitt der EU-Euro-Länder (+ 2,7 %). Im Vergleich: USA + 2,2 %, Deutschland + 2,5 %, Japan + 2,1 % und OECD insgesamt + 2,7 %; China + 11,4 %.

Die vom AMS ermittelte Arbeitslosenrate verbesserte sich von 6,8 % (2006) auf 6,2 % im Jahr 2007. Die Ermittlungsmethode nach EUROSTAT ergab einen Rückgang von 4,7 % auf 4,4 %.

Der Preisauftrieb (= Veränderung der Verbraucherpreise im Jahresabstand) stieg im Jahresdurchschnitt von 1,5 % (2006) auf 2,2 % im Jahr 2007.

Der Leistungsbilanzsaldo verbesserte sich von + 6,29 Mrd. EUR oder + 2,4 % des BIP (für 2006 rückgerechnet) auf + 8,76 Mrd. EUR oder + 3,2 % des BIP im Jahr 2007.

Die im § 2 BHG als Ziele der Haushaltsführung und zugleich als Erfordernisse eines gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichtes angeführten Indikatoren (hoher Beschäftigungsstand, hinreichend stabiler Geldwert, Sicherung des Wachstumspotentials sowie Wahrung des außenwirtschaftlichen Gleichgewichts) zeigen für 2007 gegenüber dem Vorjahr folgende Entwicklungen:

	Gegenüberstellung	
	2006	2007
BIP-Wachstum real („Sicherung des Wachstumspotentials“)	+ 3,4 %	+ 3,1 %
Inflationsrate („hinreichend stabiler Geldwert“)	+ 1,5 %	+ 2,2 %
Arbeitslosenquote *)	6,8 %	6,2 %
Arbeitslosenquote nach EUROSTAT **)	4,7 %	4,4 %
Unselbständig Beschäftigte („hoher Beschäftigtenstand“)	+ 1,7 %	+ 2,1 %
Leistungsbilanzsaldo (absolut)	+ 6,29 Mrd.EUR	+ 8,76 Mrd.EUR
Leistungsbilanzsaldo (im Verhältnis zum BIP) („Wahrung des außenwirtschaftlichen Gleichgewichts“)	+ 2,4 %	+ 3,2 %

*) Die österreichische Arbeitslosenquote stellt das Verhältnis von im Jahresdurchschnitt bei den Geschäftsstellen des AMS vorgemerkten Arbeitslosen zum Arbeitskräftepotential (= unselbständig Beschäftigte laut Hauptverband der Sozialversicherungsträger und vorgemerkte Arbeitslose) dar.

***) Die Arbeitslosenquote des EUROSTAT ist der Anteil an den nach den Kriterien des EUROSTAT definierten Arbeitslosen an den Erwerbspersonen (Summe von Erwerbstätigen und Arbeitslosen). Diese Quote wird aufgrund des Mikrozensus und einer Befragung nach einem standardisierten Fragenprogramm ermittelt (hinsichtlich der Fragestellungen und der Berechnungshinweise darf auf die Statistischen Nachrichten Nr. 5/1996, Seiten 357 ff. hingewiesen werden).

Quellen: AMS; WIFO; Statistik Austria.

GESAMTWIRTSCHAFT UND FINANZWIRTSCHAFT DES BUNDES

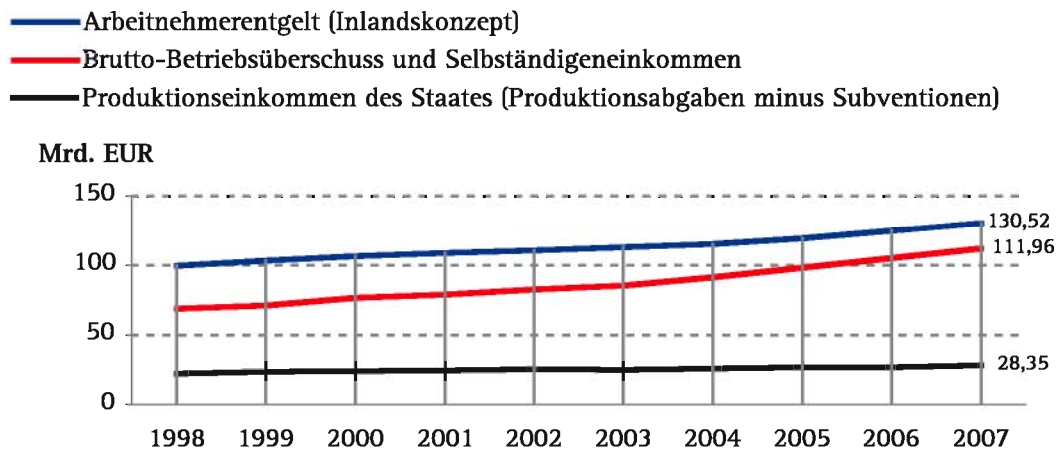


2.1.2 Nationaleinkommen

In der volkswirtschaftlichen Verteilungsrechnung wird das Bruttoinlandsprodukt zu laufenden Preisen als Summe aller Einkommen – Arbeitnehmerentgelte, Betriebsüberschüsse und Selbständigeneinkommen sowie Produktionseinkommen des Staates (= Produktionsabgaben minus Subventionen) – dargestellt. Die folgenden Grafiken zeigen die Entwicklung dieser Einkommensaggregate (nominell, zu laufenden Preisen) sowie ihrer jährlichen Steigerungsraten von 1998 bis 2007.

Abbildung 2: Entwicklung der Einkommensaggregate

Entwicklung der Einkommensaggregate

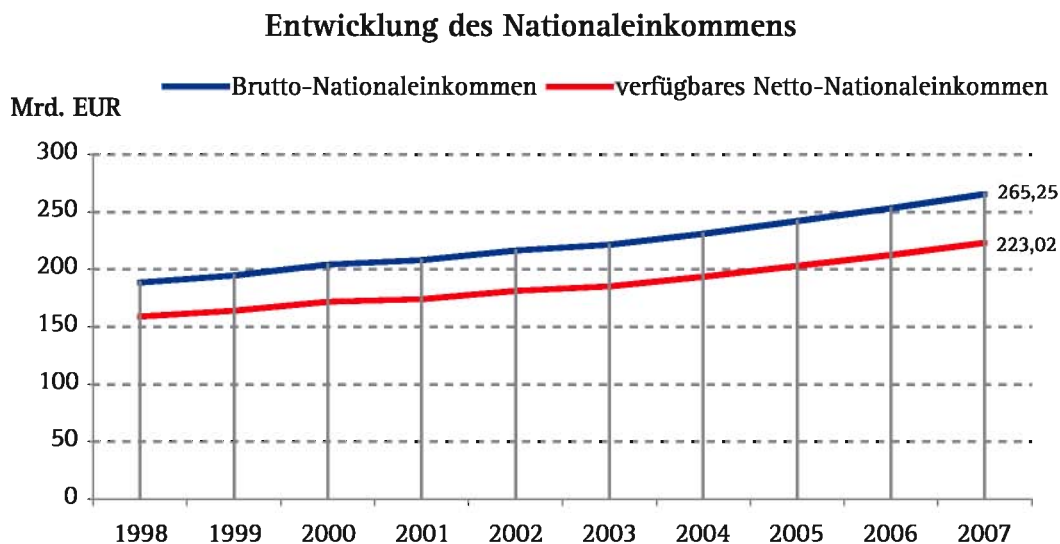


Addiert man in obigem Diagramm die Werte der drei Kurven, so ergibt sich der Verlauf des nominellen BIP.

Im Gegensatz zum Bruttoinlandsprodukt ist beim Bruttonationaleinkommen nicht die Produktion im Inland, sondern die Produktion aller Inländer, auch wenn sie im Ausland erfolgt, maßgeblich. Das Bruttonationaleinkommen zu laufenden Preisen stieg im Jahr 2007 um 4,9 % auf 265,246 Mrd. EUR.

Nach Abzug der Abschreibungen und des Saldos der Auslandstransfers ergibt sich das verfügbare Nettonationaleinkommen. Es erhöhte sich im Jahr 2007 um 5,1 % auf 223,018 Mrd. EUR.

Abbildung 3: Entwicklung des Nationaleinkommens



(Quelle: Statistik Austria).

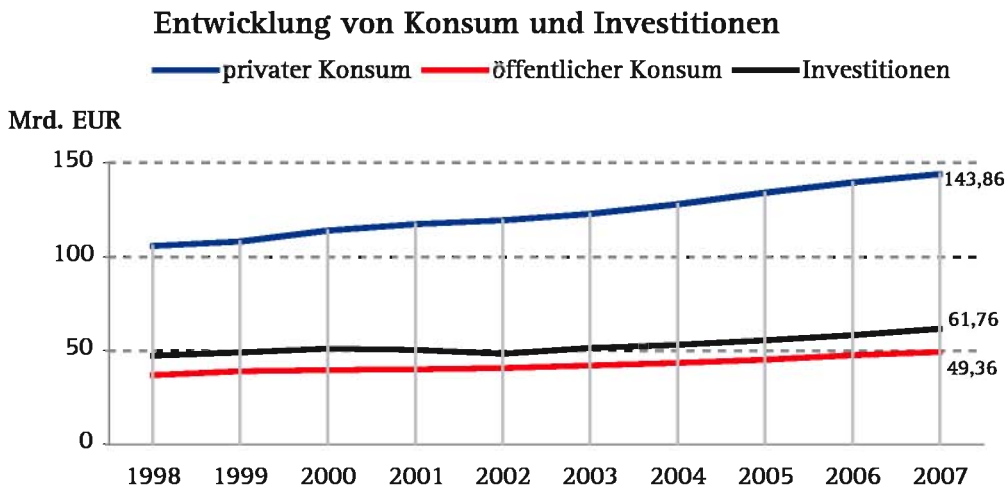
2.1.3 Verwendung des Güter- und Leistungsvolumens

Werden vom BIP (270,837 Mrd. EUR) die Exporte (161,419 Mrd. EUR) abgezogen und die Importe (145,455 Mrd. EUR) hinzugerechnet, so ergibt sich daraus das verfügbare Güter- und Leistungsvolumen für 2007 in der Höhe von 254,873 Mrd. EUR. Dieses wird für privaten und öffentlichen Konsum oder für Investitionen verwendet. Die Grafiken zeigen die Entwicklung dieser Verwendungsaggregate (nominell, zu laufenden Preisen) und ihrer jährlichen Steigerungsraten in den Jahren 1998 bis 2007.

GESAMTWIRTSCHAFT UND FINANZWIRTSCHAFT DES BUNDES

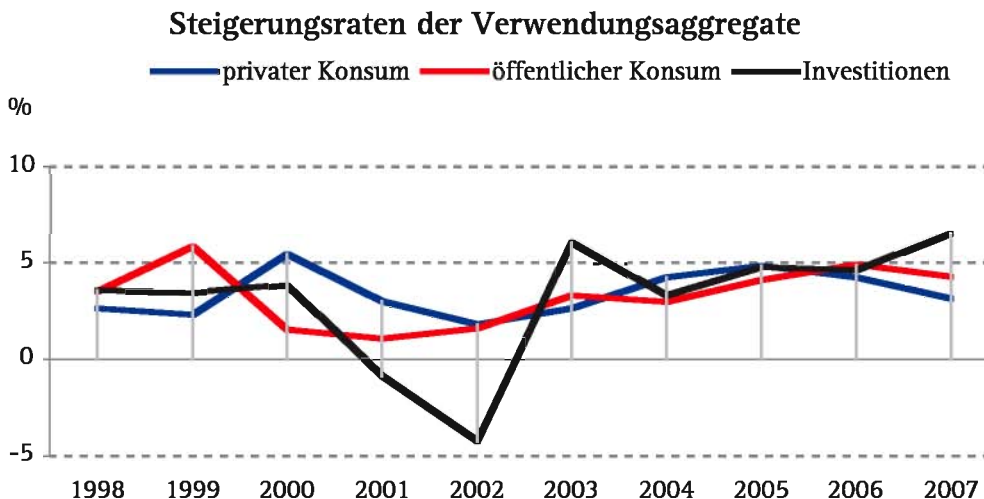


Abbildung 4: Entwicklung von Konsum und Investitionen



Der prozentuelle Anstieg zum Vorjahr für alle Kurvenwerte des obigen Diagramms ist im folgenden Diagramm dargestellt. Darin ist deutlich zu sehen, dass die Investitionen im Jahr 2007 vergleichsweise stark anstiegen, während sich der Konsum etwas verhaltener als im Vorjahr entwickelte.

Abbildung 5: Steigerungsraten der Verwendungsaggregate



Quelle: Statistik Austria.



GESAMTWIRTSCHAFT UND FINANZWIRTSCHAFT DES BUNDES

2.2 Der Bundeshaushalt und verschiedene konjunkturpolitische Saldenrechnungen

2.2.1 Der Bundeshaushalt 2007 im Überblick

Zusammengefasst zeigt der Bundeshaushalt für 2006 und 2007 folgende Ergebnisse:

	BRA	BVA	BRA	Veränderung	Abweichung
	2006	2007	2007	BRA	BVA : BRA
	Mrd. EUR	Mrd. EUR	Mrd. EUR	2006 : 2007	2007
				%	%
Allgemeiner Haushalt:					
Ausgaben	70,561	69,575	72,332	+ 2,5	+ 4,0
Einnahmen	66,145	65,713	69,462	+ 5,0	+ 5,7
Saldo (= Abgang)	- 4,416	- 3,862	- 2,870	- 35,0	- 25,7
Ausgleichshaushalt:					
Ausgaben	39,090	87,530	57,130	+ 46,2	- 34,7
Einnahmen	43,506	91,392	60,000	+ 37,9	- 34,3
Saldo (= Überschuss)	+ 4,416	+ 3,862	+ 2,870	- 35,0	- 25,7

Bezogen auf das nominelle BIP-Wachstum von + 5,3 % lagen die Zuwächse der Ausgaben um 2,8 Prozentpunkte und jene der Einnahmen um 0,2 Prozentpunkte unter diesem Wert. Im Budgetvollzug wurden die veranschlagten Ausgabenansätze des Allgemeinen Haushalts um 2,757 Mrd. EUR überschritten, wobei jedoch auch Rücklagenzuführungen in der Höhe von 1,900 Mrd. EUR getätigt wurden. Die Einnahmen des Allgemeinen Haushalts, von denen 0,905 Mrd. EUR aus Rücklagenbeständen stammten, stiegen gegenüber dem Voranschlag um 3,750 Mrd. EUR.

Das Haushaltsjahr 2007 schloss mit einem Abgang von 2,870 Mrd. EUR; das entspricht einem Anteil von 1,1 % am BIP. Dieser Anteil ist niedriger als im vorangegangenen Jahr 2006 (1,7 %). Ohne Rücklagenbewegungen wäre statt des zuvor angeführten Abganges ein solcher von 1,875 Mrd. EUR entstanden.

Eine Bereinigung der Einnahmen und Ausgaben um durchlaufende Zahlungen, deren schwankende Höhe die Ableitung mittelfristiger Trends beeinträchtigt, liefert für die Jahre 2006 und 2007 folgendes Bild:

GESAMTWIRTSCHAFT UND FINANZWIRTSCHAFT DES BUNDES



Modifizierte Darstellung der Ausgaben und Einnahmen des Allgemeinen Haushalts

	Bundesrechnungs- abschluss 2006	Bundesrechnungs- abschluss 2007	Veränderung BRA 2006 : 2007
Allgemeiner Haushalt	Mrd. EUR	Mrd. EUR	%
Ausgaben gesamt	70,561	72,332	+ 2,5
- Durchlaufer	- 1,070	- 0,971	- 9,3
Ausgaben bereinigt	69,491	71,361	+ 2,7
Einnahmen gesamt	66,145	69,462	+ 5,0
- Durchlaufer	- 1,070	- 0,971	- 9,3
Einnahmen bereinigt	65,075	68,491	+ 5,3

2.2.2 Konjunkturpolitische Saldenrechnungen

Der Abgang des Allgemeinen Haushalts hat dem Überschuss des Ausgleichshaushalts zu entsprechen, um den Ausgleich im Gesamthaushalt herstellen zu können. Er kann für die ökonomische Beurteilung der Budgetpolitik wegen der Außerachtlassung längerfristig wirksamer Gesichtspunkte als Saldo nicht allein herangezogen werden.

Bereinigt man den Saldo des Allgemeinen Haushalts („administrativen Saldo“) um die vermögenswirksamen Transaktionen, so erhält man den BIP-relevanten Saldo. Dieser Vorgangsweise liegt die Vorstellung zugrunde, dass die vermögenswirksamen Transaktionen, das heißt die Ausgaben für den Vermögenserwerb und die Einnahmen aus Vermögensveräußerungen, zu einer zeitlichen Verschiebung von Ausgaben und Einnahmen führen und folglich saldenneutral wirken.

Der Primärsaldo des Bundes wiederum bringt vom Saldo des Allgemeinen Haushalts die Ausgaben für den Zinsendienst in Abzug und kann als Indikator der Auswirkungen der aktuellen Finanzpolitik auf künftige Haushalte angesehen werden. Er ermöglicht dadurch Rückschlüsse auf die längerfristige Stabilität der Budgetentwicklung.



GESAMTWIRTSCHAFT UND FINANZWIRTSCHAFT DES BUNDES

Die genannten Größen stehen zueinander in folgender Beziehung:

	BRA 2006	BRA 2007
	Mrd. EUR	Mrd. EUR
Saldo laufender Transaktionen	+ 2,187	+ 3,862
Investitionen und Kapitaltransfers (netto)	- 6,193	- 5,570
BIP-relevanter Saldo	- 4,006	- 1,708
Saldo vermögenswirksamer Transakt. und Rücklagenzuführg. (netto)	- 0,411	- 1,162
Saldo Allgemeiner Haushalt (= „administrativer Saldo“)	- 4,416	- 2,870
Zinsen (abzüglich Swap-Zins-Einnahmen)	+ 7,952	+ 8,068
Primärsaldo des Bundes	+ 3,536	+ 5,199

Der Primärsaldo des Bundes verbesserte sich im Jahr 2007 um 1,663 Mrd. EUR auf 5,199 Mrd. EUR.

Quellen: WIFO, eigene Berechnungen.

2.3 Der Staatshaushalt im Licht EU-rechtlicher Verpflichtungen („Maastricht-Kriterien“)

Nach Artikel 104 (= alt 104c) des EG-Vertrages haben die Mitgliedstaaten übermäßige öffentliche Defizite zu vermeiden und sich zur Haushaltsdisziplin verpflichtet. Diese ist dann gegeben, wenn

- a) die Defizitquote entweder erheblich und laufend zurückgegangen ist und einen Wert in der Nähe des Referenzwertes (= 3 % des BIP) erreicht hat oder der Referenzwert nur ausnahmsweise und vorübergehend überschritten wird und
- b) die Staatsschuldenquote den Referenzwert (= 60 % des BIP) nicht überschreitet, es sei denn, dass das Verhältnis hinreichend rückläufig ist und sich rasch genug dem Referenzwert nähert.

Neben den genannten Kriterien der öffentlichen Verschuldung sieht der Vertrag von Maastricht noch die Kriterien der Preisstabilität, der Wechselkurse und der Zinsen vor, deren Erfüllung für den Beitritt zur Wirtschafts- und Währungsunion maßgeblich war.

Die nähere Ausgestaltung der „Maastricht-Kriterien“ erfolgte im Stabilitäts- und Wachstumspakt⁵⁾, der im Jahr 2005 (in Richtung einer teilweisen Lockerung) reformiert wurde⁶⁾.

⁵⁾ Verordnung (EG) Nr. 1466/97 des Rates vom 7. Juli 1997 über den Ausbau der haushaltspolitischen Überwachung und der Überwachung und Koordinierung der Wirtschaftspolitiken, Verordnung (EG) Nr. 1467/97 des Rates vom 7. Juli 1997 über die Beschleunigung und Klärung des Verfahrens

GESAMTWIRTSCHAFT UND FINANZWIRTSCHAFT DES BUNDES



Den Hintergrund für die Fiskalkriterien bildet die Zielsetzung nach einer auf Dauer tragbaren Finanzlage der Mitgliedsstaaten (Artikel 121[= alt 109j] Abs. 1, zweiter Spiegelstrich des EG-Vertrages). Diese Vorgabe gilt nicht allein für den Bund, sondern für den gesamten öffentlichen Sektor. Bei einer Evaluierung der Zielerreichung ist daher die budgetmäßige Darstellung nach den Kriterien der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) aufzubereiten und das öffentliche Defizit der weiteren Analyse zugrunde zu legen.

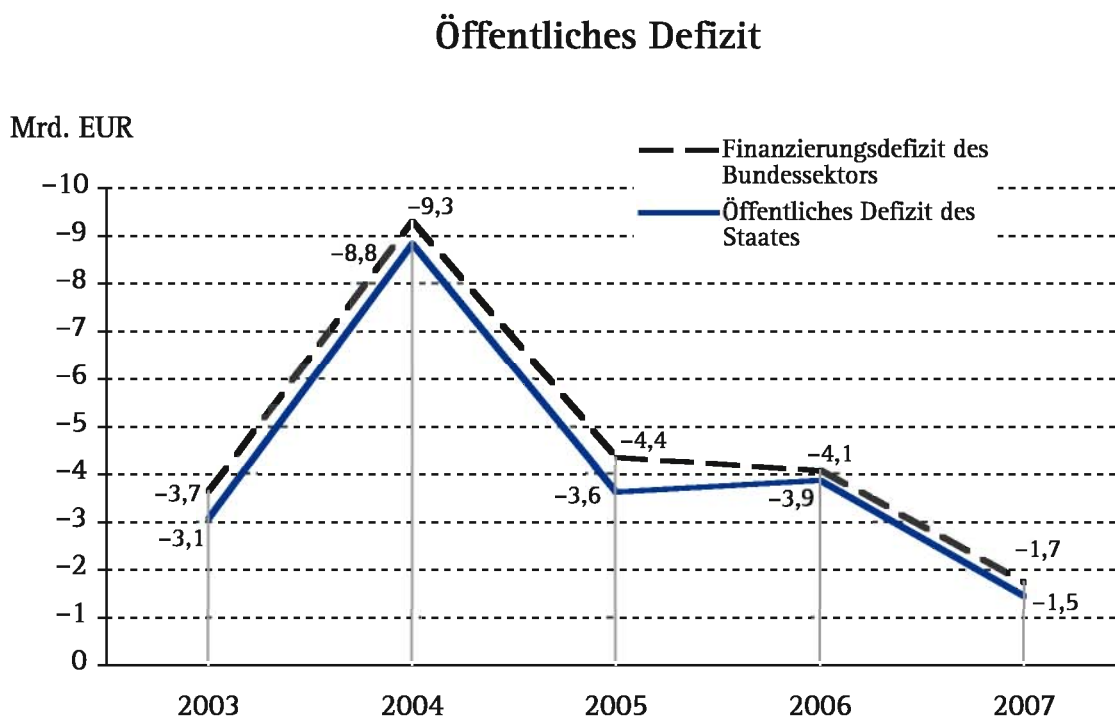
Für die Darstellung des öffentlichen Defizits nach der EU-Berechnungsweise ist das Finanzierungsdefizit des Bundes in das Finanzierungsdefizit des Bundessektors nach VGR-Kriterien überzuleiten (plus/minus Finanzierungsdefizite bzw. -überschüsse z.B. der Bundeskammern) und sind die Finanzierungsdefizite bzw. -überschüsse der Gebietskörperschaften sowie weiterer öffentlicher Rechtsträger (z.B. Landeskammern und Sozialversicherungsträger) zu berücksichtigen. Die Darstellung folgt dem Europäischen System der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (ESVG 1995). Das öffentliche Defizit nahm in den Jahren 2003 bis 2007 folgende Entwicklung:

	2003	2004	2005	2006	2007
	Mrd. EUR				
Finanzierungsdefizit des Bundes laut ESGV 95	- 3,425	- 9,343	- 4,222	- 3,995	- 1,685
Finanzierungsdefizit des Bundessektors laut ESGV 95	- 3,651	- 9,316	- 4,356	- 4,084	- 1,747
Finanzierungssaldo der Landesebene laut ESGV 95	+ 0,318	+ 0,327	+ 0,313	- 0,303	- 0,015
Finanzierungssaldo der Gemeindeebene laut ESGV 95	+ 0,390	+ 0,367	+ 0,485	+ 0,532	+ 0,603
Finanzierungssaldo der Sozialversicherung laut ESGV 95	- 0,129	- 0,203	- 0,057	- 0,003	- 0,300
Öffentliches Defizit des Staates laut ESGV 95	- 3,072	- 8,825	- 3,614	- 3,858	- 1,459
Bruttoinlandsprodukt	223,3	232,8	244,5	257,3	270,8
Öffentliches Defizit des Staates in % des BIP	-1,4	-3,8	-1,5	-1,5	-0,5

bei einem übermäßigen Defizit, sowie
Entschließung des Europäischen Rats vom 17. Juni 1997.

⁹⁾ Verordnung (EG) Nr. 1055/2005 des Rates vom 27. Juni 2005 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1466/97 über den Ausbau der haushaltspolitischen Überwachung und der Überwachung und Koordinierung der Wirtschaftspolitiken und
Verordnung (EG) Nr. 1056/2005 des Rates vom 27. Juni 2005 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1467/97 über die Beschleunigung und Klärung des Verfahrens bei einem übermäßigen Defizit.

Abbildung 6: Öffentliches Defizit



Quelle: Statistik Austria (Stand April 2008, BIP: Juli 2008).

Der Anstieg des Defizits im Jahr 2004 kam zustande, weil EUROSTAT nach der Maastricht-Notifizierung im Frühjahr 2008 die Schuldenerlassung des ÖBB-Konzerns beim Bund nicht mehr als defizitneutral anerkannte. Dieser im Zuge der ÖBB-Reform im Jahr 2004 vorgenommene Schuldenerlass in der Höhe von insgesamt 6,100 Mrd. EUR wurde nunmehr als defizitwirksamer Vermögenstransfer angesehen.

Der Schuldenstand im Sinne des Maastrichter Vertrages wird definiert als Brutto-Gesamt-schuldenstand zum Nominalwert am Jahresende nach Konsolidierung innerhalb und zwischen den einzelnen Bereichen des Staatssektors. Einzelheiten und Begriffsbestimmungen wurden mit EG-Rats-Verordnung festgelegt.⁷⁾ In dieser Verordnung hat der Rat in großem Umfang auf Begriffe des Europäischen Systems der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (ESVG) Bezug genommen und die Schlüsselbegriffe „öffentlich“, „Defizit“ und „Schuldenstand“ klargestellt. Dabei ste-

⁷⁾ Verordnung (EG) Nr. 3603/93 des Rates vom 13. Dezember 1993 zur Festlegung der Begriffsbestimmungen für die Anwendung der in Artikel 104 und Artikel 104b Absatz 1 des Vertrages vorgesehenen Verbote.

GESAMTWIRTSCHAFT UND FINANZWIRTSCHAFT DES BUNDES



hen weniger rechtlich formale Gegebenheiten als die Art der wirtschaftlichen Aktivität im Vordergrund.

Gegliedert nach Sektoren hat sich der öffentliche Schuldenstand in den letzten Jahren wie folgt entwickelt:

Übersicht: Verschuldung des Staates

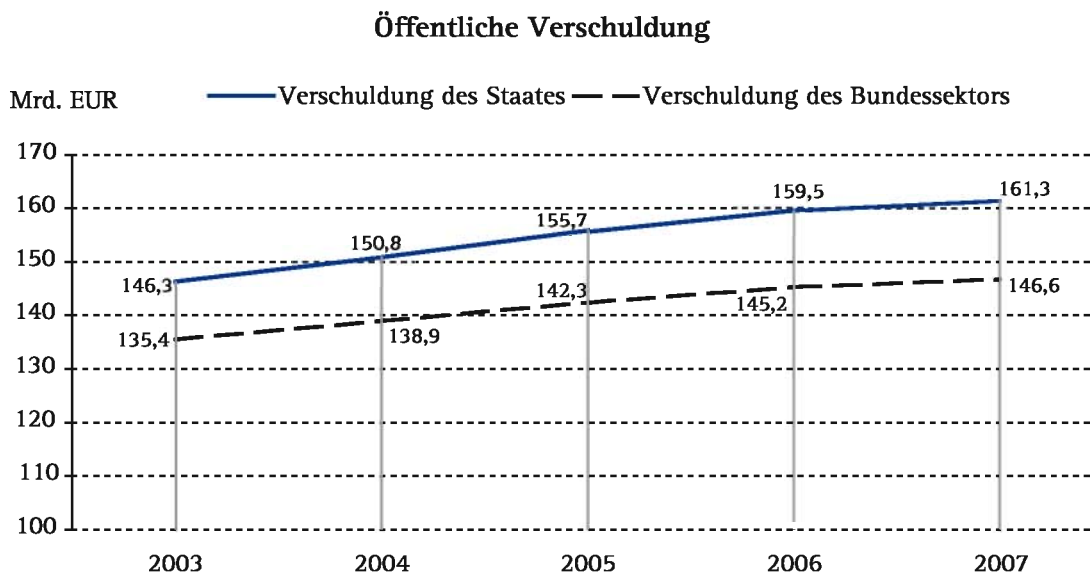
	2003	2004	2005	2006	2007
	Mrd. EUR				
Verschuldung des Bundes*)	136,0	144,9	151,3	155,3	157,3
- Eigene Bundestitel	9,1	9,3	10,0	10,0	9,9
- Bundesanleihen im Besitz von Bundesfonds	2,5	2,4	2,0	2,0	2,0
+ Verschuldg. Bundesfonds**), ausgegl. Bundeseinheiten	0,8	0,6	0,2	0,2	0,2
+ Finanzierungen des Bundes für Dritte	11,9	6,6	6,0	5,5	4,9
+ Kredittranchen Eurofighter***)		0,5	0,6	0,8	0,7
- Intergovernmentale Forderungen des Bundessektors	1,5	1,9	3,8	4,5	4,6
Verschuldung des Bundessektors	135,4	138,9	142,3	145,2	146,6
Verschuldung der Länder ohne Wien	5,0	5,7	6,8	7,6	8,5
Verschuldung der Gemeinden mit Wien	4,6	4,8	4,8	4,7	4,7
Verschuldung der Sozialversicherungsträger	1,2	1,4	1,8	1,9	1,5
Verschuldung des Staates	146,3	150,8	155,7	159,5	161,3
Bruttoinlandsprodukt	223,3	232,8	244,5	257,3	270,8
	in % des BIP				
Verschuldung des Staates	65,5	64,8	63,7	62,0	59,6

*) Finanzschulden des Bundes lt. BRA, zuzügl. Swap-Schulden, abzügl. Swap-Forderungen (= "Nettofinanzschulden").

**) Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds, Bundeswohnbaufonds und IESG-Fonds (abzüglich Bundesdarlehen).

***) Diese Position wurde innerstaatlich nicht als Schuld, sondern lediglich als Verpflichtung verrechnet.

Abbildung 7: Öffentliche Verschuldung



Quelle: Statistik Austria (Stand April 2008, BIP: Juli 2008).

Die Entwicklung des öffentlichen Defizits, des öffentlichen Schuldenstandes und des Primärsaldos des Staates (dieser gibt Aufschluss über das aktuelle Einnahmen- und Ausgabenverhältnis, wobei Schuldenbelastungen aus der Vergangenheit nicht berücksichtigt werden) im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt der letzten Jahre zeigen die folgende Übersicht sowie die beiden Diagramme:

Übersicht: **Staatsdefizit und -verschuldung**

	BIP		öffentliches Defizit des Staates		Verschuldung des Staates		Primärsaldo des Staates	
	Mrd. EUR		Mrd. EUR	in % d. BIP	Mrd. EUR	in % d. BIP	Mrd. EUR	in % d. BIP
2003	223,30		- 3,07	- 1,4	146,30	65,5	+ 3,52	+ 1,6
2004	232,78		- 8,82	- 3,8	150,77	64,8	- 2,19	- 0,9
2005	244,45		- 3,61	- 1,5	155,67	63,7	+ 3,43	+ 1,4
2006	257,29		- 3,86	- 1,5	159,46	62,0	+ 3,21	+ 1,2
2007	270,84		- 1,46	- 0,5	161,33	59,6	+ 5,90	+ 2,2

GESAMTWIRTSCHAFT UND FINANZWIRTSCHAFT DES BUNDES



Abbildung 8: Defizit des Staates in % des BIP

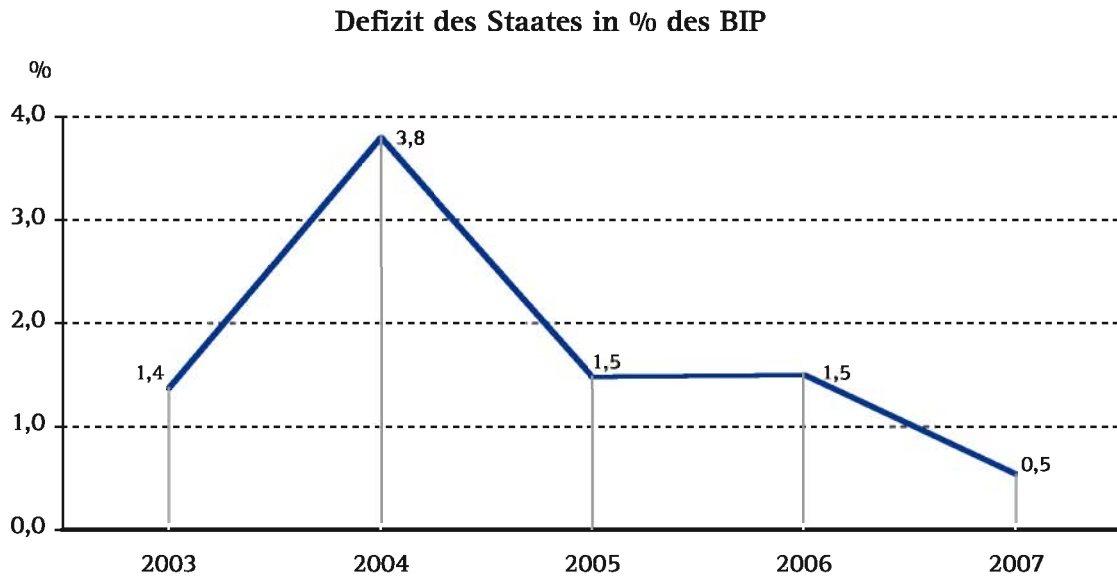
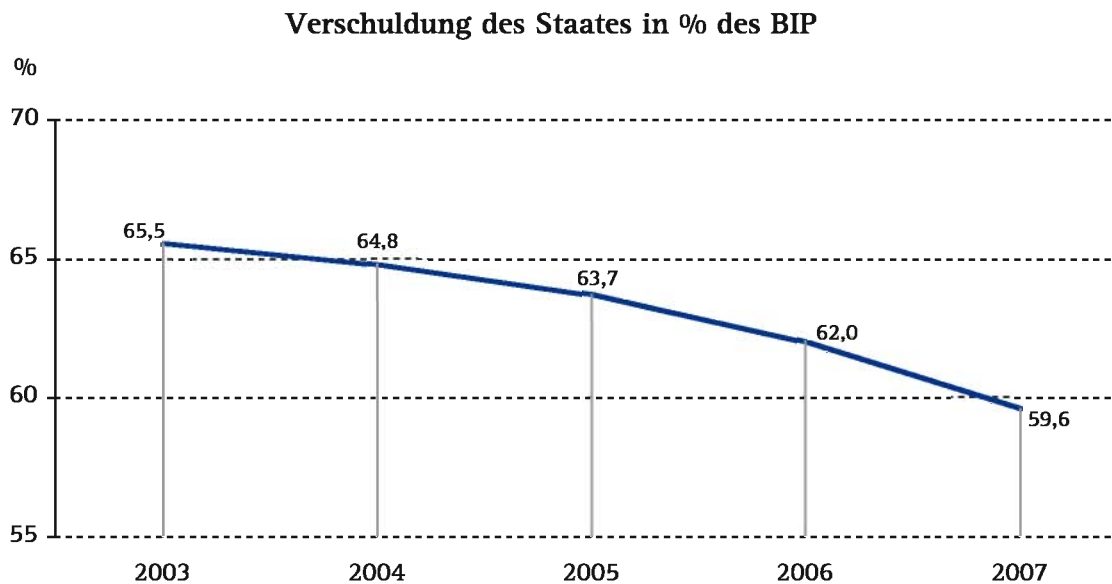


Abbildung 9: Verschuldung des Staates in % des BIP



Quellen: Statistik Austria (Stand April 2008, BIP: Juli 2008). Primärsaldo des Staates: OeNB (Stand April 2008).

Die Übersicht und die beiden Diagramme geben die Ende März 2008 von der Statistik Austria bekanntgegebene Notifizierung (einschließlich der von EUROSTAT veranlassten Korrektur), aktualisiert mit den BIP-Werten von Juli 2008, wieder. Der Termin für die Herbst-Notifizierung wurde im Dezember 2005 von jeweils Ende August auf Ende September verlegt.⁸⁾ Die zum Zeitpunkt der Vorlage des BRA an den Nationalrat (Ende September) aktuelle Notifizierung konnte daher in den BRA nicht mehr aufgenommen werden. Hinsichtlich der hier wiedergegebenen Werte für das öffentliche Defizit und den Schuldenstand wird angemerkt, dass diese vorbehaltlich der Anerkennung – insbesondere der defizitsenkenden Maßnahmen – durch EUROSTAT und die EU-Kommission zu sehen sind.

Nach den bei Verfassung des BRA aktuellen Zahlen wurde im Jahr 2007 der Referenzwert für die Staatsschuldenquote von 60 Prozent des BIP unterschritten.

Das nach dem Stabilitäts- und Wachstumspakt zu erstellende Stabilitätsprogramm Österreichs für 2007 bis 2010 (aktualisiert im November 2007) sieht u.a. eine Senkung des gesamtstaatlichen Defizits und im Jahr 2010 als mittelfristiges Haushaltsziel das Erreichen eines Haushaltsüberschusses vor. Der Rat der EU hielt in seiner Stellungnahme⁹⁾ zum aktualisierten Stabilitätsprogramm fest, dass „im gesamten Programmzeitraum eine ausreichende Sicherheitsmarge vorhanden sei, damit die Defizitmarke von 3 % des BIP bei normalen Konjunkturschwankungen nicht überschritten wird“.

Der Haushaltspfad für 2008 erschien dem Rat plausibel bzw. mit ausgewogenen Risiken behaftet. Das Erreichen des mittelfristigen Haushaltszieles 2010 hielt er jedoch angesichts der im aktualisierten Stabilitätsprogramm enthaltenen Maßnahmen für unsicher. Insbesondere waren die Ausgaben-einsparungen nicht genug spezifiziert, weiters fehlten Angaben über die Finanzierung der in Aussicht gestellten Steuerreform.

Weiters merkte der Rat an, dass das Erreichen eines ausgeglichenen Haushalts mehrfach aufgeschoben worden sei. Er forderte eine Erhöhung des Anpassungstempos im Jahr 2008, damit es dem Stabilitäts- und Währungspakt entsprechend in Zeiten günstiger Konjunktur zu einer jährlichen Verbesserung des strukturellen Saldos führe.

Der Rat der Europäischen Union führte weiters aus: „Die dauerhafte Konsolidierung der öffentlichen Finanzen wird auch von einer Neuordnung der Finanzbeziehungen zwischen den verschiedenen Staatsebenen abhängen, die gegenwärtig zu komplex und undurchsichtig sind.“

Die Beurteilung des Rates deckt sich mit dem wiederholten Hinweis des RH auf die erforderlichen strukturellen Konsolidierungsmaßnahmen. Der RH hat diesem Ansatz folgend im August 2007 anlässlich der Vorlage des BRA 2006 206 Reformvorschläge basierend auf seinen Prüfungsergebnissen (Positionen 2007/1) vorgelegt.

⁸⁾ Verordnung (EG) Nr. 2103/2005 des Rates vom 12. Dezember 2005 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 3605/93 im Hinblick auf die Qualität der statistischen Daten im Rahmen des Verfahrens bei einem übermäßigen Defizit.

⁹⁾ Stellungnahme des Rates vom 4. März 2008, gemäß Artikel 5 Absatz 3 der Verordnung (EG) Nr. 1466/97 des Rates vom 7. Juli 1997, zum aktualisierten Stabilitätsprogramm Österreichs für 2007-2010 (Amtsblatt der Europäischen Union 2008/C 74/01).

GESAMTWIRTSCHAFT UND FINANZWIRTSCHAFT DES BUNDES



2.4 Der Österreichische Stabilitätspakt

Der Österreichische Stabilitätspakt 2005 regelt die Haushaltsdisziplin der Gebietskörperschaften in den Jahren 2005 bis 2008.

Für das Jahr 2007 lag bei Drucklegung des BRA der Bericht der Statistik Austria über die Haushaltsergebnisse noch nicht vor. Aus den Zahlen der Maastricht-Notifikation Ende März 2008 ergibt sich, dass Bund und Gemeinden ihre vorgesehenen Stabilitätsbeiträge erbracht haben, während die Länder ihr Stabilitätsziel für 2007 verfehlt haben dürften.

Der Österreichische Stabilitätspakt 2005 hätte ursprünglich bis zum Jahresende 2008 laufen sollen. Dabei war für 2008 das gemeinsame Erreichen eines ausgeglichenen Haushalts der Gebietskörperschaften vereinbart. Im Herbst des Jahres 2007 wurde ein neuer Stabilitätspakt zwischen den Gebietskörperschaften geschlossen, der sich zur Zeit der Erstellung des BRA im Stadium der Ratifizierung durch die einzelnen Landtage befand. Der neue Österreichische Stabilitätspakt soll bereits ab dem Jahr 2008 gelten. Das Ziel eines ausgeglichenen Haushalts wurde darin vom Jahr 2008 ins Jahr 2010 hinausgeschoben.

In das Paktum zum Finanzausgleich 2008 flossen die Ergebnisse der Prüfungen des Rechnungshofes ein. Es wurde dabei insbesondere auch die Einsetzung einer Arbeitsgruppe zur Umsetzung der 206 Reformvorschläge des Rechnungshofes (Positionen 2007/1, siehe Veröffentlichungen unter www.rechnungshof.gv.at) sowie eine finanziell gleichwertige Umsetzung der Pensionsreform vereinbart (siehe Reform der Beamtenpensionssysteme des Bundes sowie der Länder Burgenland, Niederösterreich und Salzburg, Reihe Bund 2007/9).

2.5 Finanzwirtschaftliche Betrachtung des Allgemeinen Haushalts des Bundes

Setzt man die bereinigten Ausgaben und Einnahmen des Allgemeinen Haushalts (siehe oben, TZ 2.2.1) mit dem Brutto-Inlandsprodukt in Beziehung, so sank die Ausgabenquote auf 26,3 % (2006: 27,0 %). Die Einnahmenquote blieb mit 25,3 % unverändert (2006: 25,3 %).

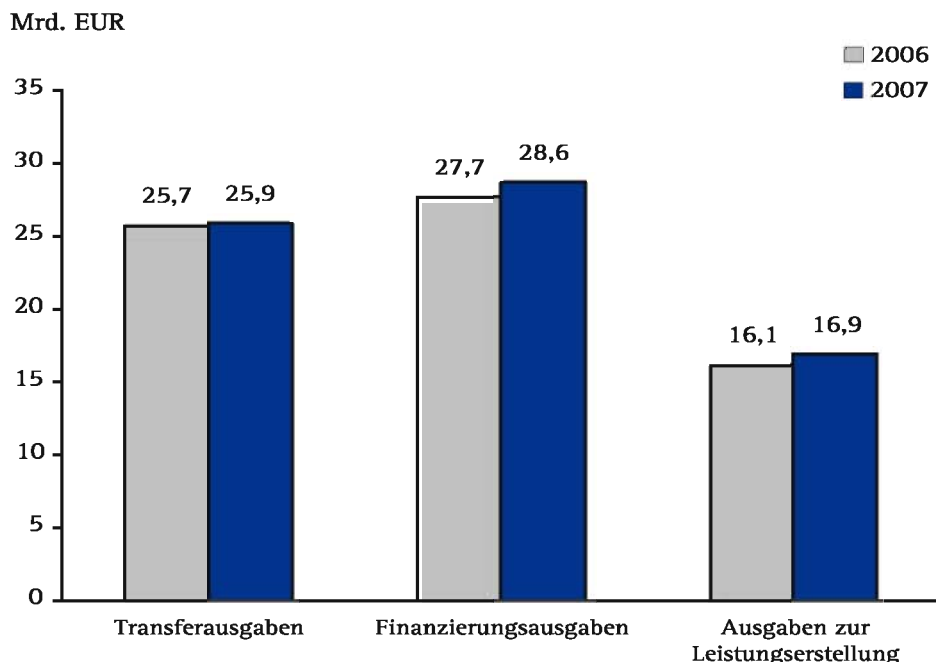
Die bereinigten Ausgaben des Bundes (71,361 Mrd. EUR) stiegen im Jahresabstand um 1,870 Mrd. EUR oder 2,7 % an, wobei sie nach ökonomischen Kriterien gegliedert folgendes Bild zeigen:

- Auf die Transferausgaben entfielen 25,853 Mrd. EUR oder 36,2 % (2006: 37,0 %) der Bundesausgaben; als größte Ausgabenpositionen sind dabei die Pensionen für die ÖBB- und Postbeamten, Bundesbediensteten und Landeslehrer (insgesamt 7,187 Mrd. EUR) und der Bundesbeitrag zur Pensionsversicherung (einschließlich Pflegegeld: 9,587 Mrd. EUR) sowie die Familienbeihilfen (einschließlich Geburten- und Schulfahrtbeihilfen: 3,016 Mrd. EUR) anzuführen.

- Auf die Finanzierungsausgaben entfielen 2007 28,644 Mrd. EUR oder 40,1 % (2006: 39,8 %). Für den Anstieg im Jahr 2007 sind größtenteils die höheren Rücklagenzuführungen verantwortlich.
- Auf die Ausgaben für die Erstellung öffentlicher Leistungen entfielen 2007 16,864 Mrd. EUR oder 23,6 % (2006: 23,2 %) der bereinigten Bundesausgaben. Im Gegensatz dazu betrugen die Ausgaben für Investitionen einschließlich Liegenschaftserwerb 0,212 Mrd. EUR; das entspricht einem Anteil von 0,3 % der bereinigten Ausgaben. Dazu ist allerdings festzustellen, dass aufgrund der Ausgliederungen öffentliche Investitionen in beträchtlichem Ausmaß auch außerbudgetär erfolgen.

Abbildung 10: Bereinigte Ausgaben des Bundes in ökonomischer Gliederung

Bereinigte Ausgaben des Bundes in ökonomischer Gliederung



Quellen: WIFO, eigene Berechnungen.

Die bereinigten Einnahmen des Bundes (68,491 Mrd. EUR) in ökonomischer Gliederung stellen sich für 2006 und 2007 wie folgt dar:

- Das Steueraufkommen erbrachte 2007 Gesamteinnahmen von brutto 64,695 Mrd. EUR (+ 7,1 % gegenüber 2006) bzw. nach Abzug der Überweisungen netto 43,635 Mrd. EUR

GESAMTWIRTSCHAFT UND FINANZWIRTSCHAFT DES BUNDES



(+ 7,9 %). Dabei stammten ca. 90 % der Einnahmen aus lediglich acht der über hundert in Österreich bestehenden Steuerarten.

- Gegenüber 2006 stieg das Steueraufkommen bei der Lohnsteuer von 18,092 Mrd. EUR auf 19,664 Mrd. EUR, bei der veranlagten Einkommensteuer von 2,525 Mrd. EUR auf 2,629 Mrd. EUR. Die Körperschaftsteuer stieg auf 5,741 Mrd. EUR (2006: 4,833 Mrd. EUR). Die Einnahmen aus der Kapitalertragsteuer I und II betragen 2007 3,173 Mrd. EUR (2006: 2,240 Mrd. EUR).
- Die Umsatzsteuer stieg von 20,171 Mrd. EUR (2006) auf 20,832 Mrd. EUR (2007). Weitere Steuereinnahmen betragen bei der Mineralölsteuer 3,689 Mrd. EUR (2006: 3,553 Mrd. EUR) und bei der Tabaksteuer 1,446 Mrd. EUR (2006: 1,408 Mrd. EUR).

Abbildung 11: Steueraufkommen 2007

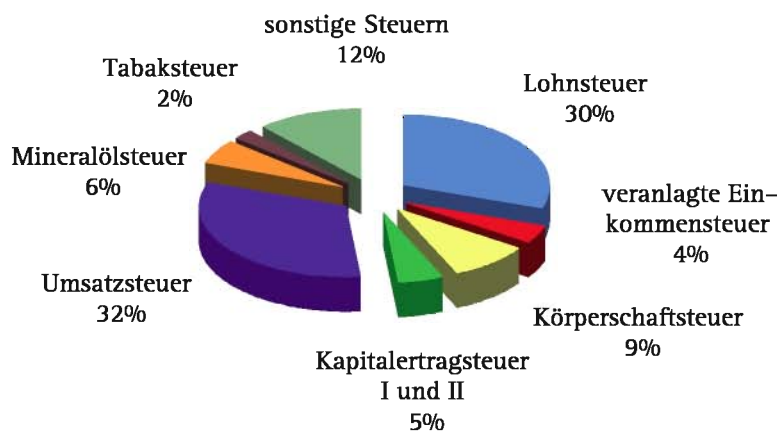
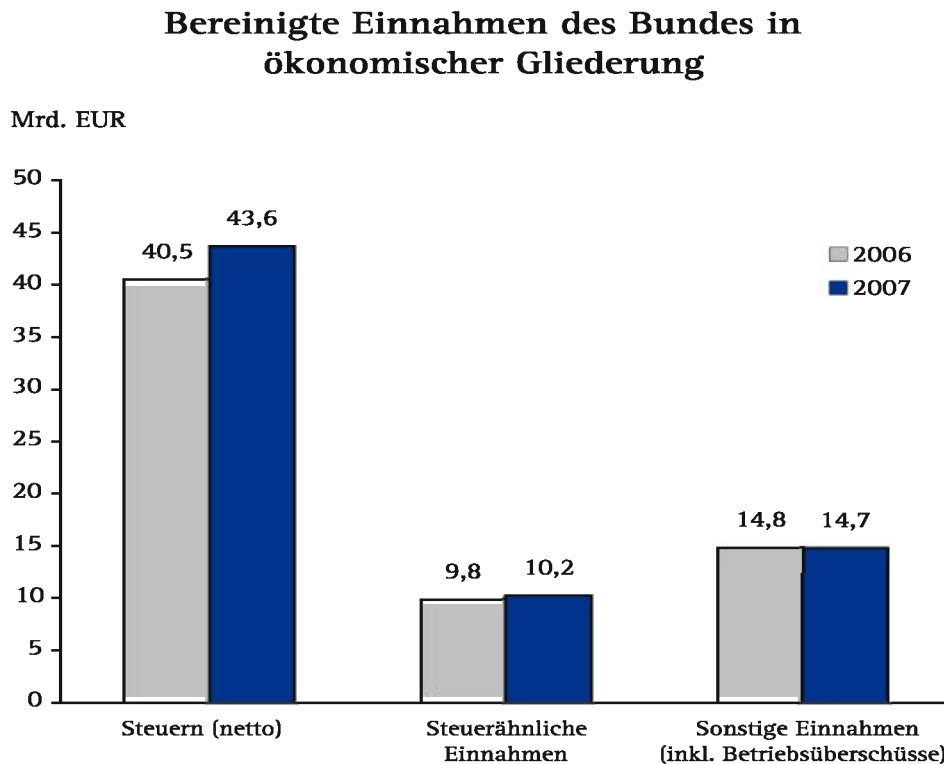


Abbildung 12: Bereinigte Einnahmen des Bundes in ökonomischer Gliederung



Quellen: WIFO, eigene Berechnungen.

Der deutliche Anstieg bei den Steuereinnahmen ist als Folge der anhaltend guten Konjunktur zu sehen.

2.6 Fiskalische Gesamtbelastung

Gemessen am Brutto-Inlandsprodukt belief sich der Anteil der Abgaben aller Gebietskörperschaften und der abgabenähnlichen öffentlichen Einnahmen (wie Kammerumlagen, Beiträge an die Träger der Sozialversicherung und Fonds) 2007 auf 41,9 % (2006: 41,6 %).

Die Berechnung der Abgabenquote nach Kriterien der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) erfolgt nach dem sogenannten „accrual-principle“, d.h. dass der Zeitpunkt der Abgabefälligkeit maßgebend ist. Im Gegensatz dazu arbeitet die OECD-Steuerliste nach dem „cash-principle“ oder „Kassenprinzip“. Entscheidend für die Zuordnung ist diesfalls der Zahlungszeitpunkt.

Die Darstellung der Quote nach der OECD-Steuerliste, die für zwischenstaatliche Vergleiche besser geeignet ist, zeigt einen Anstieg von 41,8 % (2006) auf 42,1 % (2007).

GESAMTWIRTSCHAFT UND FINANZWIRTSCHAFT DES BUNDES

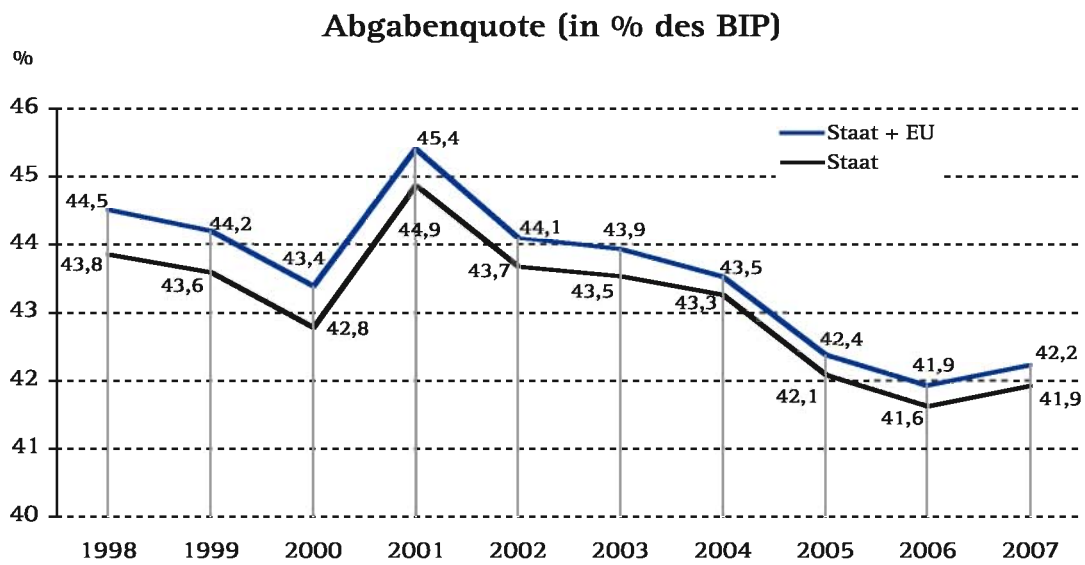


Wie aus dem Diagramm und der Tabelle ersichtlich, war damit im Jahr 2007 ein Anstieg der Abgabenquote festzustellen.

Übersicht 1: Entwicklung der fiskalischen Gesamtbelastung

Bezeichnung	Abgaben (Steuern und tatsächliche Sozialbeiträge) ¹⁾									
	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007
	in Millionen EUR									
Bundessektor	43.553	44.968	46.363	51.464	51.648	52.904	54.491	54.988	56.862	60.506
Landessektor	6.622	6.717	6.869	7.161	7.052	6.888	7.183	7.303	7.677	8.240
Gemeindesektor	10.010	10.227	10.497	11.056	10.729	10.558	11.015	11.241	11.837	12.647
Sozialversicherung	23.499	24.387	25.045	25.653	26.148	26.854	28.014	29.340	30.694	32.142
Staat (Summe)	83.685	86.300	88.773	95.333	95.577	97.203	100.702	102.872	107.069	113.535
EU-Institutionen ²⁾	1.246	1.176	1.245	1.139	920	873	602	700	785	815
Staat + EU (Summe)	84.931	87.475	90.019	96.472	96.497	98.077	101.304	103.572	107.854	114.349
Bruttoinlandsprodukt (BIP)	190.851	197.979	207.529	212.499	218.848	223.302	232.782	244.453	257.294	270.837
Abgaben in % des BIP										
Staat (Summe)	43,8'	43,6'	42,8'	44,9'	43,7'	43,5'	43,3'	42,1'	41,6'	41,9'
Staat + EU (Summe)	44,5'	44,2'	43,4'	45,4'	44,1'	43,9'	43,5'	42,4'	41,9'	42,2'
Anmerkungen:										
1) Daten laut Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995), Stand: April 2008, BIP Juli 2008.										
2) Produktions- und Importabgaben an die Institutionen der EU: Mehrwertsteuer, Zölle und Importabgaben (einschließlich an der nicht-österreichischen Außengrenze des EU-Binnenmarktes eingehobene Importabgaben), Zuckerabgabe.										
OECD-Steuerliste										
in Mill. EUR	84.626	87.174	89.722	96.174	96.270	97.833	101.082	103.362	107.635	114.151
in % des BIP	44,3	44,0	43,2	45,3	44,0	43,8	43,4	42,3	41,8	42,1

Abbildung 13: Abgabenquote (in % des BIP)



Quellen: Statistik Austria (Berechnungsstand April 2008, BIP: Stand Juli 2008). Berechnungsstand der Steuereinnahmen der OECD: Juni 2008.

GESAMTERGEBNISSE



3. GESAMTERGEBNISSE DER HAUSHALTSFÜHRUNG DES BUNDES

Aufgrund der anhaltend guten Konjunktur konnte der Bund im Jahr 2007 um rund 1,2 Mrd. EUR mehr an Steuern und steuerähnlichen Abgaben lukrieren, als im Budget mit 52,5 Mrd. EUR vorgesehen war. Das Einkommen des Bundes aus Vermögen und unternehmerischer Tätigkeit (hauptsächlich Zinsen aus Finanzmarktaktivitäten) lag um ca. 2,2 Mrd. EUR über der veranschlagten Summe von 4,1 Mrd. EUR.

Hinsichtlich der Ausgaben ergaben sich bei den Transferausgaben und der öffentlichen Leistungserstellung Einsparungen von rund 0,5 Mrd. EUR im Vergleich zum Voranschlag (43,2 Mrd. EUR). Für Zinsen wurde 1 Mrd. EUR mehr aufgewendet als mit 10 Mrd. EUR vorgesehen.

Vom Differenzbetrag wurden 1,9 Mrd. EUR den Rücklagen zugeführt, sodass noch nahezu eine Mrd. EUR für die Verringerung des veranschlagten Abgangs verblieb.

Im Vergleich zum Jahr 2006 stiegen sowohl die Einnahmen als auch die Ausgaben des Allgemeinen Haushalts weiter an, blieben jedoch unter der Steigerungsrate des Bruttoinlandsprodukts. Infolge des Anstiegs der Steuer- und steuerähnlichen Einnahmen konnte der Abgang des Allgemeinen Haushalts unter Berücksichtigung der Rücklagenzuführungen in Höhe von 1,9 Mrd. EUR um etwa 1,5 Mrd. EUR verringert werden.

3.1 Rechtliche Grundlagen der Gebarung

3.1.1 Gesetzliche Grundlagen

Bindende Grundlage der Ausgaben- und Einnahmegerbarung waren gemäß § 37 Abs. 1 BHG

- das Bundesgesetz über die Bewilligung des Bundesvoranschlages für das Jahr 2006 (Bundesfinanzgesetz 2006 - BFG 2006) samt Anlagen (automatisches Budgetprovisorium 2007), BGBl. I Nr. 20/2005, in der Fassung
 - des Bundesgesetzes, mit dem das Einkommensteuergesetz 1988, das Umsatzsteuergesetz 1994, das Abgabenverwaltungsorganisationsgesetz, das Finanzstrafgesetz, das Ausländerbeschäftigungsgesetz, das Arbeitsvertragsrechts-Anpassungsgesetz, das Bundesfinanzgesetz 2005, das Bundesfinanzgesetz 2006, das Bundesgesetz über die Neuordnung der Rechtsverhältnisse der Österreichischen Industrieholding Aktiengesellschaft und der Post und Telekombeteiligungsverwaltungsgesellschaft (ÖIAG-Gesetz 2000), das Bundesgesetz über die Verwaltung und Koordination der Finanz- und sonstigen Bundesschulden (Bundesfinanzierungsgesetz) und das Bausparkassengesetz geändert werden – Wachstums- und Beschäftigungsgesetz 2005, BGBl. I Nr. 103/2005,
 - des Bundesgesetzes, mit dem ein Hochwasseropferentschädigungs- und Wiederaufbau-Gesetz 2005 – HWG 2005 erlassen wird, das Katastrophenfondsgesetz 1996, das Bundesfinanzgesetz 2005, das Bundesfinanzgesetz 2006, das Umweltförderungsgesetz, das Einkommensteuergesetz 1988, das Gebührengesetz 1957 und das Erbschafts- und Schenkungssteuergesetz 1955 geändert werden und abgabenrechtliche Sondermaßnahmen für Opfer von Naturkatastrophen vorgesehen werden, BGBl. I Nr. 112/2005,
 - des Bundesgesetzes, mit dem ein Beschäftigungsförderungsgesetz (BeFG) erlassen wird sowie das Arbeitsmarktpolitik-Finanzierungsgesetz, das Arbeitslosenversicherungsgesetz 1977, das Arbeitsmarktservicegesetz, das Insolvenz-Entgeltsicherungsgesetz, das Nachtschwerarbeitsgesetz, das Dienstleistungsscheckgesetz, das Jugendausbildungs-Sicherungsgesetz und das Bundesfinanzgesetz 2006 geändert werden, BGBl. I Nr. 114/2005,
 - des Bundesgesetzes, mit dem das Bundesfinanzgesetz 2006 geändert wird (4. BFG-Novelle 2006), BGBl. I Nr. 150/2005,
 - des Bundesgesetzes, mit dem das Zivildienstgesetz 1986 und das Bundesfinanzgesetz 2006 geändert werden und das Zivildienstgesetz-Übergangsrecht 2006 erlassen wird, BGBl. I Nr. 40/2006,
 - des Bundesgesetzes, mit dem ein Bundesgesetz betreffend die Haftungsübernahme zur Zukunftssicherung der BAWAG P.S.K. Bank für Arbeit und Wirtschaft und Österreichische Postsparkasse AG geschaffen, das Bundesfinanzgesetz 2006 und das Nationalbankgesetz 1984 geändert sowie ein Bundesgesetz betreffend den Erwerb von

GESAMTERGEBNISSE



- Aktien der Oesterreichischen Nationalbank geschaffen werden, BGBl. I Nr. 61/2006, und
- des Bundesgesetzes, mit dem das Bundesfinanzgesetz 2006 geändert wird (7. BFG-Novelle 2006), BGBl. I Nr. 167/2006,
 - das Bundesgesetz, mit dem eine vorläufige Vorsorge für das Finanzjahr 2007 getroffen wird (Gesetzliches Budgetprovisorium 2007), BGBl. I Nr. 7/2007,
 - das Bundesgesetz über die Bewilligung des Bundesvoranschlages für das Jahr 2007 (Bundesfinanzgesetz 2007 – BFG 2007) samt Anlagen, BGBl. I Nr. 22/2007, in der Fassung
 - des Bundesgesetzes, mit dem das Bundespflegegeldgesetz und das Bundesgesetz über die Bewilligung des Bundesvoranschlages für das Jahr 2007 (Bundesfinanzgesetz 2007) geändert werden, BGBl. I Nr. 51/2007, und
 - des Bundesgesetzes, mit dem die Begründung weiterer Vorbelastungen durch den Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie genehmigt und das Bundesfinanzgesetz 2007 geändert wird, BGBl. I Nr. 106/2007, sowie
 - das Bundesgesetz, mit dem Überschreitungen von Ausgabenansätzen der Anlage I des Bundesfinanzgesetzes 2007 bewilligt werden (Budgetüberschreitungsgesetz 2007 – BÜG 2007), BGBl. I Nr. 94/2007.

3.1.2 Verfügungen des Bundesfinanzgesetzgebers

Der Bundesfinanzgesetzgeber hat gemäß Art. I BFG 2007 in der geltenden Fassung den Ausgabenrahmen des Allgemeinen Haushalts mit 69.574,50 Mill. EUR bewilligt und zu dessen Bedeckung Einnahmen von 65.712,69 Mill. EUR vorgesehen. Weiters wurde verfügt, dass sich der Abgang des Allgemeinen Haushalts von 3.861,81 Mill. EUR um jene Beträge zu vermindern habe, die voraussichtlich während des Finanzjahres 2007 an Mehreinnahmen und Ausgabeneinsparungen anfallen und nicht für die Bedeckung von Überschreitungen gemäß § 41 Abs. 3 und 5 BHG sowie der Art. IV bis VIII BFG 2007 oder zum Ausgleich von Mindereinnahmen heranzuziehen sind.

Der in Art. I BFG 2007 dargestellte Abgang des Allgemeinen Haushalts zuzüglich der im Ausgleichshaushalt veranschlagten Ausgaben für die Rückzahlung von Finanzschulden und von Kapital aus Währungstauschverträgen abzüglich der Einnahmen aus Kapitalzahlungen aus Währungstauschverträgen war gemäß Art. II BFG 2007 durch Einnahmen aus Kreditoperationen zu bedecken. Der für die Rückzahlung von Schulden veranschlagte Betrag war um jene Beträge zu vermindern, die voraussichtlich während des Finanzjahres 2007 für die Rückzahlung von Finanzschulden nicht in Anspruch genommen und die nicht für die Bedeckung von Überschreitungen gemäß § 41 Abs. 3 und 5 BHG sowie Art. V, VI und VIII Abs. 2 BFG 2007 herangezogen werden. Schließlich erhöhte sich die Bedeckungsermächtigung noch um jene Beträge, die sich aus der Ausnützung der Ermächtigungen gemäß Art. III und VII BFG 2007 ergeben, sofern diese Überschreitungen nicht durch Ausgabeneinsparungen und/oder andere Mehreinnahmen bedeckt werden können.

Im Ausgleichshaushalt war bei Ausgaben von 87.530,26 Mill. EUR und Einnahmen von 91.392,07 Mill. EUR ein Überschuss von 3.861,81 Mill. EUR vorgesehen, der damit dem Abgang des Allgemeinen Haushalts entsprach. Daraus ergab sich ein veranschlagter Rahmen des Gesamthaushalts von 157.104,76 Mill. EUR.

3.1.3 Ermächtigungen des Bundesministers für Finanzen

Art. III Abs. 1 BFG 2007 ermächtigte den Bundesminister für Finanzen, bei einem sich abzeichnenden Konjunkturrückgang mit geringeren Steuereinnahmen einen dadurch entstehenden höheren Abgang durch zusätzliche Schuldaufnahmen von höchstens 3 % der veranschlagten Einnahmen des Allgemeinen Haushalts zu bedecken.

Weiters wurde der Bundesminister für Finanzen durch Art. III Abs. 2 BFG 2007 ermächtigt, einen durch die Eigenmittelvorschriften der EU allfällig entstehenden Mehrbedarf für den veranschlagten EU-Beitrag bis zu 20 % des veranschlagten Betrages durch zusätzliche Schuldaufnahmen zu bedecken.

Die beiden Ermächtigungen wurden im Jahr 2007 nicht in Anspruch genommen.

Zusätzlich zu den für den Bundeshaushalt nötigen Finanzierungen war der Bundesminister für Finanzen ermächtigt, Kreditoperationen für die Finanzierung von Ländern und von Rechtsträgern und Sonderkonten des Bundes zu tätigen. Dieses Ermächtigungsvolumen in der Höhe von 31.420,95 Mill. EUR, das sind 20 % des Gesamthaushalts des Bundes, wurde in der Höhe von 558,67 Mill. EUR genützt.

3.2 Gesamtergebnis der Voranschlagsvergleichsrechnung

Für die zeitliche Zugehörigkeit zur Rechnung des Finanzjahres ist bei den Zahlungen gemäß § 52 Abs. 1 BHG der Zeitpunkt maßgebend, in dem die Einnahmen tatsächlich zugeflossen und die Ausgaben tatsächlich geleistet worden sind (Grundsatz der Jährlichkeit und des Kassenbudgets). Dieser Grundsatz wird durch den „Auslaufzeitraum“ (§ 52 Abs. 2 bis 4 und 6 BHG) und den „Vorlaufzeitraum“ (§ 52 Abs. 5 BHG) durchbrochen.

3.2.1 Hauptergebnisse der Gebarung im Vergleich zum Voranschlag

Im Finanzjahr 2007 wurden für Rechnung aller Voranschlagsansätze im Allgemeinen Haushalt 72.331,92 Mill. EUR ausgegeben und 69.462,34 Mill. EUR eingenommen. Verglichen mit dem Bundesvoranschlag wurde die bewilligte Ausgabensumme um 2.757,41 Mill. EUR (+ 4,0 %) und die Einnahmensumme um 3.749,65 Mill. EUR (+ 5,7 %) überschritten. Der Abgang von 2.869,58 Mill. EUR lag somit um 992,24 Mill. EUR (- 25,7 %) unter dem in Art. I BFG 2007 ausgewiesenen Betrag. Das Gesamtergebnis ist in Band 2, Tabelle A.1.1, dargestellt.

GESAMTERGEBNISSE

Der Ausgleichshaushalt erbrachte bei Ausgaben von 57.130,43 Mill. EUR und Einnahmen von 60.000,01 Mill. EUR einen Überschuss von 2.869,58 Mill. EUR in Höhe des Abgangs des Allgemeinen Haushalts. Dabei war gegenüber dem Voranschlag bei den Ausgaben eine Unterschreitung von 30.399,83 Mill. EUR (- 34,7 %) und bei den Einnahmen eine Unterschreitung von 31.392,07 Mill. EUR (- 34,3 %) zu verzeichnen. Daraus ergibt sich – spiegelbildlich zum Allgemeinen Haushalt – eine rechnerische Unterschreitung des veranschlagten Überschusses um 992,24 Mill. EUR (- 25,7 %).

Der Gesamthaushalt belief sich auf 129.462,35 Mill. EUR und unterschritt den Voranschlag um 27.642,42 Mill. EUR (- 17,6 %). Unter Verwendung der Schlusssummen zeigt der BRA 2007 folgendes Ergebnis:

Übersicht 2: Gesamtergebnis der Voranschlagsvergleichsrechnung

		Einnahmen	Ausgaben	Überschuss	Abgang
		in Mill. EUR			
	Bundесvoranschlag 2007	65.712,69	69.574,50		3.861,81
Allgemeiner Haushalt	Veränderungen im Rahmen des Budgetvollzugs	+ 3.749,65	+ 2.757,41		- 992,24
	Bundesrechnungsabschluss	69.462,34	72.331,92		2.869,58
	+				
	Bundесvoranschlag 2007	91.392,07	87.530,26	3.861,81	
Ausgleichshaushalt	Veränderungen im Rahmen des Budgetvollzugs	- 31.392,07	- 30.399,83	- 992,24	
	Bundesrechnungsabschluss	60.000,01	57.130,43	2.869,58	
	=				
	Bundесvoranschlag 2007	157.104,76	157.104,76		
Gesamthaushalt	Gesamtveränderungen	- 27.642,42	- 27.642,42		
	Bundesrechnungsabschluss	129.462,35	129.462,35		

Von den Ausgaben wurden insgesamt 1.706,88 Mill. EUR (2006: 2.119,23 Mill. EUR) während des Auslaufzeitraumes vom 1. bis zum 20. Jänner 2008 noch zu Lasten der Voranschlagsansätze für das Finanzjahr 2007 vollzogen, das sind 1,3 % der Ausgaben des Gesamthaushalts.

3.2.2 Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben nach Kapiteln gegliedert

Eine Aufgliederung der Ergebnisse der Voranschlagsvergleichsrechnung nach Gruppen und Kapiteln ist in Band 2, Tabelle A.1.2 enthalten. Die Entwicklung der voranschlagswirksamen Ausgaben und Einnahmen in kapitelweiser Aufgliederung für die Finanzjahre 1998 bis 2007 sowie deren Anteil am Gebarungrahmen kann den Übersichten 3 und 4 entnommen werden.



GESAMTERGEBNISSE

GESAMTERGEBNISSE

Übersicht 3: Entwicklung der voranschlagswirksamen Ausgaben im Gesamthaushalt

Kap.	Bezeichnung	1998		1999		2000		2001	
		Millionen EUR	%	Millionen EUR	%	Millionen EUR	%	Millionen EUR	%
Allgemeiner Haushalt									
01	Präsidentschaftskanzlei	4,43	0,0	5,16	0,0	4,87	0,0	5,89	0,0
02	Bundesgesetzgebung	139,17	0,2	108,79	0,1	105,01	0,1	269,83	0,3
03	Verfassungsgerichtshof	4,80	0,0	5,38	0,0	5,16	0,0	5,45	0,0
04	Verwaltungsgerichtshof	9,88	0,0	10,76	0,0	10,97	0,0	11,19	0,0
05	Volksanwaltschaft	3,56	0,0	3,71	0,0	3,85	0,0	4,00	0,0
06	Rechnungshof	20,06	0,0	22,02	0,0	21,80	0,0	22,38	0,0
10	Bundeskanzleramt	430,22	0,5	430,30	0,5	316,49	0,3	566,92	0,6
11	Inneres	1.625,98	2,0	1.717,48	2,0	1.668,93	1,4	1.671,33	1,7
12	Unterricht und Kultur	5.161,08	6,3	5.409,18	6,2	5.533,16	4,5	5.733,01	5,9
13	Kunst	84,88	0,1	140,04	0,2	215,91	0,2	246,36	0,3
14	Wissenschaft und Forschung	2.001,99	2,5	2.093,12	2,4	2.244,36	1,8	2.386,50	2,5
15	Soziales und Konsumentenschutz	6.324,28	7,8	6.444,12	7,3	2.822,69	2,3	1.852,94	1,9
16	Sozialversicherung	5.258,17	6,5	5.478,88	6,2	4.997,27	4,1	5.398,94	5,5
17	Gesundheit	822,00	1,0	855,80	1,0	626,73	0,5	507,18	0,5
18	Umwelt	257,33	0,3	291,49	0,3	26,02	0,0	-	-
19	Familie und Jugend	4.116,70	5,1	4.210,52	4,8	4.322,14	3,6	4.493,58	4,6
20	Äußeres	319,54	0,4	297,81	0,3	326,96	0,3	328,77	0,3
30	Justiz	761,47	0,9	793,66	0,9	803,18	0,7	859,50	0,9
40	Militärische Angelegenheiten	1.552,29	1,9	1.602,87	1,8	1.733,68	1,4	1.665,88	1,7
50	Finanzverwaltung	3.302,33	4,1	3.353,71	3,8	2.213,54	1,8	2.291,16	2,4
51	Kassenverwaltung	1.130,28	1,4	881,30	1,0	1.577,51	1,3	2.074,08	2,1
52	Öffentliche Abgaben	11,12	0,0	10,17	0,0	7,12	0,0	6,83	0,0
53	Finanzausgleich	3.173,11	3,9	3.191,94	3,6	3.279,94	2,7	3.451,81	3,5
54	Bundesvermögen	712,48	0,9	775,56	0,9	774,84	0,6	822,44	0,8
55	Pensionen	5.349,16	6,6	5.509,25	6,3	5.739,63	4,7	5.992,09	6,1
56	Sonstige Finanzierungen und Veranlagungen	99,93	0,1	253,70	0,3	562,27	0,5	-	-
58	Finanzierungen, Währungstauschverträge	7.658,55	9,4	8.026,57	9,1	8.677,65	7,1	8.195,39	8,4
60	Land-, Forst- und Wasserwirtschaft	1.828,30	2,2	1.749,16	2,0	1.952,06	1,6	1.924,09	2,0
61	Umwelt	-	-	-	-	289,02	0,2	370,27	0,4
63	Wirtschaft und Arbeit	270,85	0,3	281,24	0,3	3.990,97	3,3	5.291,96	5,4
64	Bauten und Technik	1.295,10	1,6	1.234,42	1,4	601,51	0,5	174,49	0,2
65	Verkehr, Innovation und Technologie	2.556,56	3,1	1.905,12	2,2	2.732,50	2,3	3.706,17	3,8
70	Öffentliche Leistung und Sport	-	-	-	-	59,08	0,1	78,70	0,1
71	Bundestheater	224,78	0,3	155,81	0,2	-	-	-	-
	Summe Allgemeiner Haushalt	56.510,40	69,40	57.249,04	65,10	58.246,84	47,90	60.409,15	61,90
Ausgleichshaushalt									
51	Kassenverwaltung	3.713,22	4,6	11.077,67	12,6	39.234,03	32,2	22.664,48	23,4
56	Sonstige Finanzierungen und Veranlagungen	6.953,77	8,5	4.737,25	5,4	6.427,04	5,3	-	-
58	Finanzierungen, Währungstauschverträge	14.219,68	17,5	14.839,94	16,9	17.757,17	14,6	14.449,61	14,8
	Summe Ausgleichshaushalt	24.886,67	30,6	30.654,85	34,9	63.418,24	52,1	37.114,09	38,1
	Gesamtausgaben	81.397,06	100,0	87.903,90	100,0	121.665,08	100,0	97.523,24	100,0



GESAMTERGEBNISSE

Übersicht 3: Entwicklung der voranschlagswirksamen Ausgaben im Gesamthaushalt (Fortsetzung)

Kap.	2002		2003		2004		2005		2006		2007	
	Millionen EUR	%	Millionen EUR	%	Millionen EUR	%	Millionen EUR	%	Millionen EUR	%	Millionen EUR	%
01	5,66	0,0	5,37	0,0	6,43	0,0	6,49	0,0	6,85	0,0	7,05	0,0
02	119,42	0,1	112,63	0,1	115,14	0,1	185,09	0,2	121,24	0,1	124,92	0,1
03	5,60	0,0	6,68	0,0	7,37	0,0	7,57	0,0	7,77	0,0	8,00	0,0
04	11,31	0,0	11,56	0,0	11,86	0,0	12,21	0,0	12,74	0,0	13,03	0,0
05	4,33	0,0	4,48	0,0	4,56	0,0	4,75	0,0	4,98	0,0	5,19	0,0
06	22,99	0,0	22,94	0,0	22,72	0,0	23,44	0,0	23,32	0,0	24,56	0,0
10	308,82	0,3	396,26	0,4	434,12	0,5	425,61	0,4	440,48	0,4	464,35	0,4
11	1.695,88	1,8	1.728,38	1,5	1.831,40	1,9	1.985,31	2,0	2.159,49	2,0	2.144,14	1,7
12	5.769,30	6,0	5.870,06	5,2	5.901,95	6,2	6.187,15	6,3	6.400,58	5,8	6.620,86	5,1
13	218,17	0,2	217,20	0,2	217,71	0,2	224,63	0,2	227,02	0,2	226,67	0,2
14	2.529,26	2,6	2.506,18	2,2	3.228,45	3,4	3.259,32	3,3	3.324,56	3,0	3.515,44	2,7
15	1.880,84	2,0	1.871,78	1,7	1.840,01	1,9	1.899,53	1,9	1.940,68	1,8	2.007,97	1,6
16	5.944,16	6,2	6.978,12	6,2	6.717,95	7,1	6.937,09	7,1	7.354,21	6,7	7.317,12	5,7
17	520,12	0,5	571,87	0,5	602,48	0,6	620,05	0,6	635,93	0,6	651,39	0,5
18	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
19	4.531,89	4,7	4.959,52	4,4	5.476,65	5,8	6.099,64	6,2	5.891,71	5,4	5.890,80	4,6
20	314,33	0,3	308,18	0,3	342,77	0,4	378,59	0,4	397,74	0,4	410,02	0,3
30	872,52	0,9	908,54	0,8	922,47	1,0	989,06	1,0	998,66	0,9	1.086,07	0,8
40	1.664,45	1,7	1.760,47	1,6	1.802,93	1,9	1.796,66	1,8	1.733,20	1,6	2.187,67	1,7
50	2.156,53	2,2	2.220,61	2,0	1.853,22	1,9	1.797,00	1,8	1.808,89	1,6	1.858,37	1,4
51	1.948,24	2,0	921,35	0,8	1.130,26	1,2	1.195,22	1,2	1.392,85	1,3	2.198,25	1,7
52	4,91	0,0	4,70	0,0	1,99	0,0	2,23	0,0	2,56	0,0	2,73	0,0
53	4.587,59	4,8	4.251,49	3,8	4.000,32	4,2	4.350,73	4,4	4.554,86	4,2	4.762,71	3,7
54	729,58	0,8	639,17	0,6	642,58	0,7	625,26	0,6	1.282,27	1,2	782,34	0,6
55	6.204,92	6,4	6.534,61	5,8	6.796,94	7,1	6.871,06	7,0	7.039,06	6,4	7.174,48	5,5
56	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
58	8.485,50	8,8	8.343,88	7,4	8.677,31	9,1	9.608,93	9,8	11.608,81	10,6	11.977,08	9,3
60	1.993,82	2,1	2.023,59	1,8	2.075,03	2,2	2.293,51	2,3	2.318,84	2,1	2.036,74	1,6
61	409,08	0,4	508,43	0,4	503,55	0,5	492,55	0,5	475,39	0,4	492,55	0,4
63	6.008,30	6,2	5.348,11	4,7	5.845,58	6,1	5.527,27	5,6	5.967,68	5,4	5.753,48	4,4
64	202,87	0,2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
65	2.589,14	2,7	2.329,76	2,1	3.963,61	4,2	2.235,30	2,3	2.428,88	2,2	2.587,96	2,0
70	78,49	0,1	21,22	0,0	-	-	-	-	-	-	-	-
71	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	61.818,06	64,00	61.387,15	54,3	64.977,38	68,3	66.041,23	67,2	70.561,24	64,4	72.331,92	55,9
51	14.328,45	14,9	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
56	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
58	20.368,53	21,1	51.622,91	45,7	30.226,10	31,7	32.270,65	32,8	39.089,80	35,6	57.130,43	44,1
	34.696,98	36,0	51.622,91	45,7	30.226,10	31,7	32.270,65	32,8	39.089,80	35,6	57.130,43	44,1
	96.515,05	100,0	113.010,06	100,0	95.203,48	100,0	98.311,88	100,0	109.651,04	100,0	129.462,35	100,0

GESAMTERGEBNISSE

Übersicht 4: Entwicklung der voranschlagswirksamen Einnahmen im Gesamthaushalt

Kap.	Bezeichnung	1998		1999		2000		2001	
		Millionen EUR	%	Millionen EUR	%	Millionen EUR	%	Millionen EUR	%
Allgemeiner Haushalt									
01	Präsidentschaftskanzlei	0,07	0,0	0,07	0,0	0,07	0,0	0,07	0,0
02	Bundesgesetzgebung	2,47	0,0	2,18	0,0	2,11	0,0	4,51	0,0
03	Verfassungsgerichtshof	0,07	0,0	0,07	0,0	0,07	0,0	0,07	0,0
04	Verwaltungsgerichtshof	0,29	0,0	0,29	0,0	0,29	0,0	0,22	0,0
05	Volksanwaltschaft	0,07	0,0	0,15	0,0	0,15	0,0	0,15	0,0
06	Rechnungshof	0,15	0,0	0,15	0,0	0,15	0,0	0,15	0,0
10	Bundeskanzleramt	56,76	0,1	51,96	0,1	20,28	0,0	17,01	0,0
11	Inneres	92,80	0,1	97,67	0,1	95,64	0,1	83,86	0,1
12	Unterricht und Kultur	62,50	0,1	63,44	0,1	77,98	0,1	77,91	0,1
13	Kunst	0,00	0,0	0,94	0,0	3,34	0,0	3,34	0,0
14	Wissenschaft und Forschung	61,34	0,1	58,07	0,1	43,31	0,0	112,13	0,1
15	Soziales und Konsumentenschutz	4.252,96	5,2	4.245,62	4,8	810,37	0,7	31,69	0,0
16	Sozialversicherung	12,43	0,0	379,86	0,4	398,76	0,3	28,56	0,0
17	Gesundheit	59,96	0,1	54,72	0,1	56,61	0,0	65,41	0,1
18	Umwelt	10,97	0,0	171,51	0,2	1,45	0,0	-	-
19	Familie und Jugend	4.530,72	5,6	4.373,02	5,0	4.312,41	3,5	4.481,37	4,6
20	Äußeres	14,61	0,0	10,46	0,0	7,56	0,0	4,80	0,0
30	Justiz	509,95	0,6	544,10	0,6	569,83	0,5	620,41	0,6
40	Militärische Angelegenheiten	41,06	0,0	40,70	0,0	44,40	0,0	45,35	0,0
50	Finanzverwaltung	1.416,90	1,7	1.399,90	1,6	1.416,61	1,2	1.373,44	1,4
51	Kassenverwaltung	1.537,18	1,9	2.322,91	2,6	3.071,81	2,5	2.005,62	2,1
52	Öffentliche Abgaben	33.445,49	41,1	32.678,28	37,2	33.041,36	27,1	37.932,89	38,9
53	Finanzausgleich	338,58	0,4	351,01	0,4	382,11	0,3	368,89	0,4
54	Bundesvermögen	1.845,31	2,3	1.737,17	2,0	2.376,69	1,9	2.913,45	3,0
55	Pensionen	1.369,66	1,7	1.368,07	1,5	1.411,74	1,2	1.456,29	1,5
56	Sonstige Finanzierungen und Veranlagungen	99,93	0,1	253,70	0,3	562,27	0,5	-	-
58	Finanzierungen, Währungstauschverträge	1.404,48	1,7	1.380,86	1,6	1.685,07	1,4	1.732,08	1,8
60	Land-, Forst- und Wasserwirtschaft	196,87	0,2	190,04	0,2	196,80	0,2	244,47	0,3
61	Umwelt	-	-	-	-	187,64	0,2	218,67	0,2
63	Wirtschaft und Arbeit	60,68	0,1	67,22	0,1	3.520,27	2,9	4.747,50	4,9
64	Bauten und Technik	165,91	0,2	171,00	0,2	73,11	0,1	37,79	0,0
65	Verkehr, Innovation und Technologie	67,08	0,1	242,51	0,3	1.022,14	0,8	385,17	0,4
70	Öffentliche Leistung und Sport	-	-	-	-	0,94	0,0	1,24	0,0
71	Bundestheater	54,80	0,1	35,54	0,0	-	-	-	-
	Summe Allgemeiner Haushalt	51.712,03	63,50	52.293,19	59,50	55.393,34	45,50	58.994,50	60,50
Ausgleichshaushalt									
51	Kassenverwaltung	3.726,74	4,6	11.089,29	12,6	39.234,03	32,3	22.664,55	23,2
56	Sonstige Finanzierungen und Veranlagungen	6.953,77	8,5	4.737,25	5,4	6.427,04	5,3	-	-
58	Finanzierungen, Währungstauschverträge	19.004,53	23,4	19.784,16	22,5	20.610,67	16,9	15.864,19	16,3
	Summe Ausgleichshaushalt	29.685,04	36,5	35.610,71	40,5	66.271,74	54,5	38.528,74	39,5
	Gesamteinnahmen	81.397,06	100,0	87.903,90	100,0	121.665,08	100,0	97.523,24	100,0



GESAMTERGEBNISSE

Übersicht 4: Entwicklung der voranschlagswirksamen Einnahmen im Gesamthaushalt (Fortsetzung)

Kap.	2002		2003		2004		2005		2006		2007	
	Millionen EUR	%	Millionen EUR	%	Millionen EUR	%	Millionen EUR	%	Millionen EUR	%	Millionen EUR	%
01	0,12	0,0	0,11	0,0	0,11	0,0	0,05	0,0	0,04	0,0	0,03	0,0
02	2,91	0,0	3,17	0,0	3,50	0,0	8,14	0,0	14,21	0,0	3,59	0,0
03	0,05	0,0	0,25	0,0	0,58	0,0	0,51	0,0	0,53	0,0	0,53	0,0
04	0,25	0,0	0,21	0,0	0,18	0,0	0,15	0,0	0,13	0,0	0,10	0,0
05	0,14	0,0	0,16	0,0	0,18	0,0	0,18	0,0	0,27	0,0	0,19	0,0
06	0,12	0,0	0,12	0,0	0,11	0,0	0,13	0,0	0,09	0,0	0,10	0,0
10	14,96	0,0	19,17	0,0	13,00	0,0	13,67	0,0	12,14	0,0	11,29	0,0
11	82,86	0,1	79,24	0,1	78,58	0,1	87,12	0,1	91,64	0,1	99,06	0,1
12	80,40	0,1	79,02	0,1	99,97	0,1	72,45	0,1	93,76	0,1	90,36	0,1
13	3,35	0,0	3,19	0,0	2,94	0,0	3,00	0,0	2,97	0,0	3,00	0,0
14	205,21	0,2	197,86	0,2	648,74	0,7	641,62	0,7	661,34	0,6	637,04	0,5
15	24,50	0,0	40,17	0,0	22,58	0,0	46,99	0,0	26,91	0,0	8,01	0,0
16	346,45	0,4	17,23	0,0	222,41	0,2	408,07	0,4	349,11	0,3	17,90	0,0
17	57,20	0,1	51,70	0,0	65,44	0,1	65,45	0,1	61,71	0,1	60,57	0,0
18	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
19	4.519,46	4,7	4.869,20	4,3	5.053,03	5,3	5.408,60	5,5	5.407,03	4,9	5.536,94	4,3
20	5,24	0,0	10,12	0,0	3,13	0,0	3,42	0,0	3,62	0,0	3,44	0,0
30	630,03	0,6	660,40	0,6	692,53	0,7	709,60	0,7	718,57	0,7	789,76	0,6
40	58,65	0,1	50,39	0,0	63,40	0,1	45,31	0,0	43,15	0,0	52,35	0,0
50	1.347,23	1,4	1.275,22	1,1	1.159,03	1,2	1.168,45	1,2	1.197,12	1,1	1.585,72	1,2
51	2.731,30	2,8	3.538,49	3,1	2.665,89	2,8	2.702,53	2,7	2.967,12	2,7	3.220,75	2,5
52	36.666,23	38,0	35.468,41	31,4	37.660,20	39,6	38.037,69	38,7	40.454,23	36,9	43.634,88	33,7
53	885,53	0,9	467,17	0,4	374,89	0,4	381,11	0,4	401,53	0,4	438,19	0,3
54	2.605,95	2,7	2.211,84	2,0	1.931,37	2,0	1.644,72	1,7	1.722,02	1,6	1.284,56	1,0
55	1.463,99	1,5	1.450,95	1,3	1.593,93	1,7	1.575,90	1,6	1.486,06	1,4	1.479,38	1,1
56	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
58	1.916,79	2,0	2.052,65	1,8	2.422,19	2,5	3.102,21	3,2	4.664,52	4,3	4.882,69	3,8
60	223,27	0,2	172,82	0,2	209,55	0,2	216,44	0,2	244,15	0,2	197,36	0,2
61	244,47	0,3	258,73	0,2	287,51	0,3	290,69	0,3	297,85	0,3	302,58	0,2
63	4.987,56	5,2	4.615,26	4,1	4.829,59	5,1	4.709,17	4,8	5.054,76	4,6	4.893,68	3,8
64	42,50	0,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
65	280,41	0,3	295,84	0,3	242,69	0,3	149,51	0,2	168,19	0,2	228,29	0,2
70	0,96	0,0	0,44	0,0	-	-	-	-	-	-	-	-
71	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	59.428,08	61,60	57.889,53	51,2	60.347,25	63,4	61.492,88	62,5	66.144,75	60,3	69.462,34	53,7
51	14.328,51	14,8	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
56	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
58	22.758,46	23,6	55.120,53	48,8	34.856,23	36,6	36.819,00	37,5	43.506,29	39,7	60.000,01	46,3
	37.086,97	38,4	55.120,53	48,8	34.856,23	36,6	36.819,00	37,5	43.506,29	39,7	60.000,01	46,3
	96.515,05	100,0	113.010,06	100,0	95.203,48	100,0	98.311,88	100,0	109.651,04	100,0	129.462,35	100,0

GESAMTERGEBNISSE

3.2.3 Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben nach Aufgabenbereichen gliedert

Zwecks besserer inner- und zwischenstaatlicher Vergleichbarkeit werden die einzelnen Voranschlagsansätze in Anlehnung an ein von den Vereinten Nationen empfohlenes Schema einem

Übersicht 5: Entwicklung der Ausgaben- und Einnahmenstruktur

Kz	Aufgabenbereiche Bezeichnung	1998		1999		2000		2001	
		Millionen EUR	%	Millionen EUR	%	Millionen EUR	%	Millionen EUR	%
Ausgaben									
Allgemeiner Haushalt									
Bildungssektor:									
11	Erziehung und Unterricht	5.232,66	6,4	5.459,69	6,2	5.562,67	4,6	5.650,31	5,8
12	Forschung und Wissenschaft	2.268,26	2,8	2.386,94	2,7	2.387,16	1,9	2.484,18	2,6
13	Kunst	636,03	0,8	631,82	0,7	563,94	0,5	608,05	0,6
14	Kultus	43,31	0,1	44,04	0,1	44,48	0,0	45,20	0,0
	Summe	8.180,27	10,1	8.522,49	9,7	8.558,24	7,0	8.787,74	9,0
Sozialsektor:									
21	Gesundheit	1.835,50	2,3	1.859,70	2,1	839,08	0,7	747,95	0,8
22	Soziale Wohlfahrt	15.767,61	19,4	16.187,15	18,4	15.763,90	12,9	16.890,04	17,3
23	Wohnungsbau	1.826,34	2,2	1.822,78	2,1	1.819,22	1,5	1.811,81	1,8
	Summe	19.429,45	23,9	19.869,62	22,6	18.422,20	15,1	19.449,79	19,9
Wirtschaftssektor:									
32	Straßen	551,22	0,7	533,85	0,6	494,76	0,4	550,71	0,6
33	Sonstiger Verkehr	6.367,16	7,8	5.816,59	6,6	6.006,12	4,9	6.807,56	7,0
34	Land- und Forstwirtschaft	1.693,13	2,1	1.602,73	1,8	1.770,75	1,4	1.728,52	1,8
35	Energiewirtschaft	3,20	0,0	1,82	0,0	2,47	0,0	1,09	0,0
36	Industrie und Gewerbe	891,62	1,1	832,98	1,0	919,53	0,8	917,42	0,9
37	Öffentliche Dienstleistungen	314,82	0,4	339,96	0,4	311,77	0,3	330,08	0,3
38	Private Dienstleistungen	226,01	0,2	259,01	0,3	446,07	0,4	274,78	0,3
	Summe	10.047,16	12,3	9.386,93	10,7	9.951,45	8,2	10.610,16	10,9
Hoheitssektor:									
41	Landesverteidigung	1.574,75	1,9	1.622,28	1,8	1.690,52	1,4	1.627,44	1,7
42	Staats- und Rechtssicherheit	2.103,44	2,6	2.194,28	2,5	2.165,87	1,8	2.231,42	2,3
43	Übrige Hoheitsverwaltung	15.175,32	18,6	15.653,44	17,8	17.458,56	14,3	17.702,59	18,2
	Summe	18.853,51	23,1	19.470,00	22,1	21.314,94	17,5	21.561,45	22,2
	Summe Allgemeiner Haushalt	56.510,40	69,4	57.249,04	65,1	58.246,84	47,8	60.409,15	62,0
Ausgleichshaushalt									
43	Übrige Hoheitsverwaltung	24.886,67	30,6	30.654,85	34,9	63.418,24	52,1	37.114,09	38,1
	Gesamtausgaben	81.397,06	100,0	87.903,90	100,0	121.665,08	100,0	97.523,24	100,0
Einnahmen									
Allgemeiner Haushalt									
Bildungssektor									
		189,68	0,2	164,53	0,2	160,10	0,1	227,54	0,2
Sozialsektor									
		8.998,86	11,1	8.131,29	9,3	7.046,14	5,8	7.149,70	7,3
Wirtschaftssektor									
		4.179,49	5,1	4.014,59	4,6	4.298,31	3,5	4.628,17	4,7
Hoheitssektor									
		38.344,00	47,1	39.982,78	45,5	64.499,47	53,0	46.989,09	48,2
	Summe Allgemeiner Haushalt	51.712,03	63,5	52.293,19	59,5	76.004,01	62,5	58.994,50	60,5
Ausgleichshaushalt									
Hoheitssektor									
		29.685,04	36,5	35.610,71	40,5	45.661,07	37,5	38.528,74	39,5
	Gesamteinnahmen	81.397,06	100,0	87.903,90	100,0	121.665,08	100,0	97.523,24	100,0



GESAMTERGEBNISSE

oder mehreren Aufgabenbereichen zugeordnet und durch entsprechende finanzstatistische Kennziffern unterschieden. Dieser funktionellen Gliederung kommt jedoch nicht die Eigenschaft von Voranschlagsansätzen und daher auch keine Bindungswirkung zu.

Über die Entwicklung der Ausgaben und Einnahmen in der funktionellen Gliederung für die Finanzjahre 1998 bis 2007 gibt die Übersicht 5 Aufschluss.

Übersicht 5: Entwicklung der Ausgaben- und Einnahmenstruktur (Fortsetzung)

AB Kz	2002		2003		2004		2005		2006		2007	
	Millionen EUR	%	Millionen EUR	%	Millionen EUR	%	Millionen EUR	%	Millionen EUR	%	Millionen EUR	%
11	5.657,27	5,8	5.745,05	5,1	5.767,35	6,1	6.070,30	6,2	6.286,75	5,7	6.533,30	5,0
12	2.566,06	2,7	2.581,27	2,3	3.458,35	3,6	3.583,19	3,6	3.667,82	3,3	3.899,39	3,0
13	643,96	0,7	613,01	0,5	450,96	0,5	468,30	0,5	460,88	0,4	472,40	0,4
14	45,42	0,0	46,98	0,0	47,72	0,1	48,45	0,0	48,55	0,0	49,34	0,0
	8.912,70	9,2	8.986,31	8,0	9.724,38	10,2	10.170,24	10,3	10.464,00	9,5	10.954,43	8,5
21	792,37	0,8	871,16	0,8	830,24	0,9	834,19	0,8	821,17	0,7	819,86	0,6
22	18.206,32	18,9	18.882,22	16,7	19.623,61	20,6	20.309,38	20,7	20.961,09	19,1	20.725,57	16,0
23	1.807,31	1,9	1.805,44	1,6	1.803,21	1,9	1.803,63	1,8	1.801,19	1,6	1.799,97	1,4
	20.806,00	21,6	21.558,83	19,1	22.257,06	23,4	22.947,20	23,3	23.583,45	21,5	23.345,39	18,0
32	570,98	0,6	574,69	0,5	600,85	0,6	655,21	0,7	643,60	0,6	626,34	0,5
33	6.155,42	6,4	6.004,57	5,3	7.550,49	7,9	5.732,31	5,8	6.049,12	5,5	6.292,56	4,9
34	1.797,73	1,8	1.834,78	1,6	1.875,45	2,0	2.093,06	2,1	2.107,55	1,9	1.817,86	1,4
35	1,55	0,0	2,11	0,0	1,92	0,0	0,05	0,0	0,12	0,0	0,04	0,0
36	872,30	0,9	759,29	0,7	755,75	0,8	600,66	0,6	1.207,42	1,1	726,49	0,6
37	346,43	0,4	357,27	0,3	387,78	0,4	424,75	0,4	442,24	0,4	459,04	0,4
38	179,37	0,2	231,76	0,2	256,76	0,3	262,46	0,3	311,09	0,3	300,13	0,2
	9.923,78	10,3	9.764,47	8,6	11.429,01	12,0	9.768,50	9,9	10.761,14	9,8	10.222,46	7,9
41	1.624,33	1,7	1.720,94	1,5	1.766,03	1,9	1.760,93	1,8	1.699,10	1,5	2.156,97	1,7
42	2.253,43	2,3	2.343,86	2,1	2.418,82	2,5	2.543,34	2,6	2.687,74	2,5	2.750,39	2,1
43	18.297,82	19,0	17.012,75	15,1	17.382,08	18,3	18.851,02	19,2	21.365,81	19,5	22.902,28	17,7
	22.175,58	23,0	21.077,55	18,7	21.566,93	22,7	23.155,29	23,6	25.752,66	23,5	27.809,63	21,5
	61.818,06	64,1	61.387,15	54,3	64.977,38	68,3	66.041,23	67,2	70.561,24	64,4	72.331,91	55,9
43	34.696,98	35,9	51.622,91	45,7	30.226,10	31,7	32.270,65	32,8	39.089,80	35,6	57.130,43	44,1
	96.515,05	100,0	113.010,06	100,0	95.203,48	100,0	98.311,88	100,0	109.651,04	100,0	129.462,34	100,0
BS	323,02	0,3	313,61	0,3	783,11	0,8	749,32	0,8	812,86	0,7	764,91	0,6
SS	7.697,59	8,0	7.233,85	6,4	8.336,63	8,8	8.526,12	8,7	8.288,86	7,6	7.748,30	6,0
WS	4.411,31	4,6	4.198,56	3,7	3.502,16	3,7	3.207,45	3,3	3.524,09	3,2	3.137,88	2,4
HS	46.996,15	48,7	46.143,51	40,8	47.725,35	50,1	49.009,99	49,9	53.518,95	48,8	57.811,25	44,7
	59.428,08	61,6	57.889,53	51,2	60.347,25	63,4	61.492,88	62,5	66.144,75	60,3	69.462,34	53,7
HS	37.086,97	38,4	55.120,53	48,8	34.856,23	36,6	36.819,00	37,5	43.506,29	39,7	60.000,01	46,3
	96.515,05	100,0	113.010,06	100,0	95.203,48	100,0	98.311,88	100,0	109.651,04	100,0	129.462,35	100,0



GESAMTERGEBNISSE

3.2.4 Gliederungen der Einnahmen und Ausgaben nach verschiedenen Gesichtspunkten

3.2.4.1 Gesamtausgaben (129.462,35 Mill. EUR)

Gliederung	2007 Mill. EUR	2007 %	2006 %
- nach der Auswirkung auf das Bundesvermögen:			
Erfolgswirksame Ausgaben	69.555,40	53,7	62,2
Bestandswirksame Ausgaben	59.906,94	46,3	37,8
- nach dem Grad der Bindung an gesetzliche Grundlagen:			
Ausgaben aufgrund gesetzlicher Verpflichtungen	44.676,69	34,5	41,9
Ermessensausgaben	84.785,65	65,5	58,1
(Eine genauere Aufteilung – kapitelweise dargestellt und den Voranschlagsbeträgen gegenübergestellt – ist in Band 2, Tabelle A.2.1.1 enthalten.)			
- nach finanzwirtschaftlichen Gesichtspunkten:			
Personalausgaben (Ges. Verpfl. im Allg. Haushalt)	11.066,46	8,6	9,9
Sachausgaben des Allgemeinen Haushalts	61.265,45	47,3	54,5
Sachausgaben des Ausgleichshaushalts	57.130,43	44,1	35,6
(Die kapitelweise Aufteilung enthält die Tabelle A.2.1.2 in Band 2.)			

3.2.4.2 Personalausgaben (11.066,46 Mill. EUR)

	2007 Mill. EUR	2007 %	2006 %
Davon entfielen auf:			
Aktivbezüge	8.004,51	72,3	72,3
Pensionen	3.061,95	27,7	27,7
Die Aktivbezüge setzen sich wie folgt zusammen:			
Geldbezüge für Beamte	4.804,46	60,0	60,1
Geldbezüge für Vertragsbedienstete	1.472,35	18,4	17,8
Sonstige Personalausgaben einschl. Dienstgeberbeiträge	1.727,70	21,6	22,1



GESAMTERGEBNISSE

3.2.4.3 Sachausgaben (118.395,88 Mill. EUR)

Gliederung	2007	2007	2006
	Mill. EUR	%	%
- nach der Auswirkung auf das Bundesvermögen:			
Erfolgswirksame Ausgaben	58.488,94	49,4	58,0
Bestandswirksame Ausgaben	59.906,94	50,6	42,0
- nach dem Grad der Bindung an gesetzliche Grundlagen:			
Ausgaben aufgrund gesetzlicher Verpflichtungen	33.610,23	28,4	35,5
Ermessensausgaben	84.785,65	71,6	64,5
- nach Gebarunggruppen:			
Anlagen	387,66	0,3	0,4
Förderungen	4.221,75	3,6	4,5
Übrige Sachausgaben (Aufwendungen) des Allgemeinen Haushalts	56.656,04	47,9	55,5
Sachausgaben (Aufwendungen) des Ausgleichshaushalts	57.130,43	48,2	39,6

(Einzelheiten zu den Sachausgaben sind in Band 2, Tabellen A.2.1.3 und A.2.1.4 dargestellt.)

3.2.4.4 Gesamteinnahmen (129.462,35 Mill. EUR)

Gliederung	2007	2007	2006
	Mill. EUR	%	%
- nach der Auswirkung auf das Bundesvermögen:			
Erfolgswirksame Einnahmen	68.125,53	52,6	59,0
Bestandswirksame Einnahmen	61.336,81	47,4	41,0
(Eine kapitelweise Aufgliederung enthält Band 2, Tabelle A.2.2.1.)			
- nach dem Grad der Bindung bei der Mittelverwendung:			
Zweckgebundene Einnahmen (zur Bedeckung bestimmter Ausgabenarten, festgelegt aufgrund gesetzlichen Auftrags, durch Vertrag oder letztwillige Verfügung)	12.289,10	9,5	11,3
Sonstige Einnahmen (zur Bedeckung aller Ausgabenarten nach dem Grundsatz der Gesamtbedeckung)	117.173,24	90,5	88,7
(Eine kapitelweise Aufgliederung enthält Band 2, Tabelle A.2.2.2.)			
- nach finanzwirtschaftlichen Gesichtspunkten:			
Einnahmen aus öffentlichen Abgaben (netto)	43.634,88	33,8	36,9
Weitere Einnahmen des Allgemeinen Haushalts	25.827,46	19,9	23,4
Einnahmen des Ausgleichshaushalts	60.000,01	46,3	39,7



GESAMTERGEBNISSE

3.2.5 Vorjahresvergleich des Gesamthaushalts in finanzwirtschaftlicher Gliederung

Gegenüber dem Finanzjahr 2006 stiegen die Ausgaben des Gesamthaushalts um 19.811,31 Mill. EUR oder 18,1 %. Dies ist auf folgende Veränderungen zurückzuführen (Band 2, Tabellen A.2.1.2 und A.2.1.4):

	Veränderungen gegenüber dem Vorjahr	
	Mill. EUR	%
Personalausgaben	+ 221,30	+ 2,0
Ausgaben für Anlagen	- 28,04	- 6,7
Ausgaben für Förderungen	- 254,27	- 5,7
Übrige Sachausgaben des Allgemeinen Haushalts	+ 1.831,69	+ 3,3
Sachausgaben des Ausgleichshaushalts	+ 18.040,63	+ 46,2

Die gegenüber 2006 erzielten Mehreinnahmen im Gesamthaushalt von insgesamt 19.811,31 Mill. EUR (18,1 %) setzen sich wie folgt zusammen (Band 2, Tabelle A.1.2):

	Veränderungen gegenüber dem Vorjahr	
	Mill. EUR	%
Nettoaufkommen an öffentlichen Abgaben (Kapitel 52)	+ 3.180,65	+ 7,9
Einnahmen der übrigen Budgetkapitel des Allgemeinen Haushalts	+ 136,94	+ 0,5
Einnahmen des Ausgleichshaushalts	+ 16.493,72	+ 37,9

Als Summe der Veränderungen aller Ausgaben und Einnahmen des Allgemeinen Haushalts ergab sich die Veränderung des Abgangs, der 2007 um 1.546,91 Mill. EUR oder um 35,0 % niedriger als im vorangegangenen Jahr lag.

3.3 Gesamtergebnis der Jahresbestandsrechnung

3.3.1 Allgemeines zur Darstellung des Vermögens und der Schulden sowie des Kapitalausgleichs

Das Vermögen des Bundes umfasst grundsätzlich die Gesamtheit der in der Verfügung des Bundes befindlichen Sach- und Geldwerte einschließlich der Rechte und Forderungen, welche nach ihrer dauernden oder vorübergehenden Nutzung den Gruppen des Anlage- oder Umlaufvermögens zugeordnet sind. Rechnerisch werden hier die Endbestände der aktiven Bestandskonten dargestellt.

Dabei können die Ergebnisse der Jahresbestandsrechnungen bzw. der Bilanzen von denen der Voranschlagsvergleichsrechnungen infolge einer periodengerechten Rechnungsabgrenzung entsprechend den Grundsätzen einer ordnungsgemäßen Buchführung abweichen, weil für die voranschlagswirksame Verrechnung der Zeitpunkt maßgebend ist, in dem die Einnahmen tatsächlich zugeflossen und die Ausgaben tatsächlich geleistet worden sind.

Die in der VWV behandelten Berechtigungen und Verpflichtungen sind in der Bestandsrechnung nicht enthalten (siehe TZ 3.9).

Die Darstellung der Jahresbestands- und Jahreserfolgsrechnung des Bundes ist ein Nachweis für die ordnungsgemäße Verrechnung und Rechnungslegung bezüglich der Bestands- und Erfolgsverrechnung für den gesamten Bereich des Bundes und erfüllt somit wesentliche Grundsätze einer ordnungsgemäßen Buchführung.

Zu den Schulden des Bundes zählen alle in Geld zu erfüllenden Verpflichtungen des Bundes. Rechnerisch werden hier die Endbestände der passiven Bestandskonten dargestellt.

Die Gliederung der Jahresbestandsrechnung des Bundes entspricht den Vorgaben des § 21 RLV und des Kontenplanes des Bundes.

Die Darstellung in der Jahresbestandsrechnung des Bundes beschränkt sich auf eine Gegenüberstellung des Vermögens und der Schulden des Bundes, sodass der Darstellung des Kapitalausgleichs lediglich die Bedeutung einer rechnungstechnischen Bilanzausgleichsposition zukommt. Deren Aussagewert ist beschränkt, weil u.a. das Anlagevermögen hohe Bewertungsreserven enthält. Diesbezüglich wird auf die Ausführungen zur Jahresbestands- und Jahreserfolgsrechnung in den Begriffsbestimmungen (TZ 1.5.2) verwiesen.

Der anfängliche Kapitalausgleich des Jahres 2007 entspricht dem schließlichen Kapitalausgleich des Jahres 2006. Die unentgeltlichen Zu- und Abgänge im Anlage- und Umlaufvermögen sind in der Kapitalerhöhung und Kapitalverminderung enthalten. Der Vermögensabgang ist im Band 2 in den Tabellen B.1 (Aktiva) und B.4 (Erträge) und in der Übersicht 9 jeweils als letzte Position ausgewiesen.

Details zum Stand der Schulden und der Forderungen finden sich auch in den TZ 7 und 3.9, die Rücklagen werden in der TZ 3.10 ausführlich dargestellt.

GESAMTERGEBNISSE

3.3.2 Gesamtstand des Vermögens

Dem Vermögensnachweis liegt das erfasste Vermögen des Bundes zugrunde, das in den Bestandsrechnungen der anweisenden Organe für das Jahr 2007 enthalten ist.

In der Aktiven Rechnungsabgrenzung sind zur periodengerechten Abgrenzung unter anderen auch die vor dem 1. Jänner 2008 für das Finanzjahr 2008 geleisteten Zahlungen enthalten.

Die Bewertung und Abschreibung der Bestandteile des Vermögens erfolgt nach bundeseinheitlichen Richtlinien, wobei die Amtsorgane gemäß § 57 Abs. 3 BHG pauschal abzuschreiben haben.

Die Übersicht zeigt die Entwicklung des Vermögens von 1998 bis 2007:

Übersicht 6: **Aktiva des Bundes**

Bezeichnung	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007
	in Mill. EUR									
I. Anlagevermögen	25.593,43	26.562,78	27.621,10	24.075,41	15.554,46	15.643,51	16.666,75	15.272,33	19.309,46	19.812,92
II. Umlaufvermögen	26.721,41	38.934,87	47.680,88	42.494,96	44.805,86	45.199,52	46.133,51	51.669,54	53.477,69	52.336,50
III. Aktive Rechnungsabgrenzung	1.893,44	1.816,15	1.145,14	1.311,29	1.376,18	2.247,16	2.615,37	1.544,81	1.316,69	1.184,51
IV. Grundkapital u. Kapitalausgleich	85.197,07	93.484,05	94.510,70	99.751,59	109.454,25	111.951,28	122.281,59	119.446,01	116.893,42	117.998,57
Summe Aktiva	139.405,34	160.797,84	170.957,82	167.633,25	171.190,75	175.041,47	187.697,22	187.932,69	190.997,26	191.911,28

Der Anstieg des Anlagevermögens im Jahr 2006 ergab sich aus der in der Jahresbestandsrechnung 2006 erfolgten Erfassung der Grundstücke des ehemaligen Bundesbetriebes „Österreichische Bundesforste“.

Der in der Tabelle bei mehreren Jahren deutlich erkennbare Anstieg des Umlaufvermögens ist größtenteils durch die Ausweitung der Währungstauschverträge bedingt.

Eine weitere Aufgliederung der Aktiva nach Vermögensarten, getrennt nach Amtsorganen (früher: Hoheitsverwaltung) und betriebsähnlichen Einrichtungen des Bundes, ist gesondert dargestellt (Band 2, Tabelle B.2.1).

3.3.3 Gesamtstand der Schulden

Dem Schuldennachweis liegen alle Zahlungsverpflichtungen des Bundes zugrunde, welche in den Bestandsrechnungen der anweisenden Organe für das Jahr 2007 enthalten sind.

In der Passiven Rechnungsabgrenzung sind unter anderen auch die gemäß § 52 Abs. 2 BHG im Jahr 2008 (Auslaufzeitraum) für das Finanzjahr 2007 geleisteten Zahlungen enthalten.

Die folgende Übersicht zeigt die Entwicklung der Passiva von 1998 bis 2007:



GESAMTERGEBNISSE

Übersicht 7: **Passiva des Bundes**

Bezeichnung	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007
	in Mill. EUR									
I. Rücklagen	2.359,18	2.152,39	2.428,20	3.715,57	4.298,76	3.083,11	3.163,86	3.443,19	3.710,09	4.704,76
II. Wertberichtigungen	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
III. Schulden	135.380,87	156.621,17	166.883,05	162.377,02	165.379,81	169.623,30	181.203,04	182.151,42	185.165,49	184.898,92
IV. Rückstellungen	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
V. Passive Rechnungsabgrenzung	1.665,30	2.024,29	1.646,56	1.540,67	1.512,18	2.335,06	3.330,33	2.338,08	2.121,68	1.728,82
Summe Passiva	139.405,34	160.797,84	170.957,82	167.633,25	171.190,75	175.041,47	187.697,22	187.932,69	190.997,26	191.911,28

Eine weitere Aufgliederung der Passiva nach Schuldarten, getrennt nach Amtsorganen und betriebsähnlichen Einrichtungen, ist gesondert dargestellt (Band 2, Tabelle B.2.2).

Im Jahr 2007 wurde infolge des Rückganges der Währungstauschverträge erstmals seit über zehn Jahren eine Verringerung des Gesamtschuldenstandes ausgewiesen. Dies bedeutet jedoch keineswegs eine Einschränkung in der Nutzung von Finanzderivaten. Diese stiegen vielmehr weiterhin stark an; lediglich wurden an Stelle von Währungstauschverträgen vermehrt solche Finanzinstrumente verwendet, die sich nicht auf den Bestand von Schulden und Forderungen gründen (Zinsenswaps). Daher sind deren Auswirkungen zwar in der Erfolgsrechnung in Form von Zinsen enthalten, in der Bestandsrechnung scheinen sie aber nicht auf.

3.3.4 Betriebsähnliche Einrichtungen

Gemäß § 98 Abs. 2 Z. 4 BHG sind in den BRA die Vermögens- und Schuldenrechnungen (die Bilanzen) der betriebsähnlichen Einrichtungen des Bundes aufzunehmen (Band 2, Tabellen B.6.1). Die bundeseinheitliche Gliederung wurde vom RH im Einvernehmen mit dem BMF festgelegt. Siehe dazu auch TZ 3.3.1.

3.4 Gesamtergebnis der Jahreserfolgsrechnung

§ 98 Abs. 2 Z. 3 bzw. 4 BHG sieht die Aufstellung von Erfolgsrechnungen für den gesamten Bereich des Bundes vor. Für die betriebsähnlichen Einrichtungen des Bundes ist der Abschluss der Erfolgsrechnung in der Gestalt einer Gewinn- und Verlustrechnung verpflichtend vorgeschrieben, deren Form und Gliederung durch die Rechnungslegungsverordnung bundeseinheitlich festgelegt ist. Dabei können die Ergebnisse der Erfolgsrechnungen bzw. der Gewinn- und Verlustrechnungen von denen der Voranschlagsvergleichsrechnungen infolge einer periodengerechten Rechnungsabgrenzung entsprechend den Grundsätzen einer ordnungsgemäßen – doppelten – Buchführung abweichen, weil für die voranschlagswirksame Verrechnung der Zeitpunkt maßgebend ist, in dem die Einnahmen tatsächlich zugeflossen und die Ausgaben tatsächlich geleistet worden sind.

GESAMTERGEBNISSE

Die Darstellung des Gesamtergebnisses aller Stellen des Bundes in der Erfolgsrechnung des Bundes beschränkt sich auf eine Gegenüberstellung der Aufwendungen und Erträge des Bundes, so dass der Darstellung des Vermögensabgangs bzw. -zugangs lediglich die Rolle einer rechnungstechnischen Ausgleichsposition zukommt, die für Abstimmzwecke als Mindestvoraussetzung erforderlich ist (siehe Band 2, Tabelle B.4 sowie Übersicht 8 bzw. 9). Die einschränkenden Bemerkungen hinsichtlich der Aussagekraft des Kapitalausgleichs in der Jahresbestandsrechnung (TZ 3.3.1) gelten sinngemäß.

Die Darstellung der Jahresbestands- und Jahreserfolgsrechnung des Bundes ist ein Nachweis für die ordnungsgemäße Verrechnung und Rechnungslegung bezüglich der Bestands- und Erfolgsverrechnung für den gesamten Bereich des Bundes und erfüllt somit wesentliche Grundsätze einer ordnungsgemäßen Buchführung.

Die Erstellung der Jahresbestands- und Jahreserfolgsrechnung des Bundes ermöglicht die Aufdeckung von unzulässigen Salden und ist für die Abstimmung der Verrechnungsdaten erforderlich.

Die Aufgliederung der Aufwendungen und Erträge nach Aufwands- und Ertragsarten (Gliederung gemäß Anlage 2 zu § 22 RLV) gibt Auskunft über die Aufbringung der Mittel für die Erfüllung der Aufgaben des Bundes und deren Verwendung (Band 2, Tabelle B.4). Die Übersichten 8 und 9 zeigen die Entwicklung der gesamten Aufwendungen und Erträge während der Jahre 1998 bis 2007.

Übersicht 8: Jahreserfolgsrechnung des Bundes Aufwendungen

Bezeichnung	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007
	in Millionen EUR									
I. Aufwand für Bedienstete	10.064,57	10.355,09	10.442,67	10.545,39	10.569,66	10.708,38	10.342,46	10.537,17	11.072,23	11.327,14
II. Öffentliche Abgaben	38,89	35,96	31,86	20,77	21,92	20,33	36,40	17,31	20,11	22,29
III. Abschreibungen u. Wertbericht.	567,63	603,96	567,34	422,83	673,47	698,82	1.186,67	1.122,01	1.770,49	1.541,74
IV. Übrige Aufwendungen	14.323,21	17.830,83	18.372,62	16.091,25	20.323,26	15.540,35	22.145,60	15.221,90	17.688,69	18.529,58
V. Bestandsminderung	79,41	259,08	43,88	751,31	59,95	112,11	11,85	1.900,04	10,97	28,55
VI. Transfers	29.528,05	31.535,46	29.257,11	31.155,80	32.914,63	34.064,99	35.972,11	38.660,72	38.805,01	39.621,59
VII. Zuf. sonst. Rücklag., Rückstell.	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
VIII. Vermögenszugang	-	-	-	-	-	-	-	2.862,99	520,50	-
Summe Aufwendungen	54.601,76	60.620,38	58.715,48	58.987,35	64.562,89	61.144,97	69.695,08	70.322,13	69.888,00	71.070,89



GESAMTERGEBNISSE

Übersicht 9: Jahreserfolgsrechnung des Bundes Erträge

Bezeichnung	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007
I. Haupterträge (Erlöse, Abgaben)	43.650,04	45.969,85	47.834,96	49.494,51	51.381,99	49.560,00	51.017,81	53.127,00	55.377,65	58.838,42
II. Nebenerträge	9,46	8,92	5,75	4,66	5,67	5,05	5,14	5,95	5,44	5,67
III. Wertberichtigungen	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IV. Übrige Erträge	3.517,00	4.201,63	6.761,79	5.250,20	9.107,44	5.779,60	5.436,13	13.170,11	7.793,14	7.573,80
V. Aktivierte Eigenleistungen	12,08	9,33	0,59	1,16	2,37	2,92	0,28	0,42	0,14	0,17
VI. Bestandsmehrungen	36,39	396,97	37,44	733,87	12,84	7,55	12,92	7,01	3.467,10	10,54
VII. Transfers	1.809,26	1.607,02	2.313,08	1.833,73	2.191,91	2.438,26	3.470,86	4.011,63	3.244,53	2.951,75
VIII. Aufl. sonst. Rückl., Rückstell.	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IX. Vermögensabgang	5.567,54	8.426,67	1.761,86	1.669,21	1.860,67	3.351,59	9.751,94	-	-	1.690,54
Summe Erträge	54.601,77	60.620,38	58.715,48	58.987,35	64.562,89	61.144,97	69.695,08	70.322,13	69.888,00	70.483,82

Eine weitere Aufgliederung nach Aufwands- und Ertragsarten, getrennt nach Amtsorganen und den betriebsähnlichen Einrichtungen, ist gesondert dargestellt (Band 2, Tabellen B.5.1 und B.5.2).

Der Anstieg der Haupterträge (vor allem Steuereinnahmen) im Jahr 2007 wurde durch den Wegfall einer außerordentlichen Bestandsmehrung des Jahres 2006 (Erfassung des ehemaligen Bundesforste-Grundvermögens) egalisiert. Die gestiegenen Aufwendungen (wie etwa durch die Anschaffung von Luftraumüberwachungsflugzeugen oder verschiedene Transferleistungen) führten dazu, dass anstelle des 2006 ausgewiesenen Vermögenszugangs im Jahr 2007 ein Vermögensabgang zu verzeichnen war.

3.5 Abgang des Allgemeinen Haushalts

Der Abgang des Allgemeinen Haushalts war durch Erlöse aus Schuldaufnahmen zu bedecken, die im Ausgleichshaushalt verrechnet werden.

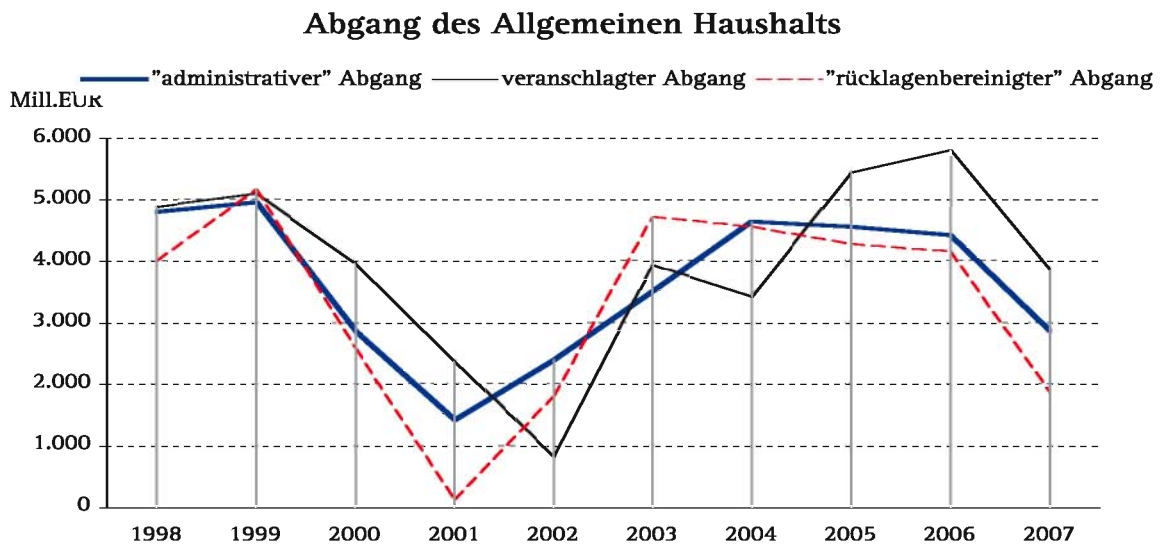
Die Übersicht und das folgende Diagramm zeigen die Entwicklung des Abgangs des Allgemeinen Haushalts des Bundes („administrativer“ Abgang) und seines im BFG veranschlagten Wertes. In die Darstellung miteinbezogen ist auch jener Abgangswert, der sich rechnerisch bei Außerachtlassung der Rücklagenbewegungen ergeben würde.

GESAMTERGEBNISSE

Übersicht 10: Entwicklung des Abgangs

	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007
	in Millionen EUR									
Abgang des Allgemeinen Haushalts	4.798,37	4.955,85	2.853,50	1.414,65	2.389,98	3.497,62	4.630,14	4.548,35	4.416,49	2.869,58
Abgang des Allgemeinen Haushalts, bereinigt um Rücklagenbewegungen	4.007,77	5.162,64	2.577,69	127,28	1.806,79	4.713,27	4.549,38	4.269,03	4.149,59	1.874,37
veranschlagter Abgang	4.891,61	5.097,71	3.971,43	2.381,27	827,45	3.940,92	3.430,14	5.450,65	5.811,72	3.861,81

Abbildung 14: Abgang des Allgemeinen Haushalts



3.6 Ergebnis der geldwirksamen Gebarung

Sie ergänzt die Darstellung des Ergebnisses der voranschlagswirksamen Gebarung durch die voranschlagsunwirksame Gebarung. Die daraus ermittelte kassenmäßige Gesamtgebarung erhöhte den anfänglichen Gesamtbestand von 5.863,42 Mill. EUR um 1.590,95 Mill. EUR auf 7.454,37 Mill. EUR (+ 27,1 %). Den weitaus größten Teil der Kassenbestände machten Guthaben bei Kreditunternehmungen aus.

Gesetzliche Bestimmungen über die Verwendung von Kassenbeständen in Bezug auf die Bedeckung des Abgangs gibt es nicht.



GESAMTERGEBNISSE

Übersicht 11: Ergebnis der geldwirksamen Gebarung 2007

Bezeichnung	Voranschlag	Zahlungen	Unterschied	
			Günstiger (+)	Ungünstiger (-)
EUR				
1. Voranschlagswirksame Gebarung				
1.1 Allgemeiner Haushalt				
Ausgaben	69.574.503.000,00	72.331.915.717,63	-	2.757.412.717,63
Einnahmen	65.712.691.000,00	69.462.338.755,35	+	3.749.647.755,35
Abgang	3.861.812.000,00	2.869.576.962,28	+	992.235.037,72
1.2 Ausgleichshaushalt				
Ausgaben	87.530.260.000,00	57.130.429.338,36	+	30.399.830.661,64
Einnahmen	91.392.072.000,00	60.000.006.300,64	-	31.392.065.699,36
Überschuss	3.861.812.000,00	2.869.576.962,28	-	992.235.037,72
2. Voranschlagsunwirksame Gebarung				
Ausgaben		0,00		
Einnahmen		1.590.951.331,92		
Überschuss		1.590.951.331,92		
3. Kassenmäßiger Gesamtüberschuss		1.590.951.331,92		
4. Gesamtbestand				
Anfänglicher Gesamtbestand		5.863.422.902,82		
Kassenmäßiger Gesamtüberschuss		1.590.951.331,92		
Schließlicher Gesamtbestand		7.454.374.234,74		

Der in Übersicht 11 ausgewiesene schließliche Gesamtbestand der geldwirksamen Gebarung (7.454,37 Mill. EUR) setzt sich wie folgt zusammen (Band 2, Tabelle B.2.1):

	Mill. EUR
Bargeld	+ 7,99
Wertzeichen	+ 1,30
Guthabenbestände bei:	
BAWAG P.S.K.	+ 95,99
Sonstige Kreditunternehmungen	+ 7.454,40
Schecks	+ 0,03
Schwebende Geldgebarungen	- 105,34
Summe flüssige Mittel	+ 7.454,37

GESAMTERGEBNISSE

3.7 Voranschlagsabweichungen

3.7.1 Rechtliche Grundlagen der Voranschlagsabweichungen

Die im Bundesvoranschlag enthaltenen Beträge für die einzelnen Ausgabenansätze sind grundsätzlich als unüberschreitbare Höchstbeträge anzusehen. § 41 Abs. 3 BHG sowie das BFG 2007 in seinen Art. IV bis VIII enthalten jedoch eine Vielzahl von Ermächtigungen zum Abweichen von den Voranschlags-Ausgabenansätzen. Die Bedeckung der bewilligten Ansatzüberschreitungen sollte zum Teil in Mehreinnahmen sowie in Einsparungen bei anderen Ausgabenansätzen (Ausgabenrückstellungen), zum Teil auch in Erlösen aus zusätzlichen Kreditoperationen und in Einzelfällen durch Entnahmen aus Haushaltsrücklagen gefunden werden.

Der in einem Voranschlags-Ausgabenansatz bzw. in einer bewilligten Ansatzüberschreitung enthaltene Betrag wird dem betreffenden anweisenden Organ zur Inanspruchnahme zugewiesen. Seit Geltung der RLV ist bei Ausgabenansätzen zu begründen, wenn aufgrund der buchmäßigen Erfassung von Anordnungen jener gemäß § 78 Abs. 3 BHG im Finanzjahr zur Verfügung gestandene Betrag nicht eingehalten wurde. Aus diesem Grund ist in Band 2, Tabellen A.1.2 und A.1.3 eine Spalte „Verfügungsrest“ enthalten, aus der kapitel- und ansatzweise ein positiver bzw. allenfalls auch ein negativer Verfügungsrest ersichtlich ist.

3.7.2 Neue Ausgaben und Mehrausgaben (außer- und überplanmäßige Ausgaben) sowie Minderausgaben, Mehr- und Mindereinnahmen des Allgemeinen Haushalts

Bei den Ausgaben des Allgemeinen Haushalts erfolgten gegenüber den einzelnen finanzgesetzlich genehmigten Voranschlagsansätzen bei einem Teil der Ansätze Mehrausgaben (Überschreitungen) von insgesamt 5.080,56 Mill. EUR, bei anderen Ansätzen hingegen Minderausgaben (Einsparungen) von insgesamt 2.323,15 Mill. EUR. Ebenso gab es bei den Einnahmen-Ansätzen des Allgemeinen Haushalts Mehreinnahmen von insgesamt 6.120,12 Mill. EUR und Mindereinnahmen von insgesamt 2.370,47 Mill. EUR.

Die Abweichungen von den veranschlagten Beträgen haben sich zum Teil finanziell ausgeglichen und wirken sich daher bei den ausgewiesenen Ausgaben- und Einnahmensummen des Allgemeinen Haushalts nicht in voller Höhe aus. Die aus den Minderausgaben und Mehreinnahmen (ermittelt als Abweichung von den einzelnen finanzgesetzlich genehmigten Ansatzbeträgen) erzielten zusätzlichen Deckungsmittel betragen 8.443,27 Mill. EUR. Da die zusätzlich gewonnenen Deckungsmittel für die Bedeckung der Mehrausgaben und für den Ausgleich der Mindereinnahmen von zusammen 7.451,04 Mill. EUR (das sind 10,3 % der Ausgaben des Allgemeinen Haushalts) ausreichen, erfolgte durch diese Umschichtungen im Rahmen des Budgetvollzuges eine Verminderung des Abgangs des Allgemeinen Haushalts um 992,24 Mill. EUR.

Übersicht 12 gibt über das jeweilige Ausmaß der Flexibilität des Budgetvollzuges in den Finanzjahren 1998 bis 2007 Auskunft.



GESAMTERGEBNISSE

Übersicht 12: Entwicklung der Mehr- und Minderausgaben sowie der Mehr- und Mindereinnahmen des Allgemeinen Haushalts

Bezeichnung	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007
	in Millionen EUR									
1.1 Gewonnene zusätzliche Deckungsmittel										
Minderausgaben:										
Personalausgaben	73,47	134,88	136,99	353,12	302,95	164,72	412,60	336,12	289,48	74,34
Sachausgaben – erfolgswirksame Gebarung	1.552,07	2.374,80	2.360,70	3.034,16	3.187,14	1.865,75	3.250,65	3.033,05	3.153,84	2.005,18
Sachausgaben – bestandswirksame Gebarung	501,95	421,79	475,43	765,03	502,38	417,25	383,08	431,51	60,02	243,64
Mehreinnahmen:										
erfolgswirksame Gebarung	3.510,90	3.913,94	3.879,64	5.288,47	4.239,32	2.367,53	3.931,87	4.317,72	6.900,61	5.705,76
bestandswirksame Gebarung	294,40	558,71	727,89	338,00	658,12	714,48	1.053,31	629,15	876,17	414,37
Summe 1.1	5.932,79	7.404,12	7.580,65	9.778,78	8.889,91	5.529,73	9.031,52	8.747,55	11.280,13	8.443,27
1.2 Erhöhung des Abgangs	-	-	-	-	1.563	-	1.200	-	-	-
Summe 1	5.932,79	7.404,12	7.580,65	9.778,78	10.452,44	5.529,73	10.231,52	8.747,55	11.280,13	8.443,27
2.1 Verwendung der zusätzlichen Deckungsmittel										
Ausgleich der Mindereinnahmen:										
erfolgswirksame Gebarung	1.479,18	2.295,37	1.858,24	2.653,50	3.550,25	2.282,44	3.519,52	1.956,61	1.807,31	2.170,80
bestandswirksame Gebarung	525,72	568,88	175,21	395,19	465,57	324,46	355,28	466,50	184,91	199,67
Bedeckung der Mehrausgaben:										
Personalausgaben	152,10	258,79	73,98	96,51	141,27	103,87	213,00	126,90	359,83	47,73
Sachausgaben – erfolgswirksame Gebarung	1.934,99	3.263,37	2.514,41	3.269,33	4.497,20	1.686,45	3.725,50	4.146,78	6.087,31	3.085,30
Sachausgaben – bestandswirksame Gebarung	1.747,56	875,85	1.840,88	2.397,62	1.798,15	689,22	2.418,22	1.148,46	1.445,54	1.947,53
Summe 2.1	5.839,55	7.262,26	6.462,72	8.812,15	10.452,44	5.086,44	10.231,52	7.845,26	9.884,90	7.451,04
2.2 Verminderung d. Abgangs	93,24	141,86	1.117,95	966,62	-	443,30	-	902,29	1.395,22	992,24
Summe 2	5.932,79	7.404,12	7.580,65	9.778,77	10.452,44	5.529,74	10.231,52	8.747,55	11.280,13	8.443,27
3. Summe 1 bzw. 2 in % der Ausgaben des Allgemeinen Haushalts	10,5	12,9	13,0	16,2	16,9	9,0	15,7	13,2	16,0	11,7

3.7.3 Voranschlagsabweichungen des Ausgleichshaushalts

Der Überschuss des Ausgleichshaushalts entspricht dem Abgang des Allgemeinen Haushalts in der Höhe von 2.869,577 Mill. EUR. Die Voranschlagsabweichungen der Ausgaben und Einnahmen des Ausgleichshaushalts sind in Band 2, Tabelle C.2.2 aufgliedert.

3.7.4 Negative Verfügungsreste bei den Ausgaben-Voranschlagsansätzen

Ein positiver Verfügungsrest entsteht, wenn ein haushaltsleitendes bzw. anweisendes Organ die ihm zur Inanspruchnahme zugewiesenen Beträge nicht zur Gänze ausgenützt hat, so dass dessen



GESAMTERGEBNISSE

Ausgabenermächtigung durch Bindungen und durch eingegangene Geschäfte, die zu Verpflichtungen, Schulden und Zahlungen führten, eingehalten wurde. Ein negativer Verfügungsrest bedeutet hingegen wirtschaftlich gesehen eine „Überziehung des Kontos“, das heißt eine Art „Vorgriff“ auf künftige Haushalte, auch wenn es nicht durch Auszahlungen zu Mehrausgaben gekommen ist. Er zeigt an, dass über die Verfügungsermächtigungen hinaus Bindungen oder Verpflichtungen (etwa durch Bestellungen) eingegangen wurden, Schulden (insbesondere durch Lieferungen oder Leistungen) entstanden sind, deren Richtigkeit dem Grunde und der Höhe nach bereits feststeht, oder Zahlungen erfolgt sind. Damit wird ein negativer Verfügungsrest zu einer wichtigen Kennzahl zur Beurteilung der Finanzmittelbewirtschaftung eines haushaltsleitenden bzw. anweisenden Organs. Die Ursachen der damit zum Ausdruck kommenden Entwicklung können beispielsweise entweder im Vollzug des Haushalts („Überziehung“ der Ausgabenermächtigung) oder in einer unzureichenden Veranschlagung begründet liegen. Andererseits können zum Jahresende offen gebliebene positive Verfügungsreste bedeuten, dass Verfügungsermächtigungen nicht in Anspruch genommen wurden (z.B. durch überhöhte Veranschlagung, sparsamen Budgetvollzug oder ausgebliebene Lieferungen).

Zu Ende des Finanzjahres 2007 waren im Gesamthaushalt bei 99 Ausgabenansätzen negative Verfügungsreste von insgesamt 1.936,35 Mill. EUR, hievon 1.886,81 Mill. EUR für nicht veranschlagbare Rücklagenzuführungen, zu verzeichnen. In Übersicht 13 sind kurze Begründungen zu jenen negativen Verfügungsresten enthalten, die 5 % der Voranschlagsbeträge, jedoch mindestens den Betrag von 100.000 EUR überstiegen und dementsprechend zu erläutern waren.

Übersicht 13: Negative Verfügungsreste bei Ausgabenansätzen im Gesamthaushalt 2007

Kap.	Anzahl der Ansätze	Gesamtbetrag in EUR	Begründung der zu erläuternden Positionen
02	1	9.545,09	War nicht zu erläutern.
05	1	1.408,66	War nicht zu erläutern.
10	2	15.068,46	Waren nicht zu erläutern.
11	13	4.716.195,84	Budgetumschichtungen im Rahmen der Flexibilisierungsklausel im Bereich des Zentralen Melderegisters.
12	19	455.402,26	Waren nicht zu erläutern.
13	2	4.877,96	Waren nicht zu erläutern.
14	2	14.625,60	Waren nicht zu erläutern.
15	4	108.545,17	Waren nicht zu erläutern.
20	1	368.887,74	Ausgaben für internationale Konferenzen in Österreich, die aufgrund fehlerhafter Zahlungsumsetzung durch die Buchhaltungsagentur entstanden.
30	15	12.067.121,72	Offene Rechnungen und Mittel-Umschichtungen im Rahmen der Flexibilisierungsklausel im Bereich der Justizanstalten.
40	4	12.210.466,78	Mittel-Umschichtung im Rahmen der Flexibilisierungsklausel im Bereich des Heeres-Land- und Forstwirtschaftsbetriebes Allentsteig.
51	7	1.886.812.300,55	Nicht veranschlagbare Rücklagenzuführungen.
58	1	363.129,58	Eingelöste fällige Finanzschulden in fremder Währung.
60	19	2.942.145,62	Offene Rechnungen der landwirtschaftlichen Bundeslehranstalten, da infolge von Bauverzögerungen die Einrichtung und Gebäudeausstattung verschoben wurde sowie durch die zu geringe Budgetierung der Personalausgaben des Bundesamts für Weinbau. Offene Rechnungen der Bundesgärten, da die budgetäre Bedeckung nicht mehr gegeben war.
61	3	151.523,65	Waren nicht zu erläutern.
63	5	16.105.886,53	Förderungszusagen für die Wirtschaft, die aufgrund fehlerhafter Periodenzuordnung dem Jahr 2007 zugerechnet wurden.
01 - 65	99	1.936.347.131,21	

3.7.5 Überwachung von Voranschlagsansatzabweichungen

Gemäß § 1 Abs. 2 RHG hat der RH Ausgaben, die vom Bundesvoranschlag hinsichtlich ihrer Höhe oder ihrer Natur abweichen (überplanmäßige Ausgaben) laufend überwacht und insbesondere geprüft, ob in allen derartigen Gebarungsfällen die gesetzlich erforderliche Bewilligung vorlag und ob die vorgesehenen Bedeckungsmaßnahmen eingehalten wurden. In den ansatzweisen Erläuterungen zur Voranschlagsvergleichsrechnung (TZ 4.2) wird vom RH nur bei jenen Gebarungsfällen, bei denen Mehrausgaben ohne gesetzliche Grundlage oder nicht eingehaltene Bedeckungsmaßnahmen (Ansatzbindungen) festzustellen waren, ab einem Betrag von 50.000 EUR auf diesen Mangel hingewiesen.

Im Jahre 2007 lagen derartige Mängel in Höhe von insgesamt 3.501.998,21 EUR vor.



GESAMTERGEBNISSE

Übersicht 14: Zusammenstellung der nicht gedeckten Ansatzabweichungen

Kapitel	Ansatz	Mehrausgaben ohne gesetzliche Grundlage	Nicht eingehaltene/erfasste Ansatzbindungen (Ausgabeneinsparungen bzw. nicht erzielte Mehreinnahmen)
			in EUR
11 „Inneres“	1/11000	275.812,97	-
11 „Inneres“	1/11700	2.319.972,54	-
11 „Inneres“	1/11708	322.289,14	-
11 „Inneres“	1/11720	86.762,86	-
30 „Justiz“	1/30300	122.172,17	-
53 „Finanzausgleich“	2/53400	-	374.988,53
Gesamtsumme		3.501.998,21	

3.7.6 Negative Unterschiedsbeträge gemäß § 17a Abs. 5 BHG (Flexibilisierungsklausel)

Negative Unterschiedsbeträge gemäß § 17a Abs. 5 BHG sind durch bestehende Rücklagen zu bedecken. Besteht keine Rücklage oder reicht diese nicht aus, ist der unbedeckte Teil innerhalb der folgenden drei Finanzjahre durch die Organisationseinheit, bei der die Flexibilisierungsklausel gemäß § 17a des BHG angewandt wird, auszugleichen.

Die Justizanstalt St. Pölten wies bereits 2006 aufgrund eines negativen Unterschiedsbetrages eine „negative Rücklage“ (negative Rücklagenbestände können im System der Haushaltsverrechnung nicht ausgewiesen werden) von 391.785,80 EUR aus, welche sich aufgrund des negativen Unterschiedsbetrages 2007 (399.410,36 EUR) auf nunmehr 791.196,16 EUR erhöhte.

Die Justizanstalt Sonnberg weist für 2007 einen negativen Unterschiedsbetrag von 152.332,79 EUR aus. Nach Abzug des bestehenden Rücklagenguthabens ergibt sich daraus eine „negative Rücklage“ in der Höhe von 34.637,66 EUR.

Diese beiden negativen Unterschiedsbeträge werden in den Jahren 2008 und 2009 bzw. 2008 bis 2010 auszugleichen sein.



GESAMTERGEBNISSE

3.8 Ausfälle und Rückstände bei Einnahmen

3.8.1 Rückstände an öffentlichen Abgaben

Die auf Abgabekonten ausgewiesenen Rückstände an vom Bund einzuhebenden und allenfalls nach den Bestimmungen des Finanzausgleichsgesetzes auf die Gebietskörperschaften aufzuteilenden öffentlichen Abgaben (Kapitel 52) betragen insgesamt 7.203,33 Mill. EUR (2006: 7.078,67 Mill. EUR). Diesen fälligen und nichtfälligen Abgabenrückständen standen Guthaben von 1.292,74 Mill. EUR (2006: 1.331,79 Mill. EUR) gegenüber, so dass mit 31. Dezember 2007 Nettorückstände von 5.910,60 Mill. EUR (2006: 5.746,88 Mill. EUR) verblieben. Bezogen auf die Brutto-Einnahmen beim Kapitel 52 (64.695,22 Mill. EUR) waren dies 9,1 % (2006: 9,5 %).

Von den auf Abgabekonten ausgewiesenen Rückständen (7.203,33 Mill. EUR) entfallen 6.773,33 Mill. EUR auf fällige Forderungen und 430,01 Mill. EUR auf nichtfällige Forderungen.

Eine Aufgliederung der fälligen Abgabenrückstände nach Abgabenarten für die Jahre 1998 bis 2007 zeigt die Übersicht 15.

Von den bei den Finanzämtern und Zollämtern zum 31. Dezember 2007 bestehenden fälligen Abgabenrückständen waren zu diesem Stichtag 2.755,11 Mill. EUR in Vollstreckung. Bei Abgabenrückständen in Höhe von 3.294,33 Mill. EUR war die Einhebung bzw. Einbringung gemäß den §§ 212a und 231 Bundesabgabenordnung ausgesetzt. Für 283,70 Mill. EUR waren zu diesem Stichtag Ansuchen um Zahlungserleichterungen angemerkelt bzw. bewilligt. Vom Gesamtrückstand entfielen 890,88 Mill. EUR auf Insolvenzverfahren.

Übersicht 15: Entwicklung der fälligen Abgabenrückstände (Kapitel 52) gemäß BHG

Bezeichnung	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007
	in Millionen EUR									
Einkommen- und Vermögensteuern	2.009,40	2.166,30	2.285,20	2.275,31	2.457,06	2.497,65	2.545,49	2.528,66	2.700,29	2.664,95
Umsatzsteuern	2.588,75	2.726,25	2.923,06	2.785,91	3.060,56	2.948,82	2.833,60	2.769,27	2.895,60	2.948,30
Einfuhrabgaben	65,84	73,54	89,40	97,25	92,63	113,40	115,40	118,18	124,05	122,77
Verbrauchssteuern	111,04	128,34	139,15	161,99	167,60	209,01	236,21	217,53	229,93	376,10
Stempel- und Rechtsgebühren	124,71	126,81	117,86	117,69	114,17	112,23	114,94	113,49	111,55	59,11
Verkehrssteuern	78,34	72,96	82,10	84,34	100,66	100,14	89,51	92,29	93,97	104,22
Nebenansprüche und Resteingänge weggefallener Abgaben	485,02	517,58	539,94	535,02	561,66	620,99	428,74	426,98	466,22	497,89
Gesamtsumme Kapitel 52	5.463,10	5.811,78	6.176,71	6.057,51	6.554,33	6.602,24	6.363,88	6.266,40	6.621,61	6.773,33
	Entwicklung der Guthaben von Abgabepflichtigen									
Guthaben	988,93	1.101,65	1.264,22	1.368,20	1.563,10	1.264,54	1.185,12	1.058,49	1.331,79	1.292,74

GESAMTERGEBNISSE

3.8.2 Nachweis über die Abschreibungen von Forderungen und Ersatzforderungen sowie von Abgabenschuldigkeiten

Gemäß § 13 der Rechnungslegungsverordnung (RLV), BGBl. Nr. 150/1990, sind dem Rechnungshof die Abschreibungen von Forderungen und Ersatzforderungen nachzuweisen. Dieser Nachweis ist in zusammengefasster Form in Band 2, Tabelle A.4.1 enthalten.

Die von den Finanzämtern gemäß den §§ 235 und 236 der Bundesabgabenordnung verfügten Abschreibungen von Abgabenschuldigkeiten (Löschungen und Nachsichten) betragen 495,29 Mill. EUR (2006: 458,39 Mill. EUR).

Die von den Zollämtern gemäß den §§ 235 und 236 der Bundesabgabenordnung verfügten Abschreibungen von Abgabenschuldigkeiten (Löschungen und Erlassungen) betragen rd. 10,79 Mill. EUR (2006: 7,52 Mill. EUR).

Bezogen auf die Brutto-Gesamteinnahmen beim Kapitel 52 (64.695,22 Mill. EUR) betragen daher die Abschreibungen bei den Finanzämtern und Zollämtern im Jahre 2007 (506,07 Mill. EUR) ebenso wie 2006 0,8 %.

3.9 Belastung künftiger Finanzjahre

Vorbelastungen und Vorberechtigungen werden in einem eigenen Verrechnungskreis erfasst. So wie die VWV kennt auch dieser Verrechnungskreis Verpflichtungen und Berechtigungen sowie Schulden und Forderungen. Bei Letzteren handelt es sich beispielsweise um die erst in künftigen Finanzjahren fällig werdenden Schulden bzw. Forderungen. Der Unterschied zwischen einer Verpflichtung/Berechtigung einerseits und einer Schuld/Forderung andererseits liegt in der unterschiedlichen Konkretisierungsstufe der betreffenden Belastung/Berechtigung. Während beispielsweise ein Liefervertrag meist eine Verpflichtung/Berechtigung begründet, entsteht eine Schuld/Forderung erst mit der gelegten Rechnung. Im Folgenden werden jeweils die Gesamtstände des Verrechnungskreises „Vorbelastungen und Vorberechtigungen“ zu Ende des Finanzjahres 2007 zuzüglich der sich zu Jahresende aus der VWV ergebenden, aus dem Vollzug im Finanzjahr 2007 offen gebliebenen Stände angeführt. Der Gesamtstand der Schulden erfasst beispielsweise somit den Stand der nichtfälligen (erst in künftigen Finanzjahren fälligen) Schulden zuzüglich der aus dem Finanzjahr 2007 offen gebliebenen (fälligen) Schulden einschließlich der empfangenen Anzahlungen und der Ersatzschulden.

3.9.1 Gesamtstand der Verpflichtungen zu Lasten künftiger Finanzjahre

Die Übersicht über die Verpflichtungen zu Lasten künftiger Finanzjahre in Band 2, Tabelle A.3.1.2, weist eine Gesamtsumme von 104.629,77 Mill. EUR aus (2006: 89.880,02 Mill. EUR). Der größte Teilbetrag von 87.149,94 Mill. EUR entfiel auf die Verzinsung der Finanzschuld, von Währungstauschverträgen und auf sonstige Aufwendungen des Kap. 58 in künftigen Jahren und wird in Band 2, Tabellen C.3.1.1, C.3.2.1 und C.3.4.1 aufgeschlüsselt. Um den Gesamtstand der

Verpflichtungen des Bundes zu ermitteln, sind die aus dem Finanzjahr 2007 offen gebliebenen Verpflichtungen in Höhe von 202,37 Mill. EUR hinzuzuzählen. Sie sind in Band 2, Tabelle A.1.3, ansatzweise in einer eigenen Spalte bei den Ausgaben ausgewiesen und werden kapitelweise in Band 2, Tabelle A.3.1.1, zusammengefasst. Der Gesamtstand an Verpflichtungen zum Jahresende 2007 beträgt somit 104.832,15 Mill. EUR (2006: 90.034,79 Mill. EUR), wobei die Verpflichtungen in den Bereichen Finanzschuld und derivative Finanzierungsinstrumente am stärksten gestiegen waren. Im Gesamtstand der Verpflichtungen sind auch die Vorbelastungen aus der 2003 erfolgten Anschaffung von Luftraumüberwachungsflugzeugen enthalten. Diese zivilrechtlichen Schulden wurden in der Haushaltsverrechnung als Verpflichtung verbucht. Weiters kamen 2007 Finanzierungsverpflichtungen gegenüber den Universitäten von rund vier Mrd. EUR hinzu. Insgesamt stiegen damit die Verpflichtungen um über 16 Prozent gegenüber dem Vorjahr.

Die Entwicklung der Verpflichtungen des Bundes in den Jahren 1998 bis 2007 ist in Übersicht 16 dargestellt.

Übersicht 16: **Entwicklung der Verpflichtungen des Bundes**

Bezeichnung	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007
	in Millionen EUR (Index 1998 = 100)									
Verpflichtungen des Bundes	58.448,29 (100)	64.827,51 (111)	69.923,40 (120)	64.281,39 (110)	64.027,28 (110)	71.519,02 (122)	70.858,74 (121)	82.795,77 (142)	90.034,79 (154)	104.832,15 (179)

3.9.2 Gesamtstand der Berechtigungen zugunsten künftiger Finanzjahre

Die Übersicht über die Berechtigungen zugunsten künftiger Finanzjahre (Band 2, Tabelle A.3.3.2) weist 25.346,68 Mill. EUR (2006: 23.697,44 Mill. EUR) aus. Vermehrt um die aus dem Finanzjahr 2007 offen gebliebenen Berechtigungen (ansatzweise bei den Einnahmen in Band 2, Tabelle A.1.3, kapitelweise in Band 2, Tabelle A.3.3.1 dargestellt) in Höhe von 18,23 Mill. EUR folgt daraus ein Gesamtstand an Berechtigungen zum Jahresende 2007 von 25.364,91 Mill. EUR (2006: 23.732,07 Mill. EUR).

3.9.3 Gesamtstand der voranschlagsverbundenen Schulden

Der Gesamtstand der voranschlagsverbundenen Schulden belief sich zum Jahresende 2007 auf 180.072,09 Mill. EUR (Band 2, Tabelle A.3.2.1) und lag damit um 1.429,06 Mill. EUR oder 0,8 % unter dem Wert des Vorjahres (2006: 181.501,15 Mill. EUR). Der Gesamtstand setzte sich wie folgt zusammen (Band 2, Tabellen A.3.2.1 und A.3.2.2):



GESAMTERGEBNISSE

	Mill. EUR
Empfangene Anzahlungen (fällige)	0,00
Ersatzschulden (fällige)	0,15
Fällige Finanzschulden (Tilgung)	0,48
Fällige sonstige Schulden	169,24
Nichtfällige Finanzschulden (Kap. 58)	157.507,24
Nichtfällige Währungstauschvertragsschulden (Kap. 58)	19.269,81
Nichtfällige sonstige Schulden (Kap. 58)	0,00
<u>Nichtfällige sonstige Schulden</u>	<u>3.125,15</u>
Summe VAV-Schulden	180.072,09

Über die Zusammensetzung der nichtfälligen Finanzschulden (Kap. 58) von 157.507,24 Mill. EUR und die Fälligkeiten der künftigen Tilgungsraten, getrennt nach Finanzjahren, gibt Band 2, Tabelle C.3.1.2 Aufschluss. Die Veränderung gegenüber dem Vorjahresstand von 154.592,94 Mill. EUR beträgt + 1,9 %.

Trotz gestiegener Finanzschulden verringerte sich im Jahr 2007 der Gesamtschuldenstand, weil die Währungstauschverträge deutlich reduziert wurden. Dies bedeutet jedoch keinen Rückgang im Gebrauch derivativer Finanzierungsinstrumente. Vielmehr stieg deren Gesamtvolumen weiterhin deutlich an, es wurden jedoch vermehrt Finanzierungsinstrumente eingesetzt, bei denen nominell kein Schuldvolumen mehr aufscheint (Zinsswaps).

Die Entwicklung des Schuldenstandes des Bundes, der Zinsenverpflichtungen sowie der Schulden und Forderungen aus Währungstauschverträgen wird unter TZ 7 dieses Berichtes dargestellt.

3.9.4 Gesamtstand der voranschlagsverbundenen Forderungen

Der Gesamtbestand an voranschlagsverbundenen Forderungen betrug zum Jahresende 2007 40.066,78 Mill. EUR und lag damit um 3.581,14 Mill. EUR oder 8,2 % unter dem Vergleichswert des Vorjahres (43.647,92 Mill. EUR). Der Forderungsbestand setzte sich wie folgt zusammen (Band 2, Tabellen A.3.4.1 und A.3.4.2):



GESAMTERGEBNISSE

	Mill. EUR
Anzahlung für Anlagen	14,35
Sonstige gegebene Anzahlungen	211,32
Ersatzforderungen	252,87
Fällige Darlehensforderungen	21,36
Sonstige fällige Forderungen	7.460,54
Nichtfällige Darlehensforderungen	10.169,64
Nichtfällige Forderungen aus Währungstauschverträgen (Kap. 58)	19.476,29
<u>Sonstige nichtfällige Forderungen</u>	<u>2.460,41</u>
Summe VAV-Forderungen	40.066,78

Der deutliche Rückgang der Forderungen im Vorjahresvergleich ist auf die Verringerung des Volumens der Währungstauschverträge zurückzuführen, wie in TZ 3.9.3 näher erläutert wird.

3.9.5 Leasing- und Bauträgerverpflichtungen sowie -schulden

Die sich aus Leasingverträgen ergebenden Verpflichtungen sind im Zeitpunkt des Abschlusses des Rechtsgeschäftes voll zu erfassen und werden in die Darstellung der Verpflichtungen zu Lasten künftiger Finanzjahre (Band 2, Tabelle A.3.1.2) einbezogen.

Leasingraten für bereits erbrachte Leistungen werden unter den fälligen Schulden nachgewiesen.

An Verpflichtungen und nicht fälligen Schulden aus Leasingverträgen sind insgesamt 12,66 Mill. EUR nachgewiesen (2006: 21,65 Mill. EUR): In den Bereichen BMI 12,50 Mill. EUR, BMVIT 52.632,03 EUR, BMJ 50.460,36 EUR, BMeiA 10.598,88 EUR, VfGH 22.647 EUR und BKA 14.350 EUR für Dienstkraftfahrzeuge sowie im Bereich BMWF 10.062,36 EUR für Büro- und Geschäftsausstattung.

Beim Abschluss von Bauträgerverträgen werden die Verpflichtungen in Höhe der zu erwartenden Gesamtbaukosten voll erfasst und in die Darstellung der Verpflichtungen zu Lasten künftiger Finanzjahre (Band 2, Tabelle A.3.1.2) einbezogen.

Verpflichtungen für bereits erbrachte Leistungen werden unter den fälligen Schulden nachgewiesen.

An Verpflichtungen und nicht fälligen Schulden aus Bauträgervorhaben sind im Bereich Bundesgesetzgebung 2,81 Mill. EUR für Bauvorhaben am Parlamentsgebäude und im Bereich BMWA 2,01 Mill. EUR für Kulturbauten nachgewiesen.

GESAMTERGEBNISSE



3.10 Haushaltsrücklagen

Der Bundesminister für Finanzen war gemäß § 53 Abs. 1 BHG sowie Art. X Abs. 1 Z. 1 BFG 2007 ermächtigt, nicht in Anspruch genommene Teile bestimmter Ausgabenansätze einer Haushaltsrücklage – jeweils gesondert für jeden Ausgabenansatz – zuzuführen (Allgemeine Rücklage). Gemäß § 53 Abs. 2 BHG war er zur Rücklagenzuführung hinsichtlich der während des Finanzjahres nicht verwendeten zweckgebundenen Einnahmen verpflichtet (Zweckgebundene Einnahmen-Rücklage). Ferner hatte der Bundesminister für Finanzen gemäß § 53 Abs. 3 BHG einen Überschuss der Einnahmen über die Ausgaben des Gesamthaushaltes einer Ausgleichsrücklage zuzuführen und einen Ausgabenüberschuss im Gesamthaushalt durch Entnahme aus der Ausgleichsrücklage auszugleichen. Anderen als den in § 53 Abs. 1 bis 3 BHG angeführten Rücklagenzuführungen durfte der Bundesminister für Finanzen gemäß § 53 Abs. 4 BHG nur aufgrund bundesfinanzgesetzlicher Ermächtigung zustimmen.

Diese Zuführungsermächtigung wurde in Art. X Abs. 1 Z. 2 BFG 2007 ausgesprochen (besondere Rücklage). Gemäß Art. X Abs. 3 BFG 2007 war der Bundesminister für Finanzen ermächtigt, für eine widmungsgemäße Verwendung in einem späteren Finanzjahr die im Finanzjahr 2007 durch Zahlungen nicht in Anspruch genommenen Teile der Einnahmen bestimmter, vorwiegend EU-Zahlungen betreffender, Voranschlagsansätze der Budgetkapitel 12, 14 und 51 einer Rücklage zuzuführen (besondere Einnahmen-Rücklage). Weiters wurde der Bundesminister für Finanzen mit Art. X Abs. 2 BFG 2007 ermächtigt, durch Zahlungen nicht in Anspruch genommene bestimmte Voranschlagsbeträge der Ausgabenansätze mit der Unterteilung 8 (Ermessensausgaben) in Höhe von 50 % im Wege einer Rücklagenzuführung (besondere Aufwendungen-Rücklage) für eine widmungsgemäße Verwendung in einem späteren Finanzjahr zu reservieren.

Nach § 17a Abs. 4 und 5 BHG war der Bundesminister für Finanzen verpflichtet, für die der Flexibilisierungsklausel unterliegenden Verwaltungseinheiten den jeweiligen Unterschiedsbetrag, der sich zwischen deren Gesamtabgang/überschuss und dem jeweiligen Voranschlag ergab, einer Rücklage zuzuführen bzw. zu entnehmen (Flexibilisierungs-Rücklage).

Zu Entnahmen aus Haushaltsrücklagen, die aus früheren Finanzjahren stammen, war der Bundesminister für Finanzen gemäß § 53 Abs. 6 BHG ermächtigt, wobei gemäß § 53 Abs. 7 erster Satz BHG von dieser Ermächtigung insoweit Gebrauch zu machen ist, als dies der Erfüllung fälliger Verpflichtungen dient. Gemäß § 53 Abs. 7 zweiter Satz BHG sind jene Haushaltsrücklagen voranschlagswirksam aufzulösen und zur Bedeckung des gesamten Ausgabenbedarfs des Bundes zu verwenden, wenn die seinerzeitige Zweckbestimmung dem Grunde oder der Höhe nach weggefallen ist.

Über Stand und Entwicklung der Haushaltsrücklagen geben die Übersichten 17 und 18 Auskunft. Betragliche Einzelheiten können den Tabellen A.5.1 bis A.5.7 sowie B.3.3.1 bis B.3.3.7 im Band 2 entnommen werden.



GESAMTERGEBNISSE

Übersicht 17: **Stand der Haushaltsrücklagen**

Bezeichnung	Anfänglicher Stand 2007	Entnahmen	Auflösungen Verringerung	Zuführungen	Schließlicher Stand 2007
	in Millionen EUR				
Zweckgebundene Einnahmen-Rücklage	611,82	- 70,32	- 3,99	+ 328,05	865,57
Allgemeine Rücklage	314,18	- 73,46	- 13,62	+ 134,19	361,29
Besondere Rücklage	2.193,11	- 180,41	- 525,12	+ 679,89	2.167,47
Besondere Einnahmen-Rücklage (EU)	160,58	- 4,22	-	+ 3,49	159,85
Besondere Aufwendungen-Rücklage	259,83	- 19,98	- 9,24	+ 65,99	296,60
Rücklagen im Rahmen der Flexibilisierungsklausel	15,42	- 4,62	- 0,12	+ 9,44	20,13
Ausgleichsrücklage	155,14	-	-	+ 678,73	833,86
Summe	3.710,09	- 353,02	- 552,09	+ 1.899,78	4.704,76

Übersicht 18: **Entwicklung der Rücklagen des Bundes**

Bezeichnung	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007
	in Millionen EUR									
Haushaltsrücklagen	2.359,18	2.152,39	2.428,20	3.715,57	4.298,76	3.083,11	3.163,86	3.443,19	3.710,09	4.704,76

3.11 Zahlungsflüsse im Rahmen der Mitgliedschaft zur Europäischen Union

Einer projektbezogenen Verrechnung der EU-Mittel, die eine leichtere Nachvollziehbarkeit gewährleisten würde, trägt die derzeitige Verrechnung (z.B. Bruttovorfinanzierung) oft nicht Rechnung. Die Meldungen der einzelnen Ressorts für die Erstellung des BRA, die einerseits Zahlungen zwischen dem Bundeshaushalt und den EU-Haushalten sowie andererseits die im Zusammenhang mit der österreichischen EU-Mitgliedschaft entstandenen Einnahmen und Ausgaben enthalten, werden diesem Ansatz nicht gerecht. Eine derartige ressortweise Darstellung der EU-Mittelflüsse steht so nicht zur Verfügung, wird aber in Zusammenarbeit zwischen dem BMF und dem RH angestrebt.

Eine gesamthafte Darstellung der Zahlungsflüsse im Rahmen der EU-Mitgliedschaft erfolgt überdies im EU-Finanzbericht des RH, zuletzt Bund 2007/7.

ABWEICHUNGEN VOM VORANSCHLAG



4. ERLÄUTERUNGEN DER ABWEICHUNGEN VOM BUNDES- VORANSCHLAG IN DER VORANSCHLAGSVERGLEICHS- RECHNUNG

4.1 Erklärung der Darstellung der ansatzweisen Erläuterungen

In der TZ 4.2 werden die Erläuterungen der Abweichungen vom Bundesvoranschlag zu den tatsächlichen Ausgaben und Einnahmen dargestellt. Gemäß § 16 Abs. 1 BHG ist der Gesamthaushalt in den Allgemeinen Haushalt und den Ausgleichshaushalt zu unterscheiden. Dabei werden die Unterschiede zwischen Voranschlag und Zahlungen (Voranschlagsabweichungen) von mehr als 1 Mill. EUR ansatzweise (in der Regel mit Angabe des Prozentsatzes der Abweichung) erläutert.

Im Unterschied zu den Vorjahren wird jedes Kapitel mit einem Gesamtüberblick beschrieben. Unter der jeweiligen Kapitelüberschrift befindet sich eine Gegenüberstellung der tatsächlichen Ausgaben/Einnahmen zum Bundesvoranschlag mit gleichzeitigem Bezug auf den Allgemeinen Haushalt (Kapitel 58 auch mit Bezug auf den Ausgleichshaushalt).

Daran anschließend folgt eine Kurzbeschreibung der finanziell bedeutsamsten Voranschlagsabweichungen. Auf Gebarungsfälle mit Mehrausgaben ohne gesetzliche Grundlage oder mit nicht eingehaltenen Bedeckungsmaßnahmen (Ansatzbindungen) ab einer Betragshöhe von 50.000 EUR wird hingewiesen. Diese Mängel werden detailliert in den nachfolgenden Erläuterungen beschrieben und in Übersicht 14 (TZ 3.7.5) dargestellt.

Im Anschluss an die Kurzbeschreibung befindet sich eine Tabelle mit den bedeutsamsten Abweichungen zum jeweiligen Kapitel.

Abschließend werden die Einnahmen der betreffenden Kapitel analog abgehandelt.

Der Gesamthaushalt stellt sich wie folgt dar:

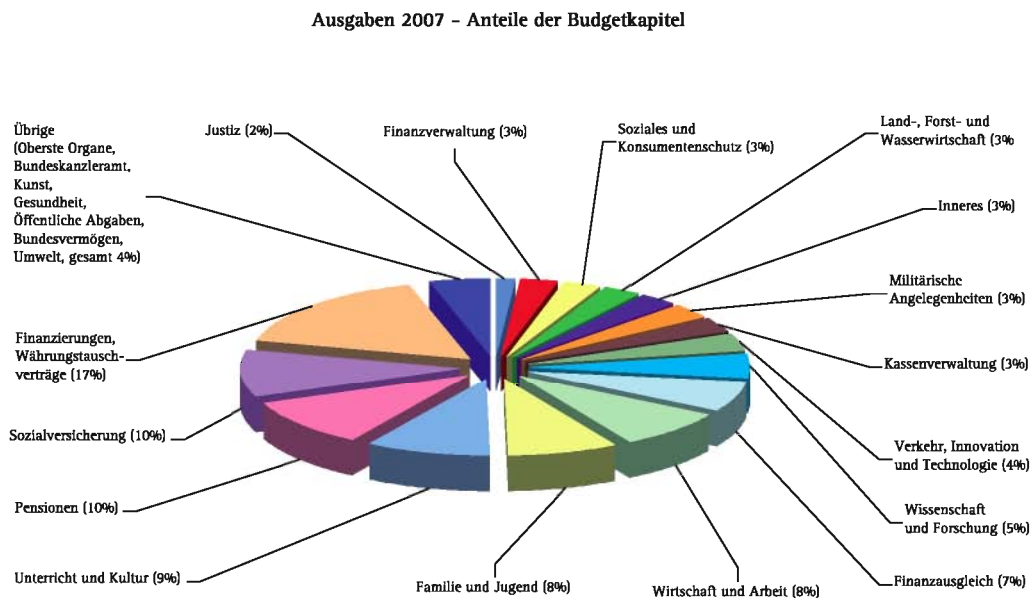
AUSGABEN	BVA	Ausgaben in Millionen EUR	Differenz	
Allgemeiner Haushalt	69.574,503	72.331,916	+ 2.757,413	+ 4,0 %
Ausgleichshaushalt	87.530,260	57.130,429	- 30.399,831	- 34,7 %
Gesamthaushalt	157.104,763	129.462,345	- 27.642,418	- 17,6 %

EINNAHMEN	BVA	Einnahmen in Millionen EUR	Differenz	
Allgemeiner Haushalt	65.712,691	69.462,339	+ 3.749,648	+ 5,7 %
Ausgleichshaushalt	91.392,072	60.000,006	- 31.392,066	- 34,3 %
Gesamthaushalt	157.104,763	129.462,345	- 27.642,418	- 17,6 %

Darstellung der Ausgaben des Bundes mit den Anteilen der einzelnen Budgetkapitel

Die folgende Grafik zeigt die Anteile der einzelnen Budgetkapitel an den Gesamtausgaben des Allgemeinen Haushalts.

Abbildung 15: Ausgaben 2007 – Anteile der Budgetkapitel



Für Finanzierungen und Währungstauschverträge (Kapitel 58) wurden 11,98 Mrd. EUR ausgegeben. Gemessen an den Gesamtausgaben des Allgemeinen Haushalts ergab das einen Anteil von 17 %. Die Ausgaben lagen in diesem Kapitel um 1,73 Mrd. EUR über dem ursprünglich veranschlagten Betrag von 10,25 Mrd. EUR.

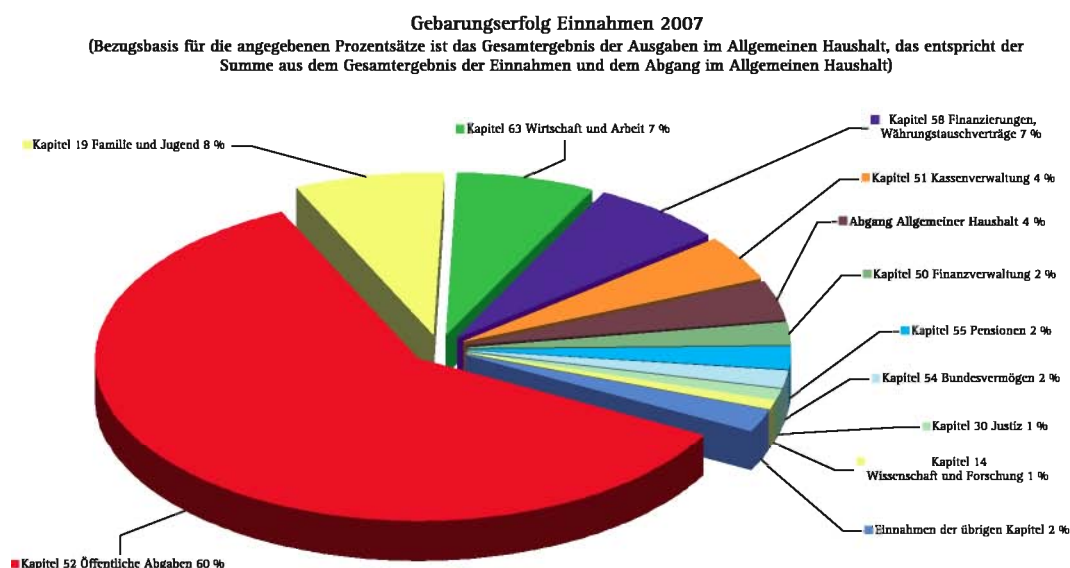
Jeweils 10 % der Gesamtausgaben flossen für Sozialversicherung (Kapitel 16; 7,32 Mrd. EUR) und Pensionen (Kapitel 55; 7,17 Mrd. EUR). Der Anteil für Unterricht und Kultur (Kapitel 12; 6,62 Mrd. EUR) lag bei 9 %, die Anteile für Familie und Jugend (Kapitel 19; 5,89 Mrd. EUR) sowie für Wirtschaft und Arbeit (Kapitel 63; 5,75 Mrd. EUR) lagen bei jeweils 8 %. Der Finanzausgleich (Kapitel 53) nahm mit 4,76 Mrd. EUR 7 % in Anspruch. Die Anteile der übrigen Kapitel lagen bei 5 % (für Wissenschaft und Forschung im Kapitel 14) bzw. unter 5 %. Oberste Organe (Kapitel 1 bis 6), Bundeskanzleramt (Kapitel 10), Kunst (Kapitel 13), Gesundheit (Kapitel 17), Öffentliche Abgaben (Kapitel 52), Bundesvermögen (Kapitel 54) und Umwelt (Kapitel 61) beanspruchten gemeinsam 4 % der Ausgaben.

ABWEICHUNGEN VOM VORANSCHLAG



Kapitelweise Darstellung des Gebarungserfolges der Einnahmen unter Berücksichtigung des Abganges im Allgemeinen Haushalt 2007

Abbildung 16: Gebarungserfolg Einnahmen 2007



Über das Kapitel 52 Öffentliche Abgaben fließen 43,634 Mrd. EUR in den Bundeshaushalt. Das sind 60 % der Einnahmen des Bundes bezogen auf den Gesamterfolg der Einnahmen zuzüglich der Abgangsdeckung in Höhe von 2,869 Mrd. EUR (entspricht 4 % der Gesamtausgaben im Allgemeinen Haushalt). Die größten Einnahmenbringer nach dem Kapitel 52 waren das Kapitel 19 Familie und Jugend mit 5,536 Mrd. EUR (8 %), gefolgt von den Kapiteln 63 Wirtschaft und Arbeit mit 4,893 Mrd. EUR und 58 Finanzierungen und Währungsausschverträge mit 4,882 Mrd. EUR (je 7 %) und dem Kapitel 51 Kassenverwaltung mit 3,221 Mrd. EUR (4 %).



ERLÄUTERUNGEN ZU DEN VA-ANSATZABWEICHUNGEN

4.2 Ansatzweise Erläuterungen zu den Ausgaben und Einnahmen

1/01 Präsidentschaftskanzlei

Im Kapitel 01 betragen die Ausgaben 7,1 Mill. EUR und somit 0,01 % der Gesamtausgaben des Allgemeinen Haushalts. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 5,9 Mill. EUR wurden 1,1 Mill. EUR (+ 18,7 %) mehr ausgegeben. Während für Personal Minderausgaben in Höhe von 150.000 EUR (- 3,7 %) entstanden, ergaben sich bei den Sachausgaben Mehrausgaben in Höhe von 1,3 Mill. EUR (+ 68,3 %).

	BVA	Ausgaben in Millionen EUR	Differenz	
Kapitel 01 Gesamtausgaben	5,938	7,051	+ 1,113	+ 18,7 %
Personalausgaben	4,088	3,938	- 0,150	- 3,7 %
Sachausgaben	1,850	3,113	+ 1,263	+ 68,3 %
davon:				
Gesetzliche Verpflichtungen	0,360	0,368	+ 0,008	+ 2,1 %
Ermessensausgaben	1,490	2,746	+ 1,256	+ 84,3 %

1/01008
Aufwendungen
(+ 91,3 %)

+ 1.136.298,22 EUR

Mehrausgaben aufgrund von Repräsentationsverpflichtungen des Herrn Bundespräsidenten, die zum Zeitpunkt der Budgeterstellung noch nicht vorhersehbar waren.

2/01 Präsidentschaftskanzlei

Im Kapitel 01 betragen die Einnahmen 26.700 EUR und somit 0,00004 % der Gesamteinnahmen des Allgemeinen Haushalts. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 24.000 EUR wurden 2.700 EUR (+ 11,3 %) mehr eingenommen.

	BVA	Einnahmen in Millionen EUR	Differenz	
Kapitel 01 Gesamteinnahmen	0,024	0,027	+ 0,003	+ 11,3 %
zweckgebundene Einnahmen	-	-	-	-
sonstige Einnahmen	0,024	0,027	+ 0,003	+ 11,3 %

ERLÄUTERUNGEN ZU DEN VA-ANSATZABWEICHUNGEN



1/02 Bundesgesetzgebung

Im Kapitel 02 betragen die Ausgaben 124,9 Mill. EUR und somit 0,2 % der Gesamtausgaben des Allgemeinen Haushalts. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 122,4 Mill. EUR wurden 2,5 Mill. EUR (+ 2,1 %) mehr ausgegeben. Während für Personal Minderausgaben in Höhe von 436.000 EUR (- 2,1 %) entstanden, ergaben sich bei den Sachausgaben Mehrausgaben in Höhe von 3,0 Mill. EUR (+ 2,9 %).

Mehrausgaben gegenüber dem Bundesvoranschlag traten bei den Aufwendungen insbesondere für Leistungen der Buchhaltungsagentur, für Leistungen im Zusammenhang mit dem Umbau des Parlamentsgebäudes sowie für Miet- und Pachtzinsen aufgrund zusätzlich angemieteter Räumlichkeiten (+ 2,7 Mill. EUR) auf.

	BVA	Ausgaben in Millionen EUR	Differenz	
Kapitel 02 Gesamtausgaben	122,378	124,918	+ 2,540	+ 2,1 %
Personalausgaben	20,574	20,138	- 0,436	- 2,1 %
Sachausgaben	101,804	104,780	+ 2,976	+ 2,9 %
davon:				
Gesetzliche Verpflichtungen	69,878	69,702	- 0,176	- 0,3 %
Ermessensausgaben	31,926	35,079	+ 3,153	+ 9,9 %

1/024 Parlamentsdirektion

1/0240 Parlamentsdirektion

1/02408
Aufwendungen
(+ 12,7 %)

+ 2.665.320,58 EUR

Mehrausgaben vor allem bei Entgelten an Unternehmungen für Leistungen der Buchhaltungsagentur, für Reinigungsleistungen sowie für Architekten- und Projektmanagementleistungen im Zusammenhang mit Baumaßnahmen bzw. Bauvorhaben (insgesamt 1,3 Mill. EUR). Mehrausgaben weiters bei Instandhaltung von Gebäuden für laufende Sanierungs- und Instandhaltungsmaßnahmen (0,8 Mill. EUR) sowie bei sonstigen Miet- und Pachtzinsen für zusätzlich angemietete Räumlichkeiten (0,7 Mill. EUR).



ERLÄUTERUNGEN ZU DEN VA-ANSATZABWEICHUNGEN

2/02 Bundesgesetzgebung

Im Kapitel 02 betragen die Einnahmen 3,6 Mill. EUR und somit 0,005 % der Gesamteinnahmen des Allgemeinen Haushalts. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 3,5 Mill. EUR wurden 117.000 EUR (+ 3,4 %) mehr eingenommen.

	BVA	Einnahmen	Differenz	
	in Millionen EUR			
Kapitel 02 Gesamteinnahmen	3,470	3,587	+ 0,117	+ 3,4 %
zweckgebundene Einnahmen	-	-	-	-
sonstige Einnahmen	3,470	3,587	+ 0,117	+ 3,4 %

1/03 Verfassungsgerichtshof

Im Kapitel 03 betragen die Ausgaben 8,0 Mill. EUR und somit 0,01 % der Gesamtausgaben des Allgemeinen Haushalts. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 8,0 Mill. EUR wurden 6.000 EUR (- 0,1 %) weniger ausgegeben. Während für Personal Mehrausgaben in Höhe von 133.000 EUR (+ 3,9 %) entstanden, ergaben sich bei den Sachausgaben Minderausgaben in Höhe von 139.000 EUR (- 3,0 %).

	BVA	Ausgaben	Differenz	
	in Millionen EUR			
Kapitel 03 Gesamtausgaben	8,003	7,997	- 0,006	- 0,1 %
Personalausgaben	3,446	3,579	+ 0,133	+ 3,9 %
Sachausgaben	4,557	4,418	- 0,139	- 3,0 %
davon:				
Gesetzliche Verpflichtungen	3,378	3,349	- 0,029	- 0,9 %
Ermessensausgaben	1,179	1,070	- 0,109	- 9,3 %

2/03 Verfassungsgerichtshof

Im Kapitel 03 betragen die Einnahmen 529.000 EUR und somit 0,001 % der Gesamteinnahmen des Allgemeinen Haushalts. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 539.000 EUR wurden 10.000 EUR (- 1,9 %) weniger eingenommen.

	BVA	Einnahmen	Differenz	
	in Millionen EUR			
Kapitel 03 Gesamteinnahmen	0,539	0,529	- 0,010	- 1,9 %
zweckgebundene Einnahmen	-	-	-	-
sonstige Einnahmen	0,539	0,529	- 0,010	- 1,9 %

ERLÄUTERUNGEN ZU DEN VA-ANSATZABWEICHUNGEN



1/04 Verwaltungsgerechtshof

Im Kapitel 04 betragen die Ausgaben 13,0 Mill. EUR und somit 0,02 % der Gesamtausgaben des Allgemeinen Haushalts. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 13,1 Mill. EUR wurden 24.000 EUR (- 0,2 %) weniger ausgegeben. Während für Personal Minderausgaben in Höhe von 40.000 EUR (- 0,4 %) entstanden, ergaben sich bei den Sachausgaben Mehrausgaben in Höhe von 16.000 EUR (+ 1,0 %).

	BVA	Ausgaben	Differenz	
	in Millionen EUR			
Kapitel 04 Gesamtausgaben	13,050	13,026	- 0,024	- 0,2 %
Personalausgaben	11,420	11,380	- 0,040	- 0,4 %
Sachausgaben	1,630	1,646	+ 0,016	+ 1,0 %
davon:				
Gesetzliche Verpflichtungen	0,114	0,086	- 0,028	- 24,8 %
Ermessensausgaben	1,516	1,560	+ 0,044	+ 2,9 %

2/04 Verwaltungsgerechtshof

Im Kapitel 04 betragen die Einnahmen 105.000 EUR und somit 0,0002 % der Gesamteinnahmen des Allgemeinen Haushalts. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 128.000 EUR wurden 23.000 EUR (- 18,3 %) weniger eingenommen.

	BVA	Einnahmen	Differenz	
	in Millionen EUR			
Kapitel 04 Gesamteinnahmen	0,128	0,105	- 0,023	- 18,3 %
zweckgebundene Einnahmen	-	-	-	-
sonstige Einnahmen	0,128	0,105	- 0,023	- 18,3 %

1/05 Volksanwaltschaft

Im Kapitel 05 betragen die Ausgaben 5,2 Mill. EUR und somit 0,007 % der Gesamtausgaben des Allgemeinen Haushalts. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 5,1 Mill. EUR wurden 112.000 EUR (+ 2,2 %) mehr ausgegeben. Während für Personal Mehrausgaben in Höhe von 118.000 EUR (+ 3,9 %) entstanden, ergaben sich bei den Sachausgaben Minderausgaben in Höhe von 6.000 EUR (- 0,3 %).



ERLÄUTERUNGEN ZU DEN VA-ANSATZABWEICHUNGEN

	BVA	Ausgaben in Millionen EUR	Differenz	
Kapitel 05 Gesamtausgaben	5,077	5,189	+ 0,112	+ 2,2 %
Personalausgaben	3,000	3,118	+ 0,118	+ 3,9 %
Sachausgaben	2,077	2,071	- 0,006	- 0,3 %
davon:				
Gesetzliche Verpflichtungen	1,288	1,311	+ 0,023	+ 1,8 %
Ermessensausgaben	0,789	0,760	- 0,029	- 3,7 %

2/05 Volksanwaltschaft

Im Kapitel 05 betragen die Einnahmen 190.000 EUR und somit 0,0003 % der Gesamteinnahmen des Allgemeinen Haushalts. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 185.000 EUR wurden 5.000 EUR (+ 2,5 %) mehr eingenommen.

	BVA	Einnahmen in Millionen EUR	Differenz	
Kapitel 05 Gesamteinnahmen	0,185	0,190	+ 0,005	+ 2,5 %
zweckgebundene Einnahmen	-	-	-	-
sonstige Einnahmen	0,185	0,190	+ 0,005	+ 2,5 %

1/06 Rechnungshof

Im Kapitel 06 betragen die Ausgaben 24,6 Mill. EUR und somit 0,03 % der Gesamtausgaben des Allgemeinen Haushalts. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 25,9 Mill. EUR wurden 1,3 Mill. EUR (- 5,0 %) weniger ausgegeben. Für Personal entstanden Minderausgaben in Höhe von 456.000 EUR (- 2,4 %), bei den Sachausgaben in Höhe von 841.000 EUR (- 12,7 %).

	BVA	Ausgaben in Millionen EUR	Differenz	
Kapitel 06 Gesamtausgaben	25,857	24,560	- 1,297	- 5,0 %
Personalausgaben	19,235	18,779	- 0,456	- 2,4 %
Sachausgaben	6,622	5,781	- 0,841	- 12,7 %
davon:				
Gesetzliche Verpflichtungen	0,678	0,643	- 0,035	- 5,1 %
Ermessensausgaben	5,944	5,137	- 0,807	- 13,6 %

ERLÄUTERUNGEN ZU DEN VA-ANSATZABWEICHUNGEN



2/06 Rechnungshof

Im Kapitel 06 betragen die Einnahmen 104.000 EUR und somit 0,0002 % der Gesamteinnahmen des Allgemeinen Haushalts. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 86.000 EUR wurden 18.000 EUR (+ 21,2 %) mehr eingenommen.

	BVA	Einnahmen	Differenz	
	in Millionen EUR			
Kapitel 06 Gesamteinnahmen	0,086	0,104	+ 0,018	+ 21,2 %
zweckgebundene Einnahmen	-	-	-	-
sonstige Einnahmen	0,086	0,104	+ 0,018	+ 21,2 %

1/10 Bundeskanzleramt

Im Kapitel 10 betragen die Ausgaben 464,3 Mill. EUR und somit 0,6 % der Gesamtausgaben des Allgemeinen Haushalts. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 442,4 Mill. EUR wurden 21,9 Mill. EUR (+ 5,0 %) mehr ausgegeben. Während für Personal Minderausgaben in Höhe von 1,3 Mill. EUR (- 2,5 %) entstanden, ergaben sich bei den Sachausgaben Mehrausgaben in Höhe von 23,2 Mill. EUR (+ 5,9 %).

Mehrausgaben gegenüber dem Bundesvoranschlag traten im Hinblick auf die Fußball-Europameisterschaft 2008 für Stadionneubauten bzw. Stadionrenovierungen (+ 13,9 Mill. EUR) sowie bei den Förderungen der Zentralstelle (+ 9,1 Mill. EUR) insbesondere für das Begleitprogramm der Fußball-Europameisterschaft 2008 auf.

Minderausgaben gegenüber dem Bundesvoranschlag traten im Bereich der regional- und strukturpolitischen Maßnahmen bei den EFRE-Mitteln wegen Verzögerungen in der Programmumsetzung (- 9,3 Mill. EUR) und bei den Beamtenbezügen infolge von Ruhestandsversetzungen, Personalabgängen und geringen Personalaufnahmen (- 1,3 Mill. EUR) auf.

	BVA	Ausgaben	Differenz	
	in Millionen EUR			
Kapitel 10 Gesamtausgaben	442,422	464,348	+ 21,926	+ 5,0 %
Personalausgaben	51,310	50,050	- 1,260	- 2,5 %
darunter:				
1/10000 Bundeskanzleramt, Zentralleitung	38,111	36,860	- 1,251	- 3,3 %
Sachausgaben	391,112	414,297	+ 23,185	+ 5,9 %
davon:				
Gesetzliche Verpflichtungen	152,234	161,522	+ 9,288	+ 6,1 %
Ermessensausgaben	238,878	252,776	+ 13,898	+ 5,8 %



ERLÄUTERUNGEN ZU DEN VA-ANSATZABWEICHUNGEN

1/100	Bundeskanzleramt	
1/1000	Zentraleitung	
1/10000 Personalausgaben (– 3,3 %)		– 1.251.056,52 EUR
	Minderausgaben bei den Bezügen von Beamten (1,7 Mill. EUR) infolge von Ruhestandsversetzungen, Personalabgängen und geringen Personalaufnahmen sowie zeitversetzten Nachbesetzungen und reduzierte Ausgaben bei Mehrleistungsvergütungen.	
1/10006 Förderungen (+ 356,9 %)		+ 9.143.753,46 EUR
	Mehrausgaben im Zusammenhang mit dem Begleitprogramm für die Fußball-Europameisterschaft 2008 (8,8 Mill. EUR) sowie für die Durchführung des Projektes „Jubiläumsjahr Mariazell 2007 (850 Jahre)“ mit dem Besuch seiner Heiligkeit Papst Benedikt XVI. (0,8 Mill. EUR).	
1/10007 Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen) (+ 4,8 %)		+ 1.079.669,70 EUR
	Mehrausgaben bei den Regierungsbezügen aufgrund der Regierungsbildung im Jänner 2007, da bei der Budgetierung der exakte Bedarf noch nicht abschätzbar war sowie bei den Ausgleichsabgaben an den Ausgleichstaxfonds infolge Budgetierung mit einem Nennbetrag (insgesamt 0,9 Mill. EUR).	
1/1004	Regional- und strukturpolitische Maßnahmen	
1/10048 Aufwendungen (– 6,5 %)		– 9.293.290,58 EUR
	Minderausgaben bei EFRE-Mitteln für den Programmzeitraum 2000 - 2006 (9,3 Mill. EUR) wegen Verzögerungen in der Programmumsetzung.	
1/106	Sportangelegenheiten	
1/1060	Sportförderung	
1/10604 Förderungen (Gesetzliche Verpflichtungen) (+ 15,5 %)		+ 8.226.368,-- EUR
	Mehrausgaben bei der besonderen Sportförderung (8,2 Mill. EUR), weil zusätzliche Mittel durch Mehreinnahmen aus Umsatzerlösen der Österreichischen Lotterien zur Verfügung standen.	

ERLÄUTERUNGEN ZU DEN VA-ANSATZABWEICHUNGEN



1/1064 Fußball EM 2008

1/10646
Förderungen

+ 13.941.910,-- EUR

Mehrausgaben bei den Stadionneubauten bzw. Stadionrenovierungen in Klagenfurt (6,8 Mill. EUR), Wien (5,5 Mill. EUR), Salzburg und Innsbruck (zusammen 1,6 Mill. EUR), die anlässlich der Fußball-Europameisterschaft 2008 in Angriff genommen wurden, infolge Budgetierung mit einem Nennbetrag.

2/10 Bundeskanzleramt

Im Kapitel 10 betragen die Einnahmen 11,3 Mill. EUR und somit 0,02 % der Gesamteinnahmen des Allgemeinen Haushalts. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 12,4 Mill. EUR wurden 1,1 Mill. EUR (- 8,8 %) weniger eingenommen.

	BVA	Einnahmen in Millionen EUR	Differenz	
Kapitel 10 Gesamteinnahmen	12,383	11,289	- 1,094	- 8,8 %
zweckgebundene Einnahmen	-	-	-	-
sonstige Einnahmen	12,383	11,289	- 1,094	- 8,8 %

1/11 Inneres

Im Kapitel 11 betragen die Ausgaben 2.144,1 Mill. EUR und somit 3,0 % der Gesamtausgaben des Allgemeinen Haushalts. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 2.151,6 Mill. EUR wurden 7,5 Mill. EUR (- 0,3 %) weniger ausgegeben. Während für Personal Mehrausgaben in Höhe von 3,7 Mill. EUR (+ 0,3 %) entstanden, ergaben sich bei den Sachausgaben Minderausgaben in Höhe von 11,2 Mill. EUR (- 1,5 %).

Mehrausgaben gegenüber dem Bundesvoranschlag traten insbesondere bei der Sicherheitsexekutive (+ 25,7 Mill. EUR) vor allem durch Flughafenüberwachung und bei der Kommunikations- und Informationstechnologie-Aufwendungen (+ 17,9 Mill. EUR) auf.

Minderausgaben gegenüber dem Bundesvoranschlag traten insbesondere bei Flüchtlingsbetreuung und Integration durch eine geringere Anzahl zu versorgender Asylwerber (- 26,6 Mill. EUR) sowie bei der Kommunikations- und Informationstechnologie (- 14,6 Mill. EUR) für Hardware und durch Verzögerungen im Ausbau des Digitalfunks BOS auf. Weitere Abweichungen waren bei Flugpolizei und Flugrettungsdienst (- 11,2 Mill. EUR) vor allem aufgrund der Zahlung in Tranchen für neu beschaffte Hubschrauber festzustellen.

Überschreitungen ohne gesetzliche Grundlage in Höhe von 3,0 Mill. EUR bei Mehrleistungsvergütungen und Aufwandsentschädigungen entstanden durch Verrechnungsprobleme im Zusammenhang mit Besoldungsbuchungen im SAP.



ERLÄUTERUNGEN ZU DEN VA-ANSATZABWEICHUNGEN

	BVA	Ausgaben in Millionen EUR	Differenz	
Kapitel 11 Gesamtausgaben	2.151,647	2.144,138	- 7,509	- 0,3 %
Personalausgaben darunter:	1.405,308	1.408,974	+ 3,666	+ 0,3 %
1/11000 BM für Inneres, Zentralleitung	78,071	79,027	+ 0,956	+ 1,2 %
1/11030 Zivildienst	1,104	1,073	- 0,031	- 2,8 %
1/11500 Flüchtlingsbetreuung und Integration	0,961	0,998	+ 0,037	+ 3,9 %
1/11700 Sicherheitsexekutive	1.216,890	1.215,980	- 0,910	- 0,1 %
1/11710 Sicherheitsexekutive (zweckgeb. Gebarung)	16,617	19,405	+ 2,788	+ 16,8 %
1/11720 Bundeskriminalamt	34,104	35,021	+ 0,917	+ 2,7 %
1/11740 Sicherheitsakademie	14,517	14,779	+ 0,262	+ 1,8 %
Sachausgaben davon:	746,339	735,164	- 11,175	- 1,5 %
Gesetzliche Verpflichtungen	99,050	94,554	- 4,496	- 4,5 %
Ermessensausgaben	647,289	640,610	- 6,679	- 1,0 %
1/110 Bundesministerium für Inneres				
1/1100 Zentralleitung				
1/11000 Personalausgaben				
			Überschreitungen im Ausmaß von 275.812,97 EUR erfolgten ohne gesetzliche Grundlage.	
1/11008 Aufwendungen (- 6,2 %)				- 1.300.995,28 EUR
			Minderausgaben bei den sonstigen Leistungen von Gewerbetreibenden, Firmen und juristischen Personen (0,9 Mill. EUR) sowie bei den Miet- und Pachtzinsen (0,6 Mill. EUR).	
			Mehrausgaben bei den Überweisungen gemäß § 9 Behinderteneinstellungsgesetz (0,5 Mill. EUR).	
1/1101 Zahlungen im Zusammenhang mit dem Bundesimmobiliengesetz				
1/11018 Aufwendungen (+ 7,1 %)				+ 5.758.000,-- EUR
			Mehrausgaben für die Instandhaltung von Gebäuden der Exekutive (1,7 Mill. EUR), der Sicherheitsakademie (1,7 Mill. EUR), des Bundeskriminalamtes und der Zentralleitung (zusammen 0,7 Mill. EUR) durch umfangreiche Umbau- bzw. Sanierungsmaßnahmen sowie bei Normmieten und Betriebskosten für Gebäude der Sicherheitsakademie und der Flüchtlingsbetreuung (zusammen 1,5 Mill. EUR).	

ERLÄUTERUNGEN ZU DEN VA-ANSATZABWEICHUNGEN



1/1103 Zivildienst

1/11037

Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen)

(– 9,2 %)

– 5.253.083,21 EUR

Minderausgaben bei Familienunterhalt und Wohnkostenbeihilfe (2,9 Mill. EUR), sowie für Ersätze gemäß § 28 Abs. 4 des Zivildienstgesetzes an Rechtsträger von Zivildienstleistungen (2,9 Mill. EUR) wegen der gegenüber dem Vorjahr geringeren durchschnittlichen Einsatzzahl von Zivildienstleistenden.

Mehrausgaben bei der freiwilligen Verlängerung gemäß § 7a des Zivildienstgesetzes (0,8 Mill. EUR) aufgrund vermehrter Nutzung der mit der Zivildienstgesetznovelle 2005 eingeführten Verlängerungsmöglichkeit der Zivildienstdauer.

1/11038

Aufwendungen

+ 3.366.058,90 EUR

Mehrausgaben bei Verpflegskosten für Zivildienstleistende (3,4 Mill. EUR) aufgrund von Nachzahlungen im Zusammenhang mit dem Zivildienstgesetz-Übergangsrecht 2006.

1/1109

Kommunikations- und Informationstechnologie

1/11093

Anlagen

(– 48,9 %)

– 14.593.504,52 EUR

Minderausgaben für Hardware (8,6 Mill. EUR), weil der Einzelanschaffungswert bei der Mehrheit der Beschaffungen unter die Wertgrenze für Anlagen von 400 EUR gefallen ist sowie bei den Fernmeldeeinrichtungen (Digitalfunk BOS) (5,7 Mill. EUR) aufgrund von Verzögerungen beim Ausbau.

1/11098

Aufwendungen

(+ 34,6 %)

+ 17.893.990,03 EUR

Mehrausgaben bei den sonstigen Leistungen (6,4 Mill. EUR) wegen vermehrter externer Leistungen für IT-Projekte (SIS II, EDIS II, IPOS und PRÜM), bei Entgelten für den Digitalfunk BOS (4,4 Mill. EUR), bei den Leistungen der Post (3,5 Mill. EUR) und der Instandhaltung von Kommunikationstechnik (1,3 Mill. EUR) durch erhöhten Telefon- und Datenleitungsbedarf in den nachgeordneten Dienststellen sowie bei ADV-Verbrauchsgütern (1,9 Mill. EUR), weil vielfach der Einzelanschaffungswert unter die Wertgrenze für Anlagen von 400 EUR gefallen ist und wegen des Mehrbedarfs an Druckerverbrauchsmaterialien (bedingt durch den Ankauf von neuen Multifunktionsgeräten als Ersatz für Kopierer).



ERLÄUTERUNGEN ZU DEN VA-ANSATZABWEICHUNGEN

1/115	Asyl- und Fremdenwesen	
1/1150	Flüchtlingsbetreuung und Integration	
1/11506	Förderungen	
(– 32,1 %)		– 4.087.268,37 EUR
	Minderausgaben für die Projekte des Europäischen Flüchtlingsfonds (zusammen 3,0 Mill. EUR) aufgrund von Verzögerungen bei der Auswahl von Projekten bzw. der Überweisung durch die Europäische Kommission sowie wegen der dadurch verursachten Verzögerung bei der Kofinanzierung (Nationaler Anteil) (1,1 Mill. EUR).	
1/11507	Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen)	
(+ 13,4 %)		+ 1.942.333,37 EUR
	Mehrausgaben bei den Ersätzen an die Länder (2,2 Mill. EUR) aufgrund der Abrechnungen für das 3. und 4. Quartal 2006 zur Grundversorgungsvereinbarung.	
1/11508	Aufwendungen	
(– 21,8 %)		– 26.594.655,90 EUR
	Minderausgaben bei den Kostenersätzen an die Länder nach der Grundversorgungsvereinbarung (24,7 Mill. EUR) aufgrund der geringeren Anzahl der von den Ländern zu versorgenden Asylwerber und bei den Leistungen an Privatbetreiber (1,9 Mill. EUR) aufgrund des Rückganges der Anzahl bundesbetreuter Asylwerber.	
1/117	Sicherheitsaufgaben	
1/1170	Sicherheitsexekutive	
1/11700	Personalausgaben	
	Überschreitungen im Ausmaß von 2.319.972,54 EUR erfolgten ohne gesetzliche Grundlage.	
1/11703	Anlagen	
(– 41,0 %)		– 2.237.056,50 EUR
	Minderausgaben für sonstige Kraftfahrzeuge (2,7 Mill. EUR) durch den Umstieg auf die Leasingvariante.	
	Mehrausgaben bei der Amtsausstattung und technischen Amtsausstattung (zusammen 0,5 Mill. EUR).	

ERLÄUTERUNGEN ZU DEN VA-ANSATZABWEICHUNGEN



1/11707

Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen)

(– 5,1 %)

– 1.026.150,22 EUR

Minderausgaben bei den Familienbeihilfen (1,3 Mill. EUR) wegen der geringeren Zahl von Anspruchsberechtigten.

1/11708

Aufwendungen

(+ 11,8 %)

+ 25.747.634,02 EUR

Mehrausgaben bei den Entgelten für Flughafenüberwachung (16,0 Mill. EUR) durch Abbau von Schulden aus 2006, beim Bekleidungswirtschaftsfonds der Exekutive (5,1 Mill. EUR) wegen der Umsetzung der Uniformierungsvorschrift „Neu“, bei den Aufwandsentschädigungen (3,7 Mill. EUR) durch die E2b- und Wochenend-Nachtdienstzulage, bei Miet- und Pachtzinsen/Fuhrparkmanagement (3,3 Mill. EUR) wegen der Erneuerung des veralteten Fuhrparks mittels Leasingvariante sowie bei den Entgelten für Reinigungen (2,5 Mill. EUR) durch den Abbau haus eigener Kräfte und die Vergrößerung der Wachzimmerflächen. Weitere Mehrausgaben bei Bekleidung und Ausrüstung (2,3 Mill. EUR) durch vorgezogene Beschaffungen für die EURO 2008, bei der Munition (2,1 Mill. EUR) durch verspätete Umsetzung wegen Ausschreibungsproblemen 2006, bei Mitteln zur ärztlichen Betreuung und Gesundheitsvorsorge (1,5 Mill. EUR) wegen verspäteter Rechnungslegung der Pandemievorsorge aus 2006, bei Versicherungen (1,0 Mill. EUR) wegen Schulden aus dem Vorjahr und Ausbaus des Fuhrparks, bei den Leistungen der Post (0,7 Mill. EUR) und bei den Fahrtkostenzuschüssen (0,5 Mill. EUR).

Minderausgaben bei der Instandhaltung von Gebäuden (3,3 Mill. EUR) durch Verschiebung von Projekten, bei Treibstoffen für Kraftfahrzeuge (2,6 Mill. EUR) wegen erstmaliger Umbuchung zur zweckgebunden Gebarung nach tatsächlichem Erfolg sowie bei der Instandhaltung von sonstigen Kraftfahrzeugen einschließlich Fuhrparkmanagement (1,6 Mill. EUR), weil der Fuhrpark erneuert wurde. Weitere Minderausgaben bei der Amtsausstattung (1,3 Mill. EUR) durch Beschaffungsverzögerungen, bei Miet- und Pachtzinsen (1,3 Mill. EUR) aufgrund von Wachzimmerzusammenlegungen, bei den Energiebezügen (0,7 Mill. EUR) wegen milderer Witterung, bei der Instandhaltung von Sonderanlagen (0,7 Mill. EUR) durch Rückstellung der Wartung des alten Funksystems, bei sonstigen Verbrauchsgütern (0,5 Mill. EUR) und bei den Mietvorauszahlungen (0,5 Mill. EUR).

Überschreitungen im Ausmaß von 322.289,14 EUR erfolgten ohne gesetzliche Grundlage.



ERLÄUTERUNGEN ZU DEN VA-ANSATZABWEICHUNGEN

1/1171	Sicherheitsexekutive (zweckgebundene Gebarung)	
1/11710	Personalausgaben	
(+ 16,8 %)		+ 2.788.137,19 EUR
	Mehrausgaben bei den Mehrleistungsvergütungen durch verstärkte Überwachungstätigkeiten und bei den Beamtenbezügen durch die allgemeinen Bezugserrhöhungen und den Struktureffekt (insgesamt 2,9 Mill. EUR).	
1/11718	Aufwendungen	
(+ 155,3 %)		+ 3.773.059,52 EUR
	Mehrausgaben bei Miet- und Pachtzinsen/Fuhrparkmanagement sowie der Instandhaltung von sonstigen Kraftfahrzeugen/Fuhrparkmanagement (zusammen 2,1 Mill. EUR) durch die Erweiterung des Fuhrparks für die Verkehrsüberwachung mittels Leasingvariante sowie bei Treibstoffen für Kraftfahrzeuge (1,3 Mill. EUR) wegen erstmaliger Belastung der zweckgebunden Gebarung nach tatsächlichem Erfolg.	
1/1172	Bundeskriminalamt	
1/11720	Personalausgaben	
	Überschreitungen im Ausmaß von 86.762,86 EUR erfolgten ohne gesetzliche Grundlage.	
1/11728	Aufwendungen	
(+ 13,9 %)		+ 1.362.469,-- EUR
	Mehrausgaben bei den Inlandreisen und den Aufwandsentschädigungen (zusammen 0,6 Mill. EUR) sowie bei den sonstigen Leistungen von Gewerbetreibenden, Firmen und juristischen Personen, bei Treibstoffen für Kraftfahrzeuge, bei der sonstigen Amtsausstattung und sonstigen Verbrauchsgütern (zusammen 0,7 Mill. EUR).	
1/1174	Sicherheitsakademie	
1/11748	Aufwendungen	
(- 24,5 %)		- 1.719.516,77 EUR
	Minderausgaben bei der Instandhaltung von Gebäuden (1,0 Mill. EUR) wegen der geänderten Verrechnung zu Lasten des VA-Ansatzes für Zahlungen im Zusammenhang mit dem Bundesimmobiliengesetz sowie bei der sonstigen Amtsausstattung, bei sonstigen Miet- und Pachtzinsen und bei den Werkverträgen Z (zusammen 0,7 Mill. EUR).	

ERLÄUTERUNGEN ZU DEN VA-ANSATZABWEICHUNGEN



1/1175 Flugpolizei und Flugrettungsdienst

1/11753

Anlagen

(– 44,2 %)

– 11.247.246,25 EUR

Minderausgaben bei den Luftfahrzeugen (10,1 Mill. EUR) bedingt durch die Zahlung der neu beschafften Hubschrauber in Tranchen sowie bei Ersatzteilen für Luftfahrzeuge und sonstigen technischen Geräten (zusammen 1,1 Mill. EUR).

2/11 Inneres

Im Kapitel 11 betragen die Einnahmen 99,1 Mill. EUR und somit 0,1 % der Gesamteinnahmen des Allgemeinen Haushalts. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 92,5 Mill. EUR wurden 6,6 Mill. EUR (+ 7,1 %) mehr eingenommen.

Mehreinnahmen gegenüber dem Bundesvoranschlag traten insbesondere bei der Sicherheitsexekutive (+ 11,4 Mill. EUR) durch Einnahmen aus Strafgeldern infolge vermehrter Anzeigen auf.

Mindereinnahmen gegenüber dem Bundesvoranschlag traten bei der Flüchtlingsbetreuung und Integration (– 3,0 Mill. EUR) aufgrund von Verzögerungen bei Projekten des Europäischen Flüchtlingsfonds bzw. bei der Überweisung durch die Europäische Kommission auf.

	BVA	Einnahmen	Differenz	
	in Millionen EUR			
Kapitel 11 Gesamteinnahmen	92,478	99,058	+ 6,580	+ 7,1 %
zweckgebundene Einnahmen	38,174	47,021	+ 8,847	+ 23,2 %
sonstige Einnahmen	54,304	52,037	– 2,267	– 4,2 %

2/115 Asyl- und Fremdenwesen

2/1150 Flüchtlingsbetreuung und Integration

2/11500

Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen

(– 54,3 %)

– 2.985.733,45 EUR

Mindereinnahmen bei den Kostenersätzen der EU (3,0 Mill. EUR) aufgrund von Verzögerungen bei der Auswahl von Projekten des Europäischen Flüchtlingsfonds bzw. der Überweisung durch die Europäische Kommission.



ERLÄUTERUNGEN ZU DEN VA-ANSATZABWEICHUNGEN

2/117 **Sicherheitsaufgaben**

2/1170 **Sicherheitsexekutive**

2/11700

Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen

(+ 39,2 %)

+ 11.350.406,37 EUR

Mehreinnahmen aus Strafgeldern gemäß § 100 Abs. 10 StVO (10,9 Mill. EUR) und gemäß § 37 Abs. 8 FSG (0,5 Mill. EUR) infolge vermehrter Anzeigen.

1/12 **Unterricht und Kultur**

Im Kapitel 12 betragen die Ausgaben 6.620,9 Mill. EUR und somit 9,2 % der Gesamtausgaben des Allgemeinen Haushalts. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 6.634,4 Mill. EUR wurden 13,6 Mill. EUR (– 0,2 %) eingespart. Während für Personal Mehrausgaben in Höhe von 6,4 Mill. EUR (+ 0,3 %) entstanden, ergaben sich bei den Sachausgaben Minderausgaben in Höhe von 20,0 Mill. EUR (– 0,5 %).

Mehrausgaben gegenüber dem Bundesvoranschlag traten insbesondere bei den Zahlungen im Zusammenhang mit dem Bundesimmobiliengesetz für Instandhaltungskosten und Mieten (+ 7,5 Mill. EUR), beim Personalaufwand für Vertragslehrer an allgemein bildenden höheren Schulen infolge des Pragmatisierungsstopps (+ 5,0 Mill. EUR) sowie bei den berufsbildenden Pflichtschulen durch eine höhere Anzahl von berufsschulpflichtigen Schülern (+ 4,9 Mill. EUR) auf.

Minderausgaben gegenüber dem Bundesvoranschlag traten insbesondere bei den allgemein bildenden Pflichtschulen infolge des Schülerrückgangs (– 25,4 Mill. EUR) sowie durch die Verschiebung von EU-Programmen und Bildungsmaßnahmen (– 8,3 Mill. EUR) auf.

ERLÄUTERUNGEN ZU DEN VA-ANSATZABWEICHUNGEN



	BVA	Ausgaben in Millionen EUR	Differenz	
Kapitel 12 Gesamtausgaben	6.634,420	6.620,864	- 13,556	- 0,2 %
Personalausgaben darunter:	2.513,755	2.520,181	+ 6,426	+ 0,3 %
BM für Unterricht, Kunst und Kultur,				
1/12000 Zentraleitung	50,429	48,780	- 1,649	- 3,3 %
1/12440 Museen	1,102	1,153	+ 0,051	+ 4,7 %
1/12470 Bundesdenkmalamt	9,543	9,590	+ 0,047	+ 0,5 %
1/12600 Schulaufsichtsbehörde	68,760	69,108	+ 0,348	+ 0,5 %
1/12700 Allgemein bildende höhere Schulen	1.099,580	1.104,593	+ 5,013	+ 0,5 %
1/12810 LA f. Tourismus, Sozial- u. wirtschaftl. Berufe	340,128	341,778	+ 1,650	+ 0,5 %
1/12900 Pädagogische Akademien	71,115	75,189	+ 4,074	+ 5,7 %
1/12920 Berufspädagogische Akademien	5,907	4,049	- 1,858	- 31,5 %
1/12940 Pädagogische Institute	12,927	9,501	- 3,426	- 26,5 %
Sachausgaben	4.120,665	4.100,683	- 19,982	- 0,5 %
davon:				
Gesetzliche Verpflichtungen	3.368,297	3.341,676	- 26,621	- 0,8 %
Ermessensausgaben	752,368	759,007	+ 6,639	+ 0,9 %

1/120 Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur

1/1200 Zentraleitung

1/12000

Personalausgaben

(- 3,3 %)

- 1.648.554,67 EUR

Minderausgaben bei Bezügen von Beamten (0,7 Mill. EUR) sowie beim Vorruhestandsgeld (0,7 Mill. EUR) infolge des Pragmatisierungsstopps und Rückgangs bei den Vorruheständen.

1/12008

Aufwendungen

(+ 2,2 %)

+ 1.692.241,96 EUR

Mehrausgaben vor allem bei der Schulraumbeschaffung und -bewirtschaftung (2,6 Mill. EUR) zur Erfüllung vertraglich fälliger Zahlungsverpflichtungen und bei sonstigen Leistungen von Gewerbetreibenden (1,1 Mill. EUR) durch Nachzahlungen an die Buchhaltungsagentur-GesmbH. Weiters Mehrausgaben bei der Miete von DFÜ-Leitungen (1,1 Mill. EUR) durch die Finanzierung von Netzwerkknoten sowie bei Desinfektionsmitteln, Verbandmaterial und Medikamenten (0,6 Mill. EUR) infolge der Pandemievorsorge sowie für Miet- und Pachtzinse (0,5 Mill. EUR) vor allem für die Anmietung von Messeständen.

Minderausgaben bei Entgelten an die BRZ-GmbH (ADV) (1,2 Mill. EUR) infolge der Übergabe von BRZ-Dienstleistungen an die Statistik Austria sowie bei sonstigen Leistungen (ADV) (1,2 Mill. EUR) durch die Verzögerung beim Abschluss von EDV-Projekten. Weiters Minderausgaben bei Lizenzgebühren (ADV-Software) (0,9 Mill. EUR) durch die genaue prozentuelle Aufteilung der Lizenzkos-



ERLÄUTERUNGEN ZU DEN VA-ANSATZABWEICHUNGEN

ten zwischen dem Unterrichts- und dem Wissenschaftsressort, beim Mitgliedsbeitrag Internatsschule für Schisportler in Stams durch den verzögerten Baufortschritt sowie bei den Bediensteten gemäß Punkt 4 (7) des Stellenplans (zusammen 0,8 Mill. EUR) durch den Auslauf von Arbeitsleihverträgen.

1/1201 **Zahlungen im Zusammenhang mit dem Bundesimmobiliengesetz**

1/12018
Aufwendungen
(+ 2,3 %)

+ 7.478.258,99 EUR

Mehrausgaben bei der Instandhaltung (11,6 Mill. EUR) vor allem zur Bedeckung der Dotationen der Landesschulräte und zur Erfüllung von vertraglichen Zahlungsverpflichtungen gegenüber der BIG. Weiters bei den Normmieten (2,6 Mill. EUR) infolge von VPI-Anpassungen und Nachverrechnungen von Normmieten sowie bei den Mieterinvestitionen (1,8 Mill. EUR) zur Erfüllung fälliger Rechnungen der BIG. Mehrausgaben bei den Betriebskosten (0,7 Mill. EUR) durch die Betriebskostenabrechnung der BIG für das Jahr 2005 und der damit verbundenen Nachzahlung.

Minderausgaben bei den Zuschlagsmieten (8,7 Mill. EUR) infolge zu hoher Veranschlagung.

1/122 **Bundesministerium; Zweckaufwand**

1/1220 **Allgemein-pädagogische Erfordernisse**

1/12207
Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen)
(- 8,1 %)

- 3.818.356,04 EUR

Minderausgaben bei den Schülerbeihilfen (6,1 Mill. EUR) und Studienförderungen (0,9 Mill. EUR) infolge geringerer Anzahl von Anträgen.

Mehrausgaben bei den Schülerbeihilfen (Bildungspfad) (3,1 Mill. EUR) für Programme im Zusammenhang mit der Bildungsoffensive.

1/12208
Aufwendungen
(- 26,4 %)

- 8.330.806,55 EUR

Minderausgaben bei den Leistungen von Firmen im Bereich des Bildungspfads (4,9 Mill. EUR) und sonstigen Leistungen von Gewerbetreibenden (2,0 Mill. EUR), beim österreichischen Akademischen Austauschdienst (1,9 Mill. EUR) und bei den Leistungen von Einzelpersonen (0,6 Mill. EUR) infolge der Verzögerung bzw. Verschiebung wichtiger EU-Programme und Bildungsmaßnahmen.

Mehrausgaben bei geringwertigen Wirtschaftsgütern (0,9 Mill. EUR) infolge erhöhten Bedarfs an Einrichtungen im Zusammenhang mit dem Start neuer Projekte.

ERLÄUTERUNGEN ZU DEN VA-ANSATZABWEICHUNGEN



1/124	Nachgeordnete Dienststellen	
1/1244	Museen	
1/12448	Aufwendungen	
(– 7,9 %)		– 2.401.142,77 EUR
	Minderausgaben bei sonstigen Leistungen von Gewerbetreibenden (2,6 Mill. EUR) vor allem durch die noch nicht begonnene Renovierung des Pathologisch-Anatomischen Bundesmuseums. Weiters bei sonstigen Leistungen von Einzelpersonen (0,6 Mill. EUR), weil geplante Evaluierungen nicht umgesetzt wurden sowie bei den laufenden Transferzahlungen (0,5 Mill. EUR) wegen einer Neuordnung der Prioritäten der Kreditmittel gemäß §§ 5 und 15 des Bundesmuseen-Gesetzes.	
	Mehrausgaben beim Museumsquartier (1,4 Mill. EUR), weil fällige Verpflichtungen 2006 erst im Jänner 2007 zur Anweisung gelangt sind.	
1/1248	Bundesdenkmalamt (zweckgebundene Gebarung)	
1/12486	Förderungen	
(+ 115,2 %)		+ 3.941.518,90 EUR
	Mehrausgaben vor allem bei den Baukostenzuschüssen (zusammen 1,6 Mill. EUR) und beim Musikverein (1,6 Mill. EUR) infolge von Restaurierungs- und Renovierungsarbeiten an ausgewählten Denkmälern.	
1/126	Nachgeordnete Dienststellen auf Landesebene	
1/1260	Schulaufsichtsbehörden	
1/12607	Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen)	
(– 17,9 %)		– 1.241.685,75 EUR
	Minderausgaben bei den Bediensteten gemäß Punkt 4 (7) des Stellenplans (1,2 Mill. EUR) einerseits durch noch offene Rechnungslegungen seitens der Landesregierungen und andererseits durch den erfolgten Stellenabbau.	
1/127	Allgemein bildende Schulen	
1/1270	Allgemein bildende höhere Schulen	
1/12700	Personalausgaben	
(+ 0,5 %)		+ 4.974.984,98 EUR
	Mehrausgaben bei Entgelten an VB I/L (12,1 Mill. EUR) und Dienstgeberbeiträgen/VB (zusammen 2,7 Mill. EUR) infolge des Pragmatisierungsstopps.	



ERLÄUTERUNGEN ZU DEN VA-ANSATZABWEICHUNGEN

Minderausgaben bei den Bezügen von Beamten (Bildungspfad) (4,2 Mill. EUR) infolge Verbuchung auf anderen Finanzpositionen wegen verrechnungstechnischer Probleme und bei den Dienstgeberbeiträgen/B (zusammen 2,1 Mill. EUR) infolge des Pragmatisierungsstopps. Weiters Minderausgaben bei den Mehrleistungsvergütungen (3,0 Mill. EUR) infolge vermehrter Anstellung von Junglehrern.

1/12703
Anlagen
(– 20,1 %) – 1.568.215,90 EUR

Minderausgaben bei der Hardware (1,2 Mill. EUR) infolge zu hoher Veranschlagung.

1/1272 **Allgemein bildende höhere Schulen
(zweckgebundene Gebarung)**

1/12728
Aufwendungen
(+ 154,5 %) + 2.504.244,31 EUR

Mehrausgaben bei geringwertigen Wirtschaftsgütern (0,5 Mill. EUR) infolge vermehrter Ersatzanschaffungen sowie bei den sonstigen Leistungen von Gewerbetreibenden (0,5 Mill. EUR) infolge dringend erforderlicher Reinigungs- und Instandhaltungsarbeiten. Weiters Mehrausgaben vor allem bei Büromitteln und Druckwerken, sonstigen Verbrauchsgütern, bei der Instandhaltung von Gebäuden sowie bei den Miet- und Pachtzinsen (zusammen 1,0 Mill. EUR) infolge dringend erforderlichen Bedarfs und allgemeiner Preiserhöhungen.

1/1275 **Allgemein bildende Pflichtschulen**

1/12757
Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen)
(– 0,9 %) – 25.387.583,41 EUR

Minderausgaben bei den laufenden Transferzahlungen gemäß FAG (26,5 Mill. EUR) infolge des Schülerrückganges.

Mehrausgaben für Lehrer an Privatschulen (1,3 Mill. EUR) infolge zu geringer Veranschlagung.

1/128 **Berufsbildende Schulen**

1/1281 **Lehranstalt für Tourismus, Sozial- und
wirtschaftliche Berufe**

1/12810
Personalausgaben
(+ 0,5 %) + 1.649.716,71 EUR

Mehrausgaben bei den Entgelten an Vertragsbedienstete I/L (8,4 Mill. EUR) infolge verminderter Ernennungen in ein öffentlich-rechtliches Dienstverhältnis.

ERLÄUTERUNGEN ZU DEN VA-ANSATZABWEICHUNGEN



Minderausgaben bei den Bezügen von Beamten (3,4 Mill. EUR) und bei den Dienstgeberbeiträgen (zusammen 0,5 Mill. EUR) infolge des Pragmatisierungsstopps sowie bei Bezügen von Beamten (Bildungspfad) (1,4 Mill. EUR) infolge Verbuchung auf anderen Finanzpositionen wegen verrechnungstechnischer Probleme. Weiters Minderausgaben bei den Mehrleistungsvergütungen (0,9 Mill. EUR) infolge vermehrter Anstellung von Lehrern.

1/12817

Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen)

(+ 14,4 %)

+ 1.230.671,17 EUR

Mehrausgaben vor allem bei den Lehrern gemäß Privatschulgesetz (1,0 Mill. EUR) infolge des Pragmatisierungsstopps.

1/1283

Technische und gewerbliche Lehranstalten
(zweckgebundene Gebarung)

1/12838

Aufwendungen

(+ 36,7 %)

+ 1.610.582,51 EUR

Mehrausgaben vor allem bei den Roh- und Hilfsstoffen und den fertig bezogenen Teilen infolge vermehrten Materialzukaufs für den fachpraktischen Unterricht, bei den Werkverträgen durch vermehrte Prüfungstätigkeit bei den Versuchsanstalten sowie bei sonstigen Leistungen von Gewerbetreibenden infolge vermehrter Inanspruchnahme Externer im Rahmen von Gutachterstellungen (insgesamt 1,3 Mill. EUR).

1/1284

Lehranstalt für Tourismus, Sozial- und wirtschaftliche
Berufe (zweckgebundene Gebarung)

1/12848

Aufwendungen

(+ 37,0 %)

+ 1.848.152,42 EUR

Mehrausgaben vor allem bei Lebensmitteln (Küchen) (0,8 Mill. EUR) infolge vermehrter Teilnahme am Mittagstisch, bei Schreib-, Zeichen- und Büromitteln und sonstigen Verbrauchsgütern durch erhöhte Gestaltungsanforderungen im Rahmen des fachpraktischen Unterrichts sowie bei Miet- und Pachtzinsen durch vermehrte Anmietung von Kopiergeräten und weiters für sonstige Leistungen von Gewerbetreibenden aufgrund vermehrter Inanspruchnahme externer Leistungen (insgesamt 0,5 Mill. EUR).

1/1285

Berufsbildende Pflichtschulen

1/12857

Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen)

(+ 4,0 %)

+ 4.901.037,92 EUR



ERLÄUTERUNGEN ZU DEN VA-ANSATZABWEICHUNGEN

Mehrausgaben bei den laufenden Transferzahlungen gemäß FAG (4,9 Mill. EUR) infolge einer höheren Anzahl von berufsschulpflichtigen Schülern als erwartet.

1/129	Anstalten der Lehrer- und Erzieherbildung	
1/1290	Pädagogische Akademien	
1/12900	Personalausgaben (+ 5,7 %)	+ 4.073.561,39 EUR

Mehrausgaben bei Bezügen von Beamten (1,6 Mill. EUR), bei Entgelten an VB I (0,5 Mill. EUR) und VB I/L (4,3 Mill. EUR) durch die Zusammenführung der Berufspädagogischen Akademien und der Pädagogischen Institute in die Pädagogischen Hochschulen per 1. Oktober 2007.

Minderausgaben bei den Mehrleistungsvergütungen (2,6 Mill. EUR) aufgrund der organisatorischen Neustrukturierung der Pädagogischen Hochschulen.

1/12908	Aufwendungen (+ 20,7 %)	+ 1.266.315,09 EUR
---------	----------------------------	--------------------

Mehrausgaben infolge der Gründung der Pädagogischen Hochschulen und Verbuchung der Ausgaben auf diesem VA-Ansatz.

1/1292	Berufspädagogische Akademien	
1/12920	Personalausgaben (– 31,5 %)	– 1.858.208,81 EUR

Minderausgaben bei Bezügen von Beamten (0,7 Mill. EUR), bei Entgelten an VB I/L und bei den Mehrleistungsvergütungen (zusammen 0,7 Mill. EUR) infolge Überführung der Berufspädagogischen Akademien in die Pädagogischen Hochschulen per 1. Oktober 2007 sowie zu hoher Veranschlagung.

1/1294	Pädagogische Institute	
1/12940	Personalausgaben (– 26,5 %)	– 3.425.818,23 EUR

Minderausgaben bei Bezügen von Beamten (2,1 Mill. EUR), bei Entgelten an Vertragsbedienstete sowie den diesbezüglichen Dienstgeberbeiträgen (zusammen 1,0 Mill. EUR) vor allem infolge der Überführung der Pädagogischen Institute in die Pädagogischen Hochschulen per 1. Oktober 2007 sowie zu hoher Veranschlagung.

ERLÄUTERUNGEN ZU DEN VA-ANSATZABWEICHUNGEN



1/12947

Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen)

(- 34,0 %)

- 4.144.275,53 EUR

Minderausgaben bei den Lehrbeauftragten (insgesamt 2,9 Mill. EUR) infolge Gründung der Pädagogischen Hochschulen und Verbuchung dieser Zahlungen beim VA-Ansatz 1/12907.

1/12948

Aufwendungen

(- 36,1 %)

- 1.660.446,80 EUR

Minderausgaben vor allem bei sonstigen Gebühren und Kostenersätzen (0,8 Mill. EUR) infolge Gründung der Pädagogischen Hochschulen und Verbuchung dieser Zahlungen auf dem VA-Ansatz 1/12908.

2/12

Unterricht und Kultur

Im Kapitel 12 betragen die Einnahmen 90,4 Mill. EUR und somit 0,1 % der Gesamteinnahmen des Allgemeinen Haushalts. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 73,4 Mill. EUR wurden 16,9 Mill. EUR (+ 23,0 %) mehr eingenommen.

Mehreinnahmen gegenüber dem Bundesvoranschlag traten insbesondere bei den allgemein bildenden höheren Schulen (+ 4,5 Mill. EUR) vor allem durch höhere Gebühren und Kostenersätze infolge vermehrter Inanspruchnahme von schulischen Einrichtungen durch Dritte sowie beim Bundesdenkmalamt durch unerwartet hohe Spendeneingänge (+ 3,7 Mill. EUR) auf.

Mindereinnahmen gegenüber dem Bundesvoranschlag traten insbesondere bei den Anstalten öffentlichen Rechts auf, wo es infolge nicht vorhersehbarer Übertritte von Beamten in den Ruhestand zu geringeren Kostenersätzen für die Überlassung von Bediensteten kam (- 4,0 Mill. EUR).

	BVA	Einnahmen	Differenz	
	in Millionen EUR			
Kapitel 12 Gesamteinnahmen	73,439	90,362	+ 16,923	+ 23,0 %
zweckgebundene Einnahmen	16,845	33,330	+ 16,485	+ 97,9 %
sonstige Einnahmen	56,594	57,033	+ 0,439	+ 0,8 %

2/120

Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur

2/1205

Anstalten öffentlichen Rechts

2/12054

Erfolgswirksame Einnahmen

(- 30,7 %)

- 4.021.929,21 EUR

Mindereinnahmen vor allem bei den Kostenersätzen für die Überlassung von Bediensteten an das Kunsthistorische Museum (2,2 Mill. EUR) und an die Öster-



ERLÄUTERUNGEN ZU DEN VA-ANSATZABWEICHUNGEN

reichische Nationalbibliothek (1,0 Mill. EUR) aufgrund nicht vorhersehbarer Übertritte von Beamten in den Ruhestand.

2/122 Bundesministerium; Zweckaufwand

2/1221 Erwachsenenbildung

2/12214

Erfolgswirksame Einnahmen

+ 3.169.911,70 EUR

Mehreinnahmen infolge Überweisung von EU-Projektfinanzierungsmitteln (ESF-Mittel) (3,2 Mill. EUR).

2/124 Nachgeordnete Dienststellen

2/1248 Bundesdenkmalamt (zweckgebundene Gebarung)

2/12480

Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen

(+ 145,9 %)

+ 3.694.393,39 EUR

Mehreinnahmen bei den Spenden (3,6 Mill. EUR) aufgrund unerwartet hoher Spendeneingänge.

2/127 Allgemein bildende Schulen

2/1270 Allgemein bildende höhere Schulen

2/12704

Erfolgswirksame Einnahmen

(+ 26,3 %)

+ 1.615.219,73 EUR

Mehreinnahmen beim Betreuungsbeitrag (ganztägige Schulformen) (1,3 Mill. EUR) infolge vermehrter Inanspruchnahme der Tagesbetreuung an Schulen.

**2/1272 Allgemein bildende höhere Schulen
(zweckgebundene Gebarung)**

2/12720

Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen

(+ 190,4 %)

+ 4.484.784,90 EUR

Mehreinnahmen vor allem bei sonstigen Gebühren und Kostenersätzen (2,9 Mill. EUR) infolge vermehrter Inanspruchnahme von schulischen Einrichtungen durch Dritte sowie bei Kostenersätzen (Arbeitsmittelbeiträge) (0,8 Mill. EUR) infolge Verrechnung der Arbeitsmittelbeiträge in der zweckgebundenen Gebarung.



ERLÄUTERUNGEN ZU DEN VA-ANSATZABWEICHUNGEN

589.000 EUR (- 15,7 %), bei den Sachausgaben Minderausgaben in Höhe von 1,1 Mill. EUR (- 0,5 %).

	BVA	Ausgaben in Millionen EUR	Differenz	
Kapitel 13 Gesamtausgaben	228,351	226,670	- 1,681	- 0,7 %
Personalausgaben	3,751	3,162	- 0,589	- 15,7 %
Sachausgaben	224,600	223,508	- 1,092	- 0,5 %
davon:				
Gesetzliche Verpflichtungen	133,721	133,725	+ 0,004	+ 0,0 %
Ermessensausgaben	90,879	89,783	- 1,096	- 1,2 %

1/130 Bundesministerium (Zweckaufwand)

1/1301 Musik und darstellende Kunst; Allgemeine Kulturangelegenheiten

1/13016
Förderungen
(- 5,5 %)

- 1.660.221,06 EUR

Minderausgaben bei den Zuschüssen an Unternehmungen (3,8 Mill. EUR), bei den Baukostenzuschüssen (2,8 Mill. EUR), bei den Zuschüssen für sonstige Anlagen (0,8 Mill. EUR) sowie bei der allgemeinen Kulturförderung (0,6 Mill. EUR).

Mehrausgaben bei den gemeinnützigen Einrichtungen (5,5 Mill. EUR) und bei den Zuschüssen für sonstige Anlagen (0,7 Mill. EUR).

1/1303 Kunstförderungsbeiträge (zweckgebundene Gebarung)

1/13036
Förderungen
(+ 14,2 %)

+ 1.173.630,32 EUR

Mehrausgaben bei den Baukostenzuschüssen (1,3 Mill. EUR) aufgrund höherer Investitionsmaßnahmen beim Theater in der Josefstadt.

1/1305 Kulturelle Schwerpunktprogramme

1/13056
Förderungen
(- 88,1 %)

- 1.001.726,44 EUR

Minderausgaben bei kulturellen Schwerpunktprogrammen (1,0 Mill. EUR), weil einige Filmprojekte auf das Folgejahr verschoben werden mussten.

ERLÄUTERUNGEN ZU DEN VA-ANSATZABWEICHUNGEN



2/13 Kunst

Im Kapitel 13 betragen die Einnahmen 3,0 Mill. EUR und somit 0,004 % der Gesamteinnahmen des Allgemeinen Haushalts. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 3,1 Mill. EUR wurden 63.000 EUR (- 2,1 %) weniger eingenommen.

	BVA	Einnahmen in Millionen EUR	Differenz	
Kapitel 13 Gesamteinnahmen	3,058	2,995	- 0,063	- 2,1 %
zweckgebundene Einnahmen	0,004	0,000	- 0,004	- 100,0 %
sonstige Einnahmen	3,054	2,995	- 0,059	- 1,9 %

1/14 Wissenschaft und Forschung

Im Kapitel 14 betragen die Ausgaben 3.515,4 Mill. EUR und somit 4,9 % der Gesamtausgaben des Allgemeinen Haushalts. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 3.501,8 Mill. EUR wurden 13,6 Mill. EUR (+ 0,4 %) mehr ausgegeben. Während für Personal Minderausgaben in Höhe von 717.000 EUR (- 0,1 %) entstanden, ergaben sich bei den Sachausgaben Mehrausgaben in Höhe von 14,3 Mill. EUR (+ 0,5 %).

Mehrausgaben gegenüber dem Bundesvoranschlag traten insbesondere bei der Österreichischen Akademie der Wissenschaften und bei Forschungsinstituten im Rahmen der Forschungs- und Entwicklungsoffensive (+ 8,7 Mill. EUR), bei den Universitäten (+ 6,9 Mill. EUR) insbesondere für den laufenden klinischen Mehraufwand sowie bei den Fachhochschulen durch Zahlungen an die Wirtschaft und an Vereine (+ 6,1 Mill. EUR) zwecks Finanzierung von Fachhochschulstudienplätzen auf.

Minderausgaben gegenüber dem Bundesvoranschlag traten insbesondere bei Forschungsvorhaben in internationaler Kooperation durch eine geringere Inanspruchnahme von Mitteln (- 11,6 Mill. EUR) sowie bei den Forschungseinrichtungen infolge von Zahlungsverchiebungen bei Forschungs- und Förderungsprogrammen (- 4,8 Mill. EUR) auf.

	BVA	Ausgaben in Millionen EUR	Differenz	
Kapitel 14 Gesamtausgaben	3.501,826	3.515,435	+ 13,609	+ 0,4 %
Personalausgaben darunter:	635,487	634,770	- 0,717	- 0,1 %
BM für Wissenschaft und Forschung,				
1/14000 Zentraleitung	12,314	12,666	+ 0,352	+ 2,9 %
1/14240 Wissenschaftliche Anstalten	17,696	17,304	- 0,392	- 2,2 %
1/14900 Ämter der Universitäten	598,000	597,335	- 0,665	- 0,1 %
Sachausgaben davon:	2.866,339	2.880,665	+ 14,326	+ 0,5 %
Gesetzliche Verpflichtungen	202,120	209,777	+ 7,657	+ 3,8 %
Ermessensausgaben	2.664,219	2.670,888	+ 6,669	+ 0,3 %



ERLÄUTERUNGEN ZU DEN VA-ANSATZABWEICHUNGEN

1/140	Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung	
1/1403	Universitäten; Träger öffentlichen Rechts	
1/14038 Aufwendungen (+ 0,3 %)		+ 6.852.716,-- EUR
	<p>Mehrausgaben beim laufenden klinischen Mehraufwand (35,1 Mill. EUR) infolge Nachzahlungen für Innsbruck für die Jahre 2003 und 2004 sowie aufgrund von Akontozahlungen für Graz und Innsbruck für die Jahre 2005 und 2006. Weitere Mehrausgaben entstanden bei der Universität für Weiterbildung Krems (2,2 Mill. EUR), weil diese VA-Post erst im Laufe des Finanzjahres eröffnet worden ist sowie bei der Hochschulraumbeschaffung (1,2 Mill. EUR) infolge zu niedriger Veranschlagung.</p>	
	<p>Minderausgaben bei der Universitäts-Infrastruktur (F&E-Offensive) (22,0 Mill. EUR), weil das BFG 2007 – im Vergleich zu den Vorjahren – verspätet beschlossen worden ist und Ausschreibungen von Infrastrukturmaßnahmen erst im Herbst 2007 erfolgten. Weitere Minderausgaben entstanden bei den Zuschlagsmieten für die Generalsanierungsoffensive gemäß § 112 des Universitätsgesetzes 2002 (3,7 Mill. EUR) mangels Inanspruchnahme, bei den Globalbudgets (3,3 Mill. EUR) aufgrund des Einbehaltes gemäß § 12 (5) des Universitätsgesetzes 2002 sowie bei den Vorziehprofessuren (F&E-Offensive) (2,7 Mill. EUR) aufgrund der verspäteten Besetzung von Professuren.</p>	
1/1404	Klinikaufwendungen	
1/14048 Aufwendungen (– 2,3 %)		– 1.182.111,63 EUR
	<p>Minderausgaben bei der VOEST-Alpine Medizintechnik GesmbH (VAMED) infolge Verschiebungen im Zahlungsplan bzw. teilweise nicht verausgabter Mittel sowie bei den externen Gutachten und Projekten aufgrund verspäteter Vorlage von Rechnungen (insgesamt 1,2 Mill. EUR).</p>	
1/141	Bundesministerium (Zweckaufwand)	
1/1410	Hochschulische Einrichtungen	
1/14107 Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen) (+ 3,0 %)		+ 5.330.000,-- EUR
	<p>Mehrausgaben bei der Studienförderung (5,3 Mill. EUR), weil die Studienbeihilfen infolge Änderung des Studienförderungsgesetzes 1992, BGBl. I Nr. 46/2007, um 12 % angehoben wurden und dies bei der Budgeterstellung nicht vorhersehbar war.</p>	

ERLÄUTERUNGEN ZU DEN VA-ANSATZABWEICHUNGEN



1/14108
Aufwendungen
(– 3,8 %)

– 1.617.799,59 EUR

Minderausgaben beim Universitätszentrum für Weiterbildung (Krems) (2,2 Mill. EUR), weil während des Finanzjahres ein Teil der Aufwendungen für diese Einrichtung dem VA-Ansatz 1/14038 zugeordnet worden ist und bei der Studienunterstützung (1,5 Mill. EUR) aufgrund geringerer Inanspruchnahme sowie infolge zu hoher Veranschlagung.

Mehrausgaben bei den Bildungsmaßnahmen der EU (ESF-Ziel 3) (insgesamt 3,2 Mill. EUR) aufgrund der Fortführung von Programmen sowie infolge zu niedriger Veranschlagung.

1/1413 **Forschungsvorhaben**

1/14138
Aufwendungen
(– 56,4 %)

– 2.395.991,25 EUR

Minderausgaben bei den Leistungen von Gewerbetreibenden, Firmen und juristischen Personen (F&E-Offensive) (1,2 Mill. EUR) aufgrund der Verzögerung von Zahlungen und bei der Internationalisierung (1,0 Mill. EUR) aufgrund eines geringeren Antragsaufkommens als erwartet sowie infolge zu hoher Veranschlagung.

1/1416 **Forschungseinrichtungen**

1/14168
Aufwendungen
(– 27,3 %)

– 4.810.663,04 EUR

Minderausgaben bei den Leistungen von Gewerbetreibenden, Firmen und juristischen Personen (F&E-Offensive) (6,8 Mill. EUR) aufgrund von Zahlungsverzögerungen bei Forschungs- bzw. Förderungsprogrammen sowie infolge zu hoher Veranschlagung.

Mehrausgaben beim Institute of Science and Technology Austria (ISTA) (1,8 Mill. EUR) infolge zu niedriger Veranschlagung.

1/1417 **Österreichische Akademie der Wissenschaften
und Forschungsinstitute**

1/14176
Förderungen
(+ 6,3 %)

+ 2.100.000,-- EUR

Mehrausgaben bei den Transferzahlungen an sonstige Träger öffentlichen Rechts (F&E-Offensive) (2,1 Mill. EUR) aufgrund der Weiterführung des mittelfristigen Forschungsprogramms (MFP), das der Österreichischen Akademie der Wissenschaften als Planungs- und Steuerungsinstrument dient.



ERLÄUTERUNGEN ZU DEN VA-ANSATZABWEICHUNGEN

1/14178
Aufwendungen
(+ 57,5 %)

+ 8.681.000,-- EUR

Mehrausgaben bei den Transferzahlungen an sonstige Träger öffentlichen Rechts (F&E-Offensive) (4,7 Mill. EUR) für die Aufrechterhaltung des laufenden Betriebes am Zentrum für molekulare Medizin (CeMM) sowie infolge zu niedriger Veranschlagung. Weitere Mehrausgaben beim Institut für Quantenoptik und Quanteninformation (F&E-Offensive) (4,0 Mill. EUR) für die Sicherstellung des weiteren Forschungsbetriebes sowie infolge zu niedriger Veranschlagung.

1/1418 **Forschungsvorhaben in internationaler Kooperation**

1/14187
Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen)
(– 5,9 %)

– 1.042.024,23 EUR

Minderausgaben beim Beitrag für die CERN (Conseil Européen pour la Recherche Nucléaire) (0,9 Mill. EUR) aufgrund einer günstigen Kursentwicklung, weil der CERN-Mitgliedsbeitrag in Schweizer Franken zu entrichten ist.

1/14188
Aufwendungen
(– 32,7 %)

– 11.642.213,31 EUR

Minderausgaben bei den Leistungen von Gewerbetreibenden, Firmen und juristischen Personen (F&E-Offensive) (11,1 Mill. EUR) infolge geringerer Inanspruchnahme von Mitteln in den Bereichen fFORTE, proVISION und dem Stipendienprogramm GSK (Geistes-, Sozial- und Kulturwissenschaften) sowie infolge zu hoher Veranschlagung. Weitere Minderausgaben entstanden bei den START-Wittgenstein-Programmen (2,1 Mill. EUR), weil ein Teil der Zahlungen aus Mitteln der F&E-Offensive geleistet worden ist sowie infolge zu hoher Veranschlagung.

Mehrausgaben bei den Leistungen von Gewerbetreibenden, Firmen und juristischen Personen (1,2 Mill. EUR) aufgrund laufender Zahlungen für Expertenentsendungen sowie infolge eines Teiles der EU-Anbahnungsfinanzierung.

1/142 **Angelegenheiten der Studierenden, Bibliotheken
und wissenschaftlichen Einrichtungen**

1/1424 **Wissenschaftliche Anstalten**

1/14243
Anlagen
(+ 215,4 %)

+ 2.757.341,58 EUR

Mehrausgaben bei den Einrichtungen (automatische Wetterstationen) (1,7 Mill. EUR) aufgrund der Anschaffung der teilautomatischen Wetterstation an der Zentralanstalt für Meteorologie und Geodynamik, bei der Amts-, Betriebs- und Geschäftsausstattung (0,5 Mill. EUR) sowie bei der ADV-Hardware

ERLÄUTERUNGEN ZU DEN VA-ANSATZABWEICHUNGEN



(0,5 Mill. EUR) aufgrund von Neuanschaffungen sowie infolge zu niedriger Veranschlagung.

1/146 Fachhochschulen

1/14606
Förderungen
(+ 3,7 %)

+ 6.092.712,73 EUR

Mehrausgaben bei den laufenden Transferzahlungen an die übrigen Sektoren der Wirtschaft (3,9 Mill. EUR) sowie bei den Zuschüssen an Vereine (2,3 Mill. EUR) aufgrund eines höheren Bedarfes zusätzlicher finanzieller Mittel zur Finanzierung von Fachhochschulstudienplätzen, weil die Anzahl der besetzten Studienplätze stärker angestiegen ist, als zum Zeitpunkt der Budgeterstellung angenommen.

1/149 Ämter

1/1490 Ämter der Universitäten

1/14907
Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen)
(+ 426,7 %)

+ 3.200.088,41 EUR

Mehrausgaben bei den Anteilszahlungen der Universitätslehrkräfte an Taxen (3,3 Mill. EUR) aufgrund eines höheren Aufkommens an Prüfungs- und Begutachtungsentschädigungen sowie infolge zu niedriger Veranschlagung.

1/14908
Aufwendungen
(+ 13,5 %)

+ 1.430.133,59 EUR

Mehrausgaben bei den Aufwandsentschädigungen (1,3 Mill. EUR) infolge zu niedriger Veranschlagung.

2/14 Wissenschaft und Forschung

Im Kapitel 14 betrug die Einnahmen 637,0 Mill. EUR und somit 0,9 % der Gesamteinnahmen des Allgemeinen Haushalts. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 633,0 Mill. EUR wurden 4,0 Mill. EUR (+ 0,6 %) mehr eingenommen.

Mehreinnahmen gegenüber dem Bundesvoranschlag traten insbesondere bei den Ämtern der Universitäten (+ 8,3 Mill. EUR) vor allem für die Ersätze der Ausgaben der Beamten auf, weil eine geringere Anzahl von Beamten in den Ruhestand trat als ursprünglich erwartet wurde.

Mindereinnahmen gegenüber dem Bundesvoranschlag traten insbesondere infolge der Nichteinhaltung von vereinbarten Zahlungsverpflichtungen des Landes Oberösterreich und der Stadt Linz für den Gebarungsabgang der Universität für künstlerische und industrielle Gestaltung Linz auf (- 3,6 Mill. EUR).



ERLÄUTERUNGEN ZU DEN VA-ANSATZABWEICHUNGEN

	BVA	Einnahmen in Millionen EUR	Differenz	
Kapitel 14 Gesamteinnahmen	633,034	637,037	+ 4,003	+ 0,6 %
zweckgebundene Einnahmen	0,065	0,348	+ 0,283	+ 435,4 %
sonstige Einnahmen	632,969	636,690	+ 3,721	+ 0,6 %
2/140	Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung			
2/1403	Universitäten; Träger öffentlichen Rechts			
2/14034	Erfolgswirksame Einnahmen			
(- 100,0 %)				- 3.560.000,-- EUR
	Mindereinnahmen beim Anteil des Landes Oberösterreich (1,8 Mill. EUR) sowie beim Anteil der Stadt Linz (1,8 Mill. EUR) infolge Nichteinhaltung von vereinbarten Zahlungsverpflichtungen für den Gebarungsabgang der Universität für künstlerische und industrielle Gestaltung Linz.			
2/141	Bundesministerium (Zweckaufwand)			
2/1410	Hochschulische Einrichtungen			
2/14104	Erfolgswirksame Einnahmen			
(+ 11,7 %)				+ 1.701.539,96 EUR
	Mehreinnahmen bei den Überweisungen vom BMWA (ESF-Mittel der EU) (1,2 Mill. EUR) sowie bei den Miet- und Pachtzinsen (0,5 Mill. EUR) infolge zu niedriger Veranschlagung.			
2/149	Ämter			
2/1490	Ämter der Universitäten			
2/14904	Erfolgswirksame Einnahmen			
(+ 1,4 %)				+ 8.281.502,14 EUR
	Mehreinnahmen bei den Ersätzen der Universitäten (8,1 Mill. EUR), wonach die Universitäten dem Bund gemäß Universitätsgesetz 2002 die Ausgaben für die Beamten in voller Höhe ersetzen, weil eine geringere Anzahl von Beamten in den Ruhestand trat als zum Zeitpunkt der Budgeterstellung erwartet sowie infolge zu niedriger Veranschlagung.			

ERLÄUTERUNGEN ZU DEN VA-ANSATZABWEICHUNGEN



1/15 Soziales und Konsumentenschutz

Im Kapitel 15 betragen die Ausgaben 2.008,0 Mill. EUR und somit 2,8 % der Gesamtausgaben des Allgemeinen Haushalts. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 2.006,8 Mill. EUR wurden 1,1 Mill. EUR (+ 0,1 %) mehr ausgegeben. Während für Personal Minderausgaben in Höhe von 1,7 Mill. EUR (- 3,3 %) entstanden, ergaben sich bei den Sachausgaben Mehrausgaben in Höhe von 2,8 Mill. EUR (+ 0,1 %).

Mehrausgaben gegenüber dem Bundesvoranschlag traten insbesondere bei den Leistungen nach dem Bundespflegegeldgesetz infolge der Überweisung von Abrechnungsresten für das Jahr 2005 an Versicherungsanstalten (+ 8,0 Mill. EUR) sowie beim Unterstützungsfonds für Menschen mit Behinderung zur Betreuung Pflegebedürftiger in privaten Haushalten (+ 5,0 Mill. EUR) auf.

Minderausgaben gegenüber dem Bundesvoranschlag traten insbesondere bei den Versorgungsgebühren für Kriegsofopfer infolge des Rückgangs der Anzahl der Versorgungsberechtigten (- 11,5 Mill. EUR) auf.

	BVA	Ausgaben in Millionen EUR	Differenz	
Kapitel 15 Gesamtausgaben	2.006,838	2.007,966	+ 1,128	+ 0,1 %
Personalausgaben	50,167	48,512	- 1,655	- 3,3 %
darunter:				
BM für Soziales und Konsumentenschutz,				
1/15000 Zentralleitung	22,969	21,628	- 1,341	- 5,8 %
1/15700 Bundessozialamt	27,198	26,884	- 0,314	- 1,2 %
Sachausgaben	1.956,671	1.959,455	+ 2,784	+ 0,1 %
davon:				
Gesetzliche Verpflichtungen	1.820,675	1.815,621	- 5,054	- 0,3 %
Ermessensausgaben	135,996	143,834	+ 7,838	+ 5,8 %

1/150 Bundesministerium für Soziales und
Konsumentenschutz

1/1500 Zentralleitung

1/15000
Personalausgaben
(- 5,8 %)

- 1.340.509,61 EUR

Minderausgaben bei den VB I aufgrund geringerer Auswirkungen des Struktureffektes als angenommen, bei den Beamten gemäß BB-SozPG durch Versetzung vom Vorruhestand in den Ruhestand sowie bei den Lehrlingen und Sur Place-Bediensteten aufgrund einer Umstellung der Verrechnung (insgesamt 1,4 Mill. EUR).



ERLÄUTERUNGEN ZU DEN VA-ANSATZABWEICHUNGEN

1/15006
Förderungen
(+ 66,5 %)

+ 2.262.036,71 EUR

Mehrausgaben für den Neubau des Sanatoriums Maimonideszentrum (2,0 Mill. EUR) und bei Arbeiterkammern (0,6 Mill. EUR), weil die diesbezügliche Veranschlagung bei Subventionen an private Institutionen erfolgte.

Minderausgaben bei Subventionen an private Institutionen (0,5 Mill. EUR), weil hier die Veranschlagung für die Förderung an die Arbeiterkammern erfolgte.

1/15008
Aufwendungen
(- 7,7 %)

- 1.197.305,61 EUR

Minderausgaben bei Leistungen von Dritten (1,0 Mill. EUR) infolge Rückstellung von Projekten zugunsten der Öffentlichkeitsarbeit, beim ADV-Aufwand aufgrund der Verzögerungen bei diversen Infrastrukturprojekten im IT-Bereich sowie bei diversen Ausgabenzwecken (zusammen 1,2 Mill. EUR).

Mehrausgaben für Öffentlichkeitsarbeit (1,2 Mill. EUR) infolge des weiteren Abbaues des Informationsdefizites der Bevölkerung an den wichtigen Themen des Ressorts.

1/151 Bundesministerium; Opferfürsorge

1/1516 Ehrengaben- und Hilfsfondsgesetz

1/15166
Förderungen

+ 1.896.005,88 EUR

Mehrausgaben infolge Überweisung von Geldmitteln an das Committee for Jewish Claims on Austria für behindertengerechte Maßnahmen, Kuraufenthalte und Arztkosten sowie psychotherapeutische Betreuung durch den Hilfsfonds für Widerstandskämpfer und Opfer der politischen Verfolgung.

1/153 Bundesministerium; Sonstige Leistungen

1/1534 Pflegevorsorge (Kostenersatz)

1/15347
Leistungen nach dem Bundespflegegeldgesetz
(+ 0,5 %)

+ 7.995.800,21 EUR

Mehrausgaben für die Sozialversicherungsanstalt der Bauern (18,0 Mill. EUR), für die Sozialversicherungsanstalt der gewerblichen Wirtschaft (3,2 Mill. EUR) und für die Versicherungsanstalt für Eisenbahnen und Bergbau (1,0 Mill. EUR) infolge der Überweisung von Abrechnungsresten für das Jahr 2005 sowie beim Dienstgeberbeitrag zur Pensionsversicherung (0,6 Mill. EUR) infolge zu niedriger Budgetierung.

ERLÄUTERUNGEN ZU DEN VA-ANSATZABWEICHUNGEN



Minderausgaben für die Pensionsversicherungsanstalt (14,8 Mill. EUR) aufgrund zu hoher Budgetierung.

1/154 Bundesministerium; Allgemeine Fürsorge

1/15446

Unterstützungsfonds für Menschen mit Behinderung

(+ 49,3 %)

+ 5.000.000,-- EUR

Mehrausgaben bei den Zuwendungen an den Fonds (5,0 Mill. EUR) infolge der Auszahlung von Förderungsmitteln für die 24-Stunden-Betreuung pflegebedürftiger Menschen in privaten Haushalten.

1/157 Einrichtungen der Kriegsofoper- und Heeresversorgung

1/15767

Versorgungsgebühren

(- 4,9 %)

- 11.543.676,30 EUR

Minderausgaben in der Kriegsofoperversorgung bei Rentengebühren für Beschädigte (9,5 Mill. EUR), für Leistungen nach dem Bundespflegegeldgesetz (1,3 Mill. EUR) und in der Kriegsofoperversorgung bei Rentengebühren für Witwen bzw. Witwer (0,9 Mill. EUR) infolge stärkeren Rückganges der Anzahl der Versorgungsberechtigten.

2/15 Soziales und Konsumentenschutz

Im Kapitel 15 betragen die Einnahmen 8,0 Mill. EUR und somit 0,01 % der Gesamteinnahmen des Allgemeinen Haushalts. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 10,9 Mill. EUR wurden 2,9 Mill. EUR (- 26,8 %) weniger eingenommen.

Mindereinnahmen gegenüber dem Bundesvoranschlag traten insbesondere bei der Pflegevorsorge (Kostenersatz) durch eine geringere Rückzahlung von Abrechnungsresten der Sozialversicherungsträger für das Jahr 2005 auf (- 1,6 Mill. EUR).

	BVA	Einnahmen	Differenz	
	in Millionen EUR			
Kapitel 15 Gesamteinnahmen	10,945	8,013	- 2,932	- 26,8 %
zweckgebundene Einnahmen	0,001	0,002	+ 0,001	+ 110,0 %
sonstige Einnahmen	10,944	8,011	- 2,933	- 26,8 %



ERLÄUTERUNGEN ZU DEN VA-ANSATZABWEICHUNGEN

2/153 **Bundesministerium; Sonstige Leistungen**

2/1534 **Pflegevorsorge (Kostenersatz)**

2/15344

Erfolgswirksame Einnahmen

(– 39,8 %)

– 1.579.445,43 EUR

Mindereinnahmen aufgrund geringerer Rückzahlung von Abrechnungsresten der Sozialversicherungsträger für das Jahr 2005.

1/16 **Sozialversicherung**

Im Kapitel 16 betragen die Ausgaben 7.317,1 Mill. EUR und somit 10,1 % der Gesamtausgaben des Allgemeinen Haushalts. Der Bundesvoranschlag mit 7.450,3 Mill. EUR wurde bei den Sachausgaben um 133,2 Mill. EUR (– 1,8 %) unterschritten.

Mehrausgaben gegenüber dem Bundesvoranschlag traten beim Bundesbeitrag an die Versicherungsanstalt für Eisenbahnen und Bergbau infolge zu geringer Überweisungen des AMS (+ 50,0 Mill. EUR) auf.

Minderausgaben gegenüber dem Bundesvoranschlag traten insbesondere bei den Bundesbeiträgen an die Pensionsversicherungsanstalt (– 118,7 Mill. EUR) und an die Sozialversicherungsanstalt der gewerblichen Wirtschaft (– 55,9 Mill. EUR) wegen höherer Beitragseinnahmen auf.

	BVA	Ausgaben	Differenz	
	in Millionen EUR			
Kapitel 16 Gesamtausgaben	7.450,340	7.317,119	– 133,221	– 1,8 %
Personalausgaben	–	–	–	–
Sachausgaben	7.450,340	7.317,119	– 133,221	– 1,8 %
davon:				
Gesetzliche Verpflichtungen	7.450,340	7.317,119	– 133,221	– 1,8 %
Ermessensausgaben	–	–	–	–

1/160 **Bundesministerium; Pensionsversicherung
(Bundesbeitrag)**

1/16017

Pensionsversicherungsanstalt; Bundesbeitrag

(– 3,3 %)

– 118.740.000,-- EUR

Minderausgaben infolge höherer Beitragseinnahmen wegen Unterschätzung der Versichertenanzahl.

ERLÄUTERUNGEN ZU DEN VA-ANSATZABWEICHUNGEN



1/16067

SVA der gewerblichen Wirtschaft; Bundesbeitrag

(- 7,2 %)

- 55.931.000,-- EUR

Minderausgaben infolge höherer Beitragseinnahmen wegen Unterschätzung der Beitragsgrundlagenentwicklung.

1/16097

VA für Eisenbahnen und Bergbau; Bundesbeitrag

(+ 15,1 %)

+ 50.000.000,-- EUR

Mehrausgaben infolge geringerer Überweisung des Arbeitsmarktservices wegen Überschätzung der Höhe der Ersatzzeitenfinanzierung.

1/161

Bundesministerium; Ausgleichszulagen

1/16117

Pensionsversicherungsanstalt; Ausgleichszulagen

(- 1,4 %)

- 8.539.000,-- EUR

Minderausgaben infolge Überschätzung des Aufwandes.

2/16

Sozialversicherung

Im Kapitel 16 betragen die Einnahmen 17,9 Mill. EUR und somit 0,03 % der Gesamteinnahmen des Allgemeinen Haushalts. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 17,0 Mill. EUR wurden 902.000 EUR (+ 5,3 %) mehr eingenommen.

	BVA	Einnahmen in Millionen EUR	Differenz	
Kapitel 16 Gesamteinnahmen	17,003	17,905	+ 0,902	+ 5,3 %
zweckgebundene Einnahmen	-	-	-	-
sonstige Einnahmen	17,003	17,905	+ 0,902	+ 5,3 %

1/17

Gesundheit

Im Kapitel 17 betragen die Ausgaben 651,4 Mill. EUR und somit 0,9 % der Gesamtausgaben des Allgemeinen Haushalts. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 665,4 Mill. EUR wurden 14,0 Mill. EUR (- 2,1 %) eingespart. Während für Personal Mehrausgaben in Höhe von 111.000 EUR (+ 0,3 %) entstanden, ergaben sich bei den Sachausgaben Minderausgaben in Höhe von 14,1 Mill. EUR (- 2,3 %).

Minderausgaben gegenüber dem Bundesvoranschlag traten insbesondere bei den Zweckzuschüssen nach dem Kranken- und Kuranstaltengesetz wegen des geringeren Umsatzsteueraufkommens (- 4,2 Mill. EUR) auf.



ERLÄUTERUNGEN ZU DEN VA-ANSATZABWEICHUNGEN

	BVA	Ausgaben in Millionen EUR	Differenz	
Kapitel 17 Gesamtausgaben	665,417	651,387	- 14,030	- 2,1 %
Personalausgaben	38,952	39,063	+ 0,111	+ 0,3 %
darunter:				
BM für Gesundheit, Familie und Jugend,				
1/17000 Zentraleitung	38,063	38,205	+ 0,142	+ 0,4 %
Sachausgaben	626,465	612,324	- 14,141	- 2,3 %
davon:				
Gesetzliche Verpflichtungen	542,566	535,225	- 7,341	- 1,4 %
Ermessensausgaben	83,899	77,099	- 6,800	- 8,1 %
1/170 Bundesministerium für Gesundheit, Familie und Jugend				
1/1700 Zentraleitung				
1/17008 Aufwendungen (- 18,0 %)				- 2.133.596,42 EUR
				Minderausgaben aufgrund von geringeren Ausgaben bei Dienstreisen, Amtshaftungsverfahren, ADV-Software, bei den Bediensteten gemäß P.3(7) Stellenplan (Arbeitsleihverträge) und den sonstigen Aufwendungen im Zentralbereich (insgesamt 2,0 Mill. EUR).
1/17018 Gesundheitsökonomische Belange (- 71,8 %)				- 2.011.015,77 EUR
				Minderausgaben bei sonstigen Leistungen von Gewerbetreibenden, Firmen und juristischen Personen infolge Verzögerungen bei Planungsarbeiten im Qualitätsbereich und für Strukturmaßnahmen im Gesundheitswesen (1,9 Mill. EUR).
1/174 Bundesministerium; Gesundheit; Rechtsangelegenheiten				
1/17427 Zweckzuschüsse nach dem Kranken- und Kuranstaltengesetz (KAKuG) (- 1,0 %)				- 4.178.714,76 EUR
				Minderausgaben infolge des geringeren Umsatzsteueraufkommens.

ERLÄUTERUNGEN ZU DEN VA-ANSATZABWEICHUNGEN



1/175 Leistungen zur Krankenversicherung und sonstige Leistungen zur Sozialversicherung

1/17517

Sonstige Leistungen zur Sozialversicherung
(– 7,9 %)

– 2.484.187,42 EUR

Minderausgaben infolge geringerer Akonto-Zahlungen für den Bundesbeitrag zur Unfallversicherung an die Sozialversicherungsanstalt der Bauern (2,2 Mill. EUR).

2/17 Gesundheit

Im Kapitel 17 betragen die Einnahmen 60,6 Mill. EUR und somit 0,09 % der Gesamteinnahmen des Allgemeinen Haushalts. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 59,2 Mill. EUR wurden 1,4 Mill. EUR (+ 2,3 %) mehr eingenommen.

	BVA	Einnahmen in Millionen EUR	Differenz	
Kapitel 17 Gesamteinnahmen	59,192	60,571	+ 1,379	+ 2,3 %
zweckgebundene Einnahmen	40,351	40,622	+ 0,271	+ 0,7 %
sonstige Einnahmen	18,841	19,950	+ 1,109	+ 5,9 %

1/19 Familie und Jugend

Im Kapitel 19 betragen die Ausgaben 5.890,8 Mill. EUR und somit 8,1 % der Gesamtausgaben des Allgemeinen Haushalts. Der Bundesvoranschlag mit 5.961,4 Mill. EUR wurde bei den Sachausgaben um 70,6 Mill. EUR (– 1,2 %) unterschritten.

Mehrausgaben gegenüber dem Bundesvoranschlag traten insbesondere bei sonstigen familienpolitischen Maßnahmen (+ 44,6 Mill. EUR) vorwiegend durch die Nachzahlung von Pensionsbeiträgen für Kindererziehungszeiten für die Jahre 2005 und 2006 auf.

Minderausgaben gegenüber dem Bundesvoranschlag traten insbesondere bei der Zahlung an den Reservefonds für Familienbeihilfen infolge eines geringeren Abgangs aus der Gebarung des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen (– 76,7 Mill. EUR) sowie bei den Familienbeihilfen durch den Rückgang der Anzahl an Kindern (– 19,3 Mill. EUR) auf.



ERLÄUTERUNGEN ZU DEN VA-ANSATZABWEICHUNGEN

	BVA	Ausgaben in Millionen EUR	Differenz	
Kapitel 19 Gesamtausgaben	5.961,441	5.890,804	- 70,637	- 1,2 %
Personalausgaben	-	-	-	-
Sachausgaben	5.961,441	5.890,804	- 70,637	- 1,2 %
davon:				
Gesetzliche Verpflichtungen	5.813,782	5.749,460	- 64,322	- 1,1 %
Ermessensausgaben	147,659	141,344	- 6,315	- 4,3 %
1/191 Familienpolitische Maßnahmen				
1/1913 Reservefonds für Familienbeihilfen				
1/19137 Zahlung an den Reservefonds für Familienbeihilfen (- 18,3 %)				- 76.749.881,68 EUR
Minderausgaben infolge eines geringeren Abganges aus der Gebarung des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen, den der Bund nach Erschöpfung aller Mittel des Reservefonds für Familienbeihilfen gemäß § 40 Abs. 7 FLAG 1967 aus allgemeinen Budgetmitteln zu decken hatte.				
1/193 Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen (zweckgebundene Gebarung)				
1/19307 Familienbeihilfen (- 0,7 %)				- 19.342.085,63 EUR
Minderausgaben für Familienbeihilfen (Sektion B) (19,0 Mill. EUR) infolge eines Rückganges der Anzahl der anspruchvermittelnden Kinder.				
1/1931 Kinderbetreuungsgeld, Mutter-Kind-Pass-Bonus und Kleinkindbeihilfen				
1/19317 Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen) (- 0,5 %)				- 5.854.421,70 EUR
Minderausgaben für Beiträge zur betrieblichen Mitarbeitervorsorge gemäß § 39l FLAG 1967 (5,8 Mill. EUR) und für Überweisungen für Krankenversicherung (1,9 Mill. EUR) infolge einer geringeren Inanspruchnahme.				
Mehrausgaben für Überweisungen an die Niederösterreichische Gebietskrankenkasse für Karenz- und Kinderbetreuungsgeld gemäß § 39j FLAG 1967 (1,9 Mill. EUR) infolge einer höheren Inanspruchnahme.				

ERLÄUTERUNGEN ZU DEN VA-ANSATZABWEICHUNGEN



1/1933 Schülerfreifahrten

1/19337

Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen)

(– 1,6 %)

– 5.514.893,16 EUR

Minderausgaben für Fahrpreisersätze an die ÖBB Postbus GesmbH (23,9 Mill. EUR) infolge einer verminderten Inanspruchnahme.

Mehrausgaben für Fahrpreisersätze an sonstige öffentlich-rechtliche Körperschaften (7,8 Mill. EUR), für Fahrpreise im Gelegenheitsverkehr (5,1 Mill. EUR) und für Fahrpreisersätze (ÖBB Schiene) (5,0 Mill. EUR) sowie für Kostenersätze an Schulerhalter oder an Gemeinden (0,7 Mill. EUR) infolge einer vermehrten Inanspruchnahme.

1/1934 Schulbücher

1/19347

Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen)

(– 1,7 %)

– 1.750.609,33 EUR

Minderausgaben für die Einlösung der Schulbuchgutscheine (2,0 Mill. EUR) infolge mangelnder Ausschöpfung der Schulbuchlimits durch die Schulen.

1/1935 Lehrlingsfreifahrten

1/19357

Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen)

(+ 8,5 %)

+ 1.363.775,92 EUR

Mehrausgaben für Fahrpreisersätze an sonstige Verkehrsunternehmen (1,2 Mill. EUR) und an sonstige öffentlich-rechtliche Körperschaften (0,9 Mill. EUR) infolge einer vermehrten Inanspruchnahme.

Minderausgaben für Fahrpreisersätze an die ÖBB Postbus GesmbH (0,5 Mill. EUR) infolge einer verminderten Inanspruchnahme.

1/1938 Sonstige familienpolitische Maßnahmen

1/19387

Sonstige Maßnahmen

(+ 5,1 %)

+ 44.629.582,33 EUR

Mehrausgaben für Pensionsbeiträge für Kindererziehungszeiten (40,1 Mill. EUR) infolge von Nachzahlungen für die Jahre 2005 und 2006 und der Wertsicherung der Beitragsgrundlage für Zeiten der Kindererziehung nach dem Sozialrechts-Änderungsgesetz 2007, BGBl. I Nr. 31/2007, welche erstmals rückwirkend für das Jahr 2006 mit der Aufwertungszahl vervielfacht wurde sowie für den Teilersatz der Aufwendungen für das Wochengeld (4,5 Mill. EUR) infolge der Abrechnungen der Krankenversicherungsträger für das Jahr 2006.



ERLÄUTERUNGEN ZU DEN VA-ANSATZABWEICHUNGEN

Minderausgaben für Pensionsbeiträge für Pflegepersonen von Schwerstbehinderten (0,9 Mill. EUR) infolge geringerer Inanspruchnahme.

1/19389
Unterhaltsvorschüsse
(– 2,8 %) – 2.935.549,18 EUR

Minderausgaben für Unterhaltsvorschüsse infolge geringerer Inanspruchnahme.

2/19 Familie und Jugend

Im Kapitel 19 betragen die Einnahmen 5.536,9 Mill. EUR und somit 8,0 % der Gesamteinnahmen des Allgemeinen Haushalts. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 5.529,7 Mill. EUR wurden 7,3 Mill. EUR (+ 0,1 %) mehr eingenommen.

Mehreinnahmen gegenüber dem Bundesvoranschlag traten insbesondere beim Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen bei den Dienstgeberbeiträgen infolge höherer Bruttoarbeitslöhne (+ 64,5 Mill. EUR) sowie beim Anteil der Einkommen- und Körperschaftsteuer entsprechend dem höheren Abgabenaufkommen (+ 21,5 Mill. EUR) auf.

Mindereinnahmen gegenüber dem Bundesvoranschlag traten insbesondere beim Ersatz vom Reservefonds für Familienbeihilfen wegen des niedrigeren Abganges aus der Gebarung des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen (– 76,7 Mill. EUR) auf.

	BVA	Einnahmen in Millionen EUR	Differenz	
Kapitel 19 Gesamteinnahmen	5.529,685	5.536,937	+ 7,252	+ 0,1 %
zweckgebundene Einnahmen	5.529,677	5.536,937	+ 7,260	+ 0,1 %
sonstige Einnahmen	0,008	0,001	– 0,007	– 90,3 %

2/193 Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen (zweckgebundene Gebarung)

2/19300
Dienstgeberbeiträge (Sektion A)
(+ 1,7 %) + 64.539.746,15 EUR

Mehreinnahmen infolge höherer Bruttoarbeitslöhne.

2/19310
Anteil der Einkommen- und Körperschaftsteuer
(+ 4,5 %) + 21.480.026,78 EUR

Mehreinnahmen entsprechen dem Abgabenaufkommen.

ERLÄUTERUNGEN ZU DEN VA-ANSATZABWEICHUNGEN



2/19390

Ersatz vom Reservefonds für Familienbeihilfen

(- 18,3 %)

- 76.749.881,68 EUR

Der Abgang aus der Gebarung des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen war mit 342.238.118,32 EUR um 76,7 Mill. EUR niedriger als erwartet.

1/20

Äußeres

Im Kapitel 20 betragen die Ausgaben 410,0 Mill. EUR und somit 0,6 % der Gesamtausgaben des Allgemeinen Haushalts. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 388,1 Mill. EUR wurden 21,9 Mill. EUR (+ 5,6 %) mehr ausgegeben. Während für Personal Minderausgaben in Höhe von 1,4 Mill. EUR (- 2,2 %) entstanden, ergaben sich bei den Sachausgaben Mehrausgaben in Höhe von 23,3 Mill. EUR (+ 7,2 %).

Mehrausgaben gegenüber dem Bundesvoranschlag traten insbesondere bei den Beiträgen an internationale Organisationen für friedenserhaltende Missionen (+ 20,0 Mill. EUR) und bei den Zuwendungen gemäß Entwicklungszusammenarbeitsgesetz (+ 3,4 Mill. EUR) auf.

Minderausgaben gegenüber dem Bundesvoranschlag traten bedingt durch das Budgetprovisorium 2007 insbesondere bei Ausgaben für Anlagen (- 3,4 Mill. EUR) vor allem wegen der zeitverzögerten Auftragserteilung im Bereich der Immobilienverwaltung und im ADV-Bereich bei den Vertretungsbehörden im Ausland auf.

	BVA	Ausgaben in Millionen EUR	Differenz	
Kapitel 20 Gesamtausgaben	388,109	410,019	+ 21,910	+ 5,6 %
Personalausgaben	63,598	62,175	- 1,423	- 2,2 %
davon:				
BM für europäische und internationale				
1/20000 Angelegenheiten, Zentraleitung	27,604	27,523	- 0,081	- 0,3 %
1/20100 Vertretungsbehörden	35,994	34,653	- 1,341	- 3,7 %
Sachausgaben	324,511	347,844	+ 23,333	+ 7,2 %
davon:				
Gesetzliche Verpflichtungen	65,920	85,609	+ 19,689	+ 29,9 %
Ermessensausgaben	258,591	262,235	+ 3,644	+ 1,4 %



ERLÄUTERUNGEN ZU DEN VA-ANSATZABWEICHUNGEN

1/200	Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten	
1/2003	Beiträge an internationale Organisationen	
1/20036 Förderungen (+ 18,8 %)		+ 3.894.271,03 EUR
	Mehrausgaben vor allem für das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (VN) (UNDP) (0,7 Mill. EUR), das Kinderhilfswerk der VN (UNICEF) (0,7 Mill. EUR), den Freiwilligen Fonds der VN für beratende Dienste auf dem Gebiet der Menschenrechte (0,5 Mill. EUR) sowie das Freiwilligen-Programm der WHO (0,5 Mill. EUR) infolge Anhebung der Beitragszahlungen.	
1/20037 Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen) (+ 39,8 %)		+ 20.022.772,60 EUR
	Mehrausgaben vor allem für das UN-Nahostkontingent (UNIFIL) (7,0 Mill. EUR), die VN-Mission im Sudan (4,0 Mill. EUR), die Mission der VN in der Demokratischen Republik Kongo (MONUC) (4,0 Mill. EUR), die Beobachtermission der VN in Liberia (UNOMIL) (2,1 Mill. EUR), die Mission der VN in Ost-Timor (UNAMET) (1,9 Mill. EUR), die VN-Stabilization Mission in Haiti (MINUSTAH) (1,8 Mill. EUR), die Interimsverwaltung der VN im Kosovo (UNMIK) (1,3 Mill. EUR) und die VN-Operation in Cote d'Ivoire (UNOCI) (1,1 Mill. EUR) durch gestiegene Beitragsvorschreibungen der österreichischen Pflichtbeiträge infolge Fortsetzung bzw. Erweiterung bestehender friedenserhaltender Missionen der Vereinten Nationen.	
	Minderausgaben vor allem bei der VN-Operation in Burundi (ONUB) (1,3 Mill. EUR), der UN-Mission in the Central African Republic (MINURCA) (1,0 Mill. EUR) und bei der Beobachtermission der VN in Sierra Leone (UNOMSIL) (0,8 Mill. EUR) infolge Reduktion von friedenserhaltenden Operationen der Vereinten Nationen.	
1/2009	Österreichische Gesellschaft für Entwicklungszusammenarbeit mbH (ADA)	
1/20096 Förderungen (+ 3,5 %)		+ 3.350.000,-- EUR
	Mehrausgaben bei den Zuwendungen für operationelle Maßnahmen gemäß § 10 Ziffer 2 EZA-Gesetz (3,4 Mill. EUR) infolge eines erweiterten Arbeitsprogramms, um die Entwicklungshilfeleistungen Österreichs bis zum Jahr 2010 auf 0,51 % des Bruttonationaleinkommens zu steigern.	

ERLÄUTERUNGEN ZU DEN VA-ANSATZABWEICHUNGEN



1/201 Vertretungsbehörden

1/20100
Personalausgaben
(– 3,7 %)

– 1.341.088,48 EUR

Minderausgaben vor allem bei den Vertragsbediensteten I Z (1,6 Mill. EUR) infolge Fluktuation der Bediensteten zwischen Zentralleitung und Vertretungsbehörden sowie infolge Nichtbesetzung von Personalplanstellen während des Budgetprovisoriums.

1/20103
Anlagen
(– 57,3 %)

– 3.424.355,63 EUR

Minderausgaben vor allem bei Instandsetzung von Gebäuden (1,4 Mill. EUR) infolge durch das Budgetprovisorium eingeschränkter Bautätigkeiten und ausstehender Abrechnungen sowie bei ADV-Hardware (1,0 Mill. EUR) infolge zeitverzögerter Auftragsvergabe des ADV-Neuausstattungskonzepts „ELISA“.

2/20 Äußeres

Im Kapitel 20 betragen die Einnahmen 3,4 Mill. EUR und somit 0,005 % der Gesamteinnahmen des Allgemeinen Haushalts. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 3,3 Mill. EUR wurden 129.000 EUR (+ 3,9 %) mehr eingenommen.

	BVA	Einnahmen in Millionen EUR	Differenz	
Kapitel 20 Gesamteinnahmen	3,313	3,442	+ 0,129	+ 3,9 %
zweckgebundene Einnahmen	0,254	0,315	+ 0,061	+ 24,1 %
sonstige Einnahmen	3,059	3,126	+ 0,067	+ 2,2 %

1/30 Justiz

Im Kapitel 30 betragen die Ausgaben 1.086,1 Mill. EUR und somit 1,5 % der Gesamtausgaben des Allgemeinen Haushalts. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 1.040,8 Mill. EUR wurden 45,3 Mill. EUR (+ 4,4 %) mehr ausgegeben. Während für Personal Minderausgaben in Höhe von 7,1 Mill. EUR (– 1,4 %) entstanden, ergaben sich bei den Sachausgaben Mehrausgaben in Höhe von 52,4 Mill. EUR (+ 9,8 %).

Mehrausgaben gegenüber dem Bundesvoranschlag traten insbesondere bei den Aufwendungen der Justizanstalten (+ 28,4 Mill. EUR), u.a. infolge der gestiegenen Kosten für Gefangenearbeiten, bei den Aufwendungen der Justizbehörden in den Ländern (+ 12,1 Mill. EUR), vor allem durch vermehrt in Anspruch genommene Sachverständigen-Leistungen, sowie bei den Zahlungen im Zusammenhang mit dem Bundesimmobiliengesetz für die Bezahlung von Schulden aus 2006 (+ 10,0 Mill. EUR) auf.



ERLÄUTERUNGEN ZU DEN VA-ANSATZABWEICHUNGEN

Minderausgaben gegenüber dem Bundesvoranschlag traten insbesondere bei den Personalausgaben der Justizbehörden in den Ländern aufgrund von Einsparungen (- 4,3 Mill. EUR) auf.

Überschreitungen ohne gesetzliche Grundlage in Höhe von 122.172,17 EUR entstanden bei den Personalausgaben der Justizanstalten.

	BVA	Ausgaben	Differenz	
	in Millionen EUR			
Kapitel 30 Gesamtausgaben	1.040,754	1.086,068	+ 45,314	+ 4,4 %
Personalausgaben	506,438	499,341	- 7,097	- 1,4 %
darunter:				
1/30000 BM für Justiz, Zentraleitung	14,073	12,844	- 1,229	- 8,7 %
1/30200 Justizbehörden in den Ländern	321,414	317,106	- 4,308	- 1,3 %
1/30300 Justizanstalten	139,031	136,834	- 2,197	- 1,6 %
Sachausgaben	534,316	586,726	+ 52,410	+ 9,8 %
davon:				
Gesetzliche Verpflichtungen	100,139	112,436	+ 12,297	+ 12,3 %
Ermessensausgaben	434,177	474,291	+ 40,114	+ 9,2 %

1/300 Bundesministerium für Justiz

1/30000

Personalausgaben
(- 8,7 %)

- 1.229.277,58 EUR

Minderausgaben bei den Beamtenbezügen (0,9 Mill. EUR), weil zum Zeitpunkt der Voranschlagserstellung die budgetären Auswirkungen der Ausgliederung der Strafvollzugsverwaltung noch nicht in allen Details absehbar war und wegen der zeitlich verschobenen Personal(nach)-Besetzungen im Zusammenhang mit dem Aufnahmestopp der Bundesregierung.

1/30008

Aufwendungen
(- 30,3 %)

- 3.307.356,82 EUR

Minderausgaben bei den Entgelten an die Buchhaltungsagentur (3,6 Mill. EUR) aufgrund geringerer Zahlungsvorschreibungen.

1/30018

Zahlungen im Zusammenhang mit dem
Bundesimmobiliengesetz
(+ 20,0 %)

+ 9.967.845,51 EUR

Mehrausgaben bei den Mieten der Justizbehörden (4,9 Mill. EUR) und der Justizanstalten (1,2 Mill. EUR) sowie bei den Betriebskosten der Justizbehörden (2,9 Mill. EUR) und der Justizanstalten (0,7 Mill. EUR). Ursachen dafür waren insbesondere die Bezahlung von Schulden aus 2006 im Bereich der Justizanstalten, die aufgrund der Fertigstellung des Wiener Justizpalastes und der Bezirksgerichtsgebäude Graz-West und Klagenfurt zu entrichtenden zusätzlichen

ERLÄUTERUNGEN ZU DEN VA-ANSATZABWEICHUNGEN



Mieten und Betriebskosten, Nachzahlungen aus Betriebskostenabrechnungen für das Jahr 2006 sowie eine Erhöhung der laufenden Betriebskosten-Akonti durch die BIG.

1/302 Justizbehörden in den Ländern

1/30200
Personalausgaben
(– 1,3 %)

– 4.307.953,68 EUR

Minderausgaben bei den Entgelten und den zugehörigen Dienstgeberbeiträgen der Vertragsbediensteten (zusammen 2,0 Mill. EUR) und den Bezügen und zugehörigen Dienstgeberbeiträgen der Beamten (zusammen 0,7 Mill. EUR) wegen nicht besetzter Planstellen, bei den Mehrleistungsvergütungen (0,5 Mill. EUR) aufgrund von Einsparungen sowie bei den Entgelten für Vertragsbedienstete I/J (1,3 Mill. EUR) wegen geänderter gesetzlicher Bestimmungen für die Verrechnung von Geldleistungen aufgrund von Ausbildungs- und Lehrverhältnissen (siehe auch Erläuterungen zum VA-Ansatz 1/30207).

1/30207
Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen)
(+ 12,6 %)

+ 12.071.019,91 EUR

Mehrausgaben für Entschädigungen gemäß dem Gebührenanspruchsgesetz (5,2 Mill. EUR) sowie für ersatzpflichtige Entschädigungen nach dem ASGG (4,5 Mill. EUR) infolge vermehrt in Anspruch genommener Sachverständiger und aufgrund der Umsatzsteuerpflicht für ärztliche Sachverständigenleistungen. Weitere Mehrausgaben für Lehrlinge und Verwaltungspraktikanten (1,7 Mill. EUR) wegen geänderter gesetzlicher Bestimmungen für die Verrechnung von Geldleistungen aufgrund von Ausbildungs- und Lehrverhältnissen (siehe auch Erläuterungen zum VA-Ansatz 1/30200).

1/30208
Aufwendungen
(+ 3,3 %)

+ 5.206.852,30 EUR

Mehrausgaben bei Instandhaltungen von Gebäuden (3,0 Mill. EUR) aufgrund vertraglich vereinbarter Baukostenbeiträge an die BIG und zusätzlicher Aufwendungen anlässlich der StPO-Reform, bei Leistungen der Post (1,4 Mill. EUR) für Portoentgelte und bei Entgelten von Gewerbetreibenden, Firmen und juristischen Personen sowie von Einzelpersonen (insgesamt 0,9 Mill. EUR) insbesondere aufgrund vermehrter therapeutischer Leistungen nach dem Suchtmittelgesetz sowie für die Überlassung von Arbeitskräften. Weitere Mehrausgaben bei den Entgelten an die BRZ GmbH (1,4 Mill. EUR) insbesondere aufgrund großer Änderungen in der Applikation VJ (Verfahrensautomation Justiz) infolge der StPO-Reform.



ERLÄUTERUNGEN ZU DEN VA-ANSATZABWEICHUNGEN

1/303	Justizanstalten	
1/3030	Justizanstalten	
1/30300	Personalausgaben	
	(– 1,6 %)	– 2.196.827,83 EUR

Minderausgaben bei den Entgelten für Vertragsbedienstete (insgesamt 2,5 Mill. EUR) und den zugehörigen Dienstgeberbeiträgen (insgesamt 0,8 Mill. EUR) aufgrund von Übernahmen in das öffentlich-rechtliche Dienstverhältnis, bei Mehrleistungsvergütungen (0,9 Mill. EUR) insbesondere wegen Einsparungen bei Journaldienstzulagen sowie bei den Vergütungen für Nebentätigkeiten und den sonstigen Nebengebühren (zusammen 0,6 Mill. EUR).

Mehrausgaben bei den Beamtenbezügen (2,7 Mill. EUR) infolge der Übernahme von Vertragsbediensteten in das Beamtenschema.

Überschreitungen im Ausmaß von 122.172,17 EUR erfolgten ohne gesetzliche Grundlage.

1/30303	Anlagen	
	(– 20,4 %)	– 2.575.461,96 EUR

Minderausgaben bei Maschinen und maschinellen Anlagen-Anstaltsausstattung (0,7 Mill. EUR), bei Hardware-ADV (0,6 Mill. EUR), bei der sonstigen Amtsausstattung und bei den Sonderanlagen (insgesamt 1,1 Mill. EUR) aufgrund geplanter Ausgabenrückstellungen zugunsten fälliger Verpflichtungen beim VA-Ansatz 1/30308.

1/30308	Aufwendungen	
	(+ 21,5 %)	+ 28.362.623,13 EUR

Mehrausgaben bei ADV-Gebrauchsgütern (0,6 Mill. EUR) da der Einzelanschaffungswert der Hardware zunehmend unter die Anlagengrenze fällt, bei Vergütungen für Gefangenenarbeiten (21,1 Mill. EUR) aufgrund von Nachzahlungen für 2006 bei Vollzugkostenbeiträgen gemäß § 32 StVG (siehe korrespondierende Mehreinnahmen beim VA-Ansatz 2/30304) sowie bei Entgelten von Gewerbetreibenden, Firmen und juristischen Personen (10,2 Mill. EUR) aufgrund der gestiegenen Krankenhauskosten bedingt durch den immer schlechter werdenden Gesundheitszustand der Insassen und infolge der gestiegenen Kosten für den Maßnahmenvollzug gemäß § 21 Abs. 1 StGB und § 429 Abs. 4 StPO.

Minderausgaben bei der Instandhaltung von Gebäuden (2,2 Mill. EUR) aufgrund von Bauverzögerungen, verspäteter Rechnungsvorlagen und geplanter Ausgabenrückstellungen.

ERLÄUTERUNGEN ZU DEN VA-ANSATZABWEICHUNGEN



1/3034 Justizanstalt Sonnberg

1/30348
Aufwendungen
(+ 39,2 %)

+ 1.058.146,74 EUR

Mehrausgaben im Rahmen der Flexibilisierungsklausel entstanden vor allem aufgrund einer Belagserweiterung.

1/3035 Justizanstalt Graz-Jakomini

1/30358
Aufwendungen
(+ 35,0 %)

+ 1.054.902,97 EUR

Mehrausgaben im Rahmen der Flexibilisierungsklausel entstanden vor allem aufgrund einer Belagserweiterung.

2/30 Justiz

Im Kapitel 30 betragen die Einnahmen 789,8 Mill. EUR und somit 1,1 % der Gesamteinnahmen des Allgemeinen Haushalts. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 745,3 Mill. EUR wurden 44,5 Mill. EUR (+ 6,0 %) mehr eingenommen.

Mehreinnahmen gegenüber dem Bundesvoranschlag traten insbesondere bei den Justizanstalten bei den Kostenbeiträgen für hoheitliche Leistungen aus dem Strafvollzug (Vollzugskostenbeiträge) (+ 22,8 Mill. EUR) sowie bei den Justizbehörden in den Ländern (+ 18,7 Mill. EUR) durch vermehrte Inanspruchnahme der Gerichte und aufgrund einer Neufestsetzung von Gerichtsgebühren auf.

	BVA	Einnahmen	Differenz	
	in Millionen EUR			
Kapitel 30 Gesamteinnahmen	745,268	789,758	+ 44,490	+ 6,0 %
zweckgebundene Einnahmen	0,004	0,005	+ 0,001	+ 16,8 %
sonstige Einnahmen	745,264	789,754	+ 44,490	+ 6,0 %



ERLÄUTERUNGEN ZU DEN VA-ANSATZABWEICHUNGEN

2/302 Justizbehörden in den Ländern

2/30204

Erfolgswirksame Einnahmen

(+ 2,7 %)

+ 18.726.083,53 EUR

Mehreinnahmen bei Gebühren und Ersätzen in Rechtssachen (12,4 Mill. EUR) durch vermehrte Inanspruchnahme der Gerichte und aufgrund der mit Wirksamkeit vom 1. August 2006 in Kraft getretenen Verordnung der Bundesministerin für Justiz über die Neufestsetzung von Gerichtsgebühren und Bemessungsgrundlagen sowie bei Strafgeldern (6,2 Mill. EUR) wegen einer hohen Geldbuße in einem Einzelverfahren.

2/303 Justizanstalten

2/3030

Justizanstalten

2/30304

Erfolgswirksame Einnahmen

(+ 50,6 %)

+ 22.761.831,26 EUR

Mehreinnahmen bei den Einnahmen aus betriebsmäßigen Leistungen der Justizanstalten (0,8 Mill. EUR) sowie bei den Kostenbeiträgen für hoheitliche Leistungen aus dem Strafvollzug (21,5 Mill. EUR) aufgrund von Mehreinnahmen bei den Vollzugskostenbeiträgen gemäß § 32 StVG (siehe korrespondierende Mehrausgaben beim VA-Ansatz 1/30308).

2/3034 Justizanstalt Sonnberg

2/30344

Erfolgswirksame Einnahmen

(+ 94,2 %)

+ 1.087.588,24 EUR

Mehreinnahmen bei den Einnahmen aus betriebsmäßigen Leistungen sowie bei den Kostenbeiträgen für hoheitliche Leistungen aus dem Strafvollzug (insgesamt 0,9 Mill. EUR).

2/3035 Justizanstalt Graz-Jakomini

2/30354

Erfolgswirksame Einnahmen

(+ 108,3 %)

+ 1.228.694,44 EUR

Mehreinnahmen bei den Einnahmen aus betriebsmäßigen Leistungen sowie bei den Kostenbeiträgen für hoheitliche Leistungen aus dem Strafvollzug (insgesamt 1,1 Mill. EUR).

ERLÄUTERUNGEN ZU DEN VA-ANSATZABWEICHUNGEN



1/40 Militärische Angelegenheiten

Im Kapitel 40 betragen die Ausgaben 2.187,7 Mill. EUR und somit 3,0 % der Gesamtausgaben des Allgemeinen Haushalts. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 2.250,3 Mill. EUR wurden 62,6 Mill. EUR (- 2,8 %) weniger ausgegeben. Während für Personal Mehrausgaben in Höhe von 11,9 Mill. EUR (+ 1,3 %) entstanden, ergaben sich bei den Sachausgaben Minderausgaben in Höhe von 74,5 Mill. EUR (- 5,5 %).

Mehrausgaben gegenüber dem Bundesvoranschlag traten insbesondere bei Aufwendungen für Bauvorhaben (+ 30,6 Mill. EUR) durch deren raschere Umsetzung sowie durch gestiegene Personalausgaben für Heer und Heeresverwaltung (+ 11,1 Mill. EUR), vor allem wegen Personalaufstockungen beim Grenzeinsatz, auf.

Minderausgaben gegenüber dem Bundesvoranschlag traten insbesondere bei den Aufwendungen von Heer und Heeresverwaltung durch Einsparungen und geringere Beschaffung (- 92,5 Mill. EUR) auf.

	BVA	Ausgaben	Differenz	
	in Millionen EUR			
Kapitel 40 Gesamtausgaben	2.250,273	2.187,668	- 62,605	- 2,8 %
Personalausgaben	894,434	906,290	+ 11,856	+ 1,3 %
darunter:				
1/40000 BM für Landesverteidigung, Zentraleitung	49,928	50,752	+ 0,824	+ 1,6 %
1/40100 Heer und Heeresverwaltung	837,831	848,885	+ 11,054	+ 1,3 %
Sachausgaben	1.355,839	1.281,378	- 74,461	- 5,5 %
davon:				
Gesetzliche Verpflichtungen	155,710	146,129	- 9,581	- 6,2 %
Ermessensausgaben	1.200,129	1.135,250	- 64,879	- 5,4 %

1/400 Bundesministerium für Landesverteidigung

1/40003

Anlagen

(- 58,4 %)

- 1.039.711,41 EUR

Minderausgaben bei Hardware und Software aufgrund zu hoher Budgetierung.

1/40008

Aufwendungen

(- 18,2 %)

- 1.537.198,88 EUR

Minderausgaben bei der Amts- und Betriebsausstattung, bei sonstigen Transporten und bei sonstigen Leistungen von Gewerbetreibenden, Firmen und juristischen Personen infolge zu hoher Budgetierung.



ERLÄUTERUNGEN ZU DEN VA-ANSATZABWEICHUNGEN

1/401 Heer und Heeresverwaltung

1/40100
Personalausgaben
(+ 1,3 %)

+ 11.053.904,22 EUR

Mehrausgaben bei den Beamten (19,8 Mill. EUR) aufgrund von Korrekturbuchungen aus dem Auslaufzeitraum 2006 in Höhe von rund 7,8 Mill. EUR sowie einer Personalaufstockung beim Grenzeinsatz. Ein weiterer Mehrbedarf entstand bei den Jubiläumszuwendungen (1,1 Mill. EUR) und den sonstigen Nebengebühren (2,3 Mill. EUR) wegen zu niedriger Budgetierung.

Minderausgaben bei den Beamten (MZ) (3,9 Mill. EUR) durch einen verminderten Personalstand, bei den Beamten (BB-SozPG) (0,8 Mill. EUR) wurde das Ende des Vorruhestands durch eine gesetzliche Änderung vorgezogen. Minderausgaben bei den Vertragsbediensteten aufgrund geringerer Anzahl an Aufnahmen als erwartet und durch Verrechnungsumstellungen (insgesamt 4,0 Mill. EUR). Der Minderbedarf bei den Belohnungen (1,2 Mill. EUR) und den Dienstgeberbeiträgen (0,8 Mill. EUR) ergibt sich durch eine zu hohe Budgetierung.

1/40107
Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen)
(- 6,1 %)

- 9.458.142,80 EUR

Minderausgaben bei Monatsgeld, Dienstgradzulage (2,7 Mill. EUR) und Grundvergütung (2,0 Mill. EUR) durch einen geringeren Stand an Grundwehrdienern. Weiters ergaben sich Einsparungen durch eine verminderte Inanspruchnahme von Familienbeihilfen (0,5 Mill. EUR), bei den Gebühren für die Benützung von Gemeindeeinrichtungen (1,6 Mill. EUR) aufgrund falscher Budgetierung, sowie bei Entschädigungen für freiwillige Waffenübungen (3,3 Mill. EUR). Die Minderausgaben bei der Fahrtkostenvergütung (1,6 Mill. EUR), bei den Geldleistungen für Auslandseinsätze (0,7 Mill. EUR) und beim Entgelt für den Ausbildungsdienst (7,5 Mill. EUR) entstanden durch verminderte Inanspruchnahme.

Mehrausgaben entstanden bei den Entschädigungen für Waffenübungen (4,4 Mill. EUR) aufgrund vermehrter Meldungen zu Übungen, bei den VB I/J Z (1,9 Mill. EUR) wegen Verrechnungsumstellungen und bei den Geldleistungen nach dem AusLEG Z (6,1 Mill. EUR) wegen vermehrter Auslandseinsätze.

1/40108
Aufwendungen
(- 8,3 %)

- 91.977.671,72 EUR

Minderausgaben bei Handelswaren zur unentgeltlichen Abgabe (0,6 Mill. EUR) sowie bei Beobachtungs- und Messgerät (1,7 Mill. EUR) und bei Hardware (ADV) (1,1 Mill. EUR) wegen geringerer Beschaffungen. Minderbedarf bei der Verpflegung (2,2 Mill. EUR) und bei den Mitteln zur ärztlichen Betreuung (1,1 Mill. EUR) durch die Verkürzung des Grundwehrdienstes auf sechs Monate. Minderausgaben bei Brennstoffen (0,7 Mill. EUR) und Energiebezügen

ERLÄUTERUNGEN ZU DEN VA-ANSATZABWEICHUNGEN



(2,7 Mill. EUR) aufgrund des milden Winters, bei Treibstoffen für Luftfahrzeuge (2,0 Mill. EUR) wegen verminderter Flugstunden, bei Munition- und Nahkampfmitteln (10,6 Mill. EUR) wegen Verringerung des Bevorratungszeitraumes sowie bei sonstigen Verbrauchsmitteln (0,9 Mill. EUR) aufgrund zu hoher Budgetierung.

Minderausgaben bei der Erstellung von Grundstückseinrichtungen (4,7 Mill. EUR) wegen Verrechnung auf dem VA-Ansatz 1/40138, bei Pioniergerät (4,5 Mill. EUR) aufgrund Verzögerungen bei der Ausstattung der Baupionierkompanie sowie der Neuausschreibung für die Grundüberholung des Pionierpanzers. Minderausgaben bei DFÜ-Einrichtungen (0,8 Mill. EUR) wegen Umplanungen, bei Kraftfahrgerät (0,7 Mill. EUR), Verpflegsgerät (0,9 Mill. EUR) und ABC-Brandschutzausstattung (0,8 Mill. EUR) wegen verspäteten Einlangens der Rechnungen. Weitere Minderausgaben bei Luftzeuggerät aufgrund noch nicht erteilter Genehmigungen und wegen eines noch nicht abgeschlossenen Steuerverfahrens (insgesamt 15,0 Mill. EUR).

Minderausgaben bei Kraftfahrgerät aufgrund von Nichtlieferungen und wegen gesunkener Materialerhaltungsmaßnahmen (insgesamt 12,8 Mill. EUR) sowie bei sonstigen Einrichtungen (0,7 Mill. EUR). Minderausgaben bei Sanitätsgerät (2,8 Mill. EUR) wegen Verschiebung von Beschaffungen. Weitere Minderausgaben bei Waffen (10,8 Mill. EUR) entstanden durch Lieferverschiebungen. Bei Beobachtungs- und Messgerät (2,7 Mill. EUR) und bei sonstigen Einrichtungen (1,3 Mill. EUR) ergaben sich Minderausgaben durch nicht zeitgerecht einlangende Rechnungen und Nichtabnahmen sowie wegen geringerer Nachbeschaffungen.

Minderausgaben bei Fernmeldegerät (1,5 Mill. EUR) aufgrund geringerer Ersatzteilbeschaffung, bei Waffen (4,8 Mill. EUR) wegen eingeschränkter Übungsbetriebs, bei Bekleidung und Ausrüstung (6,4 Mill. EUR) wegen Lieferverzugs. Minderausgaben bei Sonderanlagen (2,7 Mill. EUR) aufgrund Neuausschreibung der Flugfeldtankanlagen, bei Instandhaltung von sonstigen Kraftfahrzeugen (5,5 Mill. EUR) wegen verminderter Instandhaltungsmaßnahmen, sowie bei Instandhaltung von Luftfahrzeugen (11,0 Mill. EUR) aufgrund veringerten Flugstunden.

Minderausgaben bei Transporten durch die Bahn (1,4 Mill. EUR) weil weniger Übungen durchgeführt wurden. Bei sonstigen Transporten (0,7 Mill. EUR) sind sie auf geringere Kosten bei den Lufttransporten zurückzuführen, bei Leistungen der Post (1,0 Mill. EUR) entstanden sie wegen Kostenreduktionen, bei den Versicherungen (1,1 Mill. EUR) und sonstigen Leistungen ADV (10,2 Mill. EUR) wegen verspätet eingelangter Rechnungen.

Minderausgaben bei Miet- und Pachtzinsen für Wohnzwecke (1,6 Mill. EUR) durch Rückgabe von angemieteten Wohnungen, sowie bei sonstigen Leistungen von Gewerbetreibenden, Firmen und juristischen Personen (4,1 Mill. EUR), da Zahlungen an die ACG (AUSTROCONTROL) nicht sachlich richtig gestellt werden konnten. Minderausgaben bei Ausbildungsleistungen (6,9 Mill. EUR) sind darauf zurückzuführen, dass keine korrekte Rechnungslegung erfolgte, bei den Kosten gemäß § 2 MilBFG (3,1 Mill. EUR) und gemäß § 3 MilBFG (5,9 Mill. EUR) entstanden sie aufgrund verminderter Inanspruchnahme der



ERLÄUTERUNGEN ZU DEN VA-ANSATZABWEICHUNGEN

Berufsförderung, bei Instandhaltung von Sonderanlagen (0,5 Mill. EUR) aufgrund zu hoher Budgetierung.

Mehrausgaben bei ADV-Verbrauchsgütern (1,2 Mill. EUR) aufgrund der Umsetzung des Druckerkonzeptes NEU, bei Treibstoffen für Kraftfahrzeuge (1,1 Mill. EUR) wegen Preissteigerungen, bei Fernmeldegerät (12,4 Mill. EUR) und bei ABC und Brandschutzausstattung (0,8 Mill. EUR) aufgrund von Vorlieferungen. Mehrausgaben beim Radar (27,8 Mill. EUR) wegen vorgezogener Zahlungen, bei Software (ADV) (2,9 Mill. EUR) wegen Preiserhöhungen, bei Inlandreisen (0,9 Mill. EUR) sowie bei Auslandsreisen/Übersiedlungen Z (0,8 Mill. EUR) aufgrund vermehrter Dienst- und Übersiedlungsreisen sowie bei Auslandszulagen Z (3,8 Mill. EUR) wegen zu geringer Dotierung.

Mehrausgaben bei Instandhaltung von sonstigen Anlagen (4,3 Mill. EUR) wegen der Verwirklichung nicht geplanter Erneuerungen, bei Mieten für Liegenschaften und Räumlichkeiten (0,9 Mill. EUR) wegen nicht verwirklichter Einsparungen, bei Programmerstellung ADV (2,2 Mill. EUR) aufgrund einer Projektverschiebung sowie bei Maschinen und maschinellen Einrichtungen (1,0 Mill. EUR) wegen schnelleren Baufortschritts.

1/40138

Aufwendungen (Bauvorhaben)

(+ 44,1 %)

+ 30.576.687,40 EUR

Mehrausgaben bei der Erstellung (19,7 Mill. EUR) und Instandhaltung von Gebäuden (10,4 Mill. EUR) wegen rascherer Umsetzung von Baumaßnahmen, bei Instandhaltung von Straßenbauten (0,5 Mill. EUR) aufgrund zu niedriger Budgetierung.

2/40

Militärische Angelegenheiten

Im Kapitel 40 betragen die Einnahmen 52,3 Mill. EUR und somit 0,1 % der Gesamteinnahmen des Allgemeinen Haushalts. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 43,8 Mill. EUR wurden 8,6 Mill. EUR (+ 19,6 %) mehr eingenommen.

Mehreinnahmen gegenüber dem Bundesvoranschlag traten insbesondere bei Heer und Heeresverwaltung (+ 5,2 Mill. EUR) vor allem durch die Veräußerung von Altmaterial auf.

	BVA	Einnahmen	Differenz	
	in Millionen EUR			
Kapitel 40 Gesamteinnahmen	43,756	52,349	+ 8,593	+ 19,6 %
zweckgebundene Einnahmen	5,304	4,997	- 0,307	- 5,8 %
sonstige Einnahmen	38,452	47,352	+ 8,900	+ 23,1 %

ERLÄUTERUNGEN ZU DEN VA-ANSATZABWEICHUNGEN



2/401 Heer und Heeresverwaltung

2/40104

Erfolgswirksame Einnahmen

(+ 27,2 %)

+ 5.187.802,93 EUR

Mehreinnahmen bei Veräußerungen von Altmaterial (4,8 Mill. EUR), beim Verpflegsgeldersatz (1,6 Mill. EUR) sowie durch sonstige verschiedene Einnahmen (1,6 Mill. EUR).

Mindereinnahmen bei den Kostenersätzen für Auslandseinsätze (3,6 Mill. EUR).

2/405

Heeres-Land- und Forstwirtschaftsbetriebe

2/4050

Allentsteig (betriebsähnliche Einrichtung)

2/40504

Erfolgswirksame Einnahmen

(+ 75,2 %)

+ 2.146.285,80 EUR

Mehreinnahmen durch erhöhten Holzverkauf (2,1 Mill. EUR).

1/50

Finanzverwaltung

Im Kapitel 50 betragen die Ausgaben 1.858,4 Mill. EUR und somit 2,6 % der Gesamtausgaben des Allgemeinen Haushalts. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 1.869,7 Mill. EUR wurden 11,3 Mill. EUR (- 0,6 %) weniger ausgegeben. Während für Personal Minderausgaben in Höhe von 16,2 Mill. EUR (- 1,2 %) entstanden, ergaben sich bei den Sachausgaben Mehrausgaben in Höhe von 4,9 Mill. EUR (+ 1,0 %).

Mehrausgaben gegenüber dem Bundesvoranschlag traten insbesondere bei den Aufwendungen für den IT-Bereich im Zusammenhang mit verschiedenen Projekten des BMF (+ 26,3 Mill. EUR) sowie bei den Personalausgaben der Ämter gemäß Poststrukturgesetz infolge einer geringeren Personalreduktion als angenommen (+ 10,9 Mill. EUR) auf.

Minderausgaben gegenüber dem Bundesvoranschlag traten insbesondere bei den Ausfuhrerstattungen gemäß EU-Vorschriften durch eine Kürzung der EU-Budgetmittel wegen der internationalen Agrarmarktlage (- 19,2 Mill. EUR) sowie bei den Personalausgaben der Dienststellen der Zoll- und Abgabenverwaltung infolge zu hoher Veranschlagung (- 15,2 Mill. EUR) auf.



ERLÄUTERUNGEN ZU DEN VA-ANSATZABWEICHUNGEN

	BVA	Ausgaben in Millionen EUR	Differenz	
Kapitel 50 Gesamtausgaben	1.869,672	1.858,367	- 11,305	- 0,6 %
Personalausgaben darunter:	1.384,423	1.368,266	- 16,157	- 1,2 %
1/50000 BM für Finanzen, Zentraleitung	51,639	45,820	- 5,819	- 11,3 %
1/50400 Dienststellen d. Zoll- u. Abgabenverwaltung	411,172	395,934	- 15,238	- 3,7 %
1/50430 Steuer- und Zollkoordination	30,215	29,743	- 0,472	- 1,6 %
1/50450 Steuerfahndung	6,561	4,788	- 1,773	- 27,0 %
1/50720 Bundesfinanzakademie (BFA)	4,953	3,497	- 1,456	- 29,4 %
1/50800 Österreichisches Postsparkassenamt	30,740	29,531	- 1,209	- 3,9 %
1/50830 Ämter gemäß Poststrukturgesetz	806,497	817,371	+ 10,874	+ 1,3 %
1/50870 Amt für Bundespensionen	2,763	2,596	- 0,167	- 6,0 %
Sachausgaben davon:	485,249	490,102	+ 4,853	+ 1,0 %
Gesetzliche Verpflichtungen	37,633	45,768	+ 8,135	+ 21,6 %
Ermessensausgaben	447,616	444,334	- 3,282	- 0,7 %
1/500 Bundesministerium für Finanzen				
1/5000 Zentraleitung				
1/50000 Personalausgaben (- 11,3 %)				- 5.818.897,39 EUR
Minderausgaben für Beamte (9,9 Mill. EUR) und für sonstige Dienstgeberbeiträge zur sozialen Sicherheit der Beamten (0,6 Mill. EUR) infolge zu hoher Veranschlagung.				
Meherausgaben für Vertragsbedienstete I (4,5 Mill. EUR) und sonstige Dienstgeberbeiträge zur sozialen Sicherheit der Vertragsbediensteten (0,6 Mill. EUR) infolge von Personalaufnahmen.				
1/50007 Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen) (+ 224,6 %)				+ 1.428.337,02 EUR
Meherausgaben für andere öffentliche Abgaben (1,5 Mill. EUR) im Zusammenhang mit der Errichtung eines Finanzzentrums in Wien Mitte.				
1/50008 Aufwendungen (+ 5,7 %)				+ 4.340.247,55 EUR
Meherausgaben für Schadensvergütungen (5,5 Mill. EUR) im Zusammenhang mit der Restzahlung an die Unterstützungsgesellschaft (BHI) und Vergleichszahlungen aus den Insolvenzen der Rieger Bank AG, für Leistungsentgelte an die Buchhaltungsagentur (2,2 Mill. EUR), für Ausgaben aufgrund gesetzlicher Anordnung (1,3 Mill. EUR) im Wesentlichen an die Gebühren Info Service GmbH				

ERLÄUTERUNGEN ZU DEN VA-ANSATZABWEICHUNGEN



(GIS) und für Entgelte für sonstige Werkleistungen juristischer Personen (Projekt A) (1,0 Mill. EUR) aufgrund der Übersiedlung des BMF in das Ausweichquartier sowie für Handelswaren zur unentgeltlichen Abgabe (0,8 Mill. EUR) im Zusammenhang mit den erstmaligen Ausstattungskosten für das neue Dienstkleid „Zoll“.

Minderausgaben vorwiegend für Arbeitsleihe (1,4 Mill. EUR) infolge zu hoher Veranschlagung.

1/5002

IT-Bereich

1/50028

Aufwendungen
(+ 23,2 %)

+ 26.263.842,21 EUR

Mehrausgaben an die BRZ GmbH für den Betrieb, die Infrastruktur und BMF-Projekte (27,1 Mill. EUR) sowie für ressortübergreifende Projekte (0,8 Mill. EUR) und an Sonstige für den Betrieb des BMF (0,8 Mill. EUR) im Wesentlichen im Zusammenhang mit Prüfsoftware, Personalverwaltung, Budget/Rechnungswesen/Zahlungsverkehr, Controlling und Sicherheit.

Minderausgaben an die BRZ GmbH für die Strukturreform e-finanz (1,1 Mill. EUR) sowie an Sonstige für ressortübergreifende Projekte (0,7 Mill. EUR) und die Strukturreform e-finanz (0,7 Mill. EUR).

1/5005

Verwertung ehemals deutscher Vermögenswerte

1/50058

Aufwendungen

+ 1.575.647,01 EUR

Mehrausgaben für Transaktionskosten von juristischen Personen (Vereinbarung mit BIG) (0,9 Mill. EUR) im Zusammenhang mit Nachbesserungszahlungen sowie für Entgelte für sonstige Werkleistungen (0,6 Mill. EUR).

1/501

Bundesministerium für Finanzen (Zweckaufwand)

1/50107

Zurückstellung von Silbermünzen
(+ 136,1 %)

+ 7.983.213,85 EUR

Mehrausgaben im Zusammenhang mit der Rückstellung von Silbermünzen gemäß § 21 Abs. 1 des Scheidemünzengesetzes 1988, BGBl. Nr. 597 i.d.g.F..

1/50138

Schuldenerleichterung infolge internationaler Aktionen
(- 23,4 %)

- 8.426.385,21 EUR

Minderausgaben für die ärmsten und hochverschuldeten Staaten (4,5 Mill. EUR) sowie für Länder mit mittlerem Einkommen (3,9 Mill. EUR).



ERLÄUTERUNGEN ZU DEN VA-ANSATZABWEICHUNGEN

1/50148 Bundesbeschaffungs GmbH (BB-GmbH) (– 27,4 %)		– 1.304.000,-- EUR
	Minderausgaben für laufende Transferzahlungen (0,8 Mill. EUR) und Kapitaltransferzahlungen (0,5 Mill. EUR).	
1/502	Bundesministerium für Finanzen (Förderungsmaßnahmen)	
1/50296 Sonstige Förderungen (– 14,7 %)		– 2.393.677,50 EUR
	Minderausgaben aus Kooperationsabkommen mit der Internationalen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (IBRD) (1,0 Mill. EUR), der Inter-Amerikanischen Entwicklungsbank (IDB) (0,7 Mill. EUR) sowie der Afrikanischen Entwicklungsbank (AfEB) (0,7 Mill. EUR).	
	Mehrausgaben aus Kooperationsabkommen mit der Internationalen Finanzkorporation (IFC) (1,0 Mill. EUR).	
1/504	Zoll- und Abgabenverwaltung	
1/5040	Dienststellen	
1/50400 Personalausgaben (– 3,7 %)		– 15.238.141,83 EUR
	Minderausgaben für Vertragsbedienstete I (5,5 Mill. EUR), für Mehrleistungsvergütungen (4,2 Mill. EUR), für sonstige Dienstgeberbeiträge zur sozialen Sicherheit der Vertragsbediensteten (2,7 Mill. EUR), für Beamte (1,2 Mill. EUR), für sonstige Nebengebühren (0,8 Mill. EUR) und für Belohnungen (0,8 Mill. EUR) infolge zu hoher Veranschlagung.	
	Mehrausgaben für Jubiläumswendungen (0,5 Mill. EUR) infolge zu vorsichtiger Veranschlagung.	
1/50403 Anlagen (– 58,6 %)		– 2.501.270,19 EUR
	Minderausgaben für Amts- und Betriebsausstattung (Generalplan 2010) (1,8 Mill. EUR) infolge der Bauverzögerung beim AMS-Landeck und für sonstige Kraftfahrzeuge (0,7 Mill. EUR) im Wesentlichen infolge zeitlich verzögerter Auslieferung der Kraftfahrzeuge.	

ERLÄUTERUNGEN ZU DEN VA-ANSATZABWEICHUNGEN



1/50408
Aufwendungen
(– 2,4 %)

– 2.113.202,09 EUR

Minderausgaben für geringwertige Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens, für Telekommunikationsgebühren, für sonstige diverse Entgelte, für Druckwerke, Energiegebühren und Öffentlichkeitsarbeit (insgesamt 5,9 Mill. EUR).

Mehrausgaben für BIG-Mieten (2,4 Mill. EUR) infolge deren Valorisierung und für die Instandhaltung von Gebäuden (Generalplan 2010) (1,8 Mill. EUR) im Zusammenhang mit der Errichtung des Terminal Towers in Linz.

1/50418
Ausführerstattungen gemäß EU-Vorschriften
(– 54,8 %)

– 19.189.147,73 EUR

Minderausgaben infolge der Kürzung der EU-Budgetmittel aufgrund der internationalen Agrarmarktlage.

1/5043 **Steuer- und Zollkoordination**

1/50438
Aufwendungen
(– 8,5 %)

– 1.133.577,32 EUR

Minderausgaben für sonstige Leistungsentgelte von juristischen Personen (0,7 Mill. EUR) im Wesentlichen infolge der Verschiebung des Zahlungsvollzuges.

1/5045 **Steuerfahndung**

1/50450
Personalausgaben
(– 27,0 %)

– 1.772.808,31 EUR

Minderausgaben für Mehrleistungsvergütungen (0,6 Mill. EUR) und für Beamte (0,5 Mill. EUR) infolge mangelnder Erfahrungswerte, da die Steuerfahndung erst mit 1. März 2007 als eigene Dienstbehörde begründet wurde.

1/507 **Sonstige nachgeordnete Dienststellen**

1/5072 **Bundesfinanzakademie (BFA)**

1/50720
Personalausgaben
(– 29,4 %)

– 1.455.954,04 EUR

Minderausgaben für Vergütungen für Nebentätigkeit (1,4 Mill. EUR) infolge zu hoher Veranschlagung.



ERLÄUTERUNGEN ZU DEN VA-ANSATZABWEICHUNGEN

1/508	Unternehmungen mit Bundesbediensteten	
1/5080	Österreichisches Postsparkassenamt	
1/50800	Personalausgaben	
(– 3,9 %)		– 1.208.728,62 EUR
	Minderausgaben vorwiegend für Vertragsbedienstete I (0,5 Mill. EUR) infolge zu hoher Veranschlagung.	
1/5083	Ämter gemäß Poststrukturgesetz	
1/50830	Personalausgaben	
(+ 1,3 %)		+ 10.873.746,-- EUR
	Mehrausgaben für Beamte (11,0 Mill. EUR) und für Mehrleistungsvergütungen (1,4 Mill. EUR) infolge einer geringeren Personalreduktion als angenommen.	
	Minderausgaben für sonstige Nebengebühren (0,7 Mill. EUR) im Zusammenhang mit der Pensionsreform 2000.	
1/50838	Aufwendungen	
(+ 10,9 %)		+ 4.108.364,89 EUR
	Mehrausgaben für Inlandreisen (4,5 Mill. EUR) infolge einer geringeren Personalreduktion als angenommen.	

2/50 Finanzverwaltung

Im Kapitel 50 betragen die Einnahmen 1.585,7 Mill. EUR und somit 2,3 % der Gesamteinnahmen des Allgemeinen Haushalts. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 1.494,6 Mill. EUR wurden 91,1 Mill. EUR (+ 6,1 %) mehr eingenommen.

Mehreinnahmen gegenüber dem Bundesvoranschlag traten insbesondere bei der Zentralleitung (+ 42,1 Mill. EUR) vor allem im Zusammenhang mit der Lehrlingsausbildungsprämie, bei der Verwertung ehemals deutscher Vermögenswerte durch die Veräußerung von Liegenschaften (+ 26,7 Mill. EUR) sowie bei den Ämtern gemäß Poststrukturgesetz aus den Ersätzen der Post und Telekom Austria AG durch eine geringere als erwartete Personalreduktion (+ 10,3 Mill. EUR) auf.

Mindereinnahmen gegenüber dem Bundesvoranschlag traten insbesondere beim Zweckaufwand des BMF durch eine Änderung der Verrechnung (– 8,0 Mill. EUR) auf.

ERLÄUTERUNGEN ZU DEN VA-ANSATZABWEICHUNGEN



	BVA	Einnahmen in Millionen EUR	Differenz	
Kapitel 50 Gesamteinnahmen	1.494,643	1.585,725	+ 91,082	+ 6,1 %
zweckgebundene Einnahmen	0,129	8,603	+ 8,474	+ 6.569,3 %
sonstige Einnahmen	1.494,514	1.577,121	+ 82,607	+ 5,5 %
2/500	Bundesministerium für Finanzen			
2/5000	Zentralleitung			
2/50004	Erfolgswirksame Einnahmen			
(+ 19,3 %)				+ 42.089.887,97 EUR
	<p>Mehreinnahmen aus Transferzahlungen von Unternehmungen mit Bundesbeteiligung (46,7 Mill. EUR) im Zusammenhang mit Einnahmen gemäß § 108f EStG 1988 bzw. § 12 Abs. 6 des Insolvenz-Entgeltsicherungsgesetzes, BGBl. Nr. 324/1977 i.d.g.F. (Lehrlingsausbildungsprämie), aus Kostenersätzen aufgrund Doppelbesteuerungsabkommen (3,0 Mill. EUR) zwischen der Republik Österreich und der Schweizerischen Eidgenossenschaft, aus Pönalezinsen gemäß § 97 Abs. 1 des Bankwesengesetzes, BGBl. 532/1993 i.d.g.F. (1,3 Mill. EUR), aus nachträglich empfangenen Rabatten (0,6 Mill. EUR) und aus Inkassovergütungen (Kostenersätze) (0,6 Mill. EUR).</p> <p>Mindereinnahmen aus Gebühren für hoheitliche Leistungen (10,6 Mill. EUR) im Wesentlichen im Zusammenhang mit Rundfunk- und Fernsehgebühren.</p>			
2/5001	Einhebungsvergütung gemäß Art. II Abs. 3 Eigenmittelbeschluss			
2/50014	Einhebungsvergütungen			
(+ 3,1 %)				+ 2.035.315,84 EUR
	Mehreinnahmen infolge höherer Einnahmen aus Zoll-, Agrar- und Zuckerabgaben.			
2/5005	Verwertung ehemals deutscher Vermögenswerte			
2/50058	Sonstige bestandswirksame Einnahmen			
				+ 26.671.808,52 EUR
	Mehreinnahmen aus der Veräußerung bebauter Grundstücke (20,1 Mill. EUR) und sonstiger unbebauter Liegenschaften (6,6 Mill. EUR).			



ERLÄUTERUNGEN ZU DEN VA-ANSATZABWEICHUNGEN

2/501	Bundesministerium für Finanzen (Zweckaufwand)	
2/50100	Einschmelzerlöse aus zurückgestellten Silbermünzen	+ 7.983.413,85 EUR
	Mehreinnahmen aus Einschmelzerlösen von zurückgestellten Silbermünzen (7,8 Mill. EUR).	
2/50194	Erfolgswirksame Einnahmen	
(- 100,0 %)		- 8.000.000,-- EUR
	Mindereinnahmen aufgrund einer Änderung der Verrechnung zugunsten des VA-Ansatzes 2/50234.	
2/502	Bundesministerium für Finanzen (Förderungsmaßnahmen)	
2/50234	Laufende Einnahmen aus Zuschüssen	
(+ 2,7 %)		+ 7.699.156,17 EUR
	Mehreinnahmen aus Rückersätzen von Ausgaben der Vorjahre (8,2 Mill. EUR).	
2/504	Zoll- und Abgabenverwaltung	
2/5040	Dienststellen	
2/50404	Erfolgswirksame Einnahmen	
(+ 38,2 %)		+ 5.413.122,54 EUR
	Mehreinnahmen aus Einhebungsvergütungen von Kammern der gewerblichen Wirtschaft (4,2 Mill. EUR).	
2/508	Unternehmungen mit Bundesbediensteten	
2/5080	Österreichisches Postsparkassenamt	
2/50804	Ersätze der Österreichischen Postsparkasse	
(- 3,3 %)		- 1.052.883,01 EUR
	Mindereinnahmen infolge verspäteter Refundierung für den Monat Dezember 2007.	

ERLÄUTERUNGEN ZU DEN VA-ANSATZABWEICHUNGEN



2/5083 Ämter gemäß Poststrukturgesetz

2/50834
Erfolgswirksame Einnahmen
(+ 1,2 %) + 10.297.233,76 EUR

Mehreinnahmen aus Ersätzen der Post und Telekom Austria AG stehen im Zusammenhang mit den Mehrausgaben bei den VA-Ansätzen 1/50830 und 1/50838.

2/5087 Amt für Bundespensionen

2/50874
Erfolgswirksame Einnahmen
(- 100,0 %) - 2.829.000,-- EUR

Mindereinnahmen aus Ersätzen der Versicherungsanstalt öffentlich Bediensteter (Bedienstete) nach dem Bundespensionsamtübertragungsgesetz, BGBl. I Nr. 89/2006 i.d.g.F., infolge verspäteter Refundierung für das Jahr 2007.

1/51 Kassenverwaltung

Im Kapitel 51 betragen die Ausgaben 2.198,2 Mill. EUR und somit 3,0 % der Gesamtausgaben des Allgemeinen Haushalts. Der Bundesvoranschlag mit 788,7 Mill. EUR wurde bei den Sachausgaben um 1.409,5 Mill. EUR (+ 178,7 %) überschritten.

Mehrausgaben gegenüber dem Bundesvoranschlag traten insbesondere bei der Zuführung an die allgemeine Rücklage (+ 134,2 Mill. EUR), bei der Zuführung an die zweckgebundene Einnahmen-Rücklage (+ 315,1 Mill. EUR), bei der Zuführung an die Ausgleichsrücklage (+ 678,7 Mill. EUR) und bei der Zuführung an die besondere Rücklage (+ 679,9 Mill. EUR) auf.

Minderausgaben gegenüber dem Bundesvoranschlag traten insbesondere bei der Pauschalvorsorge für Sachaufwand (- 316,0 Mill. EUR), bei der Pauschalvorsorge für die Forschungsoffensive (- 60,0 Mill. EUR), bei der Pauschalvorsorge für Soziale Absicherung (- 62,0 Mill. EUR) und bei der Pauschalvorsorge für Infrastruktur (- 60,0 Mill. EUR) auf.

	BVA	Ausgaben	Differenz	
	in Millionen EUR			
Kapitel 51 Gesamtausgaben	788,712	2.198,248	+ 1.409,536	+ 178,7 %
Personalausgaben	-	-	-	-
Sachausgaben	788,712	2.198,248	+ 1.409,536	+ 178,7 %
davon:				
Gesetzliche Verpflichtungen	152,001	0,000	- 152,001	- 100,0 %
Ermessensausgaben	636,711	2.198,248	+ 1.561,537	+ 245,3 %



ERLÄUTERUNGEN ZU DEN VA-ANSATZABWEICHUNGEN

1/510 **Geldverkehr des Bundes**

1/51038
Kursverluste
(– 100,0 %)

– 3.596.000,-- EUR

Minderausgaben durch geringere Kursverluste aus dem Effekten- und Geldverkehr des Bundes.

1/5106 **Ausgaben mit Gegenposition**

1/51068
Aufwendungen mit Gegenposition

+ 36.160.688,81 EUR

Mehrausgaben aufgrund sachgerechter Verrechnung von unmittelbar zusammenhängenden Einnahmen im Kapitel 58 (2/585.).

1/511 **Geldverkehr des Bundes (zweckgebundene Gebarung)**

1/5111 **Siedlungswasserwirtschaft**

1/51118
Aufwendungen
(– 4,4 %)

– 12.175.625,35 EUR

Minderausgaben aufgrund geringerer Anforderungen des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft für Zwecke der Siedlungswasserwirtschaft.

1/512 **Rücklagen**

Die Zuführung nicht in Anspruch genommener Teile von Ausgabenvoranschlagsansätzen sowie solcher von zweckgebundenen Einnahmen und Einnahmen aus EU-Rückflüssen an Haushaltsrücklagen gemäß den Bestimmungen des Bundeshaushaltsgesetzes und des Bundesfinanzgesetzes 2007 erfolgt durch buchmäßige Ausweisung von Mehrausgaben in entsprechender Höhe bei den nachstehenden Voranschlagsansätzen der Kassenverwaltung (Titel 1/512). Diesen Mehrausgaben stehen als Bedeckung einzelne Ausgabenersparungen und zweckgebundene Mehreinnahmen sowie Reste von nicht in Anspruch genommenen Rücklagenentnahmen bei den in Frage kommenden Voranschlagsansätzen gegenüber.

1/51219
Zuführung an allgemeine Rücklage

+ 134.193.299,-- EUR

Mehrausgaben zur Bildung einer entsprechenden Haushaltsrücklage.

ERLÄUTERUNGEN ZU DEN VA-ANSATZABWEICHUNGEN



1/51229
Zuführung an Rücklage (Flexibilisierungsklausel) + 9.437.282,84 EUR

Mehrausgaben zur Bildung einer entsprechenden Haushaltsrücklage.

1/51249
Zuführung an zweckgebundene Einnahmen-Rücklage + 315.098.584,17 EUR

Mehrausgaben zur Bildung einer entsprechenden Haushaltsrücklage.

1/51259
Zuführung an Ausgleichsrücklage + 678.724.442,41 EUR

Mehrausgaben zur Bildung einer entsprechenden Haushaltsrücklage.

1/51269
Zuführung an besondere Rücklage + 679.891.486,-- EUR

Mehrausgaben zur Bildung einer entsprechenden Haushaltsrücklage.

1/51279
Zuführung an besondere Einnahmen-Rücklage + 3.479.864,13 EUR

Mehrausgaben zur Bildung einer entsprechenden Haushaltsrücklage.

1/51289
Zuführung an besondere Aufwendungen-Rücklage + 65.987.342,-- EUR

Mehrausgaben zur Bildung einer entsprechenden Haushaltsrücklage.

1/518 **Sonstige Pauschalvorsorgen**

1/5181 **Pauschalvorsorge für Sachausgaben**

Diese Pauschalvorsorge für Sachausgaben war zur Bedeckung der bei den einzelnen anweisenden Organen tatsächlich anfallenden unaufschiebbaren Mehrausgaben, insbesondere solcher für Hilfeleistungen in Katastrophen-, Seuchen- und Epidemiefällen, für Sondermaßnahmen der Bundesregierung im In- und Ausland sowie für die Durchführung von unvorhersehbaren Reise- und Repräsentationsaufwendungen vorgesehen.



ERLÄUTERUNGEN ZU DEN VA-ANSATZABWEICHUNGEN

1/51816
Förderungen
(– 100,0 %)

– 5.700.000,-- EUR

Bei diesem Voranschlagsansatz wurden für den Verzicht auf Rücklagenzuführung 5,7 Mill. EUR gebunden.

1/51817
Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen)
(– 100,0 %)

– 90.000.000,-- EUR

Bei diesem Voranschlagsansatz wurden für den Verzicht auf Rücklagenzuführung 90,0 Mill. EUR gebunden.

1/51818
Aufwendungen
(– 100,0 %)

– 220.340.000,-- EUR

Bei diesem Voranschlagsansatz wurden insgesamt 220,3 Mill. EUR zur Bedeckung von Mehrausgaben für Hilfsmaßnahmen der Bundesregierung im Ausland (0,1 Mill. EUR), für Reise- und Repräsentationsverpflichtungen des Bundespräsidenten (1,2 Mill. EUR), für die Begräbnisfeierlichkeiten von Bundespräsidenten a. D. Dr. Kurt Waldheim (0,2 Mill. EUR) sowie für den teilweisen Verzicht auf Rücklagenzuführung (218,8 Mill. EUR) gebunden.

1/5185 **Forschungsoffensive**

Diese Pauschalvorsorge war zur Bedeckung der Mehrausgaben für die Finanzierung der Forschungsoffensive der Bundesregierung vorgesehen.

1/51856
Förderungen
(– 100,0 %)

– 60.000.000,-- EUR

Bei diesem Voranschlagsansatz wurden insgesamt 6,1 Mill. EUR zur Bedeckung von Mehrausgaben für die Weiterführung des Mittelfristigen Forschungsprogramms (MFP) der Österreichischen Akademie der Wissenschaften (2,1 Mill. EUR) sowie für das Institut für Quantenoptik und Quanteninformation (IQOI) (4,0 Mill. EUR) gebunden.

1/5186 **Soziale Absicherung**

1/51867
Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen)
(– 100,0 %)

– 62.000.000,-- EUR

Bei diesem Voranschlagsansatz wurden 5,0 Mill. EUR zur Bedeckung von Mehrausgaben für die Mitfinanzierung der 24-Stunden-Betreuung pflegebedürftiger Menschen in Privathaushalten gebunden.

ERLÄUTERUNGEN ZU DEN VA-ANSATZABWEICHUNGEN



1/5187 **Infrastruktur**

1/51878
Aufwendungen
(– 100,0 %)

– 60.000.000,-- EUR

Bei diesem Voranschlagsansatz wurden 60,0 Mill. EUR zur Bedeckung von Mehrausgaben für Maßnahmen im Zusammenhang mit der Infrastrukturoffensive gebunden.

2/51 **Kassenverwaltung**

Im Kapitel 51 betragen die Einnahmen 3.220,8 Mill. EUR und somit 4,6 % der Gesamteinnahmen des Allgemeinen Haushalts. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 2.859,4 Mill. EUR wurden 361,3 Mill. EUR (+ 12,6 %) mehr eingenommen.

Mehreinnahmen gegenüber dem Bundesvoranschlag traten insbesondere bei den Erträgen aus dem Effekten- und Geldverkehr (+ 152,2 Mill. EUR), bei den Erfolgswirksamen Einnahmen mit Gegenposition (+ 191,0 Mill. EUR) aufgrund höherer Zinsen und Kursgewinne, bei der Entnahme aus der allgemeinen Rücklage (+ 66,2 Mill. EUR), bei der Entnahme aus der zweckgebundenen Einnahmen-Rücklage (+ 70,1 Mill. EUR) und bei der Entnahme aus der besonderen Rücklage (+ 179,1 Mill. EUR) auf.

Mindereinnahmen gegenüber dem Bundesvoranschlag traten insbesondere beim Europäischen Sozialfonds (EU/Arbeitsmarktpolitik) (– 56,7 Mill. EUR) und beim Europäischen Landwirtschaftsfonds (EU)-ELER (– 212,0 Mill. EUR) wegen später Programmgenehmigung durch die Europäische Kommission auf.

	BVA	Einnahmen	Differenz	
	in Millionen EUR			
Kapitel 51 Gesamteinnahmen	2.859,433	3.220,755	+ 361,322	+ 12,6 %
zweckgebundene Einnahmen	286,813	287,104	+ 0,291	+ 0,1 %
sonstige Einnahmen	2.572,620	2.933,651	+ 361,031	+ 14,0 %

2/510 **Geldverkehr des Bundes**

2/51044
Erträge aus dem Effekten- und Geldverkehr
(+ 42,3 %)

+ 152.235.968,56 EUR

Mehreinnahmen an Zinsen aus der Veranlagung von höheren Kassenbeständen.



ERLÄUTERUNGEN ZU DEN VA-ANSATZABWEICHUNGEN

2/5106 Einnahmen mit Gegenposition

2/51064

Erfolgswirksame Einnahmen mit Gegenposition

+ 191.033.702,62 EUR

Mehreinnahmen an Zinsen (189,0 Mill. EUR) und Kursgewinnen (2,0 Mill. EUR) bei der Veranlagung von kurzfristigen Verpflichtungen infolge sachgerechter Verrechnung von unmittelbar zusammenhängenden Ausgaben im Kapitel 58 (1/585.).

2/512 Rücklagen

Die Entnahmen von Rücklagen hängen vom Bedarf der anweisenden Organe ab. Auflösungen von Rücklagen sind dann vorzunehmen, wenn die seinerzeitige Zweckbestimmung dem Grunde oder der Höhe nach wegfällt. Dies kann zum Zeitpunkt der Veranschlagung nicht vorausgesehen werden.

2/51217

Entnahme aus allgemeiner Rücklage (nicht veranschlagt)

+ 66.174.624,-- EUR

Mehreinnahmen infolge von Entnahmen aus der allgemeinen Haushaltsrücklage zur Bedeckung von überplanmäßigen Ausgaben.

2/51227

Entnahme aus Rücklage (Flexibilisierungsklausel)
(nicht veranschlagt)

+ 4.615.850,-- EUR

Mehreinnahmen infolge von Entnahmen aus der Rücklage (Flexibilisierungsklausel) zur Bedeckung von überplanmäßigen Ausgaben.

2/51247

Entnahme aus zweckgebundener Einnahmen-Rücklage
(nicht veranschlagt)

+ 70.136.518,12 EUR

Mehreinnahmen infolge von Entnahmen in der Höhe von 70,3 Mill. EUR aus der zweckgebundenen Einnahmen-Rücklage zur Bedeckung von überplanmäßigen Ausgaben sowie Mehreinnahmen infolge von Entnahmen gemäß § 53 Abs. 6 BHG in der Höhe von 31.000,-- EUR.

2/51267

Entnahme aus besonderer Rücklage (nicht veranschlagt)

+ 179.091.994,-- EUR

Mehreinnahmen infolge von Entnahmen aus der besonderen Rücklage zur Bedeckung von überplanmäßigen Ausgaben.

ERLÄUTERUNGEN ZU DEN VA-ANSATZABWEICHUNGEN



2/51277

Entnahme aus besonderer Einnahmen-Rücklage
(nicht veranschlagt)

+ 4.215.431,-- EUR

Mehreinnahmen infolge von Entnahmen aus der besonderen Einnahmen-Rücklage zur Bedeckung von überplanmäßigen Ausgaben.

2/51287

Entnahme aus besonderer Aufwendungen-Rücklage
(nicht veranschlagt)

+ 15.647.588,-- EUR

Mehreinnahmen infolge von Entnahmen aus der besonderen Aufwendungen-Rücklage zur Bedeckung von überplanmäßigen Ausgaben.

2/51297

Auflösung von Rücklagen
(+ 0,9 %)

+ 5.066.255,37 EUR

Mehreinnahmen durch Rücklagenaufösungen gemäß § 53 Abs. 7 BHG (0,3 Mill. EUR) zur Bedeckung von überplanmäßigen Ausgaben und 4,6 Mill. EUR zur Bedeckung für das BÜG 2007. Weiters wurde gemäß § 17a Abs. 5 BHG ein Betrag von 117.695,13 EUR zum Ausgleich des Negativsaldos bei der Justizanstalt Sonnberg aufgelöst.

2/514

Zahlungen aus den EU-Fonds
(Periode 2000 - 2006)

2/51405

Europäischer Sozialfonds (EU/Arbeitsmarktpolitik)
(- 16,3 %)

- 6.494.299,57 EUR

Mindereinnahmen, weil die tatsächlichen Rückflüsse aufgrund der real durchgeführten Auszahlungen und der darauf beruhenden Mittelanforderungen bzw. Überweisungen erfolgten.

2/51415

Europäischer Regionalfonds (EU)
(- 2,0 %)

- 2.494.609,-- EUR

Mindereinnahmen, weil die tatsächlichen Rückflüsse aufgrund der real durchgeführten Auszahlungen und der darauf beruhenden Mittelanforderungen bzw. Überweisungen erfolgten.



ERLÄUTERUNGEN ZU DEN VA-ANSATZABWEICHUNGEN

2/51425
EAGFL/Ausrichtung und FIAF (EU) + 22.482.294,08 EUR

Mehreinnahmen, weil die tatsächlichen Rückflüsse aufgrund der real durchgeführten Auszahlungen und der darauf beruhenden Mittelanforderungen bzw. Überweisungen erfolgten.

2/51426
EAGFL/Garantie (EU) + 620.305.812,42 EUR

Mehreinnahmen, weil die tatsächlichen Rückflüsse noch aufgrund der real durchgeführten Auszahlungen und der darauf beruhenden Mittelanforderungen bzw. Überweisungen erfolgten und nicht auf dem für den Bereich Landwirtschaft neu geschaffenen EGFL-Garantie-Fonds für die neue Finanzperiode im EU-Haushalt (siehe VA-Ansatz 2/51615).

2/516 Zahlungen aus den EU-Strukturfonds
(Periode 2007 - 2013)

2/51604
Europäischer Sozialfonds (EU/Arbeitsmarktpolitik)
(- 84,4 %) - 56.711.748,80 EUR

Mindereinnahmen bedingt durch die späte Programmgenehmigung durch die Europäische Kommission.

2/51605
Europäischer Regionalfonds (EU)
(- 33,3%) - 6.798.679,58 EUR

Mindereinnahmen, weil die tatsächlichen Rückflüsse aufgrund der real durchgeführten Auszahlungen und der darauf beruhenden Mittelanforderungen bzw. Überweisungen erfolgten.

2/51606
Europäischer Fischereifonds (EU)
(- 100,0 %) - 1.300.000,-- EUR

Mindereinnahmen bedingt durch die späte Programmgenehmigung durch die Europäische Kommission.

2/51614
Europäischer Landwirtschaftsfonds (EU) - ELER
(- 37,5 %) - 212.007.499,16 EUR

Mindereinnahmen bedingt durch die späte Programmgenehmigung durch die Europäische Kommission.

ERLÄUTERUNGEN ZU DEN VA-ANSATZABWEICHUNGEN



2/51615

Europäischer Garantiefonds (EU) – EGFL

(- 82,1 %)

– 684.341.125,06 EUR

Mindereinnahmen, weil die tatsächlichen Rückflüsse noch aufgrund der real durchgeführten Auszahlungen und der darauf beruhenden Mittelanforderungen bzw. Überweisungen erfolgten und noch ein Großteil der Rückflüsse aus dem EAGFL-Garantie-Fonds stammt (siehe VA-Ansatz 2/51426).

1/52 Öffentliche Abgaben

Im Kapitel 52 betragen die Ausgaben 2,7 Mill. EUR und somit 0,004 % der Gesamtausgaben des Allgemeinen Haushalts. Der Bundesvoranschlag mit 2,6 Mill. EUR wurde bei den Sachausgaben um 128.000 EUR (+ 4,9 %) überschritten.

	BVA	Ausgaben in Millionen EUR	Differenz	
Kapitel 52 Gesamtausgaben	2,600	2,728	+ 0,128	+ 4,9 %
Personalausgaben	-	-	-	-
Sachausgaben	2,600	2,728	+ 0,128	+ 4,9 %
davon:				
Gesetzliche Verpflichtungen	-	-	-	-
Ermessensausgaben	2,600	2,728	+ 0,128	+ 4,9 %

2/52 Öffentliche Abgaben

Im Kapitel 52 betragen die Einnahmen 43.634,9 Mill. EUR und somit 62,8 % der Gesamteinnahmen des Allgemeinen Haushalts. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 42.205,2 Mill. EUR wurden 1.429,7 Mill. EUR (+ 3,4 %) mehr eingenommen.

Mehreinnahmen gegenüber dem Bundesvoranschlag traten insbesondere bei der Lohnsteuer durch gestiegene Löhne und eine Steigerung der Anzahl der Beschäftigten (+ 663,6 Mill. EUR), bei der Kapitalertragsteuer aufgrund guter Ertragslage (+ 393,6 Mill. EUR) sowie bei der Kapitalertragsteuer auf Zinsen als Folge von Zinssteigerungen am Kapitalmarkt (+ 379,0 Mill. EUR) und bei der Körperschaftsteuer durch höhere ausgewiesene Gewinne (+ 241,5 Mill. EUR) auf. Weitere Mehreinnahmen ergaben sich bei der Tabaksteuer (+ 46,2 Mill. EUR) und bei der Mineralölsteuer (+ 38,8 Mill. EUR).

Mindereinnahmen gegenüber dem Bundesvoranschlag traten insbesondere bei Nebenansprüchen und Resteingängen weggefallener Abgaben (- 142,1 Mill. EUR), deren Einnahmenentwicklung kaum abschätzbar ist, sowie bei der veranlagten Einkommensteuer (- 71,2 Mill. EUR) und der Umsatzsteuer (- 68,4 Mill. EUR) auf, deren Einnahmenentwicklung in dieser Genauigkeit nicht abschätzbar ist.



ERLÄUTERUNGEN ZU DEN VA-ANSATZABWEICHUNGEN

Bei den Ab-Überweisungen ergaben sich Minderüberweisungen insbesondere beim Beitrag zur Europäischen Union aufgrund von Berichtigungshaushalten zum Europäischen Haushalt 2007 und aufgrund des Cash-Managements der Europäischen Kommission (+ 212,2 Mill. EUR). Mehrüberweisungen traten insbesondere bei den Überweisungen an die Länder und Gemeinden, bedingt durch die höheren Einnahmen aus Einkommen- und Vermögensteuer (- 243,4 Mill. EUR) auf.

	BVA	Einnahmen	Differenz	
	in Millionen EUR			
Kapitel 52 Gesamteinnahmen	42.205,157	43.634,880	+ 1.429,723	+ 3,4 %
zweckgebundene Einnahmen	129,211	157,800	+ 28,589	+ 22,1 %
sonstige Einnahmen	42.075,946	43.477,080	+ 1.401,134	+ 3,3 %
2/520	Einkommen- und Vermögensteuern			
2/52004	Veranlagte Einkommensteuer			
(- 2,6 %)				- 71.239.623,25 EUR
	Mindereinnahmen bei veranschlagter Einkommensteuer, da die Einnahm- entwicklung in dieser Genauigkeit nicht abschätzbar ist.			
2/52014	Lohnsteuer			
(+ 3,5 %)				+ 663.583.436,10 EUR
	Mehreinnahmen bei Lohnsteuer, da die Lohnanstiege und die Steigerung der Anzahl der Beschäftigten höher waren als zum Zeitpunkt der Veranschlagung erwartet.			
2/52024	Kapitalertragsteuer			
(+ 43,7 %)				+ 393.626.618,44 EUR
	Mehreinnahmen bei Kapitalertragsteuer aufgrund unerwartet guter Ertragslage sowie höherer ausgewiesener Gewinne und Ausschüttungen als angenommen.			
2/52025	Kapitalertragsteuer auf Zinsen			
(+ 25,3 %)				+ 378.977.649,07 EUR
	Mehreinnahmen bei Kapitalertragsteuer auf Zinsen aufgrund Zinssteigerungen am Kapitalmarkt in unerwarteter Höhe.			
2/52026	EU-Quellensteuer			
(+ 33,0 %)				+ 16.495.779,07 EUR
	Mehreinnahmen bei EU-Quellensteuer, da neue Abgaben schwer abzuschätzen sind.			

ERLÄUTERUNGEN ZU DEN VA-ANSATZABWEICHUNGEN



2/52034
Körperschaftsteuer
(+ 4,4 %) + 241.451.886,42 EUR

Mehreinnahmen aufgrund unerwartet guter Ertragslage sowie höherer ausgewiesener Gewinne als angenommen.

2/52036
Abgabe von Zuwendungen
(– 213,3 %) – 2.133.259,72 EUR

Mindereinnahmen aufgrund der Auswirkungen einer Rechtsmittelentscheidung zu einer im Jahr 2006 festgesetzten Abgabe.

2/52066
Erbschafts- und Schenkungssteuer
(+ 14,9 %) + 20.172.900,39 EUR

Unerwartete Mehreinnahmen bei Erbschafts- und Schenkungssteuer durch einen einzelnen Erbfall.

2/52086
Wohnbauförderungsbeitrag
(+ 3,3 %) + 24.352.495,34 EUR

Mehreinnahmen beim Wohnbauförderungsbeitrag. Die Einnahmenentwicklung ist in dieser Genauigkeit nicht abschätzbar.

2/521 **Einkommen- und Vermögensteuern
(zweckgebundene Beiträge)**

2/52180
Kunstförderungsbeitrag
(+ 9,1 %) + 1.368.134,97 EUR

Mehreinnahmen beim Kunstförderungsbeitrag aufgrund höherer Einnahmen, bedingt durch eine gestiegene Anzahl von Rundfunkteilnehmern.

2/522 **Umsatzsteuer**

2/52204
Umsatzsteuer
(– 0,3 %) – 68.402.449,53 EUR

Mindereinnahmen bei Mehrwertsteuer. Die Einnahmenentwicklung ist in dieser Genauigkeit nicht abschätzbar.



ERLÄUTERUNGEN ZU DEN VA-ANSATZABWEICHUNGEN

2/523 Ein- und Ausfuhrabgaben

2/52304
Zölle, Ein- und Ausfuhrabgaben
(+ 1,2 %) + 3.235.044,44 EUR

Geringfügige Mehreinnahmen bei EU-Zöllen. Eine Abweichung zum Vorschlag in dieser Größenordnung ist nicht abschätzbar.

2/524 Verbrauchsteuern

2/52404
Tabaksteuer
(+ 3,3 %) + 46.158.261,42 EUR

Mehreinnahmen bei Tabaksteuer, da quantitative Evaluierung der Anti-Rauchermaßnahmen nicht genauer abschätzbar ist. Ebenso sind die Erfolge der Betrugsbekämpfungsmaßnahmen nicht genau einzuschätzen.

2/52414
Biersteuer
(+ 5,2 %) + 9.902.310,21 EUR

Mehreinnahmen infolge zu niedriger Veranschlagung.

2/52444
Mineralölsteuer
(+ 1,1 %) + 38.828.170,46 EUR

Mehreinnahmen bei Mineralölsteuer. Eine Abweichung in dieser Größenordnung ist nicht abschätzbar.

2/52464
Alkoholsteuer
(+ 1,4 %) + 1.726.637,81 EUR

Mehreinnahmen bei Alkoholsteuer. Eine Abweichung in dieser Größenordnung ist nicht abschätzbar.

2/525 Stempel-, Rechtsgebühren und Bundesverwaltungsabgaben

2/52514
Stempel-, Rechtsgebühren und Bundesverwaltungsabgaben
(- 2,9 %) - 23.681.519,29 EUR

Mindereinnahmen bei den in Stempelmarken entrichteten Gebühren (16,3 Mill. EUR), bei den Gebühren aus dem Glückspielmonopol (13,9 Mill. EUR) infolge zu hoher Veranschlagung sowie bei sonstigen Gebühren (15,1 Mill. EUR) wegen rückläufiger KFZ-Zulassungen.

ERLÄUTERUNGEN ZU DEN VA-ANSATZABWEICHUNGEN



Mehreinnahmen bei den Konsulargebühren (21,7 Mill. EUR) infolge erstmaliger Veranschlagung.

2/526

Verkehrsteuern

2/52604

Kapitalverkehrsteuern

(– 2,0 %)

– 2.932.625,96 EUR

Mindereinnahmen bei Kapitalverkehrsteuern. Eine Abweichung in dieser Größenordnung ist nicht abschätzbar.

2/52605

Sicherheitsabgabe

(– 7,2 %)

– 4.347.453,77 EUR

Mindereinnahmen aufgrund erhöhter Vorwegeinbehaltungen durch die österreichischen Flughäfen.

2/52606

Werbeabgabe

(– 5,7 %)

– 6.524.379,05 EUR

Mindereinnahmen aufgrund eines vermehrten Anstieges nicht werbeabgabepflichtiger Tatbestände als Marketinginstrumente.

2/52615

Energieabgabe

(+ 4,7 %)

+ 34.360.948,18 EUR

Mehreinnahmen wegen zeitlicher Fluktuation der Vergütungen, die nicht dem Rhythmus der Jahresabgrenzung folgen.

2/52624

Normverbrauchsabgabe

(– 12,3 %)

– 63.798.397,57 EUR

Mindereinnahmen wegen rückläufiger Zulassungszahlen. Zum Zeitpunkt der Veranschlagung war die Verlängerung des Bonus-Malussystems noch nicht gegeben (BGBl. I Nr. 65/2007 vom 31. Juli 2007).

2/52634

Grunderwerbsteuer

(+ 2,2 %)

+ 13.710.784,38 EUR

Mehreinnahmen bei Grunderwerbsteuer. Eine Abweichung in dieser Größenordnung ist nicht abschätzbar.



ERLÄUTERUNGEN ZU DEN VA-ANSATZABWEICHUNGEN

2/52644
Versicherungssteuer
(– 3,6 %) – 36.790.269,56 EUR

Mindereinnahmen aufgrund zu hoher Veranschlagung.

2/52645
Motorbezogene Versicherungssteuer
(+ 0,7 %) + 10.045.704,99 EUR

Mehreinnahmen aufgrund zu geringer Veranschlagung. Eine Abweichung in dieser Größenordnung ist nicht abschätzbar.

2/52661
Kraftfahrzeugsteuer (zweckgebundene Einnahmen)
(+ 7,6 %) + 4.904.992,72 EUR

Mehreinnahmen, da zum Zeitpunkt der Veranschlagung der Zeitpunkt der gesetzlichen Wirksamkeit der Halbierung des Steuersatzes noch unbekannt war (siehe dazu BGBl. I Nr. 64/2007 vom 31. Juli 2007).

2/52664
Kraftfahrzeugsteuer
(+ 8,4 %) + 4.666.768,96 EUR

Mehreinnahmen, da zum Zeitpunkt der Veranschlagung der Zeitpunkt der gesetzlichen Wirksamkeit der Halbierung des Steuersatzes noch unbekannt war (siehe dazu BGBl. I Nr. 64/2007 vom 31. Juli 2007).

2/52674
Spielbankabgabe
(+ 1,8 %) + 1.280.668,78 EUR

Mehreinnahmen bei Spielbankenabgabe infolge nicht abschätzbaren Spielverhaltens.

2/52675
Konzessionsabgabe
(+ 0,9 %) + 1.896.193,-- EUR

Mehreinnahmen bei Konzessionsabgabe. Eine Abweichung in dieser Größenordnung ist nicht abschätzbar.

2/52690
Altlastenbeitrag (zweckgebundene Einnahmen)
(+ 44,6 %) + 22.316.166,13 EUR

Mehreinnahmen beim Altlastenbeitrag, da die Einnahmen aus dem Verbrennungstatbestand unterschätzt wurden.

ERLÄUTERUNGEN ZU DEN VA-ANSATZABWEICHUNGEN



2/52704

Nebenansprüche und Resteingänge weggefallener Abgaben

(– 71,1 %)

– 142.123.001,16 EUR

Mindereinnahmen bei Abgabenguthaben (137,8 Mill. EUR), von sonstigen Abgaben (42,5 Mill. EUR) sowie von Geldstrafen (3,9 Mill. EUR).

Mehreinnahmen von Einkommen- und Vermögensteuern (42,1 Mill. EUR).

Die Abweichungen ergaben sich hauptsächlich aufgrund der Entwicklung der Abgabenguthaben, die als Saldogröße kaum abschätzbar sind.

2/528

Ab Überweisungen (I)

2/52804

Ertragsanteile der Länder und Gemeinden

(– 1,6 %)

– 243.414.562,-- EUR

Mehrüberweisungen aus Einkommen- und Vermögensteuern an Länder (151,3 Mill. EUR) und an Gemeinden (120,3 Mill. EUR).

Minderüberweisungen aus sonstigen Steuern an Länder (15,9 Mill. EUR) und an Gemeinden (12,6 Mill. EUR).

Da sich die Ertragsanteile der Länder und Gemeinden an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben nach den im FAG festgelegten Aufteilungsmechanismen errechnen, gelten als Abweichungsbegründungen stets jene, die bei den bezughabenden Abgaben angeführt sind.

2/52805

Steueranteil für Krankenanstaltenfinanzierung

(+ 1,5 %)

+ 1.894.241,-- EUR

Minderüberweisungen für Krankenanstalten, da die Steueranteile für die Krankenanstaltenfinanzierung sich aus dem geringeren Aufkommen an Umsatzsteuer bemessen. Siehe dazu auch Voranschlagsansatz 2/52204 Umsatzsteuer.

2/52825

Für Gesundheits- und Sozialbereichs-Beihilfengesetz

(– 0,8 %)

– 12.813.913,66 EUR

Mehrüberweisungen an Länder (24,1 Mill. EUR).

Minderüberweisungen an den Hauptverband der Sozialversicherungsträger (10,5 Mill. EUR) sowie an das Rote Kreuz (0,7 Mill. EUR).

Eine Abweichung vom Voranschlag in dieser Größenordnung ist nicht abschätzbar.



ERLÄUTERUNGEN ZU DEN VA-ANSATZABWEICHUNGEN

2/52844
Überweisung gemäß EU-Quellensteuergesetz
(– 17,7 %) – 6.649.430,30 EUR

Mehrüberweisungen an das Ausland entsprechend dem Steueraufkommen.
Siehe dazu auch Voranschlagsansatz 2/52026 EU-Quellensteuer.

2/52874
An Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen (Anteile)
(– 4,5 %) – 21.480.026,78 EUR

Mehrüberweisungen infolge Mehreinnahmen bei den Steuern, von denen Anteile für den FLAF abzuziehen sind.

2/52894
An den Katastrophenfonds
(– 4,1 %) – 12.383.884,-- EUR

Mehrüberweisungen infolge Mehreinnahmen bei den Steuern, von denen Anteile für den Katastrophenfonds abzuziehen sind.

2/529 Ab Überweisungen (II)

2/52904
Beitrag zur Europäischen Union
(+ 8,8 %) + 212.199.335,16 EUR

Minderüberweisungen bedingt durch Berichtigungshaushalte zum Europäischen Haushalt 2007 und Cashmanagement der Europäischen Kommission.

1/53 **Finanzausgleich**

Im Kapitel 53 betragen die Ausgaben 4.762,7 Mill. EUR und somit 6,6 % der Gesamtausgaben des Allgemeinen Haushalts. Der Bundesvoranschlag mit 4.647,0 Mill. EUR wurde bei den Sachausgaben um 115,8 Mill. EUR (+ 2,5 %) überschritten.

Mehrausgaben gegenüber dem Bundesvoranschlag traten insbesondere bei den Bedarfszuweisungen an die Länder infolge des höheren Aufkommens der maßgeblichen Abgaben (Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Wohnbauförderungsbeitrag) (+ 79,7 Mill. EUR) sowie bei den Ausgaben im Zusammenhang mit dem Katastrophenfonds gemäß HWG 2005 (+ 21,5 Mill. EUR) und für sonstige Katastrophenschäden (+ 15,9 Mill. EUR) auf.

Minderausgaben gegenüber dem Bundesvoranschlag traten insbesondere bei den Zuschüssen nach dem Bundes-Sonderwohnbaugesetz durch eine geringere Anforderung von Bundeszuschüssen (– 1,9 Mill. EUR) auf.

ERLÄUTERUNGEN ZU DEN VA-ANSATZABWEICHUNGEN



	BVA	Ausgaben in Millionen EUR	Differenz	
Kapitel 53 Gesamtausgaben	4.646,953	4.762,711	+ 115,758	+ 2,5 %
Personalausgaben	-	-	-	-
Sachausgaben davon:	4.646,953	4.762,711	+ 115,758	+ 2,5 %
Gesetzliche Verpflichtungen	4.343,219	4.424,221	+ 81,002	+ 1,9 %
Ermessensausgaben	303,734	338,490	+ 34,756	+ 11,4 %

1/530 Leistungen an Länder und Gemeinden

1/53027

Bedarfszuweisung an Länder
(+ 7,0 %)

+ 79.714.590,99 EUR

Mehrausgaben gemäß § 22 Abs. 1 FAG 2005, BGBl. I Nr. 156/2004 i.d.g.F. (79,7 Mill. EUR) entsprechend dem höheren Aufkommen an den für die Bemessung der Bedarfszuweisung maßgeblichen Abgaben (Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Wohnbauförderungsbeitrag) in den Monaten Oktober 2006 bis September 2007.

1/53047

Finanzzuweisung für umweltschonende
und energiesparende Maßnahmen
(+ 1,6 %)

+ 1.460.698,-- EUR

Mehrausgaben infolge des höheren Aufkommens an den Abgaben mit einheitlichem Schlüssel gemäß § 9 Abs. 1 FAG 2005 in dem für die Berechnung maßgeblichen Zeitraum.

1/53097

Finanzzuweisungen in Nahverkehrsangelegenheiten
(+ 1,6 %)

+ 3.665.759,77 EUR

Mehrausgaben bei den Zuweisungen nach § 20 Abs. 4 FAG (3,1 Mill. EUR) infolge des höheren Aufkommens an den Abgaben mit einheitlichem Schlüssel gemäß § 9 Abs. 1 FAG 2005 in dem für die Berechnung maßgeblichen Zeitraum.

1/532

Zweckzuschüsse des Bundes I

1/53207

Zuschüsse für Krankenanstalten
(- 1,5 %)

- 1.894.241,-- EUR

Minderausgaben aufgrund des niedrigeren Aufkommens an Umsatzsteuer in dem für die Berechnung maßgeblichen Zeitraum.



ERLÄUTERUNGEN ZU DEN VA-ANSATZABWEICHUNGEN

1/53217
Zuschüsse nach dem Bundes-Sonderwohnbaugesetz
(– 10,1 %) – 1.924.233,71 EUR

Minderausgaben bei den Zuschüssen nach dem Bundes-Sonderwohnbaugesetz 1983 (1,1 Mill. EUR) und dem Bundes-Sonderwohnbaugesetz 1982 (0,9 Mill. EUR) infolge einer geringeren Anforderung von Bundeszuschüssen zu den von den Ländern zur Verfügung gestellten Mitteln.

1/534 **Katastrophenfonds (zweckgebundene Gebarung)**

1/53406
Förderungen
(– 13,1 %) – 1.834.300,-- EUR

Minderausgaben für Hagelversicherungsprämien, da weniger neue Versicherungsverträge abgeschlossen wurden als erwartet.

1/53408
Aufwendungen
(+ 5,5 %) + 15.866.710,47 EUR

Mehrausgaben für Schäden im Vermögen privater Personen (15,3 Mill. EUR), für Katastropheneinsatzgeräte der Feuerwehren (9,3 Mill. EUR) sowie für Überweisungen an das BMVIT und an das BMLFUW für Schäden im Vermögen des Bundes (insgesamt 8,7 Mill. EUR).

Minderausgaben zur Vorbeugung gegen Hochwasser- und Lawinenschäden (insgesamt 11,0 Mill. EUR) sowie für Schäden im Vermögen der Gemeinden (4,1 Mill. EUR) und der Länder (0,8 Mill. EUR).

1/536 **Katastrophenfonds**

1/53608
Zahlungen gemäß HWG 2005 + 21.516.397,33 EUR

Mehrausgaben für Schäden im Vermögen privater Personen (11,1 Mill. EUR), der Gemeinden (6,1 Mill. EUR) und der Länder (1,4 Mill. EUR) sowie für Überweisungen an das BMVIT für Schäden im Vermögen des Bundes (2,9 Mill. EUR).

2/53 **Finanzausgleich**

Im Kapitel 53 betrug die Einnahmen 438,2 Mill. EUR und somit 0,6 % der Gesamteinnahmen des Allgemeinen Haushalts. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 428,4 Mill. EUR wurden 9,8 Mill. EUR (+ 2,3 %) mehr eingenommen.

Mehreinnahmen gegenüber dem Bundesvoranschlag traten insbesondere bei den zweckgebundenen Einnahmen des Katastrophenfonds (+ 14,0 Mill. EUR) vor allem durch ein höheres Aufkommen von Anteilen an Einkommen- und Körperschaftsteuer auf.

ERLÄUTERUNGEN ZU DEN VA-ANSATZABWEICHUNGEN



Mindereinnahmen gegenüber dem Bundesvoranschlag traten insbesondere bei den Einnahmen aus Abfuhr gemäß dem Katastrophenfondsgesetz 1996 (– 2,4 Mill. EUR) auf.

Nicht eingehaltene Ansatzbindung in Höhe von 374.988,53 EUR bei den zweckgebundenen Einnahmen des Katastrophenfonds.

	BVA	Einnahmen in Millionen EUR	Differenz	
Kapitel 53 Gesamteinnahmen	428,419	438,193	+ 9,774	+ 2,3 %
zweckgebundene Einnahmen	301,510	315,542	+ 14,032	+ 4,7 %
sonstige Einnahmen	126,909	122,650	– 4,259	– 3,4 %
2/532				
			Zweckzuschüsse und Finanzzuweisungen, Beiträge und Ersätze	
2/53205				
Überweisung für Krankenanstaltenfinanzierung (– 1,5 %)				– 1.894.241,-- EUR
			Mindereinnahmen aufgrund des niedrigeren Aufkommens an Umsatzsteuer in dem für die Berechnung maßgeblichen Zeitraum.	
2/534				
			Katastrophenfonds (zweckgebundene Einnahmen)	
2/53400				
Dotierung des Katastrophenfonds (+ 4,7 %)				+ 14.032.410,47 EUR
			Mehreinnahmen aufgrund eines höheren Aufkommens von Anteilen an Einkommen- und Körperschaftsteuer (11,7 Mill. EUR), von Zinsen aufgrund der fruchtbringenden Veranlagung von Fondsmitteln (1,5 Mill. EUR) und aus Transferzahlungen von der Hagelversicherungsanstalt (0,8 Mill. EUR) in dem für die Berechnung maßgeblichen Zeitraum.	
			Nicht eingehaltene Ansatzbindung (0,4 Mill. EUR). Demgegenüber jedoch geringere Inanspruchnahme der Überschreitungsbewilligung beim VA-Ansatz 1/53408.	
2/53904				
Einnahmen aus Abfuhr gemäß Katastrophenfondsgesetz (– 78,7 %)				– 2.361.578,28 EUR
			Mindereinnahmen gemäß dem Katastrophenfondsgesetz 1996 i.d.g.F. BGBl. I Nr. 130/1997.	

54 Bundesvermögen

Im Kapitel 54 betragen die Ausgaben 782,3 Mill. EUR und somit 1,1 % der Gesamtausgaben des Allgemeinen Haushalts. Der Bundesvoranschlag mit 1.046,6 Mill. EUR wurde bei den Sachausgaben um 264,3 Mill. EUR (– 25,3 %) unterschritten.

Mehrausgaben gegenüber dem Bundesvoranschlag traten im Rahmen der Haftungsübernahmen des Bundes insbesondere bei den Sonstigen Finanzhaftungen (Nebengebarung) für Zahlungen an die Austria Wirtschaftsservice GmbH wegen des vermehrten Auftretens von Insolvenzen (+ 6,7 Mill. EUR) und bei den Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen) betreffend das Ausführungsförderungsgesetz (AFG) (zweckgebundene Gebarung) für öffentliche Abgaben (KESt) (+ 1,8 Mill. EUR) auf.

Minderausgaben gegenüber dem Bundesvoranschlag traten insbesondere im Rahmen der Haftungsübernahmen des Bundes bei den Zahlungen aus Finanzhaftungen gemäß Ausführungsförderungsgesetz wegen nicht eingetretener Großschadensfälle (– 160,7 Mill. EUR) und aufgrund geringeren Aufwands für die Schuldenreduktion Polen (– 37,2 Mill. EUR) auf.

	BVA	Ausgaben	Differenz	
	in Millionen EUR			
Kapitel 54 Gesamtausgaben	1.046,637	782,340	– 264,297	– 25,3 %
Personalausgaben	–	–	–	–
Sachausgaben	1.046,637	782,340	– 264,297	– 25,3 %
davon:				
Gesetzliche Verpflichtungen	196,217	192,672	– 3,545	– 1,8 %
Ermessensausgaben	850,420	589,669	– 260,751	– 30,7 %

1/540 Kapitalbeteiligung
1/54052
Internationale Finanzinstitutionen

(– 2,6 %)

– 4.589.372,37 EUR

Minderausgaben vor allem beim Europäischen Entwicklungsfonds (EEF) aufgrund des verminderten Abrufs des österreichischen Beitrags (4,1 Mill. EUR).

1/546 Unbewegliches Bundesvermögen
1/54608
Aufwendungen

(– 13,4 %)

– 2.751.573,55 EUR

Minderausgaben aufgrund geringerer Transaktionskosten im Zusammenhang mit BIG-Vereinbarungen und Nachbesserungen (3,3 Mill. EUR).

Mehrausgaben für Werkleistungsentgelte an die Strategische Immobilien Verwertungs-, Beratungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH (SIVBEG) (0,6 Mill. EUR).

ERLÄUTERUNGEN ZU DEN VA-ANSATZABWEICHUNGEN



1/547	Haftungsübernahmen des Bundes	
1/5470	Ausfuhrförderungsgesetz (AFG) (zweckgebundene Gebarung)	
1/54707	Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen) (AFG) (+ 35,3 %)	+ 1.766.421,08 EUR
	Mehrausgaben an öffentlichen Abgaben infolge der KEST-Abführung aufgrund des höheren Guthabens und dessen Verzinsung auf dem Konto gemäß § 7 AFG.	
1/54708	Nebengebarung (AFG) (– 37,6 %)	– 37.207.285,26 EUR
	Minderausgaben bei den Kosten gemäß § 7 Abs. 2 AFG insbesondere im Zusammenhang mit dem geringeren Aufwand für die Schuldenreduktion Polen (35,2 Mill. EUR) und beim Bankanteil an Haftungsentgelten (von juristischen Personen) (2,0 Mill. EUR).	
1/54709	Zahlungen aus Finanzhaftungen (AFG) (B) (– 30,1 %)	– 160.671.269,42 EUR
	Minderausgaben bei Schadenszahlungen aus Garantieübernahmen aufgrund des äußerst positiven Verlaufs des AFG-Verfahrens sowie wegen nicht eingetretener Großschadensfälle (165,8 Mill. EUR).	
	Mehrausgaben infolge erhöhter Schadenszahlungen aus Wechselbürgschaften (5,2 Mill. EUR).	
1/5471	Ausfuhrfinanzierungsförderungsgesetz (AFFG)	
1/54718	Nebengebarung (AFFG) (– 7,3 %)	– 3.162.629,44 EUR
	Minderausgaben bei der Kursrisikogarantie (AFFG) aufgrund des günstigen Wechselkurses bei Kapitaltilgungen in Schweizer Franken (9,1 Mill. EUR).	
	Mehrausgaben bei der Kursrisikogarantie (AFFG) (zw) (5,9 Mill. EUR) aufgrund des nicht abschätzbaren Austauschverhältnisses zwischen Euro und ausländischen Währungen (5,9 Mill. EUR).	



ERLÄUTERUNGEN ZU DEN VA-ANSATZABWEICHUNGEN

1/5472	Ausfuhrförderungsgesetz (AFG) (Übrige Gebarung)	
1/54729	Zahlungen aus Finanzhaftungen (AFG) (B) (– 100,0 %)	– 20.500.000,-- EUR
	Minderausgaben infolge geringeren Anfalls von Schadenszahlungen aus Garantieübernahmen gemäß § 1 AFG.	
1/5473	Sonstige Finanzhaftungen	
1/54738	Nebengebarung (Sonstige Finanzhaftungen) (+ 18,0 %)	+ 6.735.000,-- EUR
	Mehrausgaben für Zahlungen an die Austria Wirtschaftsservice GmbH durch das vermehrte Auftreten von Insolvenzen.	
548	Besondere Zahlungsverpflichtungen bzw. Forderungen	
1/5482	Internationales Amtssitz- und Konferenzzentrum Wien	
1/54826	Kostenersatz an IAKW (– 57,5 %)	– 29.007.037,07 EUR
	Minderausgaben infolge geringerer Kostenersatzzahlungen an die IAKW im Zusammenhang mit dem Bau der Konferenzhalle bzw. der Sanierung des Vienna International Centers (VIC).	
5484	Sonstige Zahlungsverpflichtungen bzw. Forderungen	
1/54846	Förderungen (– 63,5 %)	– 12.072.019,10 EUR
	Minderausgaben für Zahlungen an das Ausland aufgrund des Ausbleibens von Zahlungsbilanzkrisen, welche österreichische Beiträge zu international koordinierten Maßnahmen erfordert hätten, weiters wegen der Unterschreitung des maximalen Ausgabenrahmens für Einzelprojekte aufgrund der aktuellen Identifikation zweckmäßiger Unterstützungsprojekte sowie wegen der Nichtdotierung der Shelterfonds (bei der EBRD eingerichteter Schließungsfonds für ost-europäische Kernkraftwerke).	
1/54848	Aufwendungen (– 57,8 %)	– 2.000.000,-- EUR
	Minderausgaben für laufende Transferzahlungen an die Tiroler Flughafen GmbH aufgrund von Bauverzögerungen bei der Innverlegung.	

ERLÄUTERUNGEN ZU DEN VA-ANSATZABWEICHUNGEN



2/54 Bundesvermögen

Im Kapitel 54 betragen die Einnahmen 1.284,6 Mill. EUR und somit 1,8 % der Gesamteinnahmen des Allgemeinen Haushalts. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 1.291,9 Mill. EUR wurden 7,3 Mill. EUR (- 0,6 %) weniger eingenommen.

Mehreinnahmen gegenüber dem Bundesvoranschlag traten insbesondere beim unbeweglichen Bundesvermögen infolge höherer Fruchtgenussentgeltzahlungen seitens der ASFINAG (+ 43,0 Mill. EUR) auf.

Mindereinnahmen gegenüber dem Bundesvoranschlag traten insbesondere im Rahmen der Haftungsübernahmen des Bundes gemäß Ausführungförderungsgesetz wegen geringeren Anfalls von Rückersätzen aus Haftungsinanspruchnahmen von Garantien (- 154,1 Mill. EUR) auf.

	BVA	Einnahmen in Millionen EUR	Differenz	
Kapitel 54 Gesamteinnahmen	1.291,900	1.284,559	- 7,341	- 0,6 %
zweckgebundene Einnahmen	647,827	552,543	- 95,284	- 14,7 %
sonstige Einnahmen	644,073	732,016	+ 87,943	+ 13,7 %

2/540 Kapitalbeteiligung (Erträge)

2/5404 Elektrizitätswirtschaft

2/54044

Erfolgswirksame Einnahmen
(+ 31,0 %)

+ 27.886.500,-- EUR

Mehreinnahmen aus einer höheren Dividendenleistung seitens der Verbundgesellschaft.

2/545 Einziehungen zum Bundesschatz

2/5451 Einziehungen aufgrund besonderer Bestimmungen

2/54514

Sonstige Einziehungen
(+ 15,6 %)

+ 2.361.177,-- EUR

Mehreinnahmen aus Abgabenüberzahlungen (2,6 Mill. EUR), weil deren Höhe durch die Finanzämter nicht vorhersehbar ist, und aus der Präklusion von Banknoten gemäß § 63 Abs. 3 des Nationalbankgesetzes 1984 (2,5 Mill. EUR).

Mindereinnahmen bei den erblosen Nachlässen aufgrund zufallsbedingter Schwankungen im Rahmen von Erbschaftsverfahren (2,7 Mill. EUR).



ERLÄUTERUNGEN ZU DEN VA-ANSATZABWEICHUNGEN

2/546 Unbewegliches Bundesvermögen

2/54602

Veräußerungen (zweckgebundene Einnahmen)

+ 35.370.421,84 EUR

Mehreinnahmen hauptsächlich aus der beim VA-Ansatz 2/54607 budgetierten Restratenzahlung (30,0 Mill. EUR) sowie aus der Nachbesserungszahlung (2,2 Mill. EUR) betreffend die Veräußerung des Bundesamtsgebäudes Kärntnerstraße in Wien. Weitere Mehreinnahmen betrafen die Nachbesserungszahlung anlässlich der Veräußerung der Bundespräsidentenvilla in Wien (2,9 Mill. EUR).

2/54607

Veräußerungen

(– 37,5 %)

– 30.036.475,92 EUR

Mindereinnahmen bei den Veräußerungen bebauter Liegenschaften (34,1 Mill. EUR), vor allem wegen Verrechnung der Restratenzahlung betreffend die Veräußerung des Bundesamtsgebäudes Kärntnerstraße in Wien beim VA-Ansatz 2/54602.

Mehreinnahmen insbesondere aus den Veräußerungen bebauter (1,4 Mill. EUR) und unbebauter (0,9 Mill. EUR) Liegenschaften an sonstige Interessenten sowie aus den Veräußerungen unbebauter Liegenschaften im Tauschweg (1,1 Mill. EUR).

2/54608

Veräußerungen (sonstige)

+ 3.019.935,68 EUR

Mehreinnahmen überwiegend aus Veräußerungen von Liegenschaften des BMeiA im Ausland.

2/54617

Militärische Liegenschaften (Veräußerungen)

(– 55,1 %)

– 11.022.410,68 EUR

Mindereinnahmen, weil bei den Veräußerungen bebauter militärischer Liegenschaften durch die SIVBEG geringere Erlöse erzielt wurden.

2/54624

Fruchtgenussentgelte und Abgeltung

(+ 13,8 %)

+ 1.344.044,86 EUR

Mehreinnahmen aufgrund höherer Fruchtgenussentgeltzahlungen seitens der ÖBf.

ERLÄUTERUNGEN ZU DEN VA-ANSATZABWEICHUNGEN



2/54626 Fruchtgenussentgelt		+ 43.000.292,23 EUR
	Mehreinnahmen infolge höherer Fruchtgenussentgeltzahlungen seitens der ASFINAG.	
2/547	Haftungsübernahmen des Bundes	
2/5470	Ausfuhrförderungsgesetz (AFG) (zweckgebundene Gebarung)	
2/54700 Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen (+ 7,2 %)		+ 17.501.466,60 EUR
	Mehreinnahmen bei den sonstigen Einnahmen (AFG) aufgrund höheren Anfalls an Zinsen im Zuge der Umsetzung der Umschuldung Nigerias (45,0 Mill. EUR) sowie bei den sonstigen Zinsen zu dem höheren Guthaben bei der Oesterreichischen Kontrollbank AG gemäß § 7 AFG (7,1 Mill. EUR); weitere Mehreinnahmen aufgrund des höheren Anfalls an Haftungsentgelten bei den Wechselbürgschaften (5,6 Mill. EUR).	
	Mindereinnahmen infolge geringeren Anfalls an Haftungsentgelten aus Garantien gemäß AFG durch vertragsmäßige Verzögerungen von Projekten und dadurch Verschiebung der Entgeltüberweisungen in das nächste Jahr (40,2 Mill. EUR).	
2/54702 Zweckgebundene bestandswirksame Einnahmen (- 39,0 %)		- 154.056.574,27 EUR
	Mindereinnahmen infolge geringeren Anfalls bei Rückersätzen aus Haftungsansprüchen von Garantien (158,2 Mill. EUR).	
	Mehreinnahmen durch höhere Rückersätze aus Wechselbürgschaften (4,2 Mill. EUR).	
2/5471	Ausfuhrfinanzierungsförderungsgesetz (AFFG)	
2/54710 Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen (AFFG) (+ 118,0 %)		+ 5.900.965,69 EUR
	Mehreinnahmen bei der Erstattung von Erträgen aus der Kursrisikogarantie (AFFG) aufgrund höherer Kursgewinne bei Zinszahlungen in Schweizer Franken.	



ERLÄUTERUNGEN ZU DEN VA-ANSATZABWEICHUNGEN

2/54714
Erfolgswirksame Einnahmen
(+ 32,3 %) + 19.386.816,22 EUR

Mehreinnahmen an Haftungsentgelten (AFFG) aufgrund eines höheren Finanzierungsvolumens bzw. langer Kreditlaufzeiten.

2/5473 Sonstige Finanzhaftungen

2/54734
Erfolgswirksame Einnahmen
(+ 35,7 %) + 13.376.133,34 EUR

Mehreinnahmen an Haftungsentgelten aufgrund höherer Haftungsübernahmen für die ÖBB und ASFINAG.

2/548 Besondere Zahlungsverpflichtungen bzw. Forderungen

2/5482 Internationales Amtssitz- und Konferenzzentrum Wien

2/54824
Erfolgswirksame Einnahmen + 17.858.972,31 EUR

Mehreinnahmen überwiegend aufgrund eines auf einer Nachzahlung aus den Vorjahren beruhenden höheren Kostenbeitrags der Gemeinde Wien für den Bau der Konferenzhalle und die Asbestsanierung des VIC.

1/55 Pensionen

Im Kapitel 55 betragen die Ausgaben 7.174,5 Mill. EUR und somit 9,9 % der Gesamtausgaben des Allgemeinen Haushalts. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 7.187,3 Mill. EUR wurden 12,8 Mill. EUR (- 0,2 %) weniger ausgegeben. Während für Ruhe- und Versorgungsbezüge Minderausgaben in Höhe von 16,0 Mill. EUR (- 0,5 %) entstanden, ergaben sich bei den Sachausgaben Mehrausgaben in Höhe von 3,2 Mill. EUR (+ 0,1 %).

Mehrausgaben gegenüber dem Bundesvoranschlag traten insbesondere bei den Ersätzen für Pensionen der Landeslehrer wegen höherer durchschnittlicher Neuzugangspensionen (+ 14,7 Mill. EUR) auf.

Minderausgaben gegenüber dem Bundesvoranschlag traten insbesondere bei den Ruhebezügen der Bundesbediensteten (- 9,5 Mill. EUR) sowie bei den Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen) der Ämter gemäß Poststrukturgesetz (- 5,4 Mill. EUR) wegen einer geringeren Anzahl an Neupensionierungen und an Anspruchsberechtigten auf.



ERLÄUTERUNGEN ZU DEN VA-ANSATZABWEICHUNGEN

Mehrausgaben infolge höherer durchschnittlicher Neuzugangspensionen und infolge eines höheren Zugangs an Pflegegeldbeziehern (zusammen 14,6 Mill. EUR), als bei der Erstellung des Voranschlags angenommen wurde.

1/555 **Sonstige Pensionsleistungen (ÖBB, PTA, ÖBf)**

1/5550 **Österreichische Bundesbahnen**

1/55507

Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen)

(– 0,2 %)

– 4.218.770,93 EUR

Minderausgaben infolge einer geringeren Anzahl an Neupensionisten (73,1 Mill. EUR) und infolge einer geringeren Anzahl an Anspruchsberechtigten beim Pflegegeld (6,5 Mill. EUR), als bei der Erstellung des Voranschlags angenommen wurde. Weitere Minderausgaben beim Zuschuss für erweiterte Heilbehandlungen (1,2 Mill. EUR) infolge einer geringeren Anzahl an Anspruchsberechtigten für die der Bund einen Zuschlag zu den Beiträgen in Höhe von 0,5 % der Beitragsgrundlage an die Versicherungsanstalt der Österreichischen Eisenbahnen zu entrichten hat.

Mehrausgaben bei den Dienstgeber- und Dienstnehmerbeiträgen der ÖBB (76,6 Mill. EUR) infolge von höheren durchschnittlichen Neuzugangspensionen, als bei der Erstellung des Voranschlags angenommen wurde.

1/5551 **Ämter gemäß Poststrukturgesetz**

1/55517

Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen)

(– 0,5 %)

– 5.372.943,15 EUR

Minderausgaben infolge einer geringeren Anzahl an Neupensionisten (2,2 Mill. EUR) und infolge einer geringeren Anzahl an Anspruchsberechtigten beim Pflegegeld (2,2 Mill. EUR), als bei der Erstellung des Voranschlags angenommen wurde. Weitere Minderausgaben bei den Dienstgeberbeiträgen für Ruhe- und Versorgungsbezugsempfänger (0,9 Mill. EUR) infolge einer geringeren Anzahl an RuhestandsbeamtenInnen, für die der Dienstgeber einen Beitrag in Höhe von 3,2 % zur Kranken- und Unfallversicherung leisten muss, als bei der Erstellung des Voranschlags angenommen wurde.

2/55 **Pensionen**

Im Kapitel 55 betragen die Einnahmen 1.479,4 Mill. EUR und somit 2,1 % der Gesamteinnahmen des Allgemeinen Haushalts. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 1.477,4 Mill. EUR wurden 2,0 Mill. EUR (+ 0,1 %) mehr eingenommen.

Mehreinnahmen gegenüber dem Bundesvoranschlag traten insbesondere beim Deckungsbeitrag der Ämter gemäß Poststrukturgesetz (+ 14,6 Mill. EUR) wegen zu geringer Veranschlagung sowie bei den Pensionsbeiträgen der Bundesbediensteten infolge eines deutlichen Anstiegs beim BMI (+ 8,4 Mill. EUR) auf.

ERLÄUTERUNGEN ZU DEN VA-ANSATZABWEICHUNGEN



Mindereinnahmen gegenüber dem Bundesvoranschlag traten insbesondere beim Deckungsbeitrag der Österreichischen Bundesbahnen (– 21,9 Mill. EUR) auf.

	BVA	Einnahmen in Millionen EUR	Differenz	
Kapitel 55 Gesamteinnahmen	1.477,419	1.479,376	+ 1,957	+ 0,1 %
zweckgebundene Einnahmen	–	–	–	–
sonstige Einnahmen	1.477,419	1.479,376	+ 1,957	+ 0,1 %

2/550 Bedienstete der Hoheitsverwaltung des Bundes

2/55006

Deckungsbeitrag von Unternehmungen mit Bundesbediensteten

(+ 6,1 %)

+ 6.486.084,80 EUR

Mehreinnahmen beim Deckungsbeitrag zum Aufwand der Aktivbezüge der Österreichischen Agentur für Gesundheit und Ernährungssicherheit GmbH (3,5 Mill. EUR), bei den Beiträgen der Immobilienmanagementgesellschaft des Bundes mbH (2,1 Mill. EUR), bei den Beiträgen von Institutionen (Kunsthalle Wien) (1,0 Mill. EUR) und beim Beitrag der Österreichischen Donau-Betriebs-Aktiengesellschaft (0,5 Mill. EUR).

Mindereinnahmen aus den Beiträgen der Bundesversuchswirtschaften GesmbH (1,8 Mill. EUR).

2/551 Ersätze von Ländern

2/55104

Pensionssicherungsbeiträge von Landeslehrern gemäß § 107a LDG

(– 3,0 %)

– 1.143.117,09 EUR

Mindereinnahmen infolge geringerer Pensionierungen der beamteten LandeslehrerInnen, als bei der Erstellung des Voranschlags angenommen wurde.

2/555 Sonstige Pensionsleistungen (ÖBB, PTA, ÖBf)

2/5550 Österreichische Bundesbahnen

2/55504

Deckungsbeitrag der Österreichischen Bundesbahnen

(– 5,0 %)

– 21.912.823,05 EUR

Mindereinnahmen beim Beitrag der Österreichischen Bundesbahnen (43,2 Mill. EUR). Weitere Mindereinnahmen beim Pensionssicherungsbeitrag der Aktiven (2,6 Mill. EUR).

Mehreinnahmen beim Pensionssicherungsbeitrag der Pensionisten (23,9 Mill. EUR).



ERLÄUTERUNGEN ZU DEN VA-ANSATZABWEICHUNGEN

2/5551 Ämter gemäß Poststrukturgesetz

2/55514

Deckungsbeitrag der Ämter gemäß Poststrukturgesetz
(+ 7,9 %)

+ 14.612.653,68 EUR

Mehreinnahmen beim Deckungsbeitrag der Aktivbezüge von Österreichischer Post AG, Telekom Austria AG und ÖBB-Postbus GmbH, als bei Erstellung des Voranschlags angenommen wurde.

2/55604

Pensionsbeiträge der Bundesbediensteten
(+ 1,5 %)

+ 8.421.430,04 EUR

Mehreinnahmen bei den Pensionsbeiträgen der aktiven Beamten der Hoheitsverwaltung (8,5 Mill. EUR) infolge eines deutlichen Anstiegs beim BMI. Außerdem kam es zu Verschiebungen zu höher bezahlten Verwendungsgruppen (z.B. Staatsanwälte).

2/55614

Überweisungen von Pensionsträgern
(- 25,9 %)

- 4.053.901,21 EUR

Mindereinnahmen infolge geringerer Überweisungen von den Pensions(ver-sicherungs)trägern, als bei Erstellung des Voranschlags angenommen wurde.

58

Finanzierungen, Währungstauschverträge

Im Kapitel 58, Allgemeiner Haushalt, betragen die Ausgaben 11.977,1 Mill. EUR und somit 16,6 % der Gesamtausgaben des Allgemeinen Haushalts. Der Bundesvoranschlag mit 10.250,1 Mill. EUR wurde bei den Sachausgaben um 1.726,9 Mill. EUR (+ 16,8 %) überschritten.

Mehrausgaben gegenüber dem Bundesvoranschlag traten insbesondere bei Anleihen in heimischer Währung für den Zinsenaufwand infolge der Begebung von Kreditoperationen (+ 339,6 Mill. EUR) auf. Weitere Mehrausgaben entstanden bei Gegenposition Devisentermingeschäfte und Währungstauschverträge (+ 335,4 Mill. EUR) vor allem für Kursverluste bei der Begebung von kurzfristigen Verpflichtungen sowie beim Sonstigen Aufwand mit Gegenposition (+ 280,4 Mill. EUR) insbesondere für Emissionsdisagios bei Kreditoperationen in heimischer und fremder Währung.

Minderausgaben gegenüber dem Bundesvoranschlag traten insbesondere bei Kreditoperationen nach Voranschlagserstellung (PV) aufgrund der Verrechnung der für die Pauschalvorsorge veranschlagten Zinsen- und Aufgeldzahlungen bei den sachlich in Betracht kommenden VA-Ansätzen (- 112,1 Mill. EUR) auf. Weitere Minderausgaben für Zinsenaufwand entstanden durch die geringere Aufnahme von kurzfristigen Verpflichtungen in heimischer Währung (- 57,8 Mill. EUR).

ERLÄUTERUNGEN ZU DEN VA-ANSATZABWEICHUNGEN



	BVA	Ausgaben in Millionen EUR	Differenz	
Kapitel 58 Gesamtausgaben - Allg. Haushalt	10.250,147	11.977,083	+ 1.726,936	+ 16,8 %
Personalausgaben	-	-	-	-
Sachausgaben	10.250,147	11.977,083	+ 1.726,936	+ 16,8 %
davon:				
Gesetzliche Verpflichtungen	-	-	-	-
Ermessensausgaben	10.250,147	11.977,083	+ 1.726,936	+ 16,8 %

Im Kapitel 58, Ausgleichshaushalt, betrugten die Ausgaben 57.130,4 Mill. EUR und somit 100,0 % der Gesamtausgaben des Ausgleichshaushalts. Der Bundesvoranschlag mit 87.530,3 Mill. EUR wurde bei den Sachausgaben um 30.399,8 Mill. EUR (- 34,7 %) unterschritten.

Mehrausgaben gegenüber dem Bundesvoranschlag traten insbesondere infolge höherer Aufnahme von bei Gegenposition verrechneten kurzfristigen Verpflichtungen in fremder Währung (+ 7.272,2 Mill. EUR) und infolge von Aufnahmen kurzfristiger Verpflichtungen mit Währungstauschverträgen (+ 2.229,5 Mill. EUR) sowie bei Ausgaben aus Währungstauschverträgen in fremder Währung im Zusammenhang mit der Begebung von Kreditoperationen (+ 2.585,2 Mill. EUR) auf.

Minderausgaben gegenüber dem Bundesvoranschlag traten insbesondere bei kurzfristigen Verpflichtungen in heimischer (- 17.045,2 Mill. EUR) und in fremder (- 13.427,4 Mill. EUR) Währung infolge geringerer Aufnahme bzw. aufgrund der bei Gegenposition verrechneten Tilgung auf. Weitere Minderausgaben entstanden bei Devisentermingeschäften und Währungstauschverträgen infolge der geringeren Aufnahme von kurzfristigen Verpflichtungen in heimischer Währung (- 6.208,5 Mill. EUR).

	BVA	Ausgaben in Millionen EUR	Differenz	
Kapitel 58 Gesamtausgaben - Ausgleichshaushalt	87.530,259	57.130,400	- 30.399,859	- 34,7 %
Personalausgaben	-	-	-	-
Sachausgaben	87.530,259	57.130,429	- 30.399,830	- 34,7 %
davon:				
Gesetzliche Verpflichtungen	-	-	-	-
Ermessensausgaben	87.530,259	57.130,429	- 30.399,830	- 34,7 %



ERLÄUTERUNGEN ZU DEN VA-ANSATZABWEICHUNGEN

580	Titrierte Finanzschuld in heimischer Währung	
5800	Anleihen	
1/58008	Verzinsung und Aufgeld (+ 6,1 %)	+ 339.599.914,46 EUR
	Mehrausgaben vor allem für Zinsenaufwand infolge der Begebung von Kreditoperationen (380,7 Mill. EUR).	
	Minderausgaben für Stückzinsenzahlungen beim Erwerb von Bundestiteln (Wertpapiere des Bundes) (40,3 Mill. EUR) sowie infolge günstiger variabler Zinssatzentwicklung bei einer Kreditoperation (0,7 Mill. EUR).	
7/58009	Tilgung (– 22,2 %)	– 3.613.073.567,97 EUR
	Minderausgaben beim Erwerb von Bundestiteln.	
5801	Bundessobligationen und Schuldverschreibungen	
1/58018	Verzinsung und Aufgeld (– 16,5 %)	– 20.314.181,29 EUR
	Minderausgaben infolge günstiger variabler Zinssatzentwicklung (17,9 Mill. EUR) sowie durch Entfall der Zinsenzahlung aufgrund der Zinssatzentwicklung bei einer Schuldverschreibung (2,4 Mill. EUR).	
5802	Bundesschatzscheine	
1/58028	Verzinsung und Aufgeld (– 12,4 %)	– 2.087.209,02 EUR
	Minderausgaben infolge geringeren Verkaufs von Bundesschätzen.	
7/58029	Tilgung (– 63,8 %)	– 318.914.767,45 EUR
	Minderausgaben beim Erwerb von Bundestiteln.	

ERLÄUTERUNGEN ZU DEN VA-ANSATZABWEICHUNGEN



581	Nicht titrierte Finanzschuld in heimischer Währung	
5810	Kredite und Darlehen	
1/58108	Verzinsung und Aufgeld (+ 0,1 %)	+ 1.041.709,85 EUR
	Mehrausgaben vor allem infolge ungünstiger variabler Zinssatzentwicklung.	
582	Titrierte Finanzschuld in fremder Währung	
5820	Anleihen	
1/58208	Verzinsung und Aufgeld (+ 33,1 %)	+ 178.847.008,27 EUR
	Mehrausgaben für Zinsaufwand infolge Nichtveranschlagung einer optionalen Zinszahlung bei einer Kreditoperation (159,3 Mill. EUR) sowie aufgrund der Begebung von Kreditoperationen (29,3 Mill. EUR).	
	Minderausgaben infolge günstiger Devisenkurse bzw. variabler Zinssatzentwicklung (9,7 Mill. EUR).	
7/58209	Tilgung (+ 5,4 %)	+ 71.853.910,61 EUR
	Mehrausgaben infolge vorzeitiger Tilgung einer Kreditoperation, welche irrtümlich bei 7/58219 budgetiert wurde (92,3 Mill. EUR).	
	Minderausgaben infolge günstiger Devisenkurse (20,5 Mill. EUR).	
5821	Bundesobligationen und Schuldverschreibungen	
1/58218	Verzinsung und Aufgeld (+ 54,8 %)	+ 140.032.867,95 EUR
	Mehrausgaben für Zinsaufwand infolge ungünstiger Devisenkurse bzw. variabler Zinssatzentwicklung (129,0 Mill. EUR) sowie aufgrund der Begebung von Kreditoperationen (11,0 Mill. EUR).	
7/58219	Tilgung (+ 2,2 %)	+ 56.616.822,30 EUR
	Mehrausgaben infolge ungünstiger Devisenkurse (169,5 Mill. EUR).	



ERLÄUTERUNGEN ZU DEN VA-ANSATZABWEICHUNGEN

Minderausgaben infolge der Veranschlagung einer Call-Option, welche bei 7/58209 verrechnet wurde (97,9 Mill. EUR) sowie aufgrund der Nichtinanspruchnahme von Call-Optionen (15,0 Mill. EUR).

584 Ausgaben aus Währungstauschverträgen

5840 In heimischer Währung

1/58408

Verzinsung und Aufgeld

(+ 5,1 %)

+ 104.362.690,39 EUR

Mehrausgaben für Zinsenaufwand infolge der Begebung von Kreditoperationen mit Währungstauschverträgen (110,8 Mill. EUR).

Minderausgaben infolge günstiger variabler Zinssatzentwicklung (6,4 Mill. EUR).

7/58409

Tilgung

(– 0,4 %)

– 19.815.821,14 EUR

Minderausgaben infolge Nichtinanspruchnahme von Call-Optionen bei Kreditoperationen mit Währungstauschverträgen.

5841 In fremder Währung

1/58418

Verzinsung und Aufgeld

(– 2,6 %)

– 5.067.842,41 EUR

Minderausgaben für Zinsenaufwand infolge günstiger Devisenkurse bzw. variabler Zinssatzentwicklung.

7/58419

Tilgung

(– 3,7 %)

– 22.659.420,51 EUR

Minderausgaben infolge günstiger Devisenkurse.

7/5843 In fremder Währung

7/58439

Kapitalauszahlung

+ 2.585.167.652,-- EUR

Mehrausgaben infolge der Begebung von Kreditoperationen mit Währungstauschverträgen.

ERLÄUTERUNGEN ZU DEN VA-ANSATZABWEICHUNGEN



585 Kurzfristige Verpflichtungen

5850 In heimischer Währung

1/58508

Verzinsung und Aufgeld

(– 69,9 %)

– 57.784.463,81 EUR

Minderausgaben für Zinsenaufwand infolge geringerer Aufnahme von kurzfristigen Verpflichtungen bzw. aufgrund des bei Gegenposition verrechneten Zinsenaufwandes; siehe auch VA-Ansatz 1/58548.

7/58509

Tilgung

(– 85,2 %)

– 17.045.171.655,88 EUR

Minderausgaben infolge geringerer Aufnahme von kurzfristigen Verpflichtungen.

5851 In fremder Währung

1/58518

Verzinsung und Aufgeld

(+ 86,3 %)

+ 166.360.704,32 EUR

Mehrausgaben für Zinsenaufwand infolge höherer Aufnahme von kurzfristigen Verpflichtungen.

7/58519

Tilgung

(– 83,9 %)

– 13.427.351.637,39 EUR

Minderausgaben infolge geringerer Aufnahme bzw. aufgrund der bei Gegenposition verrechneten Tilgung von kurzfristigen Verpflichtungen; siehe auch VA-Ansatz 7/58559.

5852 Devisentermingeschäfte und Währungstauschverträge

1/58528

Aufwendungen

(+ 209,9 %)

+ 38.484.110,15 EUR

Mehrausgaben für Zinsenaufwand infolge der Begebung von kurzfristigen Verpflichtungen mit Währungstauschverträgen sowie aufgrund höherer Aufschläge bei der Begebung von kurzfristigen Verpflichtungen mit Devisentermingeschäften.



ERLÄUTERUNGEN ZU DEN VA-ANSATZABWEICHUNGEN

7/58529		
Aufwendungen (B)		
(– 38,8 %)		– 6.208.475.697,21 EUR
	Minderausgaben infolge geringerer Aufnahme von kurzfristigen Verpflichtungen und der damit verbundenen Devisentermingeschäfte bzw. Währungstauschverträge in heimischer Währung.	
5854	Gegenposition in heimischer Währung	
1/58548		
Verzinsung und Aufgeld		+ 60.956.820,21 EUR
	Mehrausgaben für Zinsenaufwand bei der Begebung von kurzfristigen Verpflichtungen; siehe auch VA-Ansatz 1/58508.	
5855	Gegenposition in fremder Währung	
1/58558		
Verzinsung und Aufgeld		+ 166.487.148,47 EUR
	Mehrausgaben für Zinsenaufwand infolge höherer Aufnahme von kurzfristigen Verpflichtungen.	
7/58559		
Tilgung		+ 7.272.200.095,22 EUR
	Mehrausgaben infolge höherer Aufnahme von bei Gegenposition verrechneten kurzfristigen Verpflichtungen; siehe auch VA-Ansatz 7/58519.	
5856	Gegenposition Devisentermingeschäfte und Währungstauschverträge	
7/58569		
Aufwendungen (B)		+ 2.229.532.990,89 EUR
	Mehrausgaben infolge Aufnahme von kurzfristigen Verpflichtungen mit Währungstauschverträgen.	
1/5859	Gegenposition sonstiger Aufwand	
1/58598		
Aufwendungen		+ 335.402.139,01 EUR
	Mehrausgaben für Kursverluste bei der Begebung von kurzfristigen Verpflichtungen (326,9 Mill. EUR) sowie für Emissionsagio (6,3 Mill. EUR) und Provisi-	

ERLÄUTERUNGEN ZU DEN VA-ANSATZABWEICHUNGEN



onen und Entgelte (2,2 Mill. EUR) bei der Begebung einer kurzfristigen Verpflichtung mit Währungstauschvertrag.

587 Ausgaben mit Gegenposition

5870 Sonstige Wertpapiergebarung

1/58708

Stückzinsen mit Gegenposition

+ 6.182.701,79 EUR

Mehrausgaben vor allem für Stückzinsen beim Verkauf von Wertpapieren für den Sonderverrechnungskreis „Rechtsträgerfinanzierung“ (ehemaliges Kap. 56).

7/58709

Erwerb von Wertpapieren mit Gegenposition

(– 26,0 %)

– 1.041.333.998,73 EUR

Minderausgaben aufgrund des geringeren Erwerbs von Bundstiteln in heimischer Währung (1.580,0 Mill. EUR).

Mehrausgaben infolge des Transfers von Bundstiteln in den Sonderverrechnungskreis „Rechtsträgerfinanzierung“ (ehemaliges Kap. 56) (538,7 Mill. EUR).

588 Pauschalvorsorge und Devisentermingeschäfte

5881 Kreditoperationen nach Voranschlagserstellung (PV)

Bei diesem Paragraphen wird der Zinsen- und Tilgungsdienst für die im Vorjahr nach der Erstellung des Voranschlags durchgeführten Kreditoperationen und für die im laufenden Jahr jeweils neu durchzuführenden Kreditoperationen mit Zinsenverpflichtungen im selben Jahr pauschal veranschlagt. Da diese neuen Kreditoperationen erst bei ihrer Durchführung den endgültigen Verrechnungsansätzen sachlich zugeordnet werden können, dient die pauschale Vorsorge bei diesem Paragraphen der Bedeckung von Überschreitungen gemäß § 41 Abs. 3 BHG.

1/58818

Verzinsung und Aufgeld

(– 100,0 %)

– 112.078.000,-- EUR

Minderausgaben aufgrund der Verrechnung der für die Pauschalvorsorge veranschlagten Zahlungen bei den sachlich in Betracht kommenden VA-Ansätzen 1/58008 und 1/58208.



ERLÄUTERUNGEN ZU DEN VA-ANSATZABWEICHUNGEN

7/58819
Tilgung
(– 100,0 %) – 1.000.001.000,-- EUR

Minderausgaben aufgrund der Verrechnung der für die Pauschalvorsorge veranschlagten Zahlungen bei den sachlich in Betracht kommenden VA-Ansätzen 7/58209, 7/58219, 7/58309 und 7/58829.

5882 **Devisentermingeschäfte**

1/58828
Aufwendungen
(+ 2,2 %) + 1.488.186,26 EUR

Mehrausgaben vor allem für Zinsaufwand infolge der Begebung eines Devisentermingeschäftes.

7/58829
Aufwendungen (B)
(+ 4,1 %) + 80.997.258,62 EUR

Mehrausgaben für die Tilgung in heimischer (58,0 Mill. EUR) und fremder (28,0 Mill. EUR) Währung aufgrund der Begebung eines Devisentermingeschäftes.

Minderausgaben infolge günstiger Devisenkurse (5,0 Mill. EUR).

1/589 **Sonstiger Aufwand**

1/58908
Aufwendungen
(+ 42,7 %) + 104.157.261,19 EUR

Mehrausgaben infolge höherer Emissionsdisagios bei Kreditoperationen in heimischer Währung (106,8 Mill. EUR) sowie aufgrund der Verrechnung von Collateralentgelt (Entgelt für Barsicherheiten) bei Währungstauschverträgen (44,3 Mill. EUR).

Minderausgaben infolge geringerer Disagios in heimischer Währung beim An- und Verkauf von Wertpapieren (45,1 Mill. EUR) sowie geringerer Provisionen und Entgelte bei Kreditoperationen in heimischer Währung (2,3 Mill. EUR).

1/58918
Aufwendungen mit Gegenposition + 280.371.354,17 EUR

Mehrausgaben für Emissionsdisagios bei Kreditoperationen in heimischer (152,8 Mill. EUR) und fremder (16,5 Mill. EUR) Währung sowie aufgrund höherer Disagios in heimischer Währung beim An- und Verkauf von Wertpapieren (53,1 Mill. EUR); weitere Mehrausgaben infolge der Verrechnung von Emissionsdisagios bei der Begebung von Kreditoperationen mit Währungstauschverträgen (28,5 Mill. EUR) sowie für Disagios in heimischer Währung beim

ERLÄUTERUNGEN ZU DEN VA-ANSATZABWEICHUNGEN



An- und Verkauf von Wertpapieren für den Sonderverrechnungskreis „Rechts-trägerfinanzierung“ (ehemaliges Kap. 56) (20,3 Mill. EUR) und bei Provisionen und Entgelten in heimischer (5,4 Mill. EUR) und fremder (3,8 Mill. EUR) Wäh-rung.

58 Finanzierungen, Währungstauschverträge

In Kapitel 58, Allgemeiner Haushalt, betragen die Einnahmen 4.882,7 Mill. EUR und somit 7,0 % der Gesamteinnahmen des Allgemeinen Haushalts. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 3.105,5 Mill. EUR wurden 1.777,2 Mill. EUR (+ 57,2 %) mehr eingenommen.

Mehreinnahmen gegenüber dem Bundesvoranschlag traten insbesondere bei Gegenposition sonstiger Aufwand infolge von zwischen Aufnahme und Tilgung von kurzfristigen Verpflichtungen entstandenen Kursgewinnen (+ 363,9 Mill. EUR) sowie bei sonstigen Einnahmen vor allem aus Emissionsdisagios bei Kreditoperationen mit Währungstauschverträgen (+ 317,5 Mill. EUR) auf. Weitere Mehreinnahmen entstanden bei Einnahmen aus Währungstauschverträgen in fremder Währung (+ 316,9 Mill. EUR) infolge der Nichtveranschlagung einer optionalen Zinsenzahlung bei einer Kreditoperation und infolge günstiger variabler Zinssatzentwicklung bzw. Devisenkurse.

	BVA	Einnahmen in Millionen EUR	Differenz	
Kapitel 58 Gesamteinnahmen - Allg. Haushalt	3.105,499	4.882,686	+ 1.777,187	+ 57,2 %
zweckgebundene Einnahmen	-	-	-	-
sonstige Einnahmen	3.105,499	4.882,686	+ 1.777,187	+ 57,2 %

In Kapitel 58, Ausgleichshaushalt, betragen die Einnahmen 60.000,0 Mill. EUR und somit 100,0 % der Gesamteinnahmen des Ausgleichshaushalts. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 91.392,1 Mill. EUR wurden 31.392,1 Mill. EUR (- 34,3 %) weniger eingenommen.

Mehreinnahmen gegenüber dem Bundesvoranschlag traten insbesondere bei den Erlösen aus Anleihen durch die Begebung von Kreditoperationen (+ 14.644,2 Mill. EUR) sowie bei Gegenposition Devisentermingeschäfte und Währungstauschverträge im Zusammenhang mit der Tilgung in fremder Währung infolge höherer Aufnahme von kurzfristigen Verpflichtungen (+ 7.272,2 Mill. EUR) auf. Weitere Mehreinnahmen entstanden bei den Einnahmen aus Wäh-rungstauschverträgen in heimischer Währung infolge der Begebung von Kreditoperationen mit Währungstauschverträgen (+ 2.603,8 Mill. EUR).

Mindereinnahmen gegenüber dem Bundesvoranschlag traten insbesondere bei Pauschalvorsorge und Devisentermingeschäfte im Zusammenhang mit den Schuldaufnahmen gemäß Art. II BFG auf, wonach den auf diesem VA-Ansatz verbuchten Mindereinnahmen auf diversen anderen VA-Ansätzen verteilt Mehreinnahmen gegenüberstehen (- 23.846,0 Mill. EUR). Weitere Minder-einnahmen entstanden bei kurzfristigen Verpflichtungen in heimischer Währung infolge deren geringerer Aufnahme (- 17.045,2 Mill. EUR) sowie bei den bestandswirksamen Einnahmen aus Devisentermingeschäften und Währungstauschverträgen (- 11.381,8 Mill. EUR) vor allem infolge geringerer Aufnahme bzw. aufgrund der bei Gegenposition verrechneten Aufnahme von kurz-



ERLÄUTERUNGEN ZU DEN VA-ANSATZABWEICHUNGEN

fristigen Verpflichtungen und der damit verbundenen Währungstauschverträge in heimischer Währung.

	BVA	Einnahmen in Millionen EUR	Differenz	
Kapitel 58 Gesamteinnahmen - Ausgleichshaushalt	91.392,072	60.000,006	- 31.392,066	- 34,3 %
zweckgebundene Einnahmen	-	-	-	-
sonstige Einnahmen	91.392,072	60.000,006	- 31.392,066	- 34,3 %
580	Titrierte Finanzschuld in heimischer Währung			
5800	Anleihen			
2/58004	Erfolgswirksame Einnahmen			
(+ 37,6 %)				+ 136.726.196,79 EUR
	Mehreinnahmen bei der Verrechnung von Stückzinsen infolge der Begebung von Kreditoperationen sowie beim Verkauf von Bundestiteln (104,9 Mill. EUR); weitere Mehreinnahmen bei der Verrechnung von Zinsen verliehener Bundestitel (Wertpapiere des Bundes) (33,1 Mill. EUR).			
	Mindereinnahmen von Zinsen für im Bundesbesitz befindliche Bundestitel (1,4 Mill. EUR).			
8/58009	Erlöse - Anleihen			
(+ 292,4 %)				+ 14.644.175.548,77 EUR
	Mehreinnahmen infolge der Begebung von Kreditoperationen (17.217,4 Mill. EUR); dem gegenüber Mindereinnahmen beim VA-Ansatz 8/58809.			
	Mindereinnahmen infolge geringeren Verkaufs von im Bundesbesitz befindlichen Anleihen (2.573,2 Mill. EUR).			
5802	Bundesschatzscheine			
8/58029	Erlöse - Bundesschatzscheine			
(+ 12,9 %)				+ 64.655.314,57 EUR
	Mehreinnahmen infolge höheren Verkaufs von im Bundesbesitz befindlichen Bundesschatzscheinen.			

ERLÄUTERUNGEN ZU DEN VA-ANSATZABWEICHUNGEN



581	Nicht titrierte Finanzschuld in heimischer Währung	
5810	Kredite und Darlehen	
8/58109	Erlöse – Kredite und Darlehen	+ 551.499.000,-- EUR
	Mehreinnahmen infolge der Begebung von Kreditoperationen; dem gegenüber Mindereinnahmen beim VA-Ansatz 8/58809.	
584	Einnahmen aus Währungstauschverträgen	
5840	In heimischer Währung	
2/58404	Zinsen und Aufgeld	+ 50.798.545,69 EUR
(+ 2,8 %)		
	Mehreinnahmen aufgrund der Verrechnung von Zinsen infolge der Begebung von Kreditoperationen mit Währungstauschverträgen (77,4 Mill. EUR).	
	Mindereinnahmen infolge ungünstiger variabler Zinssatzentwicklung bei Kreditoperationen mit Währungstauschverträgen (24,2 Mill. EUR) sowie aufgrund des Entfalls der Zinsenzahlung bei einer Kreditoperation infolge der Zinssatzentwicklung (2,4 Mill. EUR).	
5841	In fremder Währung	
2/58414	Zinsen und Aufgeld	+ 316.851.466,77 EUR
(+ 42,4 %)		
	Mehreinnahmen aufgrund der Nichtveranschlagung einer optionalen Zinsenzahlung bei einer Kreditoperation (159,3 Mill. EUR) sowie infolge der Begebung von Kreditoperationen mit Währungstauschverträgen (40,2 Mill. EUR); weitere Mehreinnahmen an Zinsen infolge günstiger variabler Zinssatzentwicklung bzw. günstiger Devisenkurse (117,3 Mill. EUR).	
8/58419	Kapital	+ 132.883.861,63 EUR
(+ 3,7 %)		
	Mehreinnahmen aufgrund günstiger Devisenkurse (147,9 Mill. EUR).	
	Mindereinnahmen infolge Nichtinanspruchnahme von Call-Optionen bei Kreditoperationen mit Währungstauschverträgen (15,0 Mill. EUR).	



ERLÄUTERUNGEN ZU DEN VA-ANSATZABWEICHUNGEN

8/5842 In heimischer Währung

8/58429

Erlöse – Schulden aus Währungstauschverträgen

+ 2.603.802.859,89 EUR

Mehreinnahmen infolge der Begebung von Kreditoperationen mit Währungstauschverträgen; dem gegenüber Mindereinnahmen beim VA-Ansatz 8/58809.

585 Kurzfristige Verpflichtungen

5850 In heimischer Währung

8/58509

Erlöse

(- 85,2 %)

- 17.045.171.655,88 EUR

Mindereinnahmen infolge geringerer Aufnahme von kurzfristigen Verpflichtungen.

5851 In fremder Währung

8/58519

Erlöse

(- 51,5 %)

- 8.242.580.449,32 EUR

Mindereinnahmen infolge geringerer Aufnahme von kurzfristigen Verpflichtungen.

5852 Devisentermingeschäfte und Währungstauschverträge

2/58524

Erfolgswirksame Einnahmen

+ 258.253.794,20 EUR

Mehreinnahmen an Zinsen in fremder Währung bei der Aufnahme von kurzfristigen Verpflichtungen mit Währungstauschverträgen (226,6 Mill. EUR) sowie aufgrund der Verrechnung von Abschlägen in heimischer Währung infolge der Aufnahme von kurzfristigen Verpflichtungen und der damit verbundenen Devisentermingeschäfte (31,7 Mill. EUR).

8/58529

Bestandswirksame Einnahmen

(- 71,1 %)

- 11.381.782.911,24 EUR

Mindereinnahmen infolge geringerer Aufnahme bzw. aufgrund der bei Gegenposition verrechneten Aufnahme von kurzfristigen Verpflichtungen und der damit verbundenen Währungstauschverträge in heimischer Währung (13.775,6 Mill. EUR).

Mehreinnahmen bei der Tilgung von kurzfristigen Verpflichtungen mit Währungstauschverträgen (2.393,8 Mill. EUR).

ERLÄUTERUNGEN ZU DEN VA-ANSATZABWEICHUNGEN



5855 Gegenposition in fremder Währung

2/58554

Erfolgswirksame Einnahmen

+ 5.612.908,51 EUR

Mehreinnahmen infolge der Verrechnung von Stückzinsen bei der Aufnahme einer kurzfristigen Verpflichtung mit Währungstauschvertrag.

8/58559

Erlöse

+ 2.229.537.990,89 EUR

Mehreinnahmen aufgrund der Aufnahme von kurzfristigen Verpflichtungen mit Währungstauschverträgen.

5856

Gegenposition Devisentermingeschäfte und Währungstauschverträge

2/58564

Erfolgswirksame Einnahmen

+ 39.202.651,08 EUR

Mehreinnahmen aufgrund der Verrechnung von Abschlägen in heimischer Währung infolge der Aufnahme von kurzfristigen Verpflichtungen und der damit verbundenen Devisentermingeschäfte.

8/58569

Bestandswirksame Einnahmen

+ 7.272.195.095,22 EUR

Mehreinnahmen bei der Tilgung in fremder Währung infolge höherer Aufnahme von kurzfristigen Verpflichtungen und der damit verbundenen Devisentermingeschäfte.

2/5859

Gegenposition sonstiger Aufwand

2/58594

Erfolgswirksame Einnahmen

+ 363.911.186,89 EUR

Mehreinnahmen aufgrund von zwischen der Aufnahme und Tilgung von kurzfristigen Verpflichtungen entstandenen Kursgewinnen (361,1 Mill. EUR) sowie durch Provisionen (2,2 Mill. EUR) und Emissionsagio (0,7 Mill. EUR) bei der Aufnahme einer kurzfristigen Verpflichtung mit Währungstauschvertrag.



ERLÄUTERUNGEN ZU DEN VA-ANSATZABWEICHUNGEN

587 Einnahmen mit Gegenposition

5870 Sonstige Wertpapiergebarung

2/58704

Stückzinsen mit Gegenposition

+ 185.397.639,54 EUR

Mehreinnahmen infolge der Verrechnung von Stückzinsen bei der Begebung von Kreditoperationen sowie beim An- bzw. Verkauf von Wertpapieren in heimischer (161,7 Mill. EUR) und fremder (17,5 Mill. EUR) Währung sowie beim Verkauf von Wertpapieren für den Sonderverrechnungskreis „Rechtsträgerfinanzierung“ (ehemaliges Kap. 56) (6,2 Mill. EUR).

8/58709

Kapitalaufnahmen mit Gegenposition

(+ 38,6 %)

+ 1.543.833.653,27 EUR

Mehreinnahmen infolge der Begebung von Kreditoperationen in fremder (2.585,2 Mill. EUR) und heimischer (120,0 Mill. EUR) Währung sowie infolge des Verkaufs von Wertpapieren für den Sonderverrechnungskreis „Rechtsträgerfinanzierung“ (ehemaliges Kap. 56) (538,7 Mill. EUR).

Mindereinnahmen bei der Entnahme von Bundstiteln in heimischer Währung aus dem Bundesbesitz (1.700,0 Mill. EUR).

588 Pauschalvorsorge und Devisentermingeschäfte

8/58809

Schuldaufnahmen gemäß Art. II BFG

(– 100,0 %)

– 23.846.027.000,-- EUR

Den Mindereinnahmen von 23.846,0 Mill. EUR stehen auf den sachlich in Betracht kommenden VA-Ansätzen 8/58009, 8/58109 und 8/58429 verteilt Mehreinnahmen von zusammen 20.372,7 Mill. EUR sowie die bei 8/58709 verrechneten Eigenquoten des Bundes in Höhe von 2.420,0 Mill. EUR gegenüber. Die Ermächtigung zur Aufnahme von Finanzschulden wurde um die Ausnützung von in Art. II und VII BFG 2007 ausgesprochenen Ermächtigungen im Ausmaß von 996,6 Mill. EUR erhöht. Im Ausmaß von 2.049,9 Mill. EUR wurde von der diesem VA-Ansatz zugrundeliegenden Schuldaufnahmeermächtigung nicht Gebrauch gemacht.

5882 Devisentermingeschäfte

2/58824

Erfolgswirksame Einnahmen

(+ 1,9 %)

+ 1.252.319,96 EUR

Mehreinnahmen aufgrund der Verrechnung von Zinsen in heimischer (1,2 Mill. EUR) und fremder (1,4 Mill. EUR) Währung infolge der Begebung eines Devisentermingeschäftes.

ERLÄUTERUNGEN ZU DEN VA-ANSATZABWEICHUNGEN



Mindereinnahmen infolge ungünstiger Devisenkurse (1,2 Mill. EUR).

8/58829

Bestandswirksame Einnahmen

(+ 4,1 %)

+ 80.934.319,57 EUR

Mehreinnahmen in heimischer (58,1 Mill. EUR) und fremder (58,0 Mill. EUR) Währung infolge der Begebung eines Devisentermingeschäftes.

Mindereinnahmen infolge ungünstiger Devisenkurse (35,2 Mill. EUR).

2/589

Sonstige Einnahmen

2/58904

Erfolgswirksame Einnahmen

(+ 333,5 %)

+ 317.489.190,78 EUR

Mehreinnahmen infolge Emissionsdisagios (396,0 Mill. EUR), sonstiger Einnahmen (2,4 Mill. EUR) und Provisionen (0,7 Mill. EUR) bei Kreditoperationen mit Währungstauschverträgen sowie aufgrund der Verrechnung von Agios in heimischer Währung beim Kauf bzw. Verkauf von Wertpapieren (3,9 Mill. EUR) und Leihentgelten in heimischer Währung für die Verleihung von im Bundesbesitz befindlichen Bundstiteln (0,6 Mill. EUR).

Mindereinnahmen aufgrund geringerer Emissionsagios bei der Begebung von Kreditoperationen in heimischer Währung (86,4 Mill. EUR).

2/58914

Erfolgswirksame Einnahmen mit Gegenposition

+ 101.155.416,42 EUR

Mehreinnahmen infolge sonstiger Einnahmen (49,5 Mill. EUR), Emissionsdisagios (16,5 Mill. EUR) und Provisionen (3,8 Mill. EUR) bei der Begebung von Kreditoperationen mit Währungstauschverträgen sowie aufgrund der Verrechnung von Agios in heimischer Währung beim Verkauf von Wertpapieren für den Sonderverrechnungskreis „Rechtsträgerfinanzierung“ (ehemaliges Kap. 56) (20,3 Mill. EUR); weitere Mehreinnahmen aufgrund von Emissionsagios bei der Begebung von Kreditoperationen in fremder Währung (10,9 Mill. EUR).



ERLÄUTERUNGEN ZU DEN VA-ANSATZABWEICHUNGEN

1/60 Land-, Forst- und Wasserwirtschaft

Im Kapitel 60 betragen die Ausgaben 2.036,7 Mill. EUR und somit 2,8 % der Gesamtausgaben des Allgemeinen Haushalts. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 2.256,5 Mill. EUR wurden 219,7 Mill. EUR (- 9,7 %) weniger ausgegeben. Beim Personal entstanden Minderausgaben in Höhe von 953.000 EUR (- 0,6 %), bei den Sachausgaben Minderausgaben in Höhe von 218,8 Mill. EUR (- 10,4 %).

Mehrausgaben gegenüber dem Bundesvoranschlag traten insbesondere bei den Kofinanzierten Förderungsmaßnahmen (EAGFL-Ausrichtung) im Rahmen der agrarischen Strukturförderung (+ 21,8 Mill. EUR) infolge der Ausfinanzierung der Maßnahmen der Periode 2000 – 2006 auf.

Minderausgaben gegenüber dem Bundesvoranschlag traten insbesondere bei den Marktordnungsmaßnahmen im Bereich der Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes (ELER)-EU-Anteil (- 106,7 Mill. EUR) und Bundesanteil (- 75,7 Mill. EUR) aufgrund späterer Programmgenehmigungen sowie beim Europäischen Garantiefonds für die Landwirtschaft (EGFL) (Betriebsprämie) infolge geringerer Antragstellungen (- 55,6 Mill. EUR) auf.

	BVA	Ausgaben	Differenz	
	in Millionen EUR			
Kapitel 60 Gesamtausgaben	2.256,455	2.036,736	- 219,719	- 9,7 %
Personalausgaben	148,216	147,263	- 0,953	- 0,6 %
darunter:				
BM für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt				
1/60000 und Wasserwirtschaft, Zentraleitung	68,280	68,679	+ 0,399	+ 0,6 %
1/60500 Landwirtschaftliche Bundeslehranstalten	42,441	40,890	- 1,551	- 3,7 %
1/60580 Bundesamt für Wasserwirtschaft	4,100	4,123	+ 0,023	+ 0,6 %
1/60720 Hochschule für Agrar- und Umweltpädagogik	0,148	1,509	+ 1,361	+ 919,8 %
1/60800 Wildbach- und Lawinenverbauungsdienst	13,621	13,382	- 0,239	- 1,8 %
Sachausgaben	2.108,239	1.889,473	- 218,766	- 10,4 %
davon:				
Gesetzliche Verpflichtungen	876,690	808,562	- 68,128	- 7,8 %
Ermessensausgaben	1.231,549	1.080,911	- 150,638	- 12,2 %

1/600 Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft

1/6000 Zentraleitung

1/60008
Aufwendungen
(- 28,5 %)

- 5.782.326,01 EUR

Minderausgaben bei Normmieten (BIG) (3,4 Mill. EUR), Instandhaltung von Gebäuden (2,7 Mill. EUR) und Betriebskosten (BIG) (0,5 Mill. EUR) sind auf Zahlungsumbuchungen zu den Dienststellen zurückzuführen.

ERLÄUTERUNGEN ZU DEN VA-ANSATZABWEICHUNGEN



1/6005	Erhebung des Zustandes von Gewässern gemäß §§ 59c ff WRG 1959	
1/60058 Aufwendungen (– 19,2 %)		– 1.277.046,82 EUR
	<p>Minderausgaben für die Beobachtung der Grundwassergüte (0,9 Mill. EUR) wegen günstiger vergebener Leistungen und weniger zusätzlicher Beobachtungen und für die Beobachtung der Oberflächenwassergüte (0,5 Mill. EUR), da kostenintensive Beprobungen und Analysen 2007 nicht abgeschlossen werden konnten.</p> <p>Mehrausgaben für zentrale Aufgaben, Entgelte für Leistungen von Unternehmungen (0,6 Mill. EUR) aufgrund zusätzlicher Erhebungen im Bereich der Oberflächengewässer.</p>	
1/601	Bundesministerium (Förderung der Land- und Forstwirtschaft und des Ernährungswesens)	
1/60146 Qualitätsverbessernde und produktionsumlenkende Maßnahmen (+ 57,4 %)		+ 5.329.516,17 EUR
	<p>Mehrausgaben bei Qualitätsverbesserung und Produktionsalternativen in der Tierhaltung (insgesamt 3,6 Mill. EUR) aufgrund vermehrter Förderung von bundesländerübergreifenden Organisationen, bei der Zusatzabgabe (0,8 Mill. EUR) aufgrund von Mehrkosten bei der Milchleistungskontrolle sowie für den Zukauf von Raufutter und Ersatzprodukten (0,6 Mill. EUR) zur Abfederung der Zusatzaufwendungen für Ersatzfuttermittel aufgrund widriger Witterungsverhältnisse.</p>	
1/6018	Land- und forstwirtschaftliche Kredite	
1/60186 Förderungen (+ 33,6 %)		+ 4.930.402,08 EUR
	<p>Mehrausgaben bei Zinsenzuschüssen für land- und forstwirtschaftliche Investitionskredite ab 1995 (AIK und ASK) (6,8 Mill. EUR) aufgrund zu geringer Veranschlagung.</p> <p>Minderausgaben bei Zinsenzuschüssen für land- und forstwirtschaftliche Investitionskredite (AIK und ASK) bis 1994 (0,7 Mill. EUR) aufgrund des Auslaufens von Altkrediten und bei Zinsenzuschüssen für land- und forstwirtschaftliche Invest-Kredite/BSF ab 1995 (0,6 Mill. EUR) aufgrund zu hoher Veranschlagung.</p>	



ERLÄUTERUNGEN ZU DEN VA-ANSATZABWEICHUNGEN

1/602	Agrarische Strukturförderung	
1/60206	Kofinanzierte Förderungsmaßnahmen (EAGFL-Ausrichtung)	+ 21.802.757,06 EUR
	Mehrausgaben bei Leader+Maßnahmen (17,0 Mill. EUR) und bei sonstigen Maßnahmen der ländlichen Entwicklung (4,9 Mill. EUR) infolge Ausfinanzierung der Maßnahmen der Periode 2000-2006.	
1/60216	Kofinanzierte Förderungsmaßnahmen; Anteile des Bundes (– 77,9 %)	– 2.469.089,97 EUR
	Minderausgaben bei sonstigen Maßnahmen der ländlichen Entwicklung (insgesamt 3,1 Mill. EUR) aufgrund geänderten Antragsverhaltens.	
	Mehrausgaben bei Leader+Maßnahmen (0,7 Mill. EUR) aufgrund der Ausfinanzierung der Maßnahmen der Periode 2000-2006.	
1/603	Marktordnungsmaßnahmen	
1/60304	EGFL (Betriebsprämie), Überweisung an die AMA (– 8,3 %)	– 55.589.000,-- EUR
	Minderausgaben bei der einheitlichen Betriebsprämie (53,8 Mill. EUR) und für zusätzliche Unterstützungsbeiträge (1,3 Mill. EUR) aufgrund geringerer Antragstellung.	
1/60314	EGFL (Pflanzliche Erzeugnisse), Überweisung an die AMA (– 44,0 %)	– 15.643.812,18 EUR
	Minderausgaben bei der befristeten Beihilfe Zucker (7,0 Mill. EUR) aufgrund der Verringerung der Umstrukturierungsprojekte im Zuckerbereich, bei Ackerkulturen, öffentliche Lagerhaltung, technische Kosten (4,3 Mill. EUR), sonstige Kosten (0,6 Mill. EUR) und Wertberichtigung der Bestände (0,6 Mill. EUR) aufgrund nicht anfallender Lagerhaltungskosten wegen Absatzmöglichkeiten auf dem freien Markt, bei der Beihilfe für Energiepflanzen (1,6 Mill. EUR) aufgrund geänderten Anbauverhaltens und Prämienkürzungen, bei der Prämie für Eiweißpflanzen (0,8 Mill. EUR) aufgrund der Änderung des Anbauverhaltens und Ernteausfällen, bei Ausgleichszahlungen für Stärkekartoffelhersteller (0,7 Mill. EUR) aufgrund von Ernteausfällen sowie für die Erstattung für die Verarbeitung von Maisstärke (0,7 Mill. EUR) wegen Änderung der Berechnungsmethode und der hohen Weltmarktpreise.	

ERLÄUTERUNGEN ZU DEN VA-ANSATZABWEICHUNGEN



Mehrausgaben bei Umstellung und Umstrukturierung im Weinbau
(1,4 Mill. EUR) infolge Mittelaufstockung.

1/60324
EGFL (Tierische Erzeugnisse),
Überweisung an die AMA
(– 5,3 %) – 4.836.768,30 EUR

Minderausgaben bei der Schlachtpremie für Kälber (4,3 Mill. EUR) aufgrund
der Umstellung der Verrechnung und geringerer Antragstellung, bei den Prä-
mien für Mutterkühe (3,0 Mill. EUR) infolge geringer Anträge und bei Maß-
nahmen zur Marktentwicklung (0,5 Mill. EUR) wegen fehlender Anträge.

Mehrausgaben bei der allgemeinen Schlachtpremie aufgrund der Umstellung
der Verrechnung (4,2 Mill. EUR).

1/60366
Förderungen der Entwicklung des ländlichen Raumes,
ELER
(– 19,2 %) – 106.660.786,14 EUR

Minderausgaben bei sonstigen Maßnahmen der ländlichen Entwicklung, Über-
weisung an die AMA (103,7 Mill. EUR), bei Agrarumweltmaßnahmen; AMA
(1,7 Mill. EUR) und bei Ausgleichszahlungen in benachteiligten Gebieten;
AMA (1,3 Mill. EUR) aufgrund späterer Programmgenehmigung und infolge
des geänderten EU-Kofinanzierungsschlüssels.

1/60368
Technische Hilfe für die ländliche Entwicklung,
ELER
(– 100,0 %) – 2.000.000,-- EUR

Minderausgaben bei der technischen Hilfe, Überweisungen an die AMA
(2,0 Mill. EUR) aufgrund der späteren Programmgenehmigung.

1/60376
Förderung der Entwicklung des ländlichen Raumes,
Bundesanteil
(– 22,7 %) – 75.694.139,60 EUR

Minderausgaben bei sonstigen Maßnahmen der ländlichen Entwicklung, Über-
weisung an die AMA (68,2 Mill. EUR) und bei Agrarumweltmaßnahmen, AMA
(8,3 Mill. EUR) aufgrund der späteren Programmgenehmigung.

Mehrausgaben bei den Ausgleichszahlungen in benachteiligten Gebieten; AMA
(0,8 Mill. EUR) infolge der Änderung des EU-Kofinanzierungsschlüssels.



ERLÄUTERUNGEN ZU DEN VA-ANSATZABWEICHUNGEN

1/60378	Technische Hilfe für die ländliche Entwicklung, Bundesanteil (– 100,0 %)	– 1.200.000,-- EUR
	Minderausgaben bei der technischen Hilfe, Überweisungen an die AMA (1,2 Mill. EUR) aufgrund der späteren Programmgenehmigung.	
1/605	Lehr- und Versuchsanstalten	
1/6050	Landwirtschaftliche Bundeslehranstalten	
1/60500	Personalausgaben (– 3,7 %)	– 1.550.741,20 EUR
	Minderausgaben bei den Beamten (0,7 Mill. EUR) und bei den VB I/L Z (0,6 Mill. EUR) aufgrund von Ruhestandsversetzungen.	
1/60508	Aufwendungen (+ 34,7 %)	+ 3.532.047,91 EUR
	Mehrausgaben bei Mieten (BIG) (1,8 Mill. EUR) und bei Instandhaltung von Gebäuden (1,7 Mill. EUR) wegen Zahlungsumbuchungen von der Zentrallei- tung.	
	Minderausgaben bei den sonstigen Miet- und Pachtzinsen (1,3 Mill. EUR) in- folge nicht zeitgerechter Umsetzung von Baumaßnahmen und zu hoher Bud- getierung.	
1/6058	Bundesamt für Wasserwirtschaft	
1/60588	Aufwendungen (+ 124,7 %)	+ 1.072.299,76 EUR
	Mehrausgaben aufgrund der Durchführung von Fach- und länderübergreifen- den Projekten, der Teilnahme an Tagungen und Kongressen und wegen not- wendiger Sanierungsarbeiten.	

ERLÄUTERUNGEN ZU DEN VA-ANSATZABWEICHUNGEN



1/607	Sonstige Einrichtungen des Schul- und Ausbildungswesens	
1/6071	Land- und forstwirtschaftliche Berufs- und landwirtschaftliche Fachschulen	
1/60717 Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen) (+ 19,3 %)		+ 6.644.000,-- EUR
	Mehrausgaben bei den laufenden Transferzahlungen für Personalaufwandskosten (6,6 Mill. EUR) aufgrund der Zahlungsverpflichtungen nach dem Finanzausgleichsgesetz 2005.	
1/6072	Hochschule für Agrar- und Umweltpädagogik	
1/60720 Personalausgaben (+ 919,8 %)		+ 1.361.256,33 EUR
	Mehrausgaben bei den VB I/L Z (0,5 Mill. EUR) infolge zu geringer Veranschlagung.	
1/608	Einrichtungen für Schutzwasserbau und Lawinenverbauung	
1/6080	Wildbach- und Lawinenverbauungsdienst	
1/60808 Aufwendungen (+ 65,0 %)		+ 2.095.951,54 EUR
	Mehrausgaben bei Instandhaltung von Gebäuden (1,4 Mill. EUR) aufgrund von Sanierungs- und Planungsmaßnahmen.	
1/6087	Interessentengewässer (Mittel des Katastrophenfonds)	
1/60876 Bundeszuschüsse für Bau-, Projektierungskosten, Gefahrenzonenpläne (zweckgebundene Gebarung) (+ 12,4 %)		+ 3.996.440,-- EUR
	Mehrausgaben für Behebungen gemäß Hochwasseropferentschädigungs- und Wiederaufbaugesetz 2005 (3,3 Mill. EUR) aufgrund von Wiederherstellungs- und Instandhaltungsmaßnahmen im laufenden Jahr und bei der Großache, Gemeinde Kirchdorf (0,8 Mill. EUR) aufgrund witterungsbedingter Baumaßnahmen.	



ERLÄUTERUNGEN ZU DEN VA-ANSATZABWEICHUNGEN

2/60 Land-, Forst- und Wasserwirtschaft

Im Kapitel 60 betragen die Einnahmen 197,4 Mill. EUR und somit 0,3 % der Gesamteinnahmen des Allgemeinen Haushalts. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 197,5 Mill. EUR wurden 168.000 EUR (– 0,1 %) weniger eingenommen.

Mehreinnahmen gegenüber dem Bundesvoranschlag traten insbesondere bei den Marktordnungsmaßnahmen (+ 2,0 Mill. EUR) vor allem aus der Einbehaltung von Sicherstellungen aufgrund höherer Einnahmen aus dem Verfall von Sicherheiten bei Milch, Fleisch und Getreide auf.

Mindereinnahmen gegenüber dem Bundesvoranschlag traten insbesondere bei den erfolgswirksamen Einnahmen der Zentraleitung infolge zu hoher Veranschlagung (– 5,2 Mill. EUR) und bei der Produktionsabgabe für Zucker, EU-Eigenmittel, infolge der durch den gestiegenen Weltmarktpreis bedingten rückerstatteten Akontozahlungen (– 2,8 Mill. EUR) auf.

	BVA	Einnahmen in Millionen EUR	Differenz	
Kapitel 60 Gesamteinnahmen	197,524	197,356	– 0,168	– 0,1 %
zweckgebundene Einnahmen	142,544	144,899	+ 2,355	+ 1,7 %
sonstige Einnahmen	54,980	52,457	– 2,523	– 4,6 %
2/600 Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft				
2/6000 Zentraleitung				
2/60004 Erfolgswirksame Einnahmen (– 17,7 %)				– 5.206.994,93 EUR
				Mindereinnahmen bei den sonstigen verschiedenen Einnahmen (5,6 Mill. EUR) sind auf zu hohe Veranschlagung zurückzuführen.
2/603 Marktordnungsmaßnahmen				
2/60304 Erfolgswirksame Einnahmen (+ 369,8 %)				+ 1.971.186,18 EUR
				Mehreinnahmen bei der Einbehaltung von Sicherstellungen (1,7 Mill. EUR) aufgrund höherer Einnahmen aus dem Verfall von Sicherheiten bei Milch, Fleisch und Getreide.
2/60305 Zucker, EU – Eigenmittel				– 2.759.821,93 EUR
				Mindereinnahmen bei der Produktionsabgabe (2,8 Mill. EUR) infolge der durch den gestiegenen Weltmarktpreis bedingten rückerstatteten Akontozahlungen.

ERLÄUTERUNGEN ZU DEN VA-ANSATZABWEICHUNGEN



2/605 Lehr- und Versuchsanstalten

2/6050 Landwirtschaftliche Bundeslehranstalten

2/60504

Erfolgswirksame Einnahmen

(+ 22,9 %)

+ 1.290.232,60 EUR

Mehreinnahmen bei Schülerheimbeiträgen (0,6 Mill. EUR) infolge der Tarifanpassung der Internatsplätze sowie aufgrund der positiven Auslastungsentwicklung.

1/61 Umwelt

Im Kapitel 61 betragen die Ausgaben 492,6 Mill. EUR und somit 0,7 % der Gesamtausgaben des Allgemeinen Haushalts. Der Bundesvoranschlag mit 574,4 Mill. EUR wurde bei den Sachausgaben um 81,9 Mill. EUR (- 14,3 %) unterschritten.

Mehrausgaben gegenüber dem Bundesvoranschlag traten insbesondere beim Umweltschutz (+ 7,6 Mill. EUR) für umweltpolitische Sofortmaßnahmen und für die Umsetzung des elektronischen Datenmanagements auf.

Minderausgaben gegenüber dem Bundesvoranschlag traten insbesondere beim Programm zur Emissionsreduktion (JI/CDM) wegen späterer Fälligkeit von eingegangenen Verpflichtungen (- 30,8 Mill. EUR) sowie bei der Altlastensanierung (- 24,7 Mill. EUR) und der Siedlungswasserwirtschaft (- 14,5 Mill. EUR) auf, weil Investitionszuschüsse nur nach den jeweiligen Projektfortschritten vergeben wurden.

	BVA	Ausgaben	Differenz	
	in Millionen EUR			
Kapitel 61 Gesamtausgaben	574,426	492,552	- 81,874	- 14,3 %
Personalausgaben	-	-	-	-
Sachausgaben	574,426	492,552	- 81,874	- 14,3 %
davon:				
Gesetzliche Verpflichtungen	16,312	16,375	+ 0,063	+ 0,4 %
Ermessensausgaben	558,114	476,177	- 81,937	- 14,7 %



ERLÄUTERUNGEN ZU DEN VA-ANSATZABWEICHUNGEN

1/612	Umweltschutz	
1/6120	Umweltpolitische Maßnahmen	
1/61206 Förderungen (– 53,0 %)		– 11.311.000,-- EUR
	Minderausgaben für Subventionen an sonstige private Institutionen (10,6 Mill. EUR), weil diese Mittel für Biomassezahlungen im Rahmen der Klimastrategie und für bewusstseinsbildende Maßnahmen benötigt wurden sowie beim Förderprogramm klima:aktiv mobil (1,8 Mill. EUR) aufgrund der verspätet in Kraft getretenen Förderrichtlinie.	
1/61208 Aufwendungen (+ 29,8 %)		+ 7.550.641,79 EUR
	Mehrausgaben bei den Entgelten an Unternehmungen und juristische Personen infolge Zahlungen im Rahmen der Sofortmaßnahme Stockerau und wegen der Umsetzung des elektronischen Datenmanagements (5,3 Mill. EUR) sowie für Maßnahmen im Klimaschutz (3,5 Mill. EUR).	
1/6121	Ersatzvornahmen (Altlasten)	
1/61218 Aufwendungen (– 77,8 %)		– 5.450.465,08 EUR
	Minderausgaben für sonstige Leistungen von Gewerbetreibenden, Firmen und juristischen Personen (5,4 Mill. EUR) aufgrund geringeren Aufwands für Ersatzvornahmen.	
1/6122	Altlastensanierung (zweckgebundene Gebarung)	
1/61226 Förderungen (– 60,6 %)		– 24.656.196,81 EUR
	Minderausgaben bei Investitionszuschüssen (24,7 Mill. EUR), weil die Auszahlungen entsprechend dem jeweiligen Projektfortschritt erfolgten.	
1/61228 Aufwendungen (– 53,3 %)		– 4.969.642,89 EUR
	Minderausgaben für sonstige Leistungen von Gewerbetreibenden, Firmen und juristischen Personen (3,8 Mill. EUR) aufgrund geringeren Auszahlungsbedarfs für Verdachtsflächenuntersuchungen und bei Entgelten an Unternehmungen (§ 18 Altlastensanierungsgesetz) (1,0 Mill. EUR), weil für konkrete Sanierungen in den Deponien kein Liquiditätsbedarf gegeben war.	

ERLÄUTERUNGEN ZU DEN VA-ANSATZABWEICHUNGEN



1/6123	Siedlungswasserwirtschaft (zweckgebundene Gebarung)	
1/61236 Förderungen (– 4,7 %)		– 14.468.786,37 EUR
	Minderausgaben bei Investitionsförderungen (14,5 Mill. EUR), weil die Auszahlungen entsprechend dem jeweiligen Projektfortschritt erfolgten.	
1/6124	Sonstige Umweltmaßnahmen	
1/61246 Förderungen (+ 5,5 %)		+ 3.811.476,28 EUR
	Mehrausgaben bei Investitionszuschüssen (5,9 Mill. EUR) entsprechend den jeweiligen Projektfortschritten.	
	Minderausgaben bei Umweltschutzmaßnahmen im Ausland (2,1 Mill. EUR) entsprechend den jeweiligen Projektfortschritten.	
1/6125	Strahlenschutz	
1/61258 Aufwendungen (– 18,6 %)		– 1.587.854,36 EUR
	Minderausgaben bei den Entgelten an Unternehmungen (Endlagerung gemäß Strahlenschutzgesetz) (1,5 Mill. EUR) aufgrund der späteren Fälligkeit der Ausgaben, bei sonstigen Leistungen von Gewerbetreibenden, Firmen und juristischen Personen (0,9 Mill. EUR) wegen gesonderter Verrechnung der Instandhaltungsarbeiten und bei Lizenzgebühren (0,7 Mill. EUR) aufgrund geringeren Bedarfs an Softwareerneuerungen.	
	Mehrausgaben für die Instandhaltung von Ausstattung (1,0 Mill. EUR) infolge gesonderter Verbuchung der Instandhaltungsarbeiten.	
1/6127	JI/CDM-Programm	
1/61278 Aufwendungen (– 66,9 %)		– 30.765.700,41 EUR
	Minderausgaben bei den Entgelten an Unternehmungen (insgesamt 30,8 Mill. EUR) aufgrund der späteren Fälligkeiten der eingegangenen Verpflichtungen.	



ERLÄUTERUNGEN ZU DEN VA-ANSATZABWEICHUNGEN

2/61 Umwelt

Im Kapitel 61 betragen die Einnahmen 302,6 Mill. EUR und somit 0,4 % der Gesamteinnahmen des Allgemeinen Haushalts. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 315,8 Mill. EUR wurden 13,2 Mill. EUR (– 4,2 %) weniger eingenommen.

Mehreinnahmen gegenüber dem Bundesvoranschlag traten insbesondere beim Vorsorgeentgelt gemäß Strahlenschutzgesetz aufgrund erhöhter Zahlungsverpflichtungen des BMVIT auf (+ 1,7 Mill. EUR).

Mindereinnahmen gegenüber dem Bundesvoranschlag traten insbesondere bei den zweckgebundenen erfolgswirksamen Einnahmen der Siedlungswasserwirtschaft bei der Überweisung von Steueranteilen und Zinsen und bei Überweisungen vom Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds auf, weil die Auszahlung von Investitionsförderungen entsprechend den jeweiligen Projektfortschritten erfolgten (– 14,8 Mill. EUR).

	BVA	Einnahmen in Millionen EUR	Differenz	
Kapitel 61 Gesamteinnahmen	315,807	302,578	– 13,229	– 4,2 %
zweckgebundene Einnahmen	315,669	301,995	– 13,674	– 4,3 %
sonstige Einnahmen	0,138	0,582	+ 0,444	+ 321,9 %

2/612 Umweltschutz

2/6123 Siedlungswasserwirtschaft (zweckgebundene Gebarung)

2/61230

Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen
(– 4,7 %)

– 14.808.936,14 EUR

Mindereinnahmen bei der Überweisung von Steueranteilen und Zinsen (12,2 Mill. EUR) und bei Überweisungen vom Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds (2,5 Mill. EUR) aufgrund geringeren zweckgebundenen Liquiditätsbedarfs beim korrespondierenden Ausgabenansatz.

2/6125 Strahlenschutz

2/61250

Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen
(+ 110,6 %)

+ 1.661.333,15 EUR

Mehreinnahmen beim Vorsorgeentgelt gemäß Strahlenschutzgesetz (1,6 Mill. EUR) aufgrund erhöhter Zahlungsverpflichtungen des BMVIT.

ERLÄUTERUNGEN ZU DEN VA-ANSATZABWEICHUNGEN



1/63 Wirtschaft und Arbeit

Im Kapitel 63 betragen die Ausgaben 5.753,5 Mill. EUR und somit 8,0 % der Gesamtausgaben des Allgemeinen Haushalts. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 5.537,7 Mill. EUR wurden 215,8 Mill. EUR (+ 3,9 %) mehr ausgegeben. Während für Personal Minderausgaben in Höhe von 394.000 EUR (- 0,2 %) entstanden, ergaben sich bei den Sachausgaben Mehrausgaben in Höhe von 216,2 Mill. EUR (+ 4,1 %).

Mehrausgaben gegenüber dem Bundesvoranschlag traten insbesondere durch den Ausgleich des Abgangs der Gebarung Arbeitsmarktpolitik (+ 240,2 Mill. EUR), durch die Umstellung des AMS von Förderverträgen auf Werkverträge im Rahmen der arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen gemäß AMFG und AMSG (+ 51,0 Mill. EUR) sowie durch vermehrte unternehmensbezogene Arbeitsmarktförderung gemäß AMFG (+ 29,5 Mill. EUR) auf.

Minderausgaben gegenüber dem Bundesvoranschlag traten insbesondere durch die geringere Förderungsgewährung im Rahmen der arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen gemäß AMFG und AMSG (- 52,9 Mill. EUR) sowie bei den arbeitsmarktpolitischen Leistungen gemäß AIVG (- 28,3 Mill. EUR) vor allem durch die konjunkturelle Entwicklung auf. Weitere Minderausgaben entstanden im Rahmen der arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen (EU) (- 26,9 Mill. EUR) vor allem durch die Umstellung des AMS von Förderverträgen auf Werkverträge und durch den verzögerten Anlauf der ESF-Kofinanzierung der neuen Programmplanungsperiode.

	BVA	Ausgaben in Millionen EUR	Differenz	
Kapitel 63 Gesamtausgaben	5.537,651	5.753,481	+ 215,830	+ 3,9 %
Personalausgaben	202,258	201,864	- 0,394	- 0,2 %
darunter:				
1/63000 BM für Wirtschaft und Arbeit, Zentraleitung	52,100	52,173	+ 0,073	+ 0,1 %
1/63090 Bundesamt für Eich- und Vermessungswesen	53,060	52,530	- 0,530	- 1,0 %
1/63500 Ämter des AMS	50,400	50,290	- 0,110	- 0,2 %
Sachausgaben	5.335,393	5.551,617	+ 216,224	+ 4,1 %
davon:				
Gesetzliche Verpflichtungen	3.799,336	4.009,794	+ 210,458	+ 5,5 %
Ermessensausgaben	1.536,057	1.541,823	+ 5,766	+ 0,4 %

1/630 Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit

1/6300 Zentraleitung

1/63008

Aufwendungen
(- 11,8 %)

- 2.664.145,80 EUR

Minderausgaben bei den Werkleistungen von gewerblichen Betrieben (4,4 Mill. EUR) aufgrund geringeren Bedarfes.

Mehrausgaben für Zahlungen an die Bundesrechenzentrum GmbH für SAP-Lizenzen (0,9 Mill. EUR), für gestiegene Raummieten und für höhere Mittel für ärztliche Betreuung (zusammen 0,8 Mill. EUR).



ERLÄUTERUNGEN ZU DEN VA-ANSATZABWEICHUNGEN

1/6309	Bundesamt für Eich- und Vermessungswesen	
1/63098 Aufwendungen (+ 17,1 %)		+ 3.099.441,44 EUR
	Mehrausgaben für die Instandhaltung von Gebäuden aufgrund von Übersiedlungen (1,9 Mill. EUR), für sonstige Leistungen von Gewerbebetrieben (0,7 Mill. EUR) und für ADV-Leistungen (0,7 Mill. EUR) für das Projekt GEO-Data infolge Verzögerungen bei der Projektabwicklung sowie für Mieten für ADV-Geräte (0,6 Mill. EUR).	
	Minderausgaben bei den Zahlungen an die Bundesrechenzentrum GmbH (0,8 Mill. EUR).	
1/631	Bundesministerium (Förderungsmaßnahmen)	
1/6315	Wirtschaftsförderungen	
1/63156 Förderungen (– 5,1 %)		– 3.897.237,56 EUR
	Minderausgaben bei den Zuschüssen an die Wirtschaft (16,7 Mill. EUR), an Institutionen (3,9 Mill. EUR) und an Tourismusinstitutionen (2,3 Mill. EUR), bei der Tourismus-Infrastruktur-Förderung (1,0 Mill. EUR), den EU-Förderprogrammen (0,8 Mill. EUR) und dem Grenzlandförderungsprogramm Steiermark (0,7 Mill. EUR) durch geringeren Antragseingang und aufgrund von Einsparungen zugunsten anderer Förderungsmaßnahmen.	
	Mehrausgaben für die Förderaktionen der Österreichischen Hotel- und Tourismusbank GmbH (13,8 Mill. EUR), für Zahlungen an die Österreich Werbung in Zusammenhang mit der EURO 2008 (5,3 Mill. EUR) sowie für verschiedene Maßnahmen zugunsten der Exportoffensive (2,1 Mill. EUR).	
1/6316	Klima- und Energiefonds	
1/63168 Aufwendungen		+ 3.641.168,-- EUR
	Mehrausgaben für Programme des Klima- und Energiefonds (3,6 Mill. EUR), die mittels überplanmäßiger Ausgaben bedeckt wurden.	
1/6317	Technologie- und Forschungsförderung	
1/63176 Förderungen (+ 9,6 %)		+ 4.274.854,09 EUR
	Mehrausgaben für die F&E Offensive der Forschungsförderungs GmbH (FFG) (insgesamt 37,4 Mill. EUR), von Institutionen (3,0 Mill. EUR), des ERP-Fonds	

ERLÄUTERUNGEN ZU DEN VA-ANSATZABWEICHUNGEN



(2,0 Mill. EUR) sowie der Austria Wirtschaftsservice Gesellschaft mbH (0,6 Mill. EUR). Weitere Mehrausgaben für Zuschüsse an Institutionen des Technischen Versuchswesens und für Technologie und Forschung (insgesamt 1,9 Mill. EUR).

Minderausgaben bei den Zuschüssen an Institutionen für die F&E Offensive (36,7 Mill. EUR) und bei Förderungen für Technologie und Innovation (3,9 Mill. EUR) zugunsten anderer Förderungsaktionen.

1/63178
Aufwendungen
(– 55,6 %)

– 8.224.475,72 EUR

Minderausgaben bei den sonstigen Werkleistungen für die F&E Offensive (11,1 Mill. EUR) aufgrund geringeren Bedarfes.

Mehrausgaben für die Programmabwicklung der FFG für die F&E Offensive (2,0 Mill. EUR) und für Aufträge an die Forschungs-, Technologie- und Bildungskooperationen (0,5 Mill. EUR).

1/632 **Kulturbauten- und Liegenschaftsverwaltung**

1/6323 **Kulturbauten**

1/63233
Anlagen
(+ 17,1 %)

+ 5.758.982,07 EUR

Mehrausgaben durch zügigen Baufortschritt bei den Generalsanierungen der Wiener Amtsgebäude Wallnerstrasse (4,3 Mill. EUR), Stubenring (3,8 Mill. EUR) und Himmelfortgasse (3,6 Mill. EUR).

Minderausgaben aufgrund verzögerter Abrechnungen bzw. Zurückstellung von Leistungen sowie geringere Zahlung an Bauträger bei den Bauvorhaben Alte Universität (1,6 Mill. EUR), Hofburg Innsbruck (1,5 Mill. EUR), Naturhistorisches Museum (1,5 Mill. EUR), Kunsthistorisches Museum (1,3 Mill. EUR) sowie für diverse kleinere Vorhaben (1,1 Mill. EUR).

1/635 **Arbeitsmarktpolitik (I)**

1/6351 **Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen gemäß AMFG und AMSG**

1/63516
Förderungen
(– 6,6 %)

– 52.914.862,03 EUR

Minderausgaben an Gemeinden (0,7 Mill. EUR), Länder (2,4 Mill. EUR), Kammern (4,2 Mill. EUR), Berufsförderungsinstitute (16,2 Mill. EUR), Betriebe (6,7 Mill. EUR), Unternehmungen mit Bundesbeteiligung (1,0 Mill. EUR), Gemeindeunternehmungen (0,5 Mill. EUR), private Institutionen (21,7 Mill. EUR) sowie für Investitionen (0,6 Mill. EUR).



ERLÄUTERUNGEN ZU DEN VA-ANSATZABWEICHUNGEN

Mehrausgaben an Einzelpersonen (2,2 Mill. EUR).

1/63518
Aufwendungen
(+ 299,8 %) + 50.965.699,88 EUR

Mehrausgaben aufgrund der Umstellung des Arbeitsmarktservice von Förderverträgen auf Werkverträge in der aktiven Arbeitsmarktpolitik (51,0 Mill. EUR).

1/63547
Sonderunterstützung
(– 3,0 %) – 1.066.907,57 EUR

Minderausgaben an Leistungsaufwand und Pensionsversicherungsbeitrag aufgrund einer geringfügigen Überschätzung an Leistungsbeziehern (1,1 Mill. EUR).

1/6355 **Arbeitsmarktpolitische Leistungen gemäß AIVG**

1/63557
Leistungen nach dem AIVG
(– 0,8 %) – 28.297.410,83 EUR

Minderausgaben aufgrund der konjunkturellen Entwicklung für die Leistung Arbeitslosengeld (30,0 Mill. EUR), bei der Leistung Notstandshilfe (15,5 Mill. EUR), beim Altersteilzeitgeld (13,7 Mill. EUR) und beim Übergangsgeld (2,5 Mill. EUR).

Mehrausgaben für Pensionsversicherungsbeiträge (24,1 Mill. EUR) und Krankengeldaufwand (3,1 Mill. EUR) aufgrund von Nachzahlungen aus Vorjahresabrechnungen sowie beim Krankenversicherungsbeitrag für Bezieher von Notstandshilfe und Sondernotstandshilfe (5,3 Mill. EUR).

1/636 **Arbeitsmarktpolitik (II)**

1/6363 **Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen (EU)**

1/63636
Förderungen
(– 38,4 %) – 26.852.889,38 EUR

Minderausgaben aufgrund der Umstellung des Arbeitsmarktservice von Förderverträgen auf Werkverträge in der aktiven Arbeitsmarktpolitik und verzögerten Anlaufs der ESF-Kofinanzierung der neuen Programmplanungsperiode (30,0 Mill. EUR).

Mehrausgaben für private Institutionen (3,7 Mill. EUR).

ERLÄUTERUNGEN ZU DEN VA-ANSATZABWEICHUNGEN



1/63638
Aufwendungen
(+ 15,1 %)

+ 5.579.935,20 EUR

Mehrausgaben aufgrund beschleunigter Programmumsetzung der Endbegünstigten in den Zielprogrammen des Europäischen Sozialfonds (5,0 Mill. EUR). Weitere Mehrausgaben aufgrund der Umstellung des Arbeitsmarktservice von Förderverträgen auf Werkverträge in der aktiven Arbeitsmarktpolitik (1,4 Mill. EUR).

Minderausgaben bei Überweisungen an das BMBWK (0,8 Mill. EUR).

1/6366 **Unternehmensbezogene Arbeitsmarktförderung
gemäß AMFG**

1/63665
Förderungen (D)
(- 100,0 %)

- 1.000.000,-- EUR

Minderausgaben bei den betrieblichen Darlehen mangels Bedarfs (1,0 Mill. EUR).

1/63666
Förderungen

+ 29.464.860,60 EUR

Mehrausgaben an Betriebe (29,5 Mill. EUR) infolge zu niedriger Veranschlagung.

1/637 **Bundesministerium; Sonstiger Zweckaufwand**

1/63727
Bundesbeitrag zur Arbeitsmarktpolitik
(+ 130,8 %)

+ 240.230.125,65 EUR

Mehrausgaben beim Ausgleich des Abgangs der Gebarung Arbeitsmarktpolitik (240,2 Mill. EUR).

2/63 **Wirtschaft und Arbeit**

Im Kapitel 63 betragen die Einnahmen 4.893,7 Mill. EUR und somit 7,0 % der Gesamteinnahmen des Allgemeinen Haushalts. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 4.934,7 Mill. EUR wurden 41,0 Mill. EUR (- 0,8 %) weniger eingenommen.

Mehreinnahmen gegenüber dem Bundesvoranschlag traten insbesondere beim Bundesbeitrag zur Arbeitsmarktpolitik bezüglich der Abdeckung des Abgangs der Gebarung Arbeitsmarktpolitik (+ 240,2 Mill. EUR) und bei den erfolgswirksamen Einnahmen der Zentralleitung betreffend gestiegene Flächen-, Feld-, Speicher- und Förderzinse (+ 16,5 Mill. EUR) auf.

Mindereinnahmen gegenüber dem Bundesvoranschlag traten insbesondere bei den Arbeitslosenversicherungsbeiträgen auf, weil aufgrund eines Urteils des VwGH, demzufolge beim Alter, in



ERLÄUTERUNGEN ZU DEN VA-ANSATZABWEICHUNGEN

dem noch Arbeitslosenversicherungsbeiträge gezahlt werden müssen, kein geschlechtsspezifischer Unterschied zulässig ist (- 269,7 Mill. EUR). Weitere Mindereinnahmen entstanden bei den Erträgen aus Kapitalbeteiligungen, da keine Gewinnausschüttung durch die BIG erfolgte (- 30,0 Mill. EUR).

	BVA	Einnahmen	Differenz	
	in Millionen EUR			
Kapitel 63 Gesamteinnahmen	4.934,706	4.893,680	- 41,026	- 0,8 %
zweckgebundene Einnahmen	4.775,636	4.749,566	- 26,070	- 0,5 %
sonstige Einnahmen	159,070	144,114	- 14,956	- 9,4 %
2/630	Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit			
2/6300	Zentraleitung			
2/63004	Erfolgswirksame Einnahmen			
(+ 22,7 %)				+ 16.467.410,35 EUR
	Mehreinnahmen bei Flächen-, Feld-, Speicher- und Förderzinsen (17,4 Mill. EUR).			
	Mindereinnahmen bei den Abfragegebühren für die Grundstücksdatenbank (0,5 Mill. EUR).			
2/6301	Kapitalbeteiligungen			
2/63014	Erträge			
(- 100,0 %)				- 30.001.000,-- EUR
	Mindereinnahmen bei den privaten Dienstleistungen (einschließlich Handel) (30,0 Mill. EUR), da keine Gewinnausschüttung durch die BIG erfolgte.			
2/6309	Einrichtungen des Eich- und Vermessungswesens			
2/63094	Erfolgswirksame Einnahmen			
(- 9,7 %)				- 2.178.008,87 EUR
	Mindereinnahmen bei den Eich- und Prüfgebühren (5,4 Mill. EUR) und bei den Erlösen für Kopien vermessungstechnischer Unterlagen (1,2 Mill. EUR) infolge geringerer Nachfrage. Weitere Mindereinnahmen bei den Vergütungen vom BMLV (0,5 Mill. EUR).			
	Mehreinnahmen bei den Verkaufspreisen gemäß § 48 Vermessungsgesetz (3,3 Mill. EUR) sowie bei Erlösen aus der Grundstücksdatenbank (1,9 Mill. EUR) aufgrund verstärkter Inanspruchnahme.			

ERLÄUTERUNGEN ZU DEN VA-ANSATZABWEICHUNGEN



2/631	Bundesministerium Zweckaufwand	
2/6315	Wirtschaftsförderungen	
2/63159	Darlehensrückzahlungen (– 100,0 %)	– 1.113.582,84 EUR
	Mindereinnahmen bei der gemeinsamen Kreditaktion mit Ländern (0,6 Mill. EUR) und den Kammern der gewerblichen Wirtschaft (0,5 Mill. EUR) aufgrund von Fehleinschätzung.	
2/632	Kulturbauten- und Liegenschaftsverwaltung	
2/6323	Kulturbauten	
2/63230	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	+ 5.327.892,19 EUR
	Mehreinnahmen aufgrund Beteiligungen Dritter an den Sanierungsmaßnahmen des Projekts Wallnerstraße (3,6 Mill. EUR) und den Schönbrunner Filmstudios (1,6 Mill. EUR).	
2/633	Verschiedene Dienststellen Bereich Wirtschaft	
2/6332	Amt der Bundesimmobilien	
2/63324	Erfolgswirksame Einnahmen (– 11,7 %)	– 1.715.639,75 EUR
	Mindereinnahmen bei den Personalkostenersätzen des Amtes der Bundesim- mobilien (1,7 Mill. EUR) infolge geringeren Personalstandes.	
2/635	Arbeitsmarktpolitik (I)	
2/63580	Arbeitslosenversicherungsbeiträge (zweckgebundene Einnahmen) (– 5,9 %)	– 269.658.797,69 EUR
	Mindereinnahmen aufgrund eines Urteils des VwGH, demzufolge bei dem Al- ter, in dem noch Arbeitslosenversicherungsbeiträge gezahlt werden müssen, kein geschlechtsspezifischer Unterschied zulässig ist (269,2 Mill. EUR). Weitere Mindereinnahmen aufgrund von Erstattungen gemäß EWR-Vertrag (0,5 Mill. EUR).	



ERLÄUTERUNGEN ZU DEN VA-ANSATZABWEICHUNGEN

2/63590
Überweisungen von der BUAK
(– 36,5 %) – 1.085.383,84 EUR

Mindereinnahmen aufgrund geringerer Winterfeiertagsvergütung gemäß § 13 Abs. 3 BUAG (1,1 Mill. EUR).

2/63591
Bundesbeitrag zur Arbeitsmarktpolitik
(+ 130,8 %) + 240.230.125,65 EUR

Mehreinnahmen bezüglich Abdeckung des Abgangs der Gebarung Arbeitsmarktpolitik gemäß § 1 (4) AMPFG (240,2 Mill. EUR) (korrespondierende Ausgaben bei VA-Ansatz 1/63727).

2/636 **Arbeitsmarktpolitik (II)**

2/6366 **Unternehmensbezogene Arbeitsmarktförderung
gemäß AMFG**

2/63669
Darlehensrückzahlungen
+ 2.935.850,51 EUR

Mehreinnahmen durch vorzeitige Rückzahlung von Darlehen (2,9 Mill. EUR).

1/65 **Verkehr, Innovation und Technologie**

Im Kapitel 65 betragen die Ausgaben 2.588,0 Mill. EUR und somit 3,6 % der Gesamtausgaben des Allgemeinen Haushalts. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 2.511,8 Mill. EUR wurden 76,2 Mill. EUR (+ 3,0 %) mehr ausgegeben. Während für Personal Minderausgaben in Höhe von 1,6 Mill. EUR (– 2,8 %) entstanden, ergaben sich bei den Sachausgaben Mehrausgaben in Höhe von 77,7 Mill. EUR (+ 3,2 %).

Mehrausgaben gegenüber dem Bundesvoranschlag traten insbesondere bei den Kosten für die Eisenbahn-Infrastruktur (+ 81,2 Mill. EUR) vor allem wegen höherer Zuschüsse für die Bereitstellung der Schieneninfrastruktur und für Anschlussbahnfinanzierung auf. Weiters ergaben sich Mehrausgaben für den Liegenschaftserwerb der ASFINAG infolge zu geringer Veranschlagung (+ 43,0 Mill. EUR) sowie für Technologie- und Forschungsförderung (+ 15,3 Mill. EUR) vorwiegend wegen höherer Inanspruchnahme der Mittel.

Minderausgaben gegenüber dem Bundesvoranschlag ergaben sich insbesondere bei den vorbeugenden Maßnahmen der Wasserbauverwaltung wegen verzögerten Baubeginns (– 16,3 Mill. EUR) und für den Hochwasserschutz (– 12,3 Mill. EUR). Minderausgaben in Höhe von – 17,0 Mill. EUR saldiert traten bei gemeinwirtschaftlichen Leistungen für Eisenbahnen auf: Minderausgaben bei Leistungen für den Personenverkehr (– 83,4 Mill. EUR) aufgrund geringeren Bedarfs standen Mehrausgaben bei Leistungen für den Güterverkehr (+ 65,8 Mill. EUR) aufgrund höheren Bedarfs gegenüber.

ERLÄUTERUNGEN ZU DEN VA-ANSATZABWEICHUNGEN



	BVA	Ausgaben in Millionen EUR	Differenz	
Kapitel 65 Gesamtausgaben	2.511,803	2.587,960	+ 76,157	+ 3,0 %
Personalausgaben	55,229	53,668	- 1,561	- 2,8 %
darunter:				
BM für Verkehr, Innovation und				
1/65000 Technologie, Zentralleitung	34,958	33,963	- 0,995	- 2,8 %
1/65800 Österreichisches Patentamt	11,017	10,755	- 0,262	- 2,4 %
Sachausgaben	2.456,574	2.534,292	+ 77,718	+ 3,2 %
davon:				
Gesetzliche Verpflichtungen	222,907	222,252	- 0,655	- 0,3 %
Ermessensausgaben	2.233,667	2.312,040	+ 78,373	+ 3,5 %
1/650 Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie				
1/6500 Zentralleitung				
1/65008 Aufwendungen (- 14,8 %)				- 2.569.667,21 EUR
				Minderausgaben für die Instandhaltung von Gebäuden, für übrige Gerichtskosten und für Zahlungen an die BIG (insgesamt 1,1 Mill. EUR), weiters für sonstige Transporte (Dienstreisen) (0,6 Mill. EUR) und für sonstige ADV-Leistungen (0,5 Mill. EUR).
				Mehrausgaben für Schadensvergütungen (1,5 Mill. EUR).
1/6502 Post- und fernmeldebehördliche Tätigkeiten				
1/65023 Anlagen (+ 85,9 %)				+ 1.482.976,53 EUR
				Mehrausgaben für sonstige Amtsausstattung (1,0 Mill. EUR) und für sonstige Kraftfahrzeuge (0,8 Mill. EUR).
1/651 Bundesministerium (Zweckaufwand)				
1/6514 Eisenbahnen				
1/65148 Kosten für Eisenbahn-Infrastruktur (+ 7,6 %)				+ 81.216.000,-- EUR
				Mehrausgaben bei den Zahlungen für die Infrastrukturoffensive (65,0 Mill. EUR) wegen höherer Zuschüsse für die Bereitstellung der Schieneninfrastruktur, für die Anschlussbahnfinanzierung (27,0 Mill. EUR) wegen der Umbuchung vom VA-Ansatz 1/65158 auf VA-Ansatz 1/65148 und aufgrund



ERLÄUTERUNGEN ZU DEN VA-ANSATZABWEICHUNGEN

verstärkter Inanspruchnahme für Anschlussbahnprojekte und bei Zahlungen an die Brenner Basistunnel AG gemäß ASFINAG-Gesetz (2,5 Mill. EUR).

Minderausgaben bei den Transferzahlungen an die ÖBB (8,2 Mill. EUR) und beim Infrastrukturbeitrag Brenner Basistunnel AG (5,0 Mill. EUR).

1/65158

Gemeinwirtschaftliche Leistungen

(– 2,7 %)

– 17.000.000,-- EUR

Minderausgaben bei den Leistungen für den Personenverkehr (83,4 Mill. EUR) aufgrund geringeren Bedarfes.

Mehrausgaben bei den Leistungen für den Güterverkehr (65,8 Mill. EUR) aufgrund höheren Bedarfes und bei den Leistungen gemäß dem Privatbahngesetz (1,0 Mill. EUR).

1/65198

Zahlungen für luftfahrtbehördliche Tätigkeiten

(+ 27,6 %)

+ 2.604.000,-- EUR

Mehrausgaben bei Entgelten für luftfahrtbehördliche Tätigkeiten (2,6 Mill. EUR).

1/652

Bundesministerium (Förderungsmaßnahmen)

1/6525

Innovation und strukturpolitische Maßnahmen

1/65256

Förderungen

(+ 204,1 %)

+ 1.161.459,33 EUR

Mehrausgaben für sonstige Förderungen (0,9 Mill. EUR).

1/6527

Klima- und Energiefonds

1/65278

Aufwendungen

+ 14.400.461,-- EUR

Mehrausgaben bei den Transferzahlungen an den Klima- und Energiefonds (14,4 Mill. EUR), weil die Höhe der benötigten Mittel und deren Zuordnung erst nach der Budgeterstellung gesetzlich festgelegt wurde.

ERLÄUTERUNGEN ZU DEN VA-ANSATZABWEICHUNGEN



1/653	Wirtschaftlich-technische Forschung/Technologie	
1/6532	Technologie- und Forschungsförderung (wissenschaftlich)/FWF	
1/65326 Förderungen (+ 25,2 %)		+ 15.338.422,50 EUR
	<p>Mehrausgaben für die FWF-Forschungsanleihe (14,8 Mill. EUR) und für die wissenschaftliche Programmabwicklung im Rahmen der Forschungs- und Entwicklungsoffensive (4,3 Mill. EUR) wegen höherer Inanspruchnahme der Mittel.</p> <p>Minderausgaben wegen geringerer Inanspruchnahme der Mittel im Rahmen der Forschungs- und Entwicklungsoffensive für den Bottom up Bereich (2,5 Mill. EUR) und für Translational Research (1,0 Mill. EUR).</p>	
1/6533	Forschungs- und Technologietransfer	
1/65338 Aufwendungen (- 41,0 %)		- 3.503.675,19 EUR
	<p>Minderausgaben für Forschungsschwerpunkte (2,5 Mill. EUR) und für Technologieschwerpunkte (2,2 Mill. EUR) bei den Unternehmungen sowie für laufende Transferzahlungen an Unternehmen mit Bundesbeteiligung (1,6 Mill. EUR).</p> <p>Mehrausgaben für sonstige Leistungen von Gewerbetreibenden, Firmen und juristischen Personen (2,7 Mill. EUR).</p>	
1/6534	Sondervorhaben - Technologie	
1/65346 Förderungen (- 72,3 %)		- 1.452.407,32 EUR
	<p>Minderausgaben im Rahmen der Forschungs- und Entwicklungsoffensive beim ERP-Fonds (1,3 Mill. EUR).</p>	
1/65348 Aufwendungen (- 55,1 %)		- 5.793.492,63 EUR
	<p>Minderausgaben im Rahmen der Forschungs- und Entwicklungsoffensive für Zahlungen an Unternehmungen mit Bundesbeteiligungen (6,4 Mill. EUR) und für Leistungen von Gewerbetreibenden, Firmen und juristischen Personen (1,2 Mill. EUR).</p> <p>Mehrausgaben im Rahmen der Technologiemilliarde für sonstige Leistungen von Gewerbetreibenden und juristischen Personen (1,2 Mill. EUR).</p>	



ERLÄUTERUNGEN ZU DEN VA-ANSATZABWEICHUNGEN

1/6537	Innovationsförderung	
1/65376 Förderungen (– 77,6 %)		– 8.009.365,50 EUR
	Minderausgaben für Technologie- (4,0 Mill. EUR) und Forschungsschwerpunkte (4,0 Mill. EUR) bei Unternehmungen.	
1/65378 Aufwendungen (– 6,3 %)		– 1.313.978,97 EUR
	Minderausgaben für neue ESA-Wahlprogramme (6,5 Mill. EUR) und die ESA-Wahlprogramme ARTES (1,7 Mill. EUR), ENVISAT (0,8 Mill. EUR) und CRV (0,6 Mill. EUR).	
	Mehrausgaben für die ESA-Wahlprogramme GSTP (3,7 Mill. EUR), GalileoSat (2,7 Mill. EUR), EOEP (1,2 Mill. EUR) und ELIPS (1,0 Mill. EUR).	
1/6538	Forschungsförderungs GmbH (FFG)	
1/65386 Förderungen (– 20,8 %)		– 8.663.070,30 EUR
	Minderausgaben im Rahmen der Forschungs- und Entwicklungsinitiative an die FFG für die Programmabwicklung (8,7 Mill. EUR).	
1/65388 Aufwendungen (– 3,8 %)		– 4.667.091,70 EUR
	Minderausgaben für die FFG-Programmabwicklung (14,2 Mill. EUR) und für Leistungen des Bundes an die FFG (2,7 Mill. EUR).	
	Mehrausgaben für die FFG-Forschungsanleihe (9,5 Mill. EUR), für administrative Kosten (2,2 Mill. EUR) und für sonstige Leistungen der FFG (0,5 Mill. EUR).	
1/654	Wasserbauverwaltung	
1/6546	Wasserbau - Mittel des Katastrophenfonds (zweckgebundene Gebarung)	
1/65466 Förderungen (– 58,4 %)		– 12.262.805,11 EUR
	Minderausgaben für den Hochwasserschutz Weissenkirchen (2,8 Mill. EUR), Ybbs (2,5 Mill. EUR), Machland Nord Detailplanung (1,6 Mill. EUR), Spitz (1,5 Mill. EUR), Rossatz-Rührsdorf (1,3 Mill. EUR), für Hochwasserschutzbauten	

ERLÄUTERUNGEN ZU DEN VA-ANSATZABWEICHUNGEN



im Raum von Wien (1,2 Mill. EUR), weiters für den Hochwasserschutz Melk (0,9 Mil. EUR), Emmersdorf-Luberegg (0,9 Mill. EUR) und Krems-Stein (0,7 Mill. EUR).

Mehrausgaben für den Hochwasserschutz Linz-Urfahr (1,5 Mill. EUR) und für das Absiedlungsprojekt Neustadtl (1,0 Mill. EUR).

1/65468

Aufwendungen

(– 50,2 %)

– 16.271.801,-- EUR

Minderausgaben für Überweisungen an die via donau - ÖWG für vorbeugende Maßnahmen (9,6 Mill. EUR), weil deren Baubeginn aufgrund günstiger Wasserführung verschoben werden konnte, und für vorbeugende Maßnahmen beim Projekt Marchdammsanierung, ÖWG (6,7 Mil. EUR) wegen Verzögerungen beim Baubeginn.

1/656

Bundesstraßenverwaltung

1/6563

Bundesstraßen A + S

1/65633

Anlagen

+ 42.999.000,-- EUR

Mehrausgaben für den Liegenschaftserwerb der ASFINAG (43,0 Mill. EUR) aufgrund zu geringer Veranschlagung.

2/65

Verkehr, Innovation und Technologie

Im Kapitel 65 betragen die Einnahmen 228,3 Mill. EUR und somit 0,3 % der Gesamteinnahmen des Allgemeinen Haushalts. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 174,2 Mill. EUR wurden 54,1 Mill. EUR (+ 31,1 %) mehr eingenommen.

Mehreinnahmen gegenüber dem Bundesvoranschlag traten insbesondere beim Brenner Basistunnel bei den Zahlungen gemäß ASFINAG-Gesetz auf, weil die diesbezügliche gesetzliche Grundlage, die zu diesen Einnahmen führte, erst nach der Budgeterstellung erfolgte (+ 41,1 Mill. EUR). Weitere Mehreinnahmen fielen bei Geldstrafen der Bundesstraßenverwaltung (+ 7,3 Mill. EUR) an.

Mindereinnahmen gegenüber dem Bundesvoranschlag traten insbesondere beim Frequenznutzungsentgelt gemäß Telekommunikationsgesetz (– 1,7 Mill. EUR) auf.

	BVA	Einnahmen	Differenz	
	in Millionen EUR			
Kapitel 65 Gesamteinnahmen	174,198	228,292	+ 54,094	+ 31,1 %
zweckgebundene Einnahmen	62,890	107,471	+ 44,581	+ 70,9 %
sonstige Einnahmen	111,308	120,821	+ 9,513	+ 8,5 %



ERLÄUTERUNGEN ZU DEN VA-ANSATZABWEICHUNGEN

2/650	Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie	
2/6502	Post- und fernmeldebehördliche Tätigkeiten	
2/65025	Erfolgswirksame Einnahmen (TKG)	
(– 83,2 %)		– 1.733.000,-- EUR
	Mindereinnahmen beim Frequenznutzungsentgelt gemäß Telekommunikati- onsgesetz (TKG) (1,7 Mill. EUR).	
2/651	Bundesministerium (Zweckaufwand)	
2/6513	Kapitalbeteiligungen	
2/65134	Erträge	
		+ 1.398.000,-- EUR
	Mehreinnahmen beim sonstigen Verkehr (1,4 Mill. EUR).	
2/6514	Eisenbahnen	
2/65140	Brenner Basistunnel (zweckgebundene Einnahmen)	
		+ 41.119.159,25 EUR
	Mehreinnahmen bei den Zahlungen gemäß ASFINAG-Gesetz (41,1 Mill. EUR), weil die diesbezügliche gesetzliche Grundlage, die zu diesen Einnahmen führ- te, erst nach der Budgeterstellung erfolgte.	
2/654	Wasserbauverwaltung	
2/65460	Wasserbau-Mittel des Katastrophenfonds (zweckgebundene Einnahmen)	
(+ 3,6 %)		+ 1.896.000,-- EUR
	Mehreinnahmen bei den Überweisungen für die Beseitigung von Schäden an die via donau - ÖWG (1,9 Mill. EUR).	
2/656	Bundesstraßenverwaltung	
2/65604	Erfolgswirksame Einnahmen	
(+ 17,0 %)		+ 7.288.316,92 EUR
	Mehreinnahmen bei den Geldstrafen (7,3 Mill. EUR).	

**ERLÄUTERUNGEN ZU DEN
VA-ANSATZABWEICHUNGEN**

2/658 Einrichtungen des Patentwesens

2/6580 Österreichisches Patentamt

2/65804

Gebühren gemäß Patent- und Markenschutzgesetz

(+ 4,1 %)

+ 1.277.281,74 EUR

Mehreinnahmen bei den Europäischen Patentgebühren (0,9 Mill. EUR).



JAHRESBESTANDSRECHNUNG

5. ERLÄUTERUNGEN DER VERÄNDERUNGEN DES VERMÖGENS UND DER SCHULDEN IN DER JAHRESBESTANDSRECHNUNG

Nachstehend werden die bei den einzelnen Positionen der Jahresbestandsrechnung 2007 (siehe Band 2, Tabelle B.1) gegenüber dem Jahre 2006 eingetretenen Veränderungen von über 5 Mill. EUR betragsmäßig angegeben und die wesentlichen Ursachen der Veränderungen bereichsweise gegliedert aufgezeigt. Im Einzelnen sind die betragsmäßigen Veränderungen (mit Ausnahme des Kapitalausgleichs) im Band 2, Tabellen B.2.1 (Aktiva) und B.2.2 (Passiva) nach Positionen und tiefer gegliedert enthalten.

AKTIVA

I. ANLAGEVERMÖGEN

3. Grundstückseinrichtungen + 277.126.333,06 EUR

Die Zugänge im Bereich BMVIT (277,1 Mill. EUR) bei den baulichen Anlagen fertig gestellter Bundesstraßen der ASFINAG resultierten aus einer erforderlich gewordenen Mängelbehebung betreffend Grund- und Herstellungskosten sowie aus Grundstücksankäufen durch die ASFINAG.

4. Gebäude + 16.685.866,86 EUR

Steigerungen im Bereich BMWA (15,5 Mill. EUR) betrafen Generalsanierungsmaßnahmen im Bereich Bundeshochbau und bei Amtsgebäuden.

7. Werkzeuge und sonstige Erzeugungshilfsmittel + 16.338.258,53 EUR

Zugänge im Bereich BMVIT (15,7 Mill. EUR) entstanden durch eine Umstellung der Inventar- und Materialverwaltung.

9. Amts-, Betriebs- und Geschäftsausstattung + 5.038.624,58 EUR

Zugänge im Bereich BMI (5,9 Mill. EUR) entstanden durch vermehrte Anschaffungen im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologie, im Bereich BMUKK (5,4 Mill. EUR) entstanden sie vorwiegend durch Neu- und Ersatzanschaffungen im Schulbereich.

Abgänge im Bereich BMVIT (11,7 Mill. EUR) entstanden durch eine Umstellung der Inventar- und Materialverwaltung.

10. In Bau befindliche unbewegliche Anlagen + 8.570.903,19 EUR

Zugänge, vor allem im Bereich BMWA (5,5 Mill. EUR), betrafen Generalsanierungen von verschiedenen Amtsgebäuden.

15. Beteiligungen + 160.807.981,74 EUR

Steigerungen im Bereich BMF (149,8 Mill. EUR) betrafen insbesondere die Beteiligungen am Europäischen Entwicklungsfonds, an der Internationalen Entwicklungsorganisation sowie am



JAHRESBESTANDSRECHNUNG

Afrikanischen Entwicklungsfonds. Zugänge im Bereich BMWA (10,9 Mill. EUR) ergaben sich durch die Übernahme von Beteiligungsanteilen vom BMF an der Austria Wirtschaftsservice GmbH.

16. Anzahlungen für Anlagen + 14.287.210,81 EUR

Steigerungen im Bereich BMI (13,8 Mill. EUR) entstanden durch die Leistung einer Anzahlung für Polizeihubschrauber.

II. UMLAUFVERMÖGEN

5. Guthaben bei der BAWAG P.S.K. – 172.507.093,31 EUR

Abgänge im Bereich BMWA (95,8 Mill. EUR) wurden durch die Verteilung eingelangter Einzahlungen der EU verursacht, im Bereich BMF (79,2 Mill. EUR) entstanden sie durch geringere Guthaben-Stände.

7. Guthaben bei sonstigen Kreditunternehmungen + 1.689.468.276,66 EUR

Steigerungen im Bereich BMF (1.689,0 Mill. EUR) betrafen höhere Guthaben-Stände bei verschiedenen Banken und Gesellschaften sowie höhere Rückstellungen bei der OeKB.

8. Schwebende Geldgebarungen + 73.907.033,09 EUR

Steigerungen im Bereich BMWA (66,8 Mill. EUR) ergaben sich aus Rücküberweisungen von EU-Zahlungen im Auslaufzeitraum, im Bereich BMF (19,9 Mill. EUR) daraus, dass es zu keiner Kostenersatzzahlung an das IAKW kam. Im Bereich BMUKK/Kunst (9,1 Mill. EUR) entstanden die Zugänge durch die Umsetzung der Finanzkreisoptimierung im Kapitel 13 per 1. Jänner 2008 und damit verbundene Probleme im automationsunterstützten Zahllauf, im Bereich BMJ (5,6 Mill. EUR) sind sie auf eine geringere Höhe der Scheckverrechnungs-Aufträge zu Monatsende Dezember 2007 zurückzuführen. Zugänge im Bereich BKA (5,5 Mill. EUR) entstanden durch eine verspätete Buchung der BAWAG P.S.K. zum Jahreswechsel 2006/2007.

Verminderungen im Bereich BMVIT (31,9 Mill. EUR) sind auf höhere Scheckverrechnungs-Aufträge zu Monatsende Dezember 2007 zurückzuführen, im Bereich BMWF (5,9 Mill. EUR) entstanden sie im Zuge von Verrechnungsumstellungen anlässlich der Teilung der Kapitel 12 und 14.

11. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen – 50.933.135,88 EUR

Abgänge im Bereich BMWA (65,1 Mill. EUR) ergaben sich durch geringere Forderungen im Bereich Wirtschaft, im Bereich BMJ (8,0 Mill. EUR) betrafen sie verminderte Forderungen bei Gebühren und Ersätzen in Rechtssachen.

Zugänge im Bereich BMF (17,6 Mill. EUR) entstanden durch höhere Haftungsentgelte; gleichzeitige Abgänge dadurch, dass keine Forderungen gegenüber der BIG bestanden.

12. Forderungen aus Darlehen – 10.777.988,87 EUR

Abweichungen in mehreren Bereichen lagen unter der Betragsgrenze von 5 Mill. EUR.



JAHRESBESTANDSRECHNUNG

13. Fällige Forderungen aus der Inanspruchnahme von Haftungen - 467.322.534,01 EUR

Abgänge im Bereich BMF (467,3 Mill. EUR) ergaben sich durch geringere Forderungen aus Rückersätzen von Haftungsinanspruchnahmen gemäß AFG.

14. Fällige Forderungen aus voranschlagswirksamen Vorschüssen + 44.537.550,57 EUR

Zugänge im Bereich BMGFJ (43,2 Mill. EUR) entstanden durch die Zunahme der Forderungen aus Unterhaltsvorschüssen im Bereich sonstiger familienpolitischer Maßnahmen.

15. Forderungen aus voranschlagsunwirksamen Vorschüssen - 122.228.939,33 EUR

Abgänge im Bereich BMWA (130,7 Mill. EUR) entstanden dadurch, dass infolge der verspäteten Übermittlung von EU-Auszahlungsunterlagen, keine Vorschüsse verbucht wurden. Die Verbuchung dieser Vorschüsse konnte erst im Jahr 2008 erfolgen.

Zugänge im Bereich BMF (9,1 Mill. EUR) betrafen vorwiegend die OeKB-Kofinanzierung im Rahmen der Risikodotationen der Weltbank für Malawi.

17. Forderungen aus gegebenen Anzahlungen + 32.736.178,12 EUR

Steigerungen im Bereich BMLV (30,7 Mill. EUR) entstanden durch die aufgrund von Lieferverzögerungen bis zum Jahresende nicht vorgenommene Abrechnung gegebener Anzahlungen.

Abgänge im Bereich BMI (6,2 Mill. EUR) resultierten aus der Abrechnung diverser gegebener Anzahlungen aus Vorjahren.

18. Nicht fällige Forderungen aus Währungstauschverträgen - 3.552.706.232,74 EUR

Verminderungen entstanden im Bereich BMF (3.552,7 Mill. EUR) durch mehr Tilgungen aus Währungstauschverträgen, geringere Devisentermingeschäfte und durch die ungünstige Devisenkursentwicklung; dem standen neue Vertragsabschlüsse für Währungstauschverträge gegenüber.

20. Sonstige Forderungen + 397.697.408,89 EUR

Zugänge im Bereich BMGFJ (326,5 Mill. EUR) entstanden vorwiegend durch die höhere Forderung an den Reservefonds für Familienbeihilfen zur Abgangsdeckung 2007. Steigerungen im Bereich BMF (57,0 Mill. EUR) ergaben sich durch einen höheren Bestand an Wertpapieren (Bundesobligationen, Bundesschätze) im Bundesbesitz und durch höhere sonstige Forderungen der Zollämter; gleichzeitige Abgänge durch einen geringeren Bestand an Wertpapieren (Anleihen) im Bundesbesitz und durch Bilanzabgrenzungsbuchungen. Im Bereich BMWA (42,3 Mill. EUR) entstanden sie durch erhöhte fällige sonstige Forderungen in den Bereichen Arbeitsmarktpolitik und Wirtschaft, bei gleichzeitig verminderten fälligen Forderungen der Applikation Arbeitslosenversicherung.

Die Abgänge im Bereich BMLFUW (11,8 Mill. EUR) waren auf die Abschreibung von Forderungen gegenüber der OEMOLK zurückzuführen, im Bereich BMJ (11,2 Mill. EUR) resultierten sie



JAHRESBESTANDSRECHNUNG

aus dem Rückgang fälliger Forderungen bei Strafgeldern, im Bereich BMVIT (10,0 Mill. EUR) waren sie auf geringere Forderungen gegenüber dem Vorjahr zurückzuführen.

21. Haushaltsrücklagen + 994.670.040,06 EUR

Siehe die gleich bezeichnete Position unter Passiva.

III. AKTIVE RECHNUNGSABGRENZUNG - 132.182.098,34 EUR

Abgänge im Bereich BMSK (147,3 Mill. EUR) entstanden vorwiegend durch verminderte Vorlaufausgaben im Zusammenhang mit Zahlungen an Sozialversicherungsträger, im Bereich BMUKK/Kunst (9,0 Mill. EUR) durch eine geringere Anzahl an Zahlungen im Vorlaufzeitraum.

Steigerungen im Bereich BMF (20,4 Mill. EUR) ergaben sich hauptsächlich durch die höhere Verrechnung von Zinsen für Finanzschulden, im Bereich BMJ (8,7 Mill. EUR) waren sie auf höhere Auszahlungen im Vorlaufzeitraum in der Applikation Besoldung zurückzuführen.

IV. KAPITALAUSGLEICH

Der schließliche Kapitalausgleich betrug 117.998,6 Mill. EUR. Er erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 1.105,2 Mill. EUR. Auf die Ausführungen unter TZ 3.3.1 dieses Berichtes wird verwiesen.

PASSIVA

I. RÜCKLAGEN

1. Haushaltsrücklagen + 994.670.040,06 EUR

Bei den im Bereich des BMF verrechneten Haushaltsrücklagen veränderte sich der Stand der Rücklagen entsprechend den im Finanzjahr 2007 erfolgten Zuführungen und Inanspruchnahmen (Entnahmen bzw. Auflösungen). Einzelheiten sind der TZ 3.10 dieses Berichtes zu entnehmen.

III. SCHULDEN

1. Schulden aus Lieferungen und Leistungen + 40.309.240,15 EUR

Steigerungen im Bereich BMGFJ (48,3 Mill. EUR) betrafen angestiegene fällige und nicht fällige Lieferschulden.

Abgänge im Bereich BMI (7,4 Mill. EUR) entstanden durch die Tilgung nicht fälliger Lieferschulden.

2. Schulden aus voranschlagsunwirksamen Erlägen + 1.154.704.910,42 EUR

Steigerungen im Bereich BMF (1.149,1 Mill. EUR) resultierten aus höheren Cash-Collateral-Barsicherheiten sowie aus höheren Wertpapierpensionsgeschäften, im Bereich BMWA (14,9 Mill. EUR) ergaben sie sich infolge von Einnahmen aus den Vorjahren, die erst zu prüfen waren und daher noch nicht zugeordnet werden konnten.



JAHRESBESTANDSRECHNUNG

Verminderungen im Bereich BMUKK (8,6 Mill. EUR) resultierten aus Umbuchungen im Bereich des Stadtschulrates für Wien, die auf ursprüngliche Zuordnungsprobleme zurückzuführen waren und erst 2007 richtig verrechnet wurden. Abgänge im Bereich BMVIT (8,0 Mill. EUR) waren auf geringere EU-Mittelzuweisungen für den Hochgeschwindigkeitsverkehr zurückzuführen.

5. Nicht fällige Schulden aus Währungstauschverträgen – 4.451.086.455,92 EUR

Verminderungen im Bereich BMF (4.451,1 Mill. EUR) entstanden aufgrund der Tilgung von Währungstauschverträgen, durch geringere Devisentermingeschäfte sowie durch die günstigere Devisenkursentwicklung; gleichzeitige Zugänge durch Neuabschlüsse von Währungstauschverträgen.

6. Sonstige Schulden + 75.209.671,41 EUR

Die Erhöhungen im Bereich BMF (81,7 Mill. EUR) ergaben sich durch Bilanzabgrenzungsbuchungen; gleichzeitige Abgänge dadurch, dass es keinen Ertragsanteilekopfquoten-Ausgleich der Länder gab sowie durch geringere Schulden für den Ersatz an die ÖIAG.

Abgänge im Bereich BMeiA (14,3 Mill. EUR) betrafen Korrekturbuchungen im Zusammenhang mit dem Beitrag zum Budget der UNO für 2007.

7. Finanzschulden + 2.914.290.337,04 EUR

Die Zugänge im Bereich BMF ergaben sich im Zusammenhang mit der Aufnahme neuer Finanzschulden; gleichzeitige Verminderungen resultierten aus der Tilgung von Finanzschulden, aus der günstigeren Devisenkursentwicklung und aus der geringeren Länder- und Rechtsträgerfinanzierung.

V. PASSIVE RECHNUNGSABGRENZUNG – 392.855.104,24 EUR

Die Verminderungen im Bereich BMF (306,2 Mill. EUR) entstanden vorwiegend dadurch, dass keine Zahlungen an die EU und für Finanzzuweisungen für den Personennahverkehr anfielen sowie durch geringere Zahlungen nach dem AFFG und durch geringere Auslaufzahlungen an die BRZ GmbH. Abgänge im Bereich BMI (79,2 Mill. EUR) entstanden durch termingerechten Zahlungsvollzug im Berichtsjahr, in den Bereichen BMWA (47,8 Mill. EUR), BMGFJ (7,5 Mill. EUR) und BMUKK (5,1 Mill. EUR) betrafen sie vorwiegend geringere Zahlungen im Auslaufzeitraum. Verminderungen im Bereich BMLV (18,4 Mill. EUR) entstanden dadurch, dass weniger Rechnungen dem Zahlungsvollzug 2007 im Auslaufzeitraum zugeführt wurden, im Bereich BMWF (6,3 Mill. EUR) resultierten sie insbesondere aus geringeren Transferzahlungen an Träger öffentlichen Rechts (F&E-Offensive) und an Universitäten im Auslaufzeitraum.

Zugänge in den Bereichen BMVIT (37,6 Mill. EUR) und BMSK (6,2 Mill. EUR) betrafen vorwiegend höhere Zahlungen im Auslaufzeitraum, im Bereich BMJ (23,7 Mill. EUR) entstanden sie durch vermehrte Zahlungen im Bereich der Justizbehörden in den Ländern im Auslaufzeitraum. Steigerungen im Bereich BMLFUW (5,5 Mill. EUR) entstanden durch die erst im Auslaufzeitraum erfolgte Refundierung der Bezüge der Lehrer von land- und forstwirtschaftlichen Berufs- und -fachschulen.

JAHRESERFOLGSRECHNUNG



6. ERLÄUTERUNGEN DER VERÄNDERUNGEN DER AUFWENDUNGEN UND ERTRÄGE IN DER JAHRESERFOLGSRECHNUNG

Nachstehend werden die bei den einzelnen Bilanzpositionen der Jahreserfolgsrechnung 2007 (siehe Band 2, Tabelle B.4) gegenüber dem Jahre 2006 eingetretenen Veränderungen von über 5 Mill. EUR betragsmäßig angegeben und die wesentlichen Ursachen der Veränderungen bereichsweise gegliedert aufgezeigt. Im Einzelnen sind die betragsmäßigen Veränderungen (mit Ausnahme des Vermögensabgangs) im Band 2, Tabellen B.5.1 (Aufwendungen) und B.5.2 (Erträge) nach Bilanzpositionen und tiefer gegliedert enthalten.

AUFWENDUNGEN

I. AUFWAND FÜR BEDIENSTETE

1. Aktivitätsaufwand + 147.160.510,63 EUR

Zugänge im Bereich BMUKK (73,9 Mill. EUR) ergaben sich durch Gehaltserhöhungen und Vorrückungen, im Bereich BMLV (35,8 Mill. EUR) vorwiegend durch die Verstärkung des Grenzeinsatzes und die Aufstockung des Kontingents mit Kaderpersonal. Im Bereich BMF (31,0 Mill. EUR) entstanden Steigerungen durch höhere Aktivbezüge bei der Österreichischen Post AG, durch höhere Personalausgaben für Beamte und Vertragsbedienstete sowie durch die erstmalige Zahlung der Gehälter für Beamte der Steuerfahndung, im Bereich BMWF (7,1 Mill. EUR) insbesondere durch die Teilung der Kapitel 12 und 14. Im Bereich BMJ (5,9 Mill. EUR) sind Mehraufwendungen auf die mit 1. Jänner 2007 wirksam gewordene Bezugsregelung und auf Personalstruktureffekte zurückzuführen.

Abgänge im Bereich BMeiA (12,4 Mill. EUR) standen mit der österreichischen EU-Präsidentschaft 2006 – während der verstärkt Vertragsbedienstete befristet aufgenommen worden waren – und mit Verrechnungsänderungen bei den Vertretungsbehörden im Ausland im Zusammenhang.

2. Pensionsaufwand + 53.588.065,36 EUR

Höhere Aufwendungen entstanden vorwiegend im Bereich BMF (53,7 Mill. EUR) durch die gesetzliche Pensionserhöhung.

3. Gesetzlicher Sozialaufwand + 54.157.530,20 EUR

Höhere Aufwendungen im Bereich BMF (41,9 Mill. EUR) betrafen insbesondere die geänderte Abrechnung der Dienstgeberbeiträge der ÖBB. Zugänge im Bereich BMUKK (15,7 Mill. EUR) entstanden analog zum Aktivitätsaufwand für die Dienstgeberbeiträge.

III. ABSCHREIBUNGEN UND WERTBERICHTIGUNGEN

1. Anlagevermögen – 85.137.618,48 EUR

Abgänge im Bereich BMVIT (80,6 Mill. EUR) waren auf geringere Abschreibungen und auf eine erforderlich gewesene Mängelbehebung betreffend Grund- und Herstellungskosten bei den baulichen Anlagen im Bereich der Straßenverwaltung zurückzuführen. Im Bereich BMI



JAHRESERFOLGSRECHNUNG

(7,1 Mill. EUR) resultierten sie aus verringerten sonstigen Abschreibungen infolge von Ausscheidungen.

2. Umlaufvermögen – 143.613.775,11 EUR

Minderaufwendungen im Bereich BMF (113,3 Mill. EUR) entstanden vor allem durch geringere Abschreibungen von uneinbringlichen Forderungen im Bereich des AFG, bei gleichzeitigen höheren Abschreibungen von Abgabeforderungen der Finanz- und Zollämter, im Bereich BMJ (41,8 Mill. EUR) resultierten sie aus verminderten Abschreibungen von Forderungen bei Geldstrafen durch die Einbringungsstelle in Wien.

Mehraufwendungen im Bereich BMLFUW (12,0 Mill. EUR) waren auf die Abschreibung von Forderungen der Jahre 2006 und 2007 gegenüber der OEMOLK zurückzuführen.

IV. ÜBRIGE AUFWENDUNGEN

8. Energiebezüge – 8.767.258,38 EUR

Abweichungen in mehreren Bereichen lagen unter der Betragsgrenze von 5 Mill. EUR.

9. Instandhaltung durch Dritte + 53.131.891,85 EUR

Höhere Aufwendungen im Bereich BMLV (41,6 Mill. EUR) betrafen laufende Bauvorhaben sowie einen erhöhten Wartungsaufwand für Luftfahrzeuge, im Bereich BMI (10,2 Mill. EUR) entstanden sie bei der Instandhaltung von Gebäuden, im Bereich BMUKK (6,0 Mill. EUR) betrafen sie die Vornahme von Reparaturen und Instandhaltungsmaßnahmen an diversen Gebäuden.

Gesunkene Aufwendungen im Bereich BMLFUW (9,4 Mill. EUR) resultierten aus der Ausbuchung der im Jahre 2006 benötigten zusätzlichen Katastrophenfondsmittel im Rahmen des HWG 2005 und der Sonderfinanzierung des Hochwasserschutzes.

10. Transporte durch Dritte + 40.316.892,65 EUR

Zugänge vor allem im Bereich BMGFJ (45,6 Mill. EUR) entstanden durch Mehraufwendungen für sonstige Transporte und Transporte durch die ÖBB insbesondere für Schüler- und Lehrlingsfahrten.

11. Zinsenaufwand + 116.088.902,87 EUR

Gestiegene Aufwendungen vorwiegend im Bereich BMF (116,1 Mill. EUR) standen mit höheren Finanzschuldenaufnahmen mit Zinsverpflichtung im Zusammenhang.

13. Sonstige Aufwendungen + 335.826.577,69 EUR

Zugänge im Bereich BMF (234,8 Mill. EUR) betrafen vorwiegend den höheren Geldverkehrsaufwand bedingt durch höheres Emissionsdisagio bei Schulden in heimischer und fremder Währung, höhere Kursverluste infolge Kursdifferenzen bei kurzfristigen Verpflichtungen, höhere Aufwendungen für SWAP-Collateralentgelt sowie höhere Zahlungen an die BRZ GmbH; gleichzeitige Abgänge resultierten vorwiegend aus geringeren Ausgaben infolge von Währungstauschverträgen. Steigerungen im Bereich BMJ (64,0 Mill. EUR) betrafen hauptsächlich gestiegene Ausgaben für Vergütungen für Gefangenearbeiten sowie Zahlungen an die BIG und Sachverständi-



JAHRESERFOLGSRECHNUNG

engebühren. Mehraufwendungen im Bereich BMWA (51,5 Mill. EUR) entstanden insbesondere infolge der Umstellung des AMS von Förderungen auf Werkleistungen. Zugänge im Bereich BMGFJ/Gesundheit (17,6 Mill. EUR) betrafen die Gründung der „Gesundheit Österreich GmbH“ (Umwandlung von ÖBIG und Fonds Gesundes Österreich) sowie Vorbereitungsmaßnahmen zur Herstellung eines Influenza-Pandemie-Impfstoffes. Zugänge im Bereich BMUKK (11,0 Mill. EUR) entstanden durch Zahlungen an die BIG zur Begleichung von Rückständen, im Bereich BMWF (9,9 Mill. EUR) durch Zahlungen für Gebäudemieten aufgrund der Trennung der Kapitel 12 und 14 bzw. für diverse wissenschaftliche Projekte. Zugänge im Bereich BKA (5,6 Mill. EUR) entstanden insbesondere durch die Eingliederung der Frauensektion in das BKA sowie durch Zahlungen im Zusammenhang mit Informationsvorhaben der Bundesregierung.

Verminderungen im Bereich BMLV (29,5 Mill. EUR) entfielen vorwiegend auf einen geringeren durchschnittlichen Stand an Grundwehrdienern sowie auf die vermehrte Rückgabe von angemieteten Wohnungen, im Bereich BMI (17,1 Mill. EUR) entstanden sie dadurch, dass im Vergleich zum Vorjahr deutlich weniger Mittel für Schadensvergütungen und für die Vergütung von Präsenz- und Zivildienst aufgebracht wurden. Abgänge im Bereich BMVIT (8,4 Mill. EUR) waren vorwiegend auf verminderte Leistungen der ÖBB im Personenverkehr zurückzuführen. Abgänge im Bereich BMeiA (6,1 Mill. EUR) standen mit der österreichischen EU-Präsidentschaft 2006, während der es verstärkt zu außerordentlichen Repräsentationsverpflichtungen im Rahmen von Veranstaltungen kam, im Zusammenhang; gleichzeitige Zugänge mit Verrechnungsänderungen bei den Vertretungsbehörden im Ausland.

14.	Vergütungen und Überweisungen an Organe des Bundes	- 97.785.136,69 EUR
-----	--	---------------------

Gesunkene Aufwendungen im Bereich BMWA (77,4 Mill. EUR) entstanden durch einen geringeren Bedarf an Leistungen im Bereich Arbeitsmarkt. Abgänge im Bereich BMF (20,2 Mill. EUR) betrafen vorwiegend geringere Zahlungen des Katastrophenfonds und gleichzeitige höhere Zahlungen des Siedlungswasserwirtschaftsfonds an das BMLFUW.

15.	Anlagen für Zwecke des Bundesheeres	+ 400.892.509,68 EUR
-----	-------------------------------------	----------------------

Höhere Aufwendungen im Bereich BMLV (400,9 Mill. EUR) resultierten aus dem Ankauf der Eurofighter.

V.	BESTANDSMINDERUNGEN	+ 17.580.205,70 EUR
-----------	----------------------------	----------------------------

Zugänge, vorwiegend im Bereich BMVIT (8,9 Mill. EUR) entstanden durch die Aktualisierung der Bestände der Raab-Ödenburg-Ebenfurter Eisenbahn AG.

VI.	TRANSFERS	+ 816.583.838,09 EUR
------------	------------------	-----------------------------

Höhere Aufwendungen im Bereich BMSK (338,8 Mill. EUR) entstanden vorwiegend durch gestiegene Transferzahlungen an Sozialversicherungsträger im Bereich Sozialversicherung und beim Pflegegeld; gleichzeitige Abgänge durch gesunkene Transferzahlungen an Fonds mit Rechtspersönlichkeit, insbesondere durch den Wegfall der Zahlungen an den Härteausgleichsfonds in der Pensionsversicherung ab dem Jahr 2007 sowie im Bereich der Kriegsoffer- und Heeresversorgung durch einen Rückgang der Versorgungsberechtigten. Zugänge im Bereich BMVIT (200,3 Mill. EUR) entstanden durch Transferzahlungen an die ÖBB Infrastruktur Betrieb AG zur Finanzierung der Schieneninfrastruktur und an diverse Unternehmungen mit Bundesbeteiligung als Investitionsförderungen. Steigerungen im Bereich BMWF (175,5 Mill. EUR) betrafen vor al-

lem Transferzahlungen an Fachhochschulbetreiber, den Globalbetrag an die Universitäten sowie die Zuweisungen an die Österreichische Akademie der Wissenschaften etc., im Bereich BMUKK (105,0 Mill. EUR) entstanden sie bei den Transferzahlungen gemäß FAG aufgrund der Gehaltserhöhungen im Landeslehrerbereich. Zugänge im Bereich BMF (90,9 Mill. EUR) resultierten vorwiegend aus höheren Zahlungen an Gebietskörperschaften im Rahmen des Finanzausgleichs und an die Austria Wirtschaftsservice GmbH, aus höheren Ersätzen für Pensionsleistungen der Länder sowie aus Mehrausgaben für die ÖBB und die Österreichische Post AG; gleichzeitige Abgänge entstanden insbesondere aus der geringeren Kursrisikogarantie im Zusammenhang mit dem AF-FG, aus geringeren Schadenszahlungen für Schäden im Vermögen der Länder, Gemeinden und Privaten, aus geringeren Aufwendungen gegenüber dem IAKW und für Donaukraftwerke sowie durch geringere Ausfuhrerstattungen aus den Verpflichtungen der EU.

Mehraufwendungen im Bereich BMGFJ (82,2 Mill. EUR) betrafen die Transferzahlungen an Sozialversicherungsträger für Ersatzzeiten der Kindererziehung, für Wochengeld und für die Pensionsbeiträge von Pflegepersonal, Ausgaben für Familienbeihilfen sowie die Überweisungen für das Kinderbetreuungsgeld; gleichzeitige Abgänge die Zahlung an den Reservefonds für Familienbeihilfen sowie verminderte Transferzahlungen an Sozialversicherungsträger (für familienpolitische Maßnahmen, wie Karenzgeld etc.) und an Haushalte und an private Institutionen. Im Bereich BMWA (68,6 Mill. EUR) ergaben sie sich im Wesentlichen durch höhere Überweisungen gemäß § 41 (2) AMSG an das AMS sowie durch Überweisungen im Rahmen der Forschungs- und Technologieoffensive; dagegen standen Verminderungen bei diversen Leistungen im Bereich Arbeitsmarktpolitik infolge geringeren Bedarfs. Zugänge im Bereich BMeiA (23,0 Mill. EUR) entstanden durch höhere Beitragsleistungen an internationale Organisationen und durch Zuwendungen an die Austrian Development Agency (ADA). Steigerungen im Bereich BKA (16,7 Mill. EUR) entstanden insbesondere im Bereich der EU-Strukturfonds, da viele Projekte abgeschlossen worden waren und daher vermehrt Zahlungsanträge bei der Europäischen Kommission gestellt werden konnten sowie durch Ausgaben für Projekte im Hinblick auf die Fußballeuropameisterschaft 2008. Zugänge im Bereich BMJ (8,1 Mill. EUR) waren auf die Erhöhung der Pauschalvergütung an den Österreichischen Rechtsanwaltskammertag und der Subventionszahlungen an Vereine für Sachwalterschaft und Patientenanzwaltschaft zurückzuführen. Höhere Aufwendungen im Bereich Bundesgesetzgebung (5,4 Mill. EUR) ergaben sich aus der Leistung von Anrechnungsbeträgen für ausgeschiedene Mandatäre an Pensionsversicherungsträger und aus höheren Zuwendungen an die parlamentarischen Klubs.

Abgänge im Bereich BMLFUW (265,0 Mill. EUR) ergaben sich durch einen geringeren Bedarf an Förderungen zur Entwicklung des ländlichen Raums aufgrund verspäteter Programmgenehmigung sowie durch eine Entkoppelung der Zahlungen bei Milchprämie und Milchprämie-Ergänzungszahlung. Abgänge im Bereich BMI (21,7 Mill. EUR) entstanden vorwiegend durch reduzierte laufende Transfers an Gebietskörperschaften (Länder) betreffend Grundversorgung in der Flüchtlingsbetreuung. Die Minderaufwände im Bereich BMGFJ/Gesundheit (9,8 Mill. EUR) entstanden vorwiegend durch die Gründung der „Gesundheit Österreich GmbH“ (Umwandlung von ÖBIG und Fonds Gesundes Österreich).



JAHRESERFOLGSRECHNUNG

ERTRÄGE

I. HAUPTERTRÄGE

3. Gebühren und Kostenbeiträge + 153.537.507,43 EUR

Zugänge im Bereich BMF (72,8 Mill. EUR) entfielen auf höhere sonstige Haftungsentgelte und auf höhere Haftungsentgelte der BAWAG P.S.K. sowie auf höhere Erträge der GIS. Steigerungen im Bereich BMJ (48,0 Mill. EUR) waren auf höhere Kostenbeiträge für hoheitliche Leistungen aus dem Strafvollzug und auf gestiegene Gebühren und Ersätze in Rechtssachen zurückzuführen, Erhöhungen im Bereich BMWA (29,0 Mill. EUR) resultierten insbesondere aus Mehreinnahmen im Bereich der Flächen-, Feld-, Speicher- und Förderzinsen.

4. Vergütungen und Überweisungen - 167.230.548,29 EUR

Abgänge im Bereich BMWA (139,0 Mill. EUR) entstanden vor allem bei den Überweisungen des Familienlastenausgleichsfonds, bei den Beiträgen der EU für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen sowie bei der Abgangsdeckung infolge geringerer Leistungen im Bereich Arbeitsmarkt. Mindererträge im Bereich BMLFUW (34,9 Mill. EUR) resultierten aus der Ausbuchung der im Jahre 2006 benötigten zusätzlichen Katastrophenfondsmittel im Rahmen des HWG 2005 und der Sonderfinanzierung des Hochwasserschutzes. Rückgänge im Bereich BMUKK (8,5 Mill. EUR) entstanden vorwiegend durch das Auslaufen der ESF-Ziel 3 Förderperiode im Jahr 2006, wodurch nur noch Restbeiträge der EU vom BMWA überwiesen wurden.

Steigerungen im Bereich BMVIT (17,6 Mill. EUR) betrafen die Vergütungen des Katastrophenfonds für vorbeugende Maßnahmen und für Schäden.

5. Direkte Abgaben + 1.905.410.075,47 EUR

Mehrerträge im Bereich BMF (1.738,6 Mill. EUR) ergaben sich aus dem nominellen Wachstum der direkten Abgaben, im Bereich BMGFJ (236,5 Mill. EUR) betrafen sie höhere Dienstgeberbeiträge zum Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen und die Erhöhung des Steueranteils für Familienbeihilfen.

Abgänge im Bereich BMWA (71,4 Mill. EUR) resultierten aus geringeren Zahlungen an Arbeitslosenversicherungsbeiträgen.

6. Indirekte Abgaben + 1.565.606.368,72 EUR

Zugänge, vorwiegend im Bereich BMF (1.569,7 Mill. EUR), entstanden hauptsächlich aus dem nominellen Wachstum der entsprechenden Abgaben.

IV. ÜBRIGE ERTRÄGE

1. Erlöse für Gebrauchs- und Verbrauchsgüter - 25.935.990,45 EUR

Abgänge im Bereich BMLFUW (28,6 Mill. EUR) waren auf die Ausbuchung des Verkaufs von Liegenschaften an die „Landwirtschaftliche Bundesversuchswirtschaften Gesellschaft mbH“ im Jahr 2006 zurückzuführen.



JAHRESERFOLGSRECHNUNG

2. Zinsenerträge + 662.794.674,53 EUR

Die gestiegenen Erträge vorwiegend im Bereich BMF (663,4 Mill. EUR) resultierten aus höheren Zinseneinnahmen aus Forderungen in fremder Währung, aus erhohnten Zinsenertragen aus der Veranlagung von Kassenmitteln sowie aus höheren Stückzinsen in fremder Währung und aus der Wertpapierleihe; gleichzeitige Abgänge waren auf geringere Zinsen aus Forderungen in heimischer Währung und aus dem Geldverkehr bei Schulden in fremder und heimischer Währung sowie auf geringere Stückzinsen in heimischer Währung zurückzuführen.

3. Erträge aus Beteiligungen – 201.947.419,14 EUR

Abgänge im Bereich BMF (186,2 Mill. EUR) entstanden aus einer geringeren Gewinnabfuhr der OeNB und durch geringere Dividendenzahlungen der ÖIAG; gleichzeitige Mehrerträge resultierten aus der höheren Dividendenzahlung durch die Österreichische Elektrizitätswirtschafts AG. Verminderungen im Bereich BMWA (14,4 Mill. EUR) entstanden dadurch, dass keine Gewinnausschuttung der BIG erfolgte.

4. Sozialbeiträge + 12.509.752,40 EUR

Zugänge im Bereich BMF (12,5 Mill. EUR) waren die Folge von höheren Pensionsbeiträgen der aktiven Beamten der Hoheitsverwaltung.

5. Aufwandsberichtigungen – 33.534.786,48 EUR

Abgänge im Bereich BMSK (350,9 Mill. EUR) resultierten aus geringeren Rückersätzen nicht absetzbarer Aufwendungen im Bereich der Sozialversicherung infolge verzogelter Abrechnung mit den Sozialversicherungsträgern. Im Bereich Bundesgesetzgebung (9,9 Mill. EUR) entstanden sie durch den Wegfall der im Jahre 2006 verbuchten teilweisen Rückzahlung des ursprünglich zu hoch dotierten Bundeszuschusses durch den Allgemeinen Entschädigungsfonds.

Steigerungen im Bereich BMF (293,7 Mill. EUR) waren auf den Rückersatz von der Österreichischen Kontrollbank AG für die Schuldenerleichterung Kamerun zurückzuführen, im Bereich BMWA (33,0 Mill. EUR) betrafen sie die Verbuchung einer Annahmeanordnung für Forderungen an das BMSK für Überzahlungen, die in den Vorjahren geleistet wurden.

6. Sonstige Erträge – 633.220.835,38 EUR

Abgänge im Bereich BMF (583,3 Mill. EUR) entstanden aus Gebuhrenrichtigstellungen von ÖIAG-Schulden, aus geringeren Erträgen aus der Änderung von Finanzschulden, geringeren Einnahmen im Zusammenhang mit dem AFG, geringeren Kursgewinnen bei Agio in heimischer Währung, durch geringere Fruchtgenussentgelte der ASFINAG sowie dadurch, dass keine Erträge aus der Veräußerung von Beteiligungen zu verzeichnen waren; gleichzeitige Zugänge waren durch höhere Einnahmen aus Währungstauschverträgen, durch höhere Kursgewinne bei kurzfristigen Verpflichtungen und durch höhere Einnahmen infolge von Währungstauschverträgen bei Zinsenswaps mit Gegenposition zu verzeichnen. Abgänge im Bereich BMWA (41,0 Mill. EUR) resultierten aus der Korrektur einer Vorjahresbuchung, im Bereich BMLFUW (8,1 Mill. EUR) waren sie auf den Umstand zurückzuführen, dass im Jahr 2006 Gebuhrenrichtigstellungen durch ruckersetzte Ausgaben aus den Vorjahren erforderlich waren, welche im Berichtsjahr nicht in gleicher Hohe angefallen sind. Verminderungen im Bereich BMUKK (6,3 Mill. EUR) entstanden insbesondere durch Richtigstellungsbuchungen, die als Folge der im Vorjahr mit der Umstellung auf PM-SAP begründeten Fehlbuchungen erforderlich geworden waren.

JAHRESERFOLGSRECHNUNG



VI. BESTANDSMEHRUNGEN – 3.456.562.176,77 EUR

Abgänge im Bereich BMLFUW (3.426,4 Mill. EUR) waren auf die Übernahme des unbeweglichen Bundesvermögens im Zuge der Ausgliederung von Kapitel 77 (Österreichische Bundesforste) in den Bereich Kapitel 60 im Jahr 2006 zurückzuführen. Abgänge im Bereich BMVIT (25,1 Mill. EUR) entstanden dadurch, dass im Unterschied zum Vorjahr keine Erhöhung von Stammkapital zu verzeichnen war.

VII. TRANSFERS – 292.784.538,41 EUR

Abgänge im Bereich BMGFJ (248,1 Mill. EUR) entstanden durch den geringeren Abgang des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen im Jahr 2007 und durch die geringere Rückzahlung des Reservefonds für Familienbeihilfen. Geringere Erträge im Bereich BMF (159,0 Mill. EUR) ergaben sich vorwiegend durch geringere Transferzahlungen vom EAGFL/Garantie, Sozialfonds sowie dadurch, dass keine Überweisung vom Umwelt- und Wasser-Wirtschaftsfonds und keine Transferzahlung vom Europäischen Solidaritätsfonds anfiel; gleichzeitige Zugänge entstanden hauptsächlich durch höhere Transferleistungen an die EU, durch die Einnahmen durch die IAF-Lehrlingsprämie, durch höhere Ersätze vom Aktivitätsaufwand der Österreichischen Post AG, Telekom Austria AG und Postbus sowie durch den höheren IAKW-Kostenbeitrag der Gemeinde Wien. Verminderungen im Bereich BMWF (23,8 Mill. EUR) entstanden durch die im Unterschied zu den Vorjahren mittlerweile termingerecht vorgenommenen Einzahlungen der Ersätze der Universitäten (Refundierung der Beamtenbezüge von den Ämtern der Universitäten).

Zugänge im Bereich BMJ (75,7 Mill. EUR) entstanden durch die verminderte Abschreibung fälliger Forderungen bei Strafgebern, im Bereich BMVIT (49,1 Mill. EUR) waren sie auf die erstmaligen Zahlungen gemäß § 8a ASFINAG-Gesetz, wonach ein Teil der Benützungsentgelte für die Brenner-Autobahn als Beitrag zur Finanzierung des Brenner-Basistunnels herangezogen werden, und auf höhere Einnahmen aus Geldstrafen zurückzuführen. Gestiegene Erträge im Bereich BMI (6,9 Mill. EUR) entfielen vorwiegend auf höhere Einnahmen aus Geldstrafen, im Bereich BMWA (6,8 Mill. EUR) entstanden sie durch höhere Einnahmen vom AMS, aus Beiträgen Dritter sowie durch EU-Rückzahlungen.

IX. VERMÖGENSABGANG

Der Vermögensabgang betrug 1.690,5 Mill. EUR. Im Vorjahr war ein Vermögenszugang in Höhe von 520,5 Mill. EUR zu verzeichnen gewesen.

7. BERICHT ZUR FINANZIERUNG DES BUNDESHAUSHALTS UND ZUM STAND DER BUNDESSCHULDEN

7.1 Allgemeines

Gemäß § 9 RHG 1948 hat der Rechnungshof den Bundesrechnungsabschluss zu verfassen und zugleich dem Nationalrat jährlich einen Nachweis über den Stand der Bundesschulden vorzulegen. Der folgende Bericht gibt einen zusammenfassenden Überblick über die Finanzierung des Bundeshaushaltes. Einzelheiten dazu enthalten die Tabellen C.1.1 bis C.7.7.3 im Band 2. Weiters werden Besonderheiten des Berichtsjahrs erläutert.

Gemäß § 65c Z. 1 BHG sind Kreditoperationen für sonstige Rechtsträger nicht als Finanzschulden des Bundes zu behandeln. Gemäß § 16 Abs. 2 Z. 15 i.V.m. § 81 Abs. 4 BHG ist die Gebarung gemäß § 65c BHG (Finanzierung für sonstige Rechtsträger oder für Länder) von der Einnahmen-/Ausgabenveranschlagung ausgenommen und in einem gesonderten Verrechnungskreis zu erfassen. Die durch den Bund vorgenommene Finanzierung für Rechtsträger und Länder wird daher in TZ 7.7 gesondert beschrieben.

In diesem Zusammenhang ist zu bemerken, dass die Definitionen für den naturgemäß auf den Stand der Bundesschulden Einfluss nehmenden Finanzierungssaldo bzw. für das Defizit des Bundeshaushaltes – für die Zwecke des BRA, für jene der Notifizierung („Maastricht-Kriterien“) und für die Ermittlung des Stabilitätsbeitrages im Sinne des österreichischen Stabilitätspaktes – voneinander abweichen und daher jeweils unterschiedliche Ergebnisse zur Folge haben. Für den BRA ist die Definition der Finanzschulden gemäß Bundeshaushaltsgesetz maßgeblich, während für EUROSTAT mehr wirtschaftliche Kriterien als formale gesetzliche Definitionen im Vordergrund stehen. Beim österreichischen Stabilitätspakt sind für die Ermittlung der Höhe des Finanzierungssaldos auch die ausgelagerten Rechtsträger zu berücksichtigen.

7.2 Entwicklung und Stand der gesamten Bundesschulden

7.2.1 Zusammensetzung und Struktur der Bundesschulden

Gemäß § 9 Abs. 2 RHG ist dem Nationalrat jährlich ein Nachweis über den Stand der Bundesschulden vorzulegen. In Übersicht 19 wird die Zusammensetzung der gesamten Bundesschulden und deren Entwicklung in den letzten fünf Jahren dargestellt.

FINANZIERUNG DES BUNDESHAUSHALTS

Übersicht 19: **Bundesschulden**

Bezeichnung	2003	2004	2005	2006	2007
	in Milliarden EUR				
Finanzschulden	134,686	142,819	151,075	154,593	157,508
sonstige voranschlagswirksame fällige Schulden	0,494	0,365	0,238	0,114	0,169
sonstige voranschlagswirksame nichtfällige Schulden	30,872	32,443	26,327	26,794	22,395
voranschlagsunwirksam verrechnete Schulden	3,571	5,541	4,511	3,664	4,827
gesamte Bundesschulden	169,623	181,168	182,151	185,165	184,899

Der Gesamtstand der Bundesschuld (Summe aus Finanzschuld und den sonstigen voranschlagswirksam und voranschlagsunwirksam verrechneten Schulden) betrug 2007 184,899 Mrd. EUR. Die gesamte Bundesschuld veränderte sich insbesondere durch die Erhöhung der Finanzschulden (+ 2,914 Mrd. EUR) und der voranschlagsunwirksam verrechneten Schulden (+ 1,163 Mrd. EUR), bedingt vor allem durch Sicherungsgeschäfte zu Währungstauschverträgen. Die Verminderung von 4,399 Mrd. EUR bei den voranschlagswirksamen nichtfälligen Schulden war insbesondere auf den Rückgang der Schulden aus Währungstauschverträgen zurückzuführen. Insgesamt verminderte sich der Gesamtstand an Bundesschulden gegenüber 2006 um 0,266 Mrd. EUR.

7.2.2 Zusammensetzung und Struktur der Finanzschulden

Die Darstellung der Finanzschulden folgt im BRA dem Bruttogrundsatz gemäß § 75 Abs. 1 BHG und der Bestimmung des § 65 Abs. 1 BHG, wonach Schulden aus Währungstauschverträgen keine Finanzschulden begründen. Zusätzlich werden die Finanzschulden unter Einbeziehung der Währungstauschverträge („Nettofinanzschulden“) und vermindert um den Eigenbesitz des Bundes, d.s. in Bundesbesitz befindliche Bundesschuldskategorien („bereinigte Finanzschulden“) dargestellt.

In Übersicht 20 werden die Finanzschulden in fällige und nichtfällige Schulden unterschieden sowie die Auswirkungen der Währungstauschverträge bzw. des Eigenbesitzes des Bundes berücksichtigt.



FINANZIERUNG DES BUNDESHAUSHALTS

Übersicht 20: Struktur der Finanzschulden

Bezeichnung	2003	2004	2005	2006	2007
Anfangsbestand nichtfällige Finanzschulden	131.653,9	134.685,4	142.818,9	151.074,3	154.592,9
+ Schuldaufnahme	19.748,8	19.688,5	24.111,4	22.486,0	22.774,0
+ Konversion und Prolongation	3.058,9	2.944,0	2.566,9	476,7	329,4
+ Forderungsverzicht ÖBB und SCHIG	0,0	5.921,0	0,0	0,0	0,0
+ Rückkauffinanzierung	40,4	0,0	0,0	0,0	16,8
+ Aufnahme gem. § 65 a BHG	1.100,0	471,7	250,0	0,0	0,0
+ sonstige Veränderung und Kurswertänderung	13,1	237,2	2.063,2	169,8	346,4
Summe Erhöhung	23.961,2	29.262,4	28.991,5	23.132,5	23.466,6
- Schuldtilgung	-15.872,5	-15.809,6	-17.297,4	-16.563,0	-18.557,3
- Konversion und Prolongation	-3.033,3	-3.127,1	-2.781,9	-476,7	-329,3
- Aufnahme gem § 65 a BHG des Vorjahres	0,0	-1.100,0	-471,7	-250,0	0,0
- Sonderverrechnung 56 (Rechtsträger)	-80,9	-220,9	-157,0	-88,0	-538,7
- sonstige Veränderung und Kurswertänderung	-1.943,0	-871,3	-28,1	-2.236,2	-1.127,0
Summe Verminderung	-20.929,7	-21.128,9	-20.736,1	-19.613,9	-20.552,3
Endbestand nichtfällige Finanzschulden	134.685,4	142.818,9	151.074,3	154.592,9	157.507,2
Endbestand fällige Finanzschulden	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5
Finanzschulden	134.685,9	142.819,4	151.074,8	154.593,4	157.507,7
+/- Saldo Währungstauschverträge (s. TZ 7.3.1)	1.265,1	2.070,0	230,5	691,9	-206,5
Nettofinanzschulden	135.951,0	144.889,4	151.305,3	155.285,3	157.301,2
- Eigenbesitz des Bundes (Eigenquote)	-9.073,0	-9.338,4	-9.975,7	-10.019,6	-9.924,4
bereinigte Finanzschulden	126.878,0	135.551,0	141.329,6	145.265,7	147.376,8

Die Finanzschulden des Bundes erhöhten sich im Finanzjahr 2007 von 154,593 Mrd. EUR um 2,914 Mrd. EUR bzw. um 1,9 % auf 157,508 Mrd. EUR (im Jahr 2006: + 2,3 %) (siehe Band 2, Tabelle C.7.1.1).

Die fälligen Finanzschulden reduzierten sich gegenüber dem Vorjahr um 0,01 Mill. EUR auf 0,48 Mill. EUR. Als fällig gelten jene Finanzschulden, die der Bund mangels Vorlage der Anleihenwertpapiere durch die Gläubiger nach Ende ihrer Laufzeit im Finanzjahr 2007 nicht tilgen konnte (Gläubigerverzug).

Unter Berücksichtigung der Verbindlichkeiten und Forderungen aus Währungstauschverträgen erreichten die Nettofinanzschulden ein Ausmaß von 157,301 Mrd. EUR.

FINANZIERUNG DES BUNDESHAUSHALTS



7.2.3 Zusammensetzung der Finanzschulden nach Schuldgattungen und Währungen

Die nichtfälligen Finanzschulden in Höhe von 157,507 Mrd. EUR setzten sich Ende 2007 aus folgenden Schuldgattungen zusammen:

Finanzschulden *	in heimischer Währung	in Fremdwährung in Milliarden EUR	Summe
Bundesanleihen	126,257	11,304	137,561
Bundesobligationen	2,501	2,716	5,217
Bundesschatzscheine	1,000	-	1,000
Darlehen und Kredite	13,608	0,121	13,729
Summe Finanzschulden	143,366	14,141	157,507

* ohne Berücksichtigung von Währungstauschverträgen

Als Hauptfinanzierungsquelle dienten auch 2007 Bundesanleihen in heimischer Währung. Ihr Anteil an den gesamten Finanzschulden belief sich auf rd. 80 % (2006: rd. 78 %). Der Anteil der Finanzschulden in heimischer Währung stieg von 89 % (2006) auf nunmehr 91 %. Die Finanzschulden in fremder Währung bestanden überwiegend aus Verbindlichkeiten in US-Dollar (8,912 Mrd. EUR).

7.2.4 Ausnützung des Ermächtigungsrahmens 2007

Gemäß Art. II Abs. 1 BFG 2007 wurde der Ermächtigungsrahmen für die Bedeckung des Abgangs im Allgemeinen Haushalt und für die Tilgung von Schulden unter Einbeziehung des Saldos aus der Gebarung mit Währungstauschverträgen mit 24,855 Mrd. EUR festgelegt, der sich durch den An- und Verkauf von Wertpapieren und der Eigenquote auf 24,831 Mrd. EUR reduzierte. Die Ausnützung dieses Rahmens betrug 22,793 Mrd. EUR.

Für die planmäßige Tilgung von Finanzschulden und die betreffende Wertpapiergebarung waren im Kapitel 58 insgesamt 27,928 Mrd. EUR (inkl. Ausgleichshaushalt) veranschlagt. Inklusive der Wertpapiergebarung wurde der veranschlagte Rahmen mit 22,084 Mrd. EUR ausgenutzt.

Die Ermächtigung gemäß Art. II Abs. 2 Z. 2 BFG 2007 (Deckung von Ausgabenüberschreitungen) sowie die Ermächtigungen gemäß Art. III BFG 2007 (Einnahmenausgleich und Erhöhung der EG-Beitragsverpflichtung) wurden im Hinblick auf die wirtschaftliche Entwicklung nicht in Anspruch genommen.



FINANZIERUNG DES BUNDESHAUSHALTS

7.2.5 Schuldaufnahmen und Schuldtilgungen

Von den gemäß Art. II Abs. 1 BFG 2007 durchgeführten Kreditoperationen im Ausmaß von 22,793 Mrd. EUR wurden 22,774 Mrd. EUR Finanzschulden – unter Einbeziehung von Schuldaufnahmen für die Wertpapiergebarung – aufgenommen. Die Differenz von 0,019 Mrd. EUR ergibt sich insbesondere aus der Anrechnung des Saldos aus den Währungstauschverträgen und des Saldos aus den Kreditoperationen zur Kassenstärkung.

Die Aufnahme von Finanzschulden im Jahr 2007 verteilte sich auf die einzelnen Schuldgattungen wie folgt (siehe Band 2, Tabelle C.4):

	in heimischer Währung Mrd. EUR	in Fremdwährung Mrd. EUR	Summe Mrd. EUR
Anleihen	19,637	1,261	20,898
Schuldverschreibungen	-	1,324	1,324
Darlehen, Kredite	0,552	-	0,552
Summe	20,189	2,585	22,774

Insgesamt wurde der Finanzierungsbedarf im Jahr 2007 mit 20,189 Mrd. EUR (2006: 19,268 Mrd. EUR) in heimischer Währung (88,6 %) und mit 2,585 Mrd. EUR (2006: 3,218 Mrd. EUR) in fremder Währung (11,4 %) bedeckt.

Vermindert wurde der nichtfällige Finanzschuldenstand hingegen durch Schuldtilgungen im Ausmaß von 18,557 Mrd. EUR und durch den Saldo aus Kurswertänderungen in Höhe von 0,781 Mrd. EUR. Schließlich wirkte sich die gemäß § 16 Abs. 2 Z. 15 BHG von der Veranschlagung auszunehmende Verrechnung der Gebarung für Rechtsträger in der Höhe von 0,539 Mrd. EUR vermindern aus.

7.2.6 Umwandlung von Finanzschulden

Der Bundesminister für Finanzen ist gemäß § 65b Abs. 3 Z. 1 lit. a bzw. lit. b BHG ermächtigt, bis zu 20 % der zu Beginn des vorangegangenen Finanzjahres bestehenden Verpflichtungen des Bundes aus Finanzschulden unter Berücksichtigung der Währungstauschverträge zu prolongieren bzw. zu konvertieren.

Die im Jahr 2007 vollzogenen Konversionen umfassten hinsichtlich Aufnahme und Zahlungen von Finanzschulden je ein Ausmaß von 0,329 Mrd. EUR. Es entstand somit keine buchmäßige Differenz. Konversionen von Währungstauschverträgen wurden 2007 keine durchgeführt. Die Ermächtigung zur Prolongation wurde nicht genutzt.

FINANZIERUNG DES BUNDESHAUSHALTS



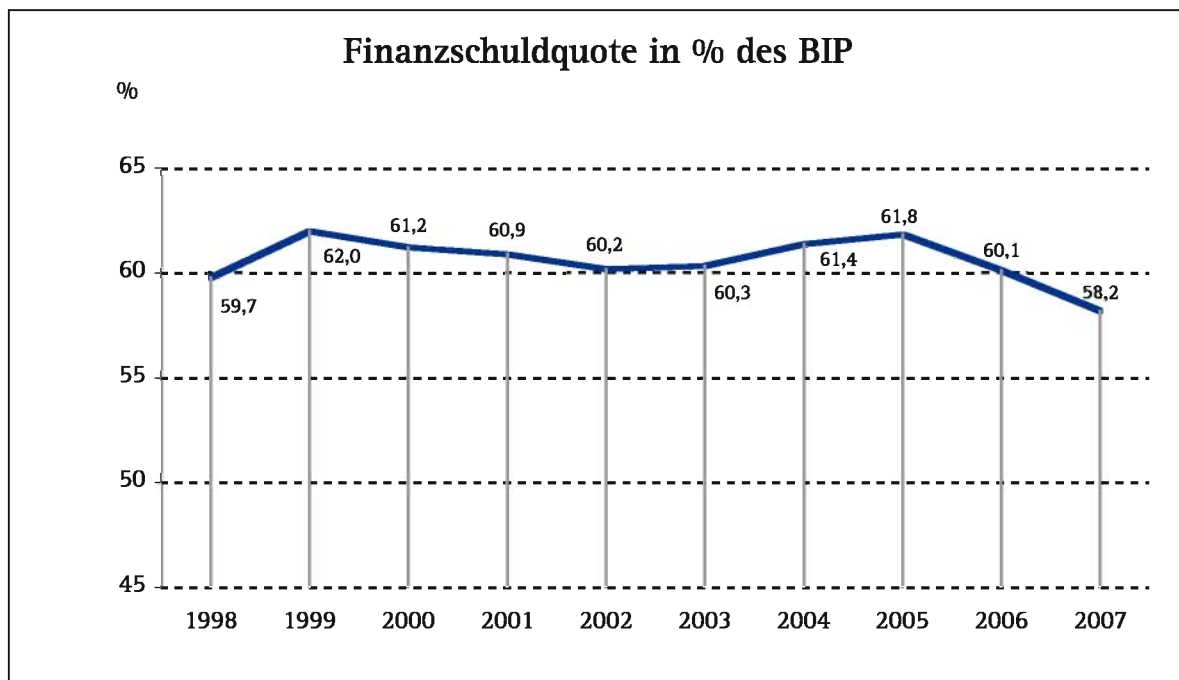
7.2.7 Finanzschuldquote

Gemessen an der für 2007 vorläufigen Höhe des Brutto-Inlandsproduktes (270,837 Mrd. EUR) erreichte der Bestand an Finanzschulden (157,507 Mrd. EUR) einen Anteil von 58,2 % (2006: 60,1 %). Setzt man die Nettoveränderung der nichtfälligen Finanzschulden des Jahres 2007 (2,914 Mrd. EUR) mit dem Brutto-Inlandsprodukt in Beziehung, so folgt daraus eine Netto-Neuverschuldungsquote von 1,1 % (2006: 1,4 %).

Übersicht 21: Finanzschuldenquote

Bezeichnung	2003	2004	2005	2006	2007
Finanzschulden	134,686	142,819	151,074	154,593	157,507
Brutto-Inlandsprodukt	223,302	232,782	244,453	257,295	270,837
<i>Finanzschuldquote in %</i>	<i>60,3</i>	<i>61,4</i>	<i>61,8</i>	<i>60,1</i>	<i>58,2</i>

Abbildung 17: Finanzschuldenquote in % des BIP





FINANZIERUNG DES BUNDESHAUSHALTS

7.3 Währungstauschverträge

7.3.1 Entwicklung und Stand der Währungstauschverträge

Bei den Währungstauschverträgen stehen einander entsprechend der regelmäßigen Vertragsgestaltung, wonach die Vertragspartner Beträge in verschiedenen Währungen gegenseitig austauschen und sich zu einem Rücktausch dieser Fremdwährungsbeträge zu einem in der Zukunft gelegenen Zeitpunkt verpflichten, Forderungen und Verbindlichkeiten aus diesen Verträgen gegenüber. Die Bestände an Schulden und an Forderungen aus Währungstauschverträgen (WTV) reduzierten sich im Jahresabstand zu den Bewertungsstichtagen 31. Dezember 2006 bzw. 2007 wie folgt (siehe Band 2, Tabellen C.7.2.1 und C.7.3.1):

	Schulden	Forderungen
	in Milliarden EUR	
Anfangsbestand	23,721	23,029
Erhöhung durch Aufnahme von WTV	+ 2,604	+ 2,585
Saldo aus Konversionen	+ 0,000	+ 0,000
Saldo aus Devisentermingeschäften	- 1,180	- 1,176
Saldo aus nachträglichen WTV	+ 0,017	+ 0,017
Saldo aus Kurswertänderungen	- 0,298	- 0,771
Abgang durch Tilgungen von WTV	- 5,594	- 4,208
Endbestand	19,270	19,476
Überhang aus Kapitalforderungen		0,206

2007 war ein deutlicher Rückgang der Kapitalforderungen und -schulden aus Währungstauschverträgen feststellbar. Grund dafür waren die vorherrschenden Marktunsicherheiten, wodurch die Attraktivität dieser Instrumente sank.

Übersicht 22 bietet eine Zeitreihe über die in den letzten fünf Jahren ausgewiesenen Stände an Schulden und Forderungen aus Währungstauschgeschäften.

Übersicht 22: Forderungen und Schulden aus Währungstauschverträgen

Bezeichnung	2003	2004	2005	2006	2007
	in Milliarden EUR				
Forderungen aus Währungstauschverträgen	17,149	18,746	22,048	23,029	19,476
Schulden aus Währungstauschverträgen	18,414	20,816	22,279	23,721	19,270
Differenz	- 1,265	- 2,070	- 0,231	- 0,692	0,206

Dem bestehenden Überhang aus den Kapitalforderungen von 0,206 Mrd. EUR steht ein Saldo aus Zinsenverbindlichkeiten und -forderungen aus Währungstauschverträgen von - 0,184 Mrd. EUR

FINANZIERUNG DES BUNDESHAUSHALTS



gegenüber. Demnach verbleibt Ende 2007 ein „künftiger Gewinn“ von 0,022 Mrd. EUR. Dies lässt noch keine endgültige Aussage über den tatsächlichen wirtschaftlichen Erfolg der Währungstauschgebarung zu. Dieser wird wesentlich vom Verhältnis der Wechselkurse zueinander und zur heimischen Währung zum Zeitpunkt des vereinbarten Rücktausches mitbestimmt.

7.3.2 Auswirkung der Währungstauschverträge auf die Struktur der Finanzschuld

Währungstauschverträge werden zur aktiven Bewirtschaftung und Steuerung des Schuldenportfolios des Bundes abgeschlossen. Durch diese Instrumente soll eine Optimierung des Finanzschuldenstandes durch Anpassung der Laufzeit, der Verzinsung und der Währungen erreicht werden.

Die Währungstauschverträge hatten folgende Auswirkung auf die Struktur der Finanzschuld:

	vor WTV	nach WTV
	in Milliarden EUR	
Finanzschuld in heimischer Währung	143,366	150,007
Finanzschuld in fremder Währung	14,141	7,294
Überhang aus Kapitalforderungen	-	0,206
Summe	157,507	157,507

Durch den Abschluss von Währungstauschverträgen stieg der Anteil der Finanzschulden in heimischer Währung um 6,641 Mrd. EUR. Der Anteil der Finanzschulden in heimischer Währung erhöhte sich dadurch von 91 % auf 95 %.

7.4 Zinsaufwand für die Finanzschuld

7.4.1 Entwicklung des Zinsaufwandes und des sonstigen Aufwandes

Der Aufwand für die Verzinsung und für den sonstigen Aufwand der Finanzschulden, wie Aufgeld, Provisionen, Entgelte und Spesen, waren im Allgemeinen Haushalt zu veranschlagen und zu verrechnen (siehe Band 2, Tabelle C.2.1).

Die Entwicklung des Nettozinsaufwandes (unter Berücksichtigung der Währungstauschverträge) der letzten fünf Jahre zeigt die nachfolgende Übersicht:



FINANZIERUNG DES BUNDESHAUSHALTS

Übersicht 23: **Zinsaufwand**

Bezeichnung*	2003	2004	2005	2006	2007
	in Milliarden EUR				
<i>Zinsaufwand</i>	7,105	7,260	7,767	8,802	7,942
<i>Zinsaufwendungen aus Währungstauschverträgen</i>	0,883	1,033	1,381	1,858	2,402
<i>sonstiger Aufwand</i>	0,320	0,250	0,286	0,545	0,628
<i>Summe Ausgaben</i>	8,308	8,543	9,434	11,205	10,972
<i>Zinseinnahmen</i>	0,470	0,620	0,720	0,795	0,688
<i>Zinseinnahmen aus Währungstauschverträgen</i>	1,217	1,312	1,638	2,945	3,013
<i>sonstige Einnahmen</i>	0,365	0,380	0,609	0,619	0,514
<i>Summe Einnahmen</i>	2,052	2,312	2,967	4,359	4,215
<i>Zinsaufwand, netto</i>	6,256	6,231	6,467	6,846	6,757

* vgl. auch Bericht des Staatsschuldenausschusses 2007, Tab. 26

Im Finanzjahr 2007 waren für die Verzinsung der Finanzschulden 7,942 Mrd. EUR und für Aufgeld und sonstige Aufwendungen für Finanzschulden 0,628 Mrd. EUR (z.B. für Provisionen und Emissionsverluste) an Ausgaben zu leisten. Die Zahlungen (8,570 Mrd. EUR) überschritten den veranschlagten Rahmen von 7,655 Mrd. EUR um 0,915 Mrd. EUR.

Diesen Aufwendungen standen Einnahmen aus Stückzinsen und Zinseinnahmen aus den im Bundesbesitz befindlichen Anleihen von 0,688 Mrd. EUR sowie Emissionsgewinne und sonstige Einnahmen von insgesamt 0,514 Mrd. EUR gegenüber (zusammen 1,202 Mrd. EUR). Der Saldo der Einnahmen und Ausgaben der Währungstauschverträge ergab einen Überschuss von 0,611 Mrd. EUR.

Daraus ergab sich für 2007 ein Nettozinsaufwand von 6,757 Mrd. EUR.

7.4.2 Verzinsungsstruktur und Restlaufzeit der Finanzschuld

Die folgende Übersicht zeigt die Entwicklung der durchschnittlichen Nominalverzinsung, den Anteil an fix und variabel verzinsten Finanzschulden und die Restlaufzeit der letzten fünf Jahren.

FINANZIERUNG DES BUNDESHAUSHALTS



Übersicht 24: Verzinsungsstruktur und Restlaufzeit

	2003	2004	2005	2006	2007
	in %				
<i>Nominalverzinsung in heimischer Währung</i>	5,1%	5,0%	4,8%	4,5%	4,4%
<i>in Fremdwährung</i>	2,8%	2,8%	2,6%	2,6%	2,5%
<i>durchschnittliche Nominalverzinsung</i>	4,8%	4,8%	4,6%	4,4%	4,3%
<i>fix verzinste Finanzschulden</i>	94,2%	95,4%	97,0%	97,7%	97,3%
<i>variabel verzinste Finanzschulden</i>	5,8%	4,6%	3,0%	2,3%	2,7%
	in Jahren				
<i>Restlaufzeit der Finanzschulden</i>	5,9	6,4	7,6	8,1	9,1

Die durchschnittliche Nominalverzinsung für die Nettoschuld betrug 4,3 % (2006: 4,4 %). Sie konnte trotz des steigenden allgemeinen Zinsniveaus gegenüber 2006 um 0,1 Prozentpunkte gesenkt werden. Positiv wirkte sich auch das geringere Zinsniveau der Fremdwährungsverbindlichkeiten aus. Dieses lag bei 2,5 % (2006: 2,6 %), während die Schulden in heimischer Währung mit durchschnittlich 4,4 % (2006: 4,5 %) verzinst waren.

Durch den hohen Anteil an fix verzinnten Verbindlichkeiten (2007: 97 %), zeigte sich die geringe Zinssensitivität der Finanzschuld des Bundes, die sich infolge der Verschiebung der Fristigkeitsprofile in Richtung langfristige Finanzierungen mit fixer Durchschnittsverzinsung noch weiter reduzierte. So konnte das im historischen Vergleich niedrige nominelle Zinsniveau auf den Euro-Kapitalmärkten dazu genutzt werden, vorrangig langfristige Finanzierungen mit fixer Verzinsung zu tätigen. Dadurch gelang es auch, die Durchschnittsverzinsung bei gleichzeitiger Verlängerung der Restlaufzeit (9,1 Jahre) zu reduzieren.

7.5 Kreditoperationen zur Kassenstärkung

Geldverbindlichkeiten zur vorübergehenden Kassenstärkung, die noch im Jahr ihrer Aufnahme getilgt werden, zählen gemäß § 65 Abs. 2 BHG nicht zu den Finanzschulden. Sie bedürfen zu ihrer Aufnahme auch keiner bundesgesetzlichen Ermächtigung i.S.d. Art. 42 Abs. 5 B-VG; wohl aber besteht eine betragliche Bindung an Voranschlagsansätze.

Im Kapitel 58 waren je 36,000 Mrd. EUR für Ausgaben und Einnahmen als Rahmen veranschlagt. Die Ermächtigung zur Aufnahme von Kassenstärkern einschließlich Gegenposition wurde im Ausmaß von 12,942 Mrd. EUR genutzt. Die Einnahmen und Ausgaben zu jenen Kassenstärkern, deren Erlöse (Volumen 2007: 42,192 Mrd. EUR) bis zum Zeitpunkt der Rückzahlung veranlagt werden, sind gemäß § 16 Abs. 2 Z 16 BHG von der Veranschlagung ausgenommen. Forderungsausfälle aus Veranlagungen sind im BRA aufgrund der gesetzlichen Bestimmungen nur dann auszuweisen, wenn Verluste aus der Abwertung von Vermögenswerten realisiert werden.

Die Aufnahme der veranschlagten Kassenstärker erfolgte teils in heimischer Währung (2,955 Mrd. EUR) und überwiegend in Fremdwährung (9,987 Mrd. EUR). Bei der Rückzahlung

dieser Kassenstärker (in Summe 12,800 Mrd. EUR) kam es bei jenen in Fremdwährung (9,845 Mrd. EUR) zu einem Kursgewinn von 0,142 Mrd. EUR. Dieser Kursgewinn wurde durch den aus den Devisentermingeschäften (Aufnahme 11,890 Mrd. EUR, Rückzahlung 12,021 Mrd. EUR) erzielten Verlust von 0,131 Mrd. EUR nahezu ausgeglichen.

An Ausgaben für die Verzinsung der Kassenstärkerkredite waren 0,294 Mrd. EUR veranschlagt. Tatsächlich wurden jedoch für die Kassenstärkerkredite Zinsenzahlungen in der Höhe von 0,606 Mrd. EUR geleistet. Aus den Einnahmen und Ausgaben aus Devisentermingeschäften zu Zinsen wurde ein Gewinn von 0,240 Mrd. EUR geschrieben, so dass die Zinsenleistungen insgesamt ein Ausmaß von 0,366 Mrd. EUR ergaben.

7.6 Rechtsträgerfinanzierung

Gemäß § 65c BHG darf der Bundesminister für Finanzen Kreditoperationen für sonstige Rechtsträger und für Länder durchführen bzw. Währungstauschverträge abschließen. Aus diesen Mitteln sind den betreffenden Rechtsträgern bzw. Ländern Finanzierungen zu gewähren. Als sonstige Rechtsträger bestimmt das BHG jene Rechtsträger, an denen der Bund mehrheitlich beteiligt ist oder für deren Kreditoperationen der Bund die Haftung als Bürge und Zahler gemäß § 1357 ABGB oder in Form von Garantien übernommen hat.

Gemäß § 16 Abs. 2 Z. 15 i.V.m. § 81 Abs. 4 BHG ist die vom Bund für die Rechtsträger und Länder durchgeführte Schuldengbarung von der Veranschlagung ausgenommen und in einem gesonderten Verrechnungskreis erfasst. Den Nachweis über die vom Bund vorgenommenen Kreditoperationen enthalten die mit K56.C bezeichneten Tabellen in Band 2.

Im Jahr 2007 wurden Kreditoperationen (Schuldaufnahmen, Währungstauschverträge, Devisentermingeschäfte und kurzfristige Verpflichtungen) im Ausmaß von 2,420 Mrd. EUR durch den Bund aufgenommen und vorwiegend an die Länder weitergeleitet (siehe Band 2, Tabelle K56.C.2.2). Die den Kreditoperationen entsprechenden Zinsenleistungen einschließlich des sonstigen Aufwandes betragen 0,711 Mrd. EUR (siehe Band 2, Tabelle K56.C.2.1). Die Ausgeglichenheit der Gebarung wurde beim Kapital und bei den Zinsenleistungen durch jeweils gleich hohe Beträge auf der Ausgaben- und Einnahmenseite bestätigt.

Die Entwicklung der Rechtsträger- und Länderfinanzierung im Jahr 2007 stellte sich, wie folgt, dar (siehe Band 2, Entwicklung der Schulden in Tabelle K56.C.7.1.1 sowie der Forderungen in Tabelle K56.C.7.2.1):

Der Anfangsbestand an nichtfälligen Rechtsträger- und Länder-Schulden in Höhe von 5,614 Mrd. EUR wurde durch Schuldaufnahmen im Ausmaß von 0,559 Mrd. EUR erhöht.

Schuldtilgungen im Ausmaß von 1,073 Mrd. EUR und der Saldo aus Kurswertänderungen in Höhe von 0,045 Mrd. EUR verminderten den Schuldenstand. Aufgrund dieser Entwicklung betrug der Endbestand an nichtfälligen Rechtsträger- und Länder-Schulden 5,055 Mrd. EUR. Diesen nichtfälligen Schulden standen Forderungen des Bundes an die Rechtsträger und Länder in gleicher Höhe gegenüber.

FINANZIERUNG DES BUNDESHAUSHALTS



Der Bund schloss für die Finanzierung der Rechtsträger und Länder Währungstauschverträge ab, wobei mit Jahresende 2007 den Schulden aus Währungstauschverträgen in Höhe von 7,183 Mrd. EUR (Ende 2006: 8,018 Mrd. EUR) Forderungen in gleicher Höhe gegenüber standen. (siehe Band 2, Tabellen K56.C.7.3.1 und K56.C.7.4.1).

Außerhalb des Bundeshaushaltes ist auf die Schuldenstände des ÖBB-Konzerns und des ASFINAG-Konzerns hinzuweisen. Die Konzernjahresabschlüsse wurden erstmals nach den Bestimmungen der International Financial Reporting Standards (IFRS) aufgestellt, wobei das Jahr 2006 als Vergleichsjahr ebenfalls nach IFRS aufgelistet wurde.¹⁰ Demnach weist der ÖBB-Konzern zum 31. Dezember 2007 lang- und kurzfristiges Fremdkapital in Summe von 12,509 Mrd. EUR (2006: 10,538 Mrd. EUR) aus, wobei gegenüber 2006 eine Steigerung von 19 % zu verzeichnen ist. In der Konzernbilanz der ASFINAG ergeben lang- und kurzfristige Schulden zusammen 10,651 Mrd. EUR (2006: 10,878 Mrd. EUR), wobei die Differenz gegenüber 2006 einer Verminderung um 2 % entspricht (Quellen: Geschäftsbericht 2007 des ÖBB-Konzerns, Geschäftsbericht des ASFINAG Konzerns 2007).

¹⁰ Aufgrund der Abweichungen der IFRS gegenüber den nationalen Rechnungslegungsvorschriften (Unternehmensgesetzbuch - UGB) ergeben sich Differenzen zu den im BRA 2006 ausgewiesenen Beträgen.

8. BERICHT ZU DEN BUNDESHAFTUNGEN

8.1 Entwicklung und Stand der Bundeshaftungen

Haftungen, die vom Bundesminister für Finanzen aufgrund gesetzlicher Ermächtigungen übernommen wurden, gelten als Eventualverbindlichkeiten des Bundes, dem dabei die Rechtsstellung eines Bürgen oder eines Garanten zukommt (siehe Band 2, Tabelle C.8.3). Desgleichen haftet der Bund aufgrund § 1 Abs. 2 und Abs. 4 des Postsparkassengesetzes 1969 i.d.g.F. für die bis 31. Dezember 2000 eingegangenen Verbindlichkeiten der Österreichischen Postsparkasse.

Übersicht 25: Entwicklung und Stand der Bundeshaftungen

	2003	2004	2005	2006	2007
	in Milliarden EUR				
Anfangsbestand	56,605	57,856	61,849	67,704	73,250
Zugang	12,417	15,823	22,914	26,738	33,906
Abgang	- 10,287	- 11,696	- 17,021	- 20,867	- 21,839
Kurswertänderung	- 0,879	- 0,134	- 0,038	- 0,325	- 0,179
Endbestand	57,856	61,849	67,704	73,250	85,138
davon in heimischer Währung	40,102	43,698	46,327	52,649	66,682
davon in Fremdwährung	17,754	18,151	21,377	20,601	18,456
Haftungen gemäß § 1 Abs 2 und 4 des Postsparkassengesetzes	6,101	5,645	5,315	4,359	3,732

Zum Jahresende 2007 betrug der Stand an vertraglich übernommenen Bundeshaftungen 85,138 Mrd. EUR (2006: 73,250 Mrd. EUR); das entspricht einem Zugang im Jahresabstand um 16,2 %. Die Veränderung im Gesamtstand der Bundeshaftungen ergab sich aus Zugängen aus Haftungsübernahmen von 33,906 Mrd. EUR und durch Verminderungen von 21,839 Mrd. EUR, die auf die Bezahlung der Haftungsschuld bzw. das vertragsmäßige Erlöschen der Haftung ohne Inanspruchnahme zurückzuführen sind. Zusätzlich verminderten Kurswertänderungen – die Haftungen in fremder Währung um 0,179 Mrd. EUR. Haftungsübernahmen, die sich auf Fremdwährungsbeträge beziehen, wurden mit den zum 31. Dezember 2007 gültigen Devisenmittelkursen in Euro umgerechnet und daraus das gesamte zu diesem Stichtag bestehende Haftungsobligo des Bundes ermittelt (siehe Band 2, Tabellen C.8.1 und C.8.2.2 bis C.8.2.4).

Die wesentlichen Zugänge betrafen die Haftungsübernahmen zu Gunsten der Exportförderung (8,360 Mrd. EUR) und jene für die sonstigen Unternehmungen mit Bundesbeteiligung (3,278 Mrd. EUR). Die wesentlichen Abgänge betrafen die Bundeshaftungen gegenüber Banken, insbesondere durch den Entfall der Haftung nach dem BAWAG P.S.K Sicherungsgesetz (0,884 Mrd. EUR) und für die ÖIAG (0,073 Mrd. EUR). Die Bundeshaftungen in heimischer Wäh-

BUNDESHAFTUNGEN



rung beliefen sich auf 78 % (2006: 72 %). Einzelheiten dazu sind in Band 2, Tabellen C.8.2.1 und C.8.2.2 dargestellt.

Die Haftung des Bundes für die Verbindlichkeiten der Österreichischen Postsparkasse sank gegenüber dem Jahr 2006 um 0,627 Mrd. EUR oder 14,4 % auf nunmehr 3,732 Mrd. EUR. Da der Bund nicht für jenen Teil der in der Bilanz der BAWAG P.S.K Bank für Arbeit und Wirtschaft und Österreichische Postsparkasse AG ausgewiesenen Verbindlichkeiten haftet, der seinen diesbezüglichen Guthabenbeständen entspricht, wurden diese in die Berechnung des Haftungsrahmens nicht miteinbezogen.

8.2 Schadenszahlungen und Rückersätze aus Haftungsübernahmen

Aus den Haftungsübernahmen erwuchsen dem Bund Ausgaben von insgesamt 0,528 Mrd. EUR; diesen standen Einnahmen von 0,642 Mrd. EUR gegenüber. Daraus ergab sich ein Einnahmenüberhang von 0,114 Mrd. EUR.

In der nachstehenden Zeitreihe sind die Schadenszahlungen zu und die Rückersätze aus Haftungsübernahmen einander gegenübergestellt, wobei diese Beträge beinahe zur Gänze dem Bereich der Exportförderung entstammen. Kosten bzw. Entgelte sind in den Beträgen nicht enthalten.

Übersicht 26: Schadenszahlungen und Rückersätze

Bezeichnung	2003	2004	2005	2006	2007
	in Millionen EUR				
Schadenszahlungen ohne sonstige Kosten	275,78	234,90	232,44	777,22	372,33
Rückersätze ohne Entgelte	196,43	187,33	139,52	324,40	240,94

2007 war ein deutlicher Rückgang der Schadenszahlungen gegenüber 2006 feststellbar. Grund dafür war der positive Verlauf des AFG-Verfahrens sowie das Ausbleiben von Groß-Schadensfällen. Die Einnahmen aus Rückersätzen (ohne Entgelte), in die unter anderen auch die Einnahmen aus den Umschuldungskrediten und den Forderungsankäufen einfließen, erreichten im Jahr 2007 ein Ausmaß von 0,241 Mrd. EUR. (siehe TZ 4.2 der Erläuterungen zu Ausgaben-Titel 1/547 und Einnahmen-Titel 2/547).



ABSCHLUSSRECHNUNGEN VOM BUND VERWALTETER RECHTSTRÄGER

9. BERICHT ZU DEN ABSCHLUSSRECHNUNGEN VOM BUND VERWALTETER RECHTSTRÄGER

9.1 Allgemeines

Der RH veröffentlicht die Abschlussrechnungen der mit eigener Rechtspersönlichkeit ausgestatteten Einrichtungen, die von Organen des Bundes oder von Personen (Personengemeinschaften) verwaltet werden, die hiezu von Organen des Bundes bestellt sind. Form und Gliederung der Abschlussrechnungen entsprechen grundsätzlich den bundeseinheitlichen Bestimmungen (siehe dazu Band 2, Tabellen D).

Gemäß den §§ 14 Abs. 3 und 32 Abs. 3 des Bundes-Stiftungs- und Fondsgesetzes, BGBl. Nr. 11/1975, sind die Stiftungs- und Fondsorgane verpflichtet, der Stiftungs- oder Fondsbehörde bis Ende Juni eines jeden Jahres einen Rechnungsabschluss über das abgelaufene Kalenderjahr vorzulegen.

Gemäß den Richtlinien über die Rechnungslegung 2007 wären diese Abschlussrechnungen bis 7. Juli 2008 geprüft und genehmigt dem RH vorzulegen gewesen.

9.2 Ausstehende Abschlussrechnungen

9.2.1 Die Abschlussrechnungen des „Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds“ (KRAZAF) ab dem Jahr 1978 können nicht veröffentlicht werden, weil diese von den Fondsorganen noch nicht oder nur vorbehaltlich der Klärung offener Fragen genehmigt wurden.

Der RH verwies in diesem Zusammenhang auf seine nicht verwirklichte Empfehlung zur Vorlage der gesetzlich vorgeschriebenen jährlichen Endabrechnungen und zur Schaffung einer gesetzlichen Regelung für die Erstellung der Rechnungsabschlüsse des KRAZAF sowie zu seiner Auflösung (siehe Wahrnehmungsbericht des RH über den KRAZAF und das Allgemeine Krankenhaus Wien, Reihe Bund 1995/6; nicht verwirklichte Empfehlungen Nr. 29 sowie Wahrnehmungsbericht des RH über die Reform des Gesundheitswesens und der Krankenanstaltenfinanzierung, Weitere Feststellungen, Reihe Bund 2000/4).

Aufgrund der bereits ratifizierten Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG über die Neustrukturierung des Gesundheitswesens und der Krankenanstaltenfinanzierung, BGBl. I Nr. 105/2008, könnte eine Endabrechnung des KRAZAF erfolgen, sobald sich die Vertragsparteien über ihre gegensätzlichen Standpunkte betreffend allfällige Nachzahlungen geeinigt bzw. die noch offenen Fragen geklärt haben. Demnach kommen die Vertragsparteien (Bund/Länder) überein, dass ihre gegensätzlichen Standpunkte zu allfälligen Nachzahlungen unverändert aufrecht bleiben und bis 31. Dezember 2013 nicht zur Diskussion stehen.

Im Hinblick auf die erforderliche Gesamtbetrachtung des Bereiches „Gesundheit“, der in diesem Bereich festzustellenden Kompetenzzersplitterung und der daraus resultierenden Verflochtenheit

ABSCHLUSSRECHNUNGEN VOM BUND VERWALTETER RECHTSTRÄGER



und Komplexität der Finanzierungsströme ist auf die unbefriedigende Situation durch die jahrelange Nichtmeldung der Abschlussrechnungen und die damit verbunden mangelnde Transparenz besonders hinzuweisen.

9.2.2 Die Abschlussrechnungen der Rundfunk und Telekom Regulierungs GmbH, des Österreichischen Instituts für Sportmedizin, der Bundesgesundheitsagentur, des Privatkrankenanstalten-Finanzierungsfonds und der Buchhaltungsagentur für das Jahr 2007, sowie des Bekleidungswirtschaftsfonds der Exekutive für 2006 und 2007 werden nicht veröffentlicht, da aufgrund verfahrens- oder verrechnungstechnischer Probleme formal richtige Jahresabschlüsse nicht rechtzeitig vorgelegt werden konnten.

9.3 Erstmals veröffentlichte Abschlussrechnungen

Erstmals veröffentlicht wird der Jahresabschluss 2007 des Auslandsösterreicher-Fonds, welcher am 1. Jänner 2007 per Bundesgesetz vom 19. Mai 2006, BGBl. I Nr. 67/2006, aus dem „Fonds zur Unterstützung österreichischer Staatsbürger im Ausland“ hervorging und für den Zweck eingerichtet wurde, die bedürftigen österreichischen Staatsbürger im Ausland zu unterstützen.

9.4 Nachträglich veröffentlichte Abschlussrechnungen

Die nicht rechtzeitig vorgelegten Abschlussrechnungen des Künstlerhilfe-Fonds, des Unterstützungsinstituts der Bundespolizei, der Bundesgesundheitsagentur, des Privatkrankenanstalten-Finanzierungsfonds sowie der Buchhaltungsagentur des Bundes für das Jahr 2006 werden nunmehr im BRA 2007 veröffentlicht.

9.5 Reservefonds für Familienbeihilfen

Der Reservefonds für Familienbeihilfen ist zur Deckung allfälliger Abgänge aus der Gebarung des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen (FLAF) bestimmt. Seine Mittel sollen betragsmäßig einem Drittel des Gesamtaufwandes des FLAF im letztabgelaufenen Jahr (2007: 5.536,936.565,09 EUR) entsprechen, das wären 1.845,65 Mill. EUR. Zum 31. Dezember 2007 wies der Reservefonds Aktiva von 85,03 EUR und Passiva von 1.963,51 Mill. EUR aus.

Der Abgang des FLAF betrug im Jahr 2007 342,24 Mill. EUR. Da im Reservefonds die Mittel erschöpft waren, hatte der Bund gemäß § 40 Abs. 7 des Familienlastenausgleichsgesetzes 1967, BGBl. Nr. 376 i.d.g.F. vorläufig für die Deckung des Abganges aufzukommen. Seit dem Jahr 2003 verzeichnet der FLAF permanent Abgänge, sodass zum 31. Dezember 2007 die vorgesehene Liquiditätsreserve nicht vorhanden war und überdies die Verbindlichkeiten des Reservefonds gegenüber dem Bund auf 1.963,51 Mill. EUR angewachsen sind.



ABSCHLUSSRECHNUNGEN VOM BUND VERWALTETER RECHTSTRÄGER

9.6 Agrarmarkt Austria (AMA)

Die Jahresbestandsrechnung 2007 der Agrarmarkt Austria (AMA) umfasst den Haushaltsbereich (Verwaltung) und den Zweckbereich (Zahlungen an die Begünstigten), die Jahreserfolgsrechnung 2007 hingegen ausschließlich den Haushaltsbereich. Der Jahresüberschuss 2007 in der Höhe von 2,09 Mill. EUR beruht größtenteils auf einmaligen Effekten aufgrund der erstmaligen Bilanzierung gemäß Unternehmensgesetzbuch (UGB).

Zur besseren Veranschaulichung der Bedeutung der AMA, die im Zweckbereich überwiegend als EU-Marktordnungs- und Förderungsabwicklungsstelle tätig ist, wird der Gesamtumfang der abgewickelten Maßnahmen wie folgt dargestellt:

Von der AMA abgewickelte Maßnahmen (Ausgaben)

	2006 in Mill. EUR	2007 in Mill. EUR
Pflanzlicher Bereich	1.573,01	1.426,89
Tierischer Bereich	215,96	126,81
Sonstige Maßnahmen der ländlichen Entwicklung	172,73	94,40
Sonstige Maßnahmen	0,90	0,60
Summe der von der AMA abgewickelten Maßnahmen	1.962,60	1.648,70

Quelle: AMA-Geschäftsbericht 2007, Einnahmen-Ausgabenrechnung. Bereich EU, Ausgaben (ohne Bankspesen, Kapitalertragsteuer, überwiesene Bankzinsen und überwiesene Sanktionen).

Die Finanzierung dieser Maßnahmen erfolgte mit (vom Bund vorfinanzierten) EU-, Bundes- und Ländermitteln. Die Abnahme um 313,9 Mill. EUR gegenüber dem Vorjahr war insbesondere auf die verzögerte Genehmigung von Förderprogrammen durch die EU und die daraus folgende verzögerte Abwicklung von Förderungen zurückzuführen.

GLOSSAR

GLOSSAR

ABGABENQUOTE

Die Abgabenquote drückt das Verhältnis der Steuern und Sozialabgaben zum →*Brutto-Inlandsprodukt* in Prozent aus.

ABGANG (auch DEFIZIT)

Der Abgang ist der Betrag, um den die →*Ausgaben* die →*Einnahmen* im →*Allgemeinen Haushalt* übersteigen.

ACCRUAL-PRINCIPLE

Im Unterschied zum → *Cash-Principle* werden Aufwendungen und Erträge nicht zum Zeitpunkt des Geldflusses erfasst, sondern in der Periode, der sie wirtschaftlich zuzurechnen sind (Grundsatz der Periodisierung).

ADMINISTRATIVER SALDO

Der Administrative Saldo ist die Differenz zwischen den →*Einnahmen* und →*Ausgaben* im →*Allgemeinen Haushalt*.

ALLGEMEINER HAUSHALT

Der Allgemeine Haushalt umfasst alle →*Einnahmen* und →*Ausgaben* des Bundes. Ausgenommen davon sind jedoch jene →*Einnahmen* und →*Ausgaben* des Bundes, die aus der Aufnahme und Tilgung von →*Finanzschulden* (→*Ausgleichshaushalt*) entstehen. Die Zinsenzahlungen für die →*Finanzschulden* sind jedoch im Allgemeinen Haushalt erfasst.

ANLAGEVERMÖGEN

Im Gegensatz zum →*Umlaufvermögen* umfasst das Anlagevermögen diejenigen Vermögensgegenstände, die dem Geschäftsbetrieb auf Dauer dienen sollen.

ANSATZBINDUNG (auch AUSGABENBINDUNG)

Bei der Ansatzbindung wird die Verfügbarkeit des genehmigten Ausgabenbetrages (Betrag am →*Voranschlagsansatz*) durch den Bundesminister für Finanzen eingeschränkt.

ANSATZÜBERSCHREITUNG (auch ÜBERPLANMÄßIGE AUSGABE)

Eine Ansatzüberschreitung liegt vor, wenn die →*Ausgaben* den im →*Bundесvoranschlag* genehmigten Voranschlagsbetrag übersteigen.

ANWEISENDES ORGAN

Anweisende Organe (z.B. →*Haushaltsleitende Organe*, Landeshauptleute, soweit sie als Organe des Bundes tätig werden, Organe des Bundes, die durch Verordnung zu Anweisenden Organen erklärt werden) sind Organe der Haushaltsführung. Sie haben das jeweilige →*Haushaltsleitende Organ* bei der Wahrnehmung seiner Aufgaben zu unterstützen.

ARBEITSLOSENQUOTE

Die Arbeitslosenquote (nationale Arbeitslosenquote) berechnet sich als Anteil der Zahl der beim Arbeitsmarktservice (AMS) vorgemerkten Personen am unselbstständigen Arbeitskräftepotenzial (beim AMS vorgemerkte arbeitslose Personen und beim Hauptverband der Sozialversicherungsträger erfasste unselbstständige Beschäftigte).

AUFGABENBEREICHE

Aus Gründen der internationalen Vergleichbarkeit werden gleichartige →*Einnahmen* und →*Ausgaben* einem Aufgabenbereich zugeordnet (z.B. Aufgabenbereich (AB) 11 Erziehung und Unterricht, AB 21 Gesundheit, AB 32 Straßen).

AUSGABE

Ausgaben unterteilen sich nach finanzwirtschaftlichen Gesichtspunkten in →*Personalausgaben* sowie →*Sachausgaben* des →*Allgemeinen Haushaltes* und des →*Ausgleichshaushaltes*. Ausgaben lassen sich weiters nach der Auswirkung auf das Bundesvermögen (→*erfolgswirksame* und →*bestandswirksame Ausgaben*) sowie nach dem Grad der Bindung an gesetzliche Grundlagen (→*gesetzliche Verpflichtungen* und →*Ermessensausgaben*) untergliedern.

AUSGABENBINDUNG (auch ANSATZBINDUNG)

Bei der Ausgabenbindung wird die Verfügbarkeit des genehmigten Ausgabenbetrages (Betrag am →*Voranschlagsansatz*) durch den Bundesminister für Finanzen eingeschränkt.

AUSGABENQUOTE

Die Ausgabenquote gibt die Höhe aller →*Ausgaben* der öffentlichen Haushalte (Gebietskörperschaften und Sozialversicherungen) in Prozent des →*Brutto-Inlandsproduktes* an.

GLOSSAR

AUSGLEICHSHAUSHALT

Der Ausgleichshaushalt umfasst die →*Einnahmen* aus der Aufnahme von →*Finanzschulden* sowie die →*Ausgaben* für die Rückzahlung von →*Finanzschulden*. Die Zinszahlungen für die →*Finanzschulden* sind jedoch im →*Allgemeinen Haushalt* erfasst.

AUSLAUFZEITRAUM

Das Finanzjahr entspricht dem Kalenderjahr. →*Ausgaben* für Rechnungen, die vor dem 31. Dezember eingelangt und fällig geworden sind, dürfen bis 20. Jänner des nächsten Finanzjahres (Auslaufzeitraum) zu Lasten des vergangenen Finanzjahres verrechnet werden.

AUßERPLANMÄßIGE AUSGABE

Außerplanmäßige Ausgaben sind →*Ausgaben*, die ihrer Art nach keinem im →*Bundesvoranschlag* vorgesehenen →*Voranschlagsansatz* zugeordnet werden können.

BESTANDSWIRKSAME VERRECHNUNG

Die Verrechnung von →*Einnahmen* und →*Ausgaben* des Bundes, die zum Zeitpunkt der Geldeinnahme oder -ausgabe den Unterschied zwischen dem Vermögen und den Schulden des Bundes nicht verändern.

BESTANDS- und ERFOLGSVERRECHNUNG

Die Bestands- und Erfolgsverrechnung dient der Erfassung von Vermögensveränderungen (Bestandskonten) sowie Aufwendungen und Erträge (Erfolgskonten). Sie wird jährlich abgeschlossen und ist Teil des →*Bundesrechnungsabschlusses* (→*Jahresbestandsrechnung*, →*Jahreserfolgsrechnung*).

BIP-RELEVANTER SALDO

Bereinigt man den Saldo des →*Allgemeinen Haushalts* (→*administrativen Saldo*) um die vermögenswirksamen Transaktionen (→*Ausgaben* für den Vermögenserwerb und die →*Einnahmen* aus Vermögensveräußerungen) so erhält man den BIP-relevanten Saldo.

BRUTTO-INLANDSPRODUKT

Das Brutto-Inlandsprodukt (BIP) ist der in Geld ausgedrückte Wert aller von Inländern und Ausländern im Inland erzeugten Güter und Dienstleistungen in einer bestimmten Periode (meist im Kalenderjahr).

BRUTTONATIONALEINKOMMEN

Das Bruttonationaleinkommen, früher Bruttosozialprodukt, ist der in Geld ausgedrückte Wert aller von österreichischen Staatsbürgern bzw. österreichischen Unternehmen im In- oder Ausland erzeugten Güter und Dienstleistungen in einer bestimmten Periode (meist im Kalenderjahr).

BUNDESFINANZGESETZ (BFG)

Mit dem Bundesfinanzgesetz wird vom Nationalrat das Budget für ein Finanzjahr (entspricht dem Kalenderjahr) bewilligt. Das BFG enthält einen Textteil, der im Wesentlichen detailliert umschriebene Ermächtigungen an den Bundesminister für Finanzen beinhaltet, und als Anlagen den →*Bundesvoranschlag* und den Stellenplan.

BUNDESHAFTUNG

Bundeshaftungen sind Bürgschaften oder Garantien des Bundes, die der Bundesminister für Finanzen nur aufgrund einer gesetzlichen Ermächtigung übernehmen darf.

BUNDESVORANSCHLAG

Der Bundesvoranschlag ist die Übersicht über die voraussichtlichen →*Einnahmen* und →*Ausgaben* des Bundes für jeweils ein Jahr und ist Bestandteil des →*Bundesfinanzgesetzes*.

CASH-PRINCIPLE

Im Unterschied zum → *Accrual-Principle* werden Aufwendungen und Erträge zum Zeitpunkt des Geldflusses erfasst und nicht in der Periode, der sie wirtschaftlich zuzurechnen sind.

DEFIZIT (auch ABGANG)

Das Defizit ist der Betrag, um den die →*Ausgaben* die →*Einnahmen* übersteigen.

DEFIZITQUOTE

Die Defizitquote ist das Verhältnis des →*Öffentlichen Defizits* zum →*Brutto-Inlandsprodukt* (Maastricht-Defizit).

EINNAHME

Einnahmen unterteilen sich nach finanzwirtschaftlichen Gesichtspunkten in Einnahmen des →*Allgemeinen Haushaltes* und des →*Ausgleichshaushaltes*. Einnahmen des →*Allgemeinen Haushaltes* umfassen Abgaben, Gewinne und sonstige Einnahmen (Vermächtnisse, Schenkungen etc.). Einnahmen des →*Ausgleichshaushaltes* umfassen die Aufnahme von →*Finanzschulden* (Kredite, Anleihen, Darlehen etc.). Einnahmen lassen sich weiters nach der Auswirkung auf das Bundes-

GLOSSAR

vermögen (→*erfolgswirksame* und →*bestandswirksame* Einnahmen) sowie nach dem Grad der Bindung bei der Mittelverwendung (→*zweckgebundene* und sonstige Einnahmen) untergliedern.

EINNAHMENQUOTE

Die Einnahmenquote gibt die Höhe aller →*Einnahmen* der öffentlichen Haushalte (Gebietskörperschaften und Sozialversicherungen) in Prozent des →*Brutto-Inlandsproduktes* an.

ERFOLGSWIRKSAME VERRECHNUNG

Die Verrechnung von →*Einnahmen* und →*Ausgaben* des Bundes, die im Zeitpunkt der Geldeinnahme oder -ausgabe den Unterschied zwischen dem Vermögen und den Schulden des Bundes vermehren oder vermindern.

ERMESSENSAUSGABEN

Ermessensausgaben sind alle →*Ausgaben*, die keine →*Gesetzliche Verpflichtungen* darstellen.

FINANZAUSGLEICH

Der Finanzausgleich regelt die Aufteilung von Finanzmitteln, insbesondere aus Abgaben, auf die einzelnen Gebietskörperschaften (Bund, Länder, Gemeinden).

FINANZSCHULDEN

Finanzschulden sind grundsätzlich alle Geldverbindlichkeiten des Bundes, die zu dem Zweck eingegangen werden, dem Bund die Verfügungsmacht über Geld zu verschaffen. Zur vorübergehenden Kassenstärkung eingegangene Geldverbindlichkeiten begründen nur insoweit Finanzschulden, als sie nicht innerhalb desselben Finanzjahres getilgt werden. Finanzschulden werden im →*Ausgleichshaushalt* verrechnet.

FLEXIBILISIERUNGSKLAUSEL

Auf Grund der Flexibilisierungsklausel haben ausgewählte Organisationseinheiten die Möglichkeit, in Erfüllung ihrer vereinbarten Leistungsvorgaben über einen mehrjährigen Projektzeitraum ihre →*Einnahmen* und →*Ausgaben* eigenverantwortlich zu steuern (z.B. durch spezielle →*Rücklagen* oder flexiblere →*Ansatzüberschreitungen*).

GEBARUNG

Unter Gebarung versteht man jedes Verhalten (Handeln oder Nichthandeln) von Organen, das finanzielle Auswirkungen hat.

GESAMTHAUSHALT

Der Gesamthaushalt setzt sich aus dem →*allgemeinen Haushalt* und dem →*Ausgleichshaushalt* zusammen.

GESAMTWIRTSCHAFTLICHES GLEICHGEWICHT

Ein gesamtwirtschaftliches Gleichgewicht liegt bei einem ausgewogenen Verhältnis zwischen einem hohen Beschäftigtenstand, einem hinreichend stabilen Geldwert, der Sicherung des Wachstumspotentials und der Wahrung des außenwirtschaftlichen Gleichgewichts (Ausgleich zwischen Importen und Exporten) vor.

GESETZLICHE VERPFLICHTUNGEN

Gesetzliche Verpflichtungen sind →*Ausgaben*, die sich auf Ansprüche gründen, die dem Grunde und der Höhe nach in einem Bundesgesetz so eindeutig festgelegt sind, dass sie weder bei Erstellung des →*Bundesvoranschlags* noch bei Vollzug des →*Bundesfinanzgesetzes* beeinflussbar sind.

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

Die Gewinn- und Verlustrechnung stellt die Aufwendungen den Erträgen eines Finanzjahres gegenüber. Ihr Saldo wird als Gewinn bzw. Verlust ausgewiesen. Die Ergebnisse der Gewinn- und Verlustrechnungen der betriebsähnlichen Einrichtungen des Bundes fließen in die →*Jahreserfolgsrechnung* ein.

GRUNDSÄTZE des HAUSHALTSRECHTS

Wesentliche verfassungsrechtliche Grundsätze des Haushaltsrechtes des Bundes sind:

- Einjährigkeit des Budgets;
- Budgeteinheit: keine selbständigen Nebenhaushalte;
- Vollständigkeit: alle →*Einnahmen* und →*Ausgaben* sind aufzunehmen;
- Bruttobudgetierung: getrennte →*Veranschlagung* von →*Einnahmen* und →*Ausgaben* und →*Veranschlagung* in voller Höhe.

HAUPTVERRECHNUNGSKREIS

Hauptverrechnungskreise sind zwingend vorgesehene →*Verrechnungskreise*. Diese umfassen die →*Voranschlagswirksame Verrechnung*, die →*Vorberechtigungen/Vorbelastungen* sowie die →*Bestands-* und →*Erfolgsverrechnung*.

GLOSSAR

HAUSHALTSLEITENDES ORGAN

Zu den Haushaltsleitenden Organen zählen der Bundespräsident, der Präsident des Nationalrates, der Präsident des Bundesrates, der Präsident des Rechnungshofes, der Präsident des Verfassungsgerichtshofes, der Präsident des Verwaltungsgerichtshofes, der Vorsitzende der Volksanwaltschaft, der Bundeskanzler sowie die Bundesminister (sofern sie mit der Leitung eines Bundesministeriums betraut sind). Die wesentlichen Aufgaben der →*Haushaltsleitenden Organe* umfassen die Mitwirkung an der Haushaltsplanung, am →*Bundesvoranschlags-* und am Stellenplanentwurf sowie die Verantwortung für die Einhaltung der Voranschläge.

HAUSHALTSRÜCKLAGE (auch RÜCKLAGE)

Der Finanzminister kann nicht in Anspruch genommene Ausgabenteile bestimmter Ausgabenansätze, wenn deren Übertragung auf das Folgejahr eine effizientere Mittelverwendung bietet, einer Rücklage zuführen. Nicht in Anspruch genommene zweckgebundene →*Einnahmen* sind jedenfalls einer zweckgebundenen Rücklage zuzuführen, wenn die Zweckbestimmung weiterhin gegeben ist. Der Finanzminister hat einen →*Überschuss* der →*Einnahmen* über die →*Ausgaben* des →*Allgemeinen Haushaltes* einer Ausgleichsrücklage zuzuführen.

HAUSHALTSZEITRAUM

Der Haushaltszeitraum ist das Finanzjahr und entspricht dem Kalenderjahr. Der Bundeshaushalt ist für jedes Finanzjahr gesondert zu führen.

INFLATIONSRATE

Die prozentuelle Veränderung des Verbraucherpreisniveaus in einer Zeitperiode wird als Inflationsrate bezeichnet.

JAHRESBESTANDSRECHNUNG

Die Jahresbestandsrechnung ist grundsätzlich einer Bilanz nachgebildet. Sie gibt Aufschluss über Höhe und Struktur des Bundesvermögens am Ende des →*Haushaltszeitraumes*.

JAHRESBETRAGSREST

Der Jahresbetragsrest zeigt die Höhe des Voranschlagsbetrages an, der für Zahlungen für das jeweilige Finanzjahr noch zur Verfügung steht.

JAHRESERFOLGSRECHNUNG

Die Jahreserfolgsrechnung ist grundsätzlich einer →*Gewinn- und Verlustrechnung* nachgebildet. In ihr sind die Aufwendungen und Erträge des abgelaufenen →*Haushaltszeitraumes* gegenübergestellt.

JAHRESVERFÜGUNGSREST (auch VERFÜGUNGSREST)

Der Jahresverfügungsrest gibt an, über welche Beträge im jeweiligen Finanzjahr noch verfügt werden kann. Dabei werden Dauerschuldverhältnisse (z. B. Wartungsverträge) und getätigte Bestellungen berücksichtigt.

KAPITEL

Der →*Bundesvoranschlag* wird nach Maßgabe der zu besorgenden Angelegenheiten in Kapitel gegliedert.

KOSTEN- UND LEISTUNGSRECHNUNG

Die Kosten- und Leistungsrechnung ist Teil des internen Rechnungswesens. Sie dient in erster Linie der Informationsbereitstellung, der Kontrolle der Wirtschaftlichkeit sowie der Planung. Die →*Haushaltsleitenden Organe* haben eine Kosten- und Leistungsrechnung zu führen.

LEISTUNGSBILANZ

Die Leistungsbilanz ist die Gegenüberstellung aller Waren- und Dienstleistungstransaktionen, sowie →*Transferausgaben* und Einkommensströme zwischen dem In- und Ausland.

LEISTUNGSBILANZSALDO

Der Leistungsbilanzsaldo stellt das Ergebnis der →*Leistungsbilanz* dar.

NEBENVERRECHNUNGSKREIS

Nebenverrechnungskreise sind nicht zwingend vorgesehene →*Verrechnungskreise*. Sie dienen zur gesonderten Erfassung abgrenzbarer Tätigkeiten und werden in der Folge in die →*Hauptverrechnungskreise* übernommen.

ÖFFENTLICHES DEFIZIT (auch STAATSDEFIZIT)

Das Öffentliche Defizit ist die Summe der →*Defizite* von Bund, Ländern, Gemeinden und Sozialversicherungsträgern nach Maastricht-Regeln.

ÖFFENTLICHER SCHULDENSTAND

Der öffentliche Schuldenstand ist die Summe der Schulden von Bund, Ländern, Gemeinden und Sozialversicherungsträgern nach Maastricht-Regeln.

GLOSSAR

PERSONAL AUSGABEN

Die Personalausgaben sind die Summe aller im Bundesbedienstetenrecht vorgesehenen Geldleistungen (insbes. Aktivbezüge und Pensionen).

PRIMÄRSALDO

Der Primärsaldo ist die Differenz zwischen →*Einnahmen* und →*Ausgaben* des → *Allgemeinen Haushaltes*, ohne Berücksichtigung der Zinszahlungen für ausstehende →*Finanzschulden*.

RECHNUNGSABGRENZUNG

Die Rechnungsabgrenzung dient grundsätzlich der periodengerechten Zuordnung von Aufwendungen und Erträgen.

RÜCKLAGE (auch HAUSHALTSRÜCKLAGE)

Der Finanzminister kann nicht in Anspruch genommene Ausgabenteile bestimmter Ausgabenansätze, wenn deren Übertragung auf das Folgejahr eine effizientere Mittelverwendung bietet, einer Rücklage zuführen. Nicht in Anspruch genommene zweckgebundene →*Einnahmen* sind jedenfalls einer zweckgebundenen Rücklage zuzuführen, wenn die Zweckbestimmung weiterhin gegeben ist. Der Finanzminister hat einen →*Überschuss* der →*Einnahmen* über die →*Ausgaben* des →*Gesamthaushaltes* einer Ausgleichsrücklage zuzuführen.

SACH AUSGABEN

Sachausgaben sind alle Geldleistungen des Bundes, die keine →*Personalausgaben* darstellen.

SCHULDENQUOTE (auch STAATSSCHULDENQUOTE)

Die Schuldenquote wird definiert als das Verhältnis zwischen dem →*öffentlichen Schuldenstand* und dem →*Brutto-Inlandsprodukt*.

STAATSDEFIZIT (auch ÖFFENTLICHES DEFIZIT)

Das Staatsdefizit ist die Summe der →*Defizite* von Bund, Ländern, Gemeinden und Sozialversicherungsträgern nach Maastricht-Regeln.

STAATSSCHULDENQUOTE (siehe SCHULDENQUOTE)

Die Staatsschuldenquote wird definiert als das Verhältnis zwischen dem →*öffentlichen Schuldenstand* und dem →*Brutto-Inlandsprodukt*.

STABILITÄTSPAKT

Der (österreichische) Stabilitätspakt regelt die Haushaltskoordinierung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden mit dem Ziel eines gesamtstaatlich ausgeglichenen Haushaltes.

STABILITÄTS- UND WACHSTUMSPAKT

Der Stabilitäts- und Wachstumspakt ist ein Instrument der Wirtschafts- und Währungsunion mit dem Zweck, der Haushaltspolitik der Mitgliedstaaten einen Rahmen zu geben, um eine stabile Währung zu gewährleisten. Dabei soll einerseits ein ausgeglichener Haushalt erreicht und andererseits Handlungsspielräume für die Anpassung an außergewöhnliche und konjunkturelle Störungen geboten werden.

STABILITÄTSPROGRAMM

Alle Mitgliedstaaten der Währungsunion legen, basierend auf dem →*Stabilitäts- und Wachstumspakt*, einmal jährlich ein Stabilitätsprogramm vor. Darin ist der Saldo des öffentlichen Haushalts und die Entwicklung der öffentlichen →*Schuldenquote* (Ziel ausgeglichener Haushalt bzw. Überschuss), die wirtschaftliche Entwicklung, die Beschäftigung und die Inflation der folgenden vier Jahre dazulegen.

TRANSFERAUSGABE

Transferausgaben sind vom Staat gezahlte Sozialleistungen, Subventionen und Finanzhilfen ohne vorher erbrachte Gegenleistung.

ÜBERPLANMÄßIGE AUSGABE (auch ANSATZÜBERSCHREITUNG)

Überplanmäßige Ausgaben sind jene, die eine Überschreitung von Ausgabenansätzen des →*Bundesvoranschlags* erfordern und nur aufgrund gesetzlicher Ermächtigung geleistet werden dürfen.

ÜBERSCHUSS

Der Überschuss ist der Betrag um den die →*Einnahmen* die →*Ausgaben* im →*Allgemeinen Haushalt* übersteigen.

UMLAUFVERMÖGEN

Im Gegensatz zum →*Anlagevermögen* gehören zum Umlaufvermögen all jene Vermögensgegenstände, die dem Geschäftsbetrieb nicht auf Dauer dienen sollen.

GLOSSAR

VERANSCHLAGUNG

Bei der Veranschlagung werden sämtliche im folgenden Finanzjahr zu erwartenden →*Einnahmen* sowie alle voraussichtlich zu leistenden →*Ausgaben* von einander getrennt und in voller Höhe (→*Grundsatz des Bruttonprinzips*) im →*Bundesvoranschlag* berücksichtigt.

VERFÜGUNGSRREST (auch JAHRESVERFÜGUNGSRREST)

Der Verfügungsrest gibt an, über welche Beträge im jeweiligen Finanzjahr noch verfügt werden kann. Dabei werden Dauerschuldverhältnisse (z. B. Mietverträge) und getätigte Bestellungen berücksichtigt.

VERRECHNUNGSRREIS

Ein Verrechnungsrreis stellt eine selbständige, in sich geschlossene Verrechnungseinheit gleichartiger Konten dar. Zweck ist die zusammenfassende Darstellung von Geschäftsfällen. Bei den Verrechnungsrreien ist zwischen →*Haupt-* und →*Nebenverrechnungsrreien* zu unterscheiden.

VERWALTUNGSRREIEN

Alle nicht ausdrücklich als →*Finanzsrreien* qualifizierten Geldverbindlichkeiten, die im Rahmen der laufenden Verwaltungstätigkeit zustande kommen (z.B. Stundungen oder Ratenkäufe) werden unter dem Begriff „Verwaltungsrreien“ zusammengefasst. Verwaltungsrreien werden im →*Allgemeinen Haushalt* verrechnet.

VOLKRWIRTSCHAFTLICHE GESAMTRECHNUNG

Die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung erfasst die Leistung einer Volkswirtschaft innerhalb einer Rechnungsperiode unter Berücksichtigung von Steuern, Subventionen, Abschreibungen und ähnlichem. Rückwirkend stellt sie die Entstehung, Verteilung und Verwendung des Volkseinkommens dar.

VORANSCHLAGSRREIEN

Der in →*Einnahmen* und →*Ausgaben* gegliederte →*Bundesvoranschlag* des →*Bundesfinanzgesetzes* unterteilt sich weiter in Voranschlagsansätze. Diese bestehen aus einer fünfstelligen Kennzahl und fassen gleichartige →*Einnahmen* und →*Ausgaben* für denselben Zweck oder dieselbe Art zusammen.

VORANSCHLAGSRREIEN UNWIRKSAME VERRECHNUNG

Die Voranschlagsunwirksame Verrechnung enthält jene →*Einnahmen* und →*Ausgaben*, die nicht endgültig dem Bund zuzurechnen sind bzw. aufgrund gesetzlicher Anordnung nicht veranschlagt werden (z. B. einbehaltene Sozialversicherungsbeiträge von Bundesbediensteten).

VORANSCHLAGSVERBUNDENE FORDERUNGEN bzw. VORANSCHLAGSVERBUNDENE SCHULDEN

→*Voranschlagswirksam verrechnete* Forderungen bzw. Schulden werden auch voranschlagsverbundene Forderungen bzw. Schulden genannt.

VORANSCHLAGSVERGLEICHSRECHNUNG

Die Voranschlagsvergleichsrechnung (VVR) spiegelt den Budgetvollzug wider. Sie enthält das Ergebnis aller rechtlich und wirtschaftlich bedeutsamen Vorgänge von der Genehmigung der →*Voranschlagsansätze* bis zur tatsächlichen Inanspruchnahme der →*Einnahmen* und →*Ausgaben*.

VORANSCHLAGSWIRKSAME VERRECHNUNG

Die Voranschlagswirksame Verrechnung (VWV) erfasst die aufgrund gesetzlicher, vertraglicher oder sonstiger Bestimmungen einzuhebenden →*Einnahmen* und zu leistenden →*Ausgaben* des Bundes, wie sie im →*Bundesvoranschlag* finanzgesetzlich genehmigt wurden. Weiters dient sie der Überwachung der Jahresvoranschlagsbeträge und der Aufstellung der →*Voranschlagsvergleichsrechnung*.

VORBERECHTIGUNG bzw. VORBELASTUNG

Vorberechtigungen bzw. Vorbelastungen stellen Berechtigungen und Verpflichtungen sowie Forderungen und Schulden des Bundes dar, bei denen die Leistungspflicht oder die Fälligkeit erst in künftigen Finanzjahren eintritt.

WACHSTUMSRATE

Die Wachstumsrate stellt die durchschnittliche Veränderung des →*Brutto-Inlandsprodukts* in einer Periode dar. Während bei der nominalen Wachstumsrate nur die Veränderung des →*Brutto-Inlandsprodukts* berechnet wird, berücksichtigt die reale Wachstumsrate auch die Änderungen der Preise.

WÄHRUNGSTAUSCHVERTRAG

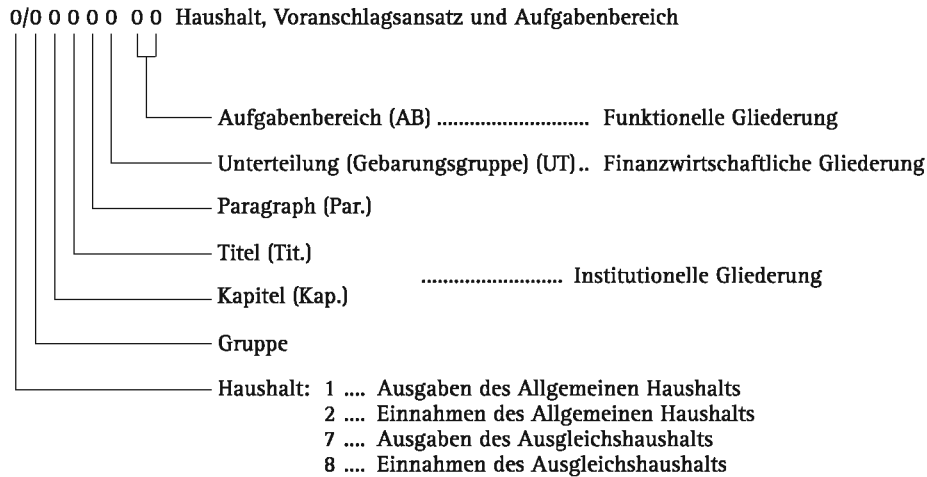
Bei Währungstauschverträgen vereinbaren die Vertragspartner die aus Kreditaufnahmen stammenden Beträge in zwei verschiedenen Währungen sowie die während der Kreditlaufzeit zu leistenden Zinsen untereinander auszutauschen.

Sind bestimmte →*Einnahmen* auf Grund eines Bundesgesetzes nur für einen bestimmten Zweck zu verwenden, so sind die korrespondierenden →*Ausgaben* nach Maßgabe der (zweckgebundenen) →*Einnahmen* zu veranschlagen.



Gliederung der voranschlagswirksamen Verrechnung

Gliederung nach Haushalten, Voranschlagsansätzen und Aufgabenbereichen



Die 5. Dekade (Unterteilung) dient der finanzwirtschaftlichen Gliederung und kennzeichnet folgende Gebarungsgruppen:

Ausgaben

Personalausgaben:

0 Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen), Personalausgaben

Sachausgaben:

- 2 Anlagen (Gesetzliche Verpflichtungen)
- 3 Anlagen (Ermessensausgaben)
- 4 Förderungen (Gesetzliche Verpflichtungen)
- 5 Förderungen – Darlehen (Ermessensausgaben)
- 6 Förderungen – Zuschuss (Ermessensausgaben)
- 7 Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen), Sachausgaben
- 8 Aufwendungen – erfolgswirksam (Ermessensausgaben)
- 9 Aufwendungen – bestandswirksam (Ermessensausgaben)

Einnahmen

- 0–1 Zweckgebundene Einnahmen (erfolgswirksam)
- 2–3 Zweckgebundene Einnahmen (bestandswirksam)
- 4–6 Sonstige Einnahmen (erfolgswirksam)
- 7–9 Sonstige Einnahmen (bestandswirksam)

Die Aufgabenbereichs-Kennziffer dient der funktionellen Gliederung:

- 11 Erziehung und Unterricht (EU)
- 12 Forschung und Wissenschaft (FW)
- 13 Kunst (Kn)
- 14 Kultus (Kl)
- 21 Gesundheit (Gh)
- 22 Soziale Wohlfahrt (SW)
- 23 Wohnungsbau (Wb)
- 32 Straßen (St)
- 33 Sonstiger Verkehr (Vk)
- 34 Land- und Forstwirtschaft (LF)
- 35 Energiewirtschaft (Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwirtschaft) (En)
- 36 Industrie und Gewerbe (einschließlich Bergbau) (IG)
- 37 Öffentliche Dienstleistungen (ÖD)
- 38 Private Dienstleistungen (einschließlich Handel) (PD)
- 41 Landesverteidigung (Lv)
- 42 Staats- und Rechtssicherheit (SR)
- 43 Übrige Hoheitsverwaltung (Hv)

Verzeichnis der Abkürzungen

A/I.....	Ganzjährig vollbeschäftigte Vertragsbedienstete nach Entlohnungsschema I des Vertragsbedienstetengesetzes 1948	BAKS	Büroautomations- und Kommunikationssystem
A/I L.....	Ganzjährig vollbeschäftigte Vertragsbedienstete (Lehrer) nach Entlohnungsschema I L des Vertragsbedienstetengesetzes 1948	BAO.....	Bundesabgabenordnung
A/II.....	Ganzjährig vollbeschäftigte Vertragsbedienstete nach Entlohnungsschema II des Vertragsbedienstetengesetzes 1948	BAWAG	
A/II L.....	Ganzjährig vollbeschäftigte Vertragsbedienstete (Lehrer) nach Entlohnungsschema II L des Vertragsbedienstetengesetzes 1948	P.S.K.	Bank für Arbeit und Wirtschaft und Österreichische Postsparkasse AG
A/JAL.....	Ganzjährig vollbeschäftigte Vertragsbedienstete, die als jugendliche Vertragsbedienstete, Anlernkräfte oder Lehrlinge entschädigt werden	BB.....	Bundesbetriebe
A/R.....	Ganzjährig vollbeschäftigte Vertragsbedienstete nach Entlohnungsschemen aufgrund anderer Rechtsvorschriften (zB Kollektivverträge)	BBA.....	Bundes-Bildungsanstalt
AB.....	Aufgabenbereich	BDG.....	Beamten-Dienstrechtsgesetz
ABGB.....	Allgemeines bürgerliches Gesetzbuch	Bds. Inst.	Bundesinstitut
Abs.....	Absatz	BEA.....	Bundeserziehungsanstalt
ADV.....	Automationsunterstützte Datenverarbeitung	BER.....	Bestands- und Erfolgsrechnung
AFFG.....	Ausführfinanzierungsförderungsgesetz	BEV.....	Bestands- und Erfolgsverrechnung
AFG.....	Ausfuhrförderungsgesetz	BFG.....	Bundesfinanzgesetz
AG.....	Aktiengesellschaft	BFPZ.....	Bundesforschungs- und Prüfzentrum
AHF.....	Außenhandelsförderung	BFS.....	Bundesfachschule
AHS.....	Allgemeinbildende Höhere Schule	BG.....	Bundesgendarmarie, Bundesgymnasium
AIVG.....	Arbeitslosenversicherungsgesetz	BGBI.....	Bundesgesetzblatt
AMA.....	Agrarmarkt Austria	BHAG.....	Buchhaltungsagentur
AMFG.....	Arbeitsmarktförderungsgesetz	BHG.....	Bundeshaushaltungsgesetz
AMPFG.....	Arbeitsmarktpolitikfinanzierungsgesetz	BHS.....	Berufsbildende höhere Schule
AMS.....	Arbeitsmarktservice	BHV.....	Bundeshaushaltsverordnung
AMSG.....	Arbeitsmarktservicegesetz	BIG.....	Bundesimmobiliengesellschaft m.b.H.
AMV.....	Arbeitsmarktverwaltung	BKA.....	Bundeskanzleramt
AO.....	Amtsorgane	B-KUVG.....	Beamten-Kranken- und Unfallversicherungsgesetz
Art.....	Artikel	B-KVG.....	Bauern-Krankenversicherungsgesetz
ASFINAG.....	Autobahnen- und Schnellstraßen-Finanzierungs-AG	BLA.....	Bundeslehranstalt
ASGG.....	Arbeits- und Sozialgerichtsgesetz	BLVA.....	Bundeslehr- und Versuchsanstalt
ASVG.....	Allgemeines Sozialversicherungsgesetz	BM.....	Bundesministerium
ATB.....	Austrian Treasury Bills	BMeiA.....	Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten
ATF.....	Ausgleichstaxfonds	BMF.....	Bundesministerium für Finanzen
ATS.....	Österreichische Schilling	BMGFJ.....	Bundesministerium für Gesundheit, Familie und Jugend
AUA.....	Austrian Airlines Group	BMI.....	Bundesministerium für Inneres
AUD.....	Australische Dollar	BMJ.....	Bundesministerium für Justiz
Ausf.VKG.....	Ausfuhrverbotsgesetz für Kulturgut	BMLFUW.....	Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft
B/I.....	Nicht ganzjährig vollbeschäftigte Vertragsbedienstete nach Entlohnungsschema I des Vertragsbedienstetengesetzes 1948	BMLV.....	Bundesministerium für Landesverteidigung
B/I L.....	Nicht ganzjährig vollbeschäftigte Vertragsbedienstete (Lehrer) nach Entlohnungsschema I L des Vertragsbedienstetengesetzes 1948	BMSK.....	Bundesministerium für Soziales und Konsumentenschutz
B/II.....	Nicht ganzjährig vollbeschäftigte Vertragsbedienstete nach Entlohnungsschema II des Vertragsbedienstetengesetzes 1948	BMUKK.....	Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur
B/II L.....	Nicht ganzjährig vollbeschäftigte Vertragsbedienstete (Lehrer) nach Entlohnungsschema II L des Vertragsbedienstetengesetzes 1948	BMVIT.....	Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie
B/JAL.....	Nicht ganzjährig vollbeschäftigte Vertragsbedienstete, die als jugendliche Vertragsbedienstete, Anlernkräfte oder Lehrlinge entschädigt werden	BMWA.....	Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit
B/R.....	Nicht ganzjährig vollbeschäftigte Vertragsbedienstete nach Entlohnungsschemen aufgrund anderer Rechtsvorschriften (zB Kollektivverträge)	BMWf.....	Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung
BA.....	Bundesanstalt	BP.....	Bundespolizei
BAG.....	Bundesamtsgebäude	B-PVG.....	Bauern-Pensionsversicherungsgesetz
		BRA.....	Bundesrechnungsabschluss
		BRG.....	Bundesrealgymnasium
		BRL.....	Brasilianische Real
		BRZ GmbH ..	Bundesrechenzentrum GmbH
		BSF.....	Besitzstrukturfonds
		BStG.....	Bundesstraßengesetz
		BSVG.....	Bauern-Sozialversicherungsgesetz
		BThV.....	Bundestheaterverband
		BUAK.....	Bauarbeiter-Urlaubs- und Abfertigungskasse
		BUWOG.....	Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft für Bundesbedienstete, GesmbH
		BVA.....	Bundesvoranschlag
		BVFA.....	Bundesversuchs- und Forschungsanstalt
		B-VG.....	Bundes-Verfassungsgesetz
		bzw.....	beziehungsweise
		CA.....	Creditanstalt AG
		CAD.....	Kanadische Dollar
		CHF.....	Schweizer Franken

Co.....	Compagnon	i. Liqu.....	in Liquidation
Corp.	Corporation	IAEO.....	Internationale Atomenergie-Organisation
		IAKW.....	Internationales Amtssitz- und Konferenzzentrum Wien
D.....	Darlehen	i.d.F.	in der Fassung
DDSG.....	Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft	i.d.g.F.	in der geltenden Fassung
DEM.....	Deutsche Mark	IESG.....	Insolvenz-Entgeltssicherungsgesetz
DFÜ.....	Datenfernübertragungseinrichtungen	IF.....	Investitionsförderung
dgl.	dergleichen	inkl.....	inklusive
DVA.....	Datenverarbeitungsanlage	inländ.	inländisch
		InvEG.....	Invalideneinstellungsgesetz
EAGFL.....	Europäischer Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft	ISK.....	Isländische Kronen
EDV.....	Elektronische Datenverarbeitung	IT.....	Informations-Technologie
EDVA.....	Elektronische Datenverarbeitungsanlage	ITF.....	Innovations- und Technologiefonds
EE.....	Entwicklung und Erneuerung	ITFG.....	Innovations- und Technologiefondsgesetz
EFZG.....	Entgeltfortzahlungsgesetz	i.V.m.....	in Verbindung mit
EG.....	Europäische Gemeinschaft	IWF.....	Internationaler Währungsfonds
EOESP, EÖSPC	Erste Bank der oesterreichischen Sparkassen AG	i.w.S.	im weiteren Sinne
EP.....	Europaparlament		
ERP.....	European Recovery Program	JGG.....	Jugendgerichtsgesetz
ESA.....	European Space Agency	JPY.....	Japanische Yen
EStG.....	Einkommensteuergesetz		
EU.....	Europäische Union	Kap.....	Kapitel
EUR.....	Euro	Kat. F.....	Katastrophenfonds
EURES.....	Europaweite Arbeitskräftevermittlung	KEST.....	Kapitalertragsteuer
EUROFIMA...	Europäische Gesellschaft für die Finanzierung von Eisenbahnmaterial	KFB.....	Kunstförderungsbeitrag
EWG.....	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft	KFG.....	Kraftfahrergesetz
EWR.....	Europäischer Wirtschaftsraum	KFZ.....	Kraftfahrzeug
		KGG.....	Karenzgeldgesetz
Fa.	Firma	KHVG.....	Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherungsgesetz
FAG.....	Finanzausgleichsgesetz	KOVG.....	Kriegsopferversorgungsgesetz
FAO.....	Food and Agriculture Organization	KSZE.....	Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
FB.....	Familienbeihilfen	Kto.....	Konto
FFF.....	Forschungsförderungsfonds	KVSG.....	Kriegs- und Verfolgungssachschädengesetz
FinStrG.....	Finanzstrafgesetz	Kz.	Kennzahl
FLAF.....	Familienlastenausgleichsfonds		
FLAG.....	Familienlastenausgleichsgesetz	LA.....	Lehranstalt
FLD.....	Finanzlandesdirektion	LB.....	Landesbedienstete
FMG.....	Fernmeldeinvestitionsgesetz	leg. cit.....	legis citatae
FOG.....	Forschungsorganisationsgesetz	LFG.....	Luftfahrtgesetz
ForstG.....	Forstgesetz	LIÄ.....	Landesinvalidenämter
FRE.....	Fondsrechnungseinheiten	lit.....	litera
FRN.....	Floating Rate Notes	LKW.....	Lastkraftwagen
F-VG.....	Finanz-Verfassungsgesetz	LSR.....	Landesschulrat
FWF.....	Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung	Ltd.....	Limited
		LuftVG.....	Luftverkehrsgesetz
		LWG.....	Landwirtschaftsgesetz
		LWK.....	Landwirtschaftskammer
GBI.....	Gesellschaft des Bundes für industriepolitische Maßnahmen GmbH		
GBP, Gbp.....	Britische Pfund	m. b. H.....	mit beschränkter Haftung
gem.	gemäß	Mill.....	Millionen
gemeinn.....	gemeinnützige	MOEL.....	mittel- und osteuropäische Länder
Ger. Bez.	Gerichtsbezirk	MOG.....	Marktordnungsgesetz
GesmbH.....	Gesellschaft mit beschränkter Haftung	Mrd.	Milliarden
GG.....	Gehaltsgesetz	MXN.....	Mexikanischer Peso
GmbH.....	Gesellschaft mit beschränkter Haftung	MRG.....	Mietrechtsgesetz
GOG.....	Geschäftsordnungsgesetz		
GSBG.....	Gesundheits- und Sozialbereichs-Beihilfengesetz	NOK.....	Norwegische Kronen
GSPVG.....	Gewerbliches Selbständigen-Pensionsversicherungsgesetz	NÖ.....	Niederösterreich
		Nr.	Nummer
GSVG.....	Gewerbliches Sozialversicherungsgesetz	NSchG.....	Nachtschwerarbeitsgesetz
GÜG.....	Gehaltsüberleitungsgesetz	N.SWAP.....	Nachtrags-SWAP
GWF.....	Getreidewirtschaftsfonds	NUS.....	Neue unabhängige Staaten
		NZD.....	Neuseeland Dollar
H.....	Haben (vor Beträgen in Tabellen)	ÖAF.....	Österreichische Automobilfabrik
HAK.....	Handelsakademie	ÖBB.....	Österreichische Bundesbahnen
HBLA.....	Höhere Bundeslehranstalt	ÖBf.....	Österreichische Bundesforste AG
HBLVA.....	Höhere Bundeslehr- und Versuchsanstalt	ÖBFA.....	Österreichische Bundesfinanzierungsagentur
HDLG.....	Heeresdisziplinargesetz	OECD.....	Organization for Economic Cooperation and Development
HeimAG.....	Heimarbeitsgesetz		
HLA.....	Höhere Lehranstalt	OeKB.....	Österreichische Kontrollbank
HTBLA.....	Höhere Technische Bundeslehranstalt	OeNB.....	Oesterreichische Nationalbank
HTL.....	Höhere Technische Lehranstalt	ÖFEG.....	Österreichische Fernmeldetechnische Entwicklungs- und Förderungsgesellschaft m. b. H.
HUF.....	Ungarische Forint		
HVG.....	Heeresversorgungsgesetz		

OFG	Opferfürsorgegesetz	UIT	Union Internationale des Telecommunications
OFZS	Österreichisches Forschungszentrum Seibersdorf	UN	United Nations
ÖIAG	Österreichische Industrieholding AG	UNESCO.....	United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization
OÖ	Oberösterreich	UNHCR	United Nations High Commissioner for Refugees
OPEC.....	Organization of Petroleum Exporting Countries	UNIDO.....	United Nations Industrial Development Organization
ÖPSK.....	Österreichische Postsparkasse AG	UNO	United Nations Organization
ORF	Österreichischer Rundfunk	UOG	Universitäts-Organisationsgesetz
ÖS.....	Österreichische Schilling	US.....	United States
Par.....	Paragraph	USA.....	United States of America
PG	Pensionsgesetz	USD.....	US-Dollar
Pkt.....	Punkt	usw.....	und so weiter
PLZ.....	Polnische Zloty	UT.....	Unterteilung
PRÄKO.....	Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern Österreichs	UWF, UWWF	Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds
PRODEX	Programme for the development of scientific experiments	VA	Voranschlag, Versicherungsanstalt
PSK	Postsparkasse	VAMED	VOEST-ALPINE Medizintechnik Gesellschaft m. b. H.
PTA	Post und Telekom Austria AG	VAP	Voranschlagspost
PVA.....	Pensionsversicherungsanstalt	VB	Vertragsbediensteter
rd.....	rund	VBG.....	Vertragsbedienstetengesetz
RE.....	Rechnungseinheiten	VfGG.....	Verfassungsgerichtshofgesetz
reg. Gen.....	registrierte Genossenschaft	VfGH.....	Verfassungsgerichtshof
RGV.....	Reisegebührenvorschrift	vgl.	vergleiche
RH	Rechnungshof	VIAG	Vorarlberger Illwerke AG
RHG.....	Rechnungshofgesetz	VIBOR.....	Vienna Interbank Offered Rate
RLV.....	Rechnungslegungsverordnung	VMW.....	Vereinigte Metallwerke AG
RON.....	Rumänischer Leu	VStG.....	Verwaltungsstrafgesetz
RT-Schuld ...	Rechtsträgerschuld(en)	VVG	Verwaltungsvollstreckungsgesetz
S	Soll (vor Beträgen in Tabellen)	VVR.....	Voranschlagsvergleichsrechnung
SCHIG	Schieneninfrastrukturfinanzierungs-Gesellschaft mbH	VWG	Viehwirtschaftsgesetz
SEK.....	Schwedische Kronen	VwGG	Verwaltungsgerichtshofgesetz
SFzG.....	Sonderfinanzierungsgesetz	VwGH	Verwaltungsgerichtshof
SKK	Slowakische Kronen	VWV	voranschlagswirksame Verrechnung
StbG	Staatsbürgerschaftsgesetz	W.....	Währung
StG	Strafgesetz	WBFG	Wohnbauförderungsgesetz, Wasserbautenförderungs-gesetz
StPO	Strafprozessordnung	WBF-ZG	Wohnbauförderungs-Zweckzuschussgesetz
StVG.....	Strafvollzugsgesetz	WEG	Wohnungseigentumsgesetz
StVO.....	Straßenverkehrsordnung	WG	Weingesetz
SUG.....	Sonderunterstützungsgesetz	WRG.....	Wasserrechtsgesetz
SVA	Sozialversicherungsanstalt	WSchG.....	Währungsschutzgesetz
SZR	Sonderziehungsrechte	WSD.....	Wasserstraßendirektion
TB.....	Tätigkeitsbericht	WTV.....	Währungstauschverträge
TGM	Technologisches Gewerbe-Museum	WW-Fonds...	Wohnhaus Wiederaufbaufonds
TNF	Technisch-naturwissenschaftliche Fakultät	ZAR.....	Südafrikanische Rand
Tr.....	Tranche	zB.....	zum Beispiel
TRY	Neue Türkische Lira	ZDG.....	Zivildienstgesetz
TU.....	Technische Universität	ZEDVA	Zentrale elektronische Datenverarbeitungsanlage
TZ.....	Textzahl	Zl.....	Zahl
u.ä.	und ähnliches	ZOR.....	Zentral- und Osteuropäische Republiken
udgl.....	und dergleichen	zw.....	zweckgebunden
Ugl.....	Untergliederung		